Plenarprotokoll 18/30

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

30. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 10. April 2014

I n h a l t :

(A) (C)

30. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 10. April 2014

Beginn: 9.01 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle herzlich zur 30. Sitzung des Bundestages in der laufenden Legislaturperiode.

Bevor wir unsere Haushaltsberatungen fortsetzen, müssen wir noch Nachwahlen für den **Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung** durchführen.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien schlägt vor, als Vertreter des Auswärtigen Amts für die ausgeschiedene Staatsministerin Cornelia Pieper den Staatsminister **Michael Roth** als ordentliches Mitglied zu berufen. (B)

Als Vertreter der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wird als ordentliches Mitglied die Staatsministerin **Monika Grütters** für den ausgeschiedenen Staatsminister Bernd Neumann und als persönliches stellvertretendes Mitglied Herr **Dr. Michael Roik** für Frau Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel vorgeschlagen.

Schließlich soll als Vertreter des Bundes der Vertriebenen Herr **Klaus Schuck** für den verstorbenen Herrn Hartmut Saenger als persönliches stellvertretendes Mitglied berufen werden.

Stimmen Sie diesen Vorschlägen zu? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann sind die Genannten in Ihrer jeweiligen Funktion in den Stiftungsrat gewählt.

Für die **Parlamentarische Versammlung des Europarates** schlägt die Fraktion der CDU/CSU als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland für die Kollegin Karin Maag den Kollegen **Dr. Andreas Schockenhoff** als persönliches stellvertretendes Mitglied vor. Darf ich auch hierzu Ihr Einvernehmen feststellen? – Das ist der Fall. Damit ist der Kollege Schockenhoff für die Parlamentarische Versammlung als stellvertretendes Mitglied gewählt.

Schließlich weise ich darauf hin, dass interfraktionell vereinbart worden ist, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie auf der Drucksache 18/794 zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Zukunftsinvestitionen sowie die Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses auf den Drucksachen 18/1098 bis 18/1102 als **Zusatzpunkt** zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 8 aufzurufen. Dabei soll, soweit erforderlich, von der Frist für den Beginn der Beratungen abgewichen werden. Sind Sie auch mit dieser Vereinbarung einverstanden? – Das ist der Fall. Dann können wir so verfahren.

Wir setzen die Haushaltsberatungen fort.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1a und 1b auf:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)** (D)

Drucksache 18/700

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2013 bis 2017

Drucksache 17/14301

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

Am Dienstag haben wir für die heutige Aussprache eine Redezeit von insgesamt zehn Stunden beschlossen.

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Einzelplan 09.**

Ich darf als ersten Redner den Bundeswirtschaftsminister ans Pult bitten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Ihnen vorgelegten Bundeshaushalt werden wichtige

Bundesminister Sigmar Gabriel

(A) wirtschaftliche und politische Weichenstellungen getroffen. Wir sorgen in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und hoher Steuereinnahmen dafür, dass die staatlichen Defizite nicht weiter ansteigen. Man kann dem Bundesfinanzminister zu diesem Bundeshaushalt nur gratulieren und sozusagen in sozialdemokratischer Freundlichkeit sagen: Sie sind wirklich ein wahrer Keynesianer. – Denn der Gedanke „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ steckt hinter dem Ganzen. Ich finde es wirklich ein großartiges Zeichen für unser Land, dass wir es schaffen, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Ich glaube, das sollte alle hier im Parlament freuen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Angesichts dessen, dass man dem Finanzminister zu diesem großen Erfolg wirklich gratulieren muss, möchte ich anmerken, dass die Grundlagen zu diesem Haushalt viele gelegt haben – die Bundeskanzlerin hat gestern schon darauf hingewiesen: Es sind vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die mit ihrer Leistungsfähigkeit den wirtschaftlichen Aufschwung tragen, der uns zu diesen hohen Steuereinnahmen verhilft. Ohne die wirtschaftlichen Bemühungen, ohne das Engagement von Industrie und verarbeitendem Gewerbe, von Dienstleistungen, von Mittelstand, von kleinen Unternehmen und ohne den Tourismus nach Deutschland, der übrigens immer stärker wächst, wäre dies überhaupt nicht erreichbar.

Aber auch die Politik hat richtige Rahmenbedingungen gesetzt. Es begann unter SPD und Grünen, als sie den verhängnisvollen Weg anderer europäischer Länder,
(B) zu glauben, man müsse nur noch auf Finanzmärkte und Internet setzen und könne verarbeitendes und produzierendes Gewerbe und Industrie vernachlässigen, nicht mitgegangen sind. Das ist der Grund, warum wir heute in Deutschland besser dastehen als viele andere Länder in Europa. Wir sind ein Land, das nicht über Reindustrialisierung reden muss. Das ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Aber auch andere Koalitionen haben mit ihrer Politik eine Menge dafür getan. Dass wir gemeinschaftlich in der letzten großen Koalition den Vorschlag einer Schuldenbremse des damaligen Finanzministers in die Verfassung aufgenommen haben, war richtig. Es zeigt sich, dass wir diese auch brauchen, um allen Versuchungen zu widerstehen. Auch die letzte Bundesregierung hat diesen Konsolidierungskurs und die Schuldenbremse im Blick gehabt und das Land wirtschaftlich leistungsfähig organisiert. Noch einmal: Es ist ein Ergebnis vieler unterschiedlicher Partner in Wirtschaft, Gesellschaft, Gewerkschaften und auch hier im Hause. Deswegen sollte das Haus insgesamt, wie ich finde, stolz darauf sein, dass dieses Land diesen Konsolidierungskurs eingehalten hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ganz nebenbei: Es ist weder wirtschaftlich vernünftig noch sozial gerecht, wenn hart erarbeitete Steuergelder zu einem immer größeren Teil für Zinsen aufgewandt werden müssen. Wir konsolidieren den Haushalt aber nicht nur, sondern fahren zugleich die Investitionen hoch. Dass wir da noch besser sein könnten, ist völlig (C) unstrittig

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Viel besser! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Ihr Umverteiler!)

– viel besser; das ist keine Frage, Herr Kollege Bartsch –, aber dass wir in dieser Legislaturperiode 5 Milliarden Euro zur Stärkung der Verkehrsinfrastruktur und 9 Milliarden Euro mehr für Bildung und Wissenschaft zur Verfügung zu stellen, ist jedenfalls keine Kleinigkeit. Auch das ist, wie ich finde, bemerkenswert an diesem Haushalt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mein Damen und Herren, mit den politischen Entscheidungen dieser Koalition sichern wir die Energiewende und schützen zugleich industrielle Arbeitsplätze. Wir beleben mit dem Bundeshaushalt die Binnennachfrage und stärken die Tarifautonomie. Gute Löhne sind kein Zeichen der Schwäche, sondern sind ein Zeichen der Stärke unseres Landes. Wer Menschen nach jahrzehntelanger Arbeit ohne Rentenkürzung in die Rente gehen lässt, der gefährdet nicht künftige Generationen, sondern benimmt sich schlicht anständig gegenüber den eigenen Eltern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Weder gute Löhne noch gute Renten sind etwas, für das sich das Land schämen muss. Sie sind Zeichen des Zusammenhalts und der Gerechtigkeit in unserem Land.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Rentenniveau sinkt!) (D)

– Dass es Menschen gibt, deren Renten nicht ausreichen, ist kein Argument dafür, dass Ihre Fraktion dagegen stimmt, Menschen nach 45 Versicherungsjahren ohne Abzüge in die Rente gehen zu lassen. Eigentlich müssten Sie dafür sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir beide können ja einmal Leute besuchen, die 45 Jahre Schichtarbeit hinter sich haben, und Sie erklären ihnen, warum Sie Rentenabzüge für gerechtfertigt halten. Das können wir einmal machen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erzählen Sie das mal den Erwerbsgeminderten!)

– Die Erwerbsminderungsrente verbessern wir in diesem Haushalt übrigens auch.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erklären Sie das mal den Erwerbsgeminderten!)

– Sie scheinen sich ja getroffen zu fühlen. Das verstehe ich. Aber Sie brauchen einfach nur zuzustimmen, dann nimmt die Betroffenheit ab.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube,

Bundesminister Sigmar Gabriel

(A) nicht ich fühle mich getroffen, sondern die Leute!)

Etwas mehr als 100 Tage nach dem Amtsantritt beweist die Bundesregierung mit diesem Haushalt Handlungsfähigkeit. Noch wichtiger ist: Die Menschen stehen hinter den zentralen Projekten dieser Regierung. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wollen solide Haushalte und abnehmende Verschuldung. Die Bürgerinnen und Bürger stehen mit überwältigender Mehrheit hinter dem Mindestlohn, ebenso hinter der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren. Sie stehen ebenso hinter der Anerkennung von Erziehungsleistungen der Mütter bei der Rente, wie sie es richtig finden, dass wir mehr Geld für Kindertagesstätten, Bildung und Hochschulen ausgeben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Noch mehr!)

Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen auch eine bessere Finanzausstattung der Kommunen. Sie wollen die Energiewende, aber eine Energiewende, die nicht mehr im Treibsand politischer Verantwortungslosigkeit versinkt und nicht mehr im Nebeneinander und Gegeneinander von Interessen- und Lobbyistengruppen feststeckt, sondern politisch vorangetrieben wird, eine Energiewende, die uns wieder Planungs- und Versorgungssicherheit gibt und bei der Kostenexplosionen nicht ignoriert werden.

Alle diese Forderungen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes finden Sie in der Politik dieser Regierung während der ersten drei Monate und auch im Bundeshaushalt wieder. Sicher: Viele Fragen sind noch offen, nicht alles ist fertig. Wie sollte es das auch sein? (B) Aber nach etwas mehr als 100 Tagen im Amt hat diese Regierung inzwischen mehr geleistet als andere Regierungen in einer vollen Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN: Oh!)

– Sie konnten diese Erfahrung nicht machen, weil Sie noch in keiner Regierung waren; aber dafür sorgen Sie ja ständig selber.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Hauptsache, das bleibt auch so! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das bleibt so!)

– An mir soll es nicht liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Über den Rest, Herr Kollege Kauder, reden wir dann aber auch noch einmal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kompass, der uns leitet, ist die soziale Marktwirtschaft, nicht eine angeblich neu definierte, sondern die alte und immer noch aktuelle Idee, dass sich Arbeit für alle lohnen soll, dass Leistung und Solidarität ebenso zusammengehören wie Freiheit und Verantwortung. Nach mehr als zwei Jahrzehnten öffentlicher Diskreditierung hat sich die soziale Marktwirtschaft wieder als das eigentliche deutsche Erfolgsmodell herausgestellt. Jetzt wollen wir dafür sorgen, dass diese soziale Marktwirtschaft für die Menschen in unserem Land wieder etwas bedeutet. Wir (C) wollen Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich unternehmerisches Engagement und Selbstständigkeit lohnen, damit der Mittelstand seine Innovationskraft und Flexibilität erhalten und die Globalisierung nutzen kann. Deshalb wollen wir starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen aushandeln. Aber weil das in den letzten Jahrzehnten oft anders war, wollen wir Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, auch vor Altersarmut in einem reichen Land schützen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards und Karl Schillers ist unsere eigentliche Stärke. Wer sie unter dem Etikett „neu“ abschaffen will, der wird, glaube ich, in unserem Land scheitern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die wirtschaftlichen Prognosen für unser Land sind gut. Die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen und eine deutlich gestiegene Binnennachfrage sind dafür verantwortlich. Mit den im Haushalt des Wirtschaftsministeriums veranlagten Programmen wie dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand oder der Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ fördern wir diese Entwicklung. Beide Programme beinhalten übrigens nach wie vor einen starken Förderanteil für die ostdeutsche Wirtschaft, (D) was angesichts der immer noch existierenden Strukturschwäche der ostdeutschen Bundesländer auch wichtig ist.

Aber es gibt auch Risiken für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Eines davon ist natürlich der Konflikt um die Ukraine. Ich jedenfalls glaube, dass es richtig ist, der russischen Regierung und dem russischen Präsidenten klarzumachen, dass Europa mehr ist als irgendeine ökonomische Zweckgemeinschaft. Aber ich finde es genauso richtig, dass die Bundeskanzlerin und allen voran der Bundesaußenminister sich darum bemühen, jede Möglichkeit zur Deeskalation zu nutzen.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Ja!)

Das Gegenteil, Spekulieren über Militärstärke oder ständiges Rufen nach Wirtschaftssanktionen, befördert jedenfalls weder die Entwicklung des Friedens in Europa noch die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und im Rest Europas.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich finde, es ist eine kluge Politik, auf der einen Seite zu zeigen, dass wir uns unsere Werte nicht abkaufen lassen, und auf der anderen Seite immer wieder Einladungen, zu Verhandlungen zurückzukehren, auszusprechen.

In unserem Land stehen wir aber auch vor genügend Schwierigkeiten und Herausforderungen. Das ist der Fachkräftemangel, und das ist die Energiepolitik. Wir haben in Deutschland ein weltweit einmaliges Experi-

Bundesminister Sigmar Gabriel

(A) ment begonnen, nämlich die Transformation unserer Energieversorgung vom fossilen und nuklearen Zeitalter in das Zeitalter erneuerbarer Energien. Keine Frage, wir sind mit 25 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien auf dem Strommarkt und Hunderttausenden neuen Arbeitsplätzen in diesem Bereich sehr erfolgreich auf dem Weg. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir die Komplexität der Herausforderungen unterschätzt haben.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie vielleicht, wir nicht! – Gegenruf des Abg. Hubertus Heil [Peine] [SPD]: O Gott, alles immer richtig gemacht!)

– Ich kann niemanden zwingen, sein eigenes Handeln zu überprüfen. Das müssen Sie selbst tun.

Dass alle Parteien, die dafür waren, die Erneuerbaren auszubauen – dazu gehört Ihre Partei genauso wie meine, Herr Hofreiter –, „je schneller, desto besser“ und nicht „je planbarer, desto besser“ als Leitmotiv hatten, war ein Fehler in der Vergangenheit. Das sollten wir auch offen sagen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie das Herrn Seehofer, das mit der Planungssicherheit!)

Nicht „je schneller, desto besser“ ist richtig, sondern „je planbarer und berechenbarer, desto besser“.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kennen Sie Herrn Seehofer? – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Planen Sie überhaupt?)

(B) Diese Bundesregierung hat die Politik der letzten Jahre nur zum Teil zu verantworten. Wenn wir heute feststellen, dass die Stabilität der Netze von den Übertragungsnetzbetreibern unter Hinzurechnung von Kernkraftwerken im Ausland, die wir seit Jahren abgeschaltet sehen wollen, sichergestellt wird, dann müssen wir zugeben, dass es ein Problem in der Art unserer Energiewende gibt.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich gibt es große Probleme!)

Wer da wegschaut und erklärt: „Alle anderen sind schuld“, und nicht erkennt, dass er selber einen Teil zur Neustrukturierung beitragen muss, wird für Planbarkeit und Berechenbarkeit nicht sorgen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Problem ist zu lösen!)

Das zu ändern, dem dient das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz mit berechenbaren Ausbaukorridoren, neu justierter und durchaus auch gekürzter Förderung und Schritten hin zur Marktintegration auf dem Weg zu Ausschreibungen. Ich bin sehr froh, dass alle Bundesländer, unabhängig von der jeweiligen politischen Konstellation, also nicht nur die Länder, die von Parteien regiert werden, die die Bundesregierung tragen, erklärt haben, dass sie diesen Weg für richtig halten und dieses Gesetz im Bundesrat nicht aufhalten werden. Das ist ein großer Fortschritt. (C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dass wir zeitgleich die Gespräche mit der EU-Kommission zu einem erfolgreichen Abschluss bringen und die deutsche Wirtschaft vor unzumutbaren Belastungen schützen konnten, ist nicht irgendein Nebeneffekt, sondern die Voraussetzung dafür, dass wir die Unterstützung in der Bevölkerung für die Energiewende behalten. Wer glaubt, die Gefährdung Hunderttausender Industriearbeitsplätze habe keine Auswirkungen auf die Unterstützung der Energiewende, irrt sich gewaltig. Nur wenn wir zeigen, dass industrieller Erfolg, Klimaschutz und Energiewende zusammenpassen, erhalten wir in unserer Bevölkerung die Zustimmung. Nur dann bekommen wir im Ausland Unterstützung für unseren Weg. Wir wollten doch beispielhaft sein und keinen deutschen Sonderweg gehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Damit deutlich wird, dass wir hier nicht über Industrielobbyismus von irgendwelchen Großkonzernen reden, sondern über das Überleben vieler Mittelständler, möchte ich ein paar Beispiele nennen. Eine Papierfabrik mit 250 Mitarbeitern zahlte bisher 65 000 Euro an EEG-Umlage. Nach Auffassung der EU-Kommission hätte das auf über 400 000 Euro steigen sollen. Ein Unternehmen der Verpackungsindustrie zahlte bisher 135 000 Euro und sollte nun 1,5 Millionen Euro zahlen. Beide Unternehmen hätten ihre Finanzkraft in den kommenden Jahren nicht mehr in die Entwicklung ihrer Unternehmen und erst recht nicht in gute Löhne stecken können, sondern wären gezwungen gewesen, Programme zur massiven Kostensenkung aufzulegen. Die Zeche hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen gezahlt. Diese wären uns für die Energiewende mit Sicherheit verloren gegangen. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Auch in der Industrie sieht es nicht anders aus. Ein Chemieunternehmen zahlte bisher bereits 735 000 Euro EEG-Umlage und sollte nach Auffassung der EU-Kommission in Zukunft 15 Millionen Euro jährlich zahlen. Das Unternehmen hätte schlicht das Land verlassen müssen, wenn es nicht seine wirtschaftliche Existenz hätte einstellen wollen. Nur diese wenigen Beispiele – von denen gibt es Dutzende; nach den ersten Vorschlägen der Kommission hätte es Hunderte davon gegeben – machen deutlich: Was wir hier geschafft haben, ist nicht die Sicherung von nur ein paar großen Unternehmen, sondern von vielen Hundert mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Das war dringend geboten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Was in den 80er- und 90er-Jahren die Arbeitskosten waren, sind in Zukunft Energie- und Rohstoffkosten. Diese bestimmen die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes. Das war der Grund, warum wir monatelang um den Erhalt der Arbeitsplätze gerungen haben. Ich danke ausdrücklich – ich sage es einmal in der umgekehrten protokollarischen Reihenfolge – dem nicht anwesenden Chef

Bundesminister Sigmar Gabriel

(A) des Bundeskanzleramts, Peter Altmaier, und der deutschen Bundeskanzlerin, dass sie uns nachdrücklich und von Anfang an unterstützt und begleitet haben. Ohne die Zusammenarbeit in der Regierung wäre das mit Sicherheit nicht gelungen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Jetzt wird eingewandt, den Preis dafür zahle der Verbraucher. Dazu muss man wissen, dass von den 450 000 deutschen Unternehmen gerade 2 000 eine teilweise oder völlige Befreiung erhalten. Die Wirtschaft insgesamt trägt mit mehr als 7 Milliarden Euro fast genauso viel zur EEG-Umlage bei wie die privaten Verbraucher. Wenn wir nun die gesamte Befreiung für die deutsche Wirtschaft aufgegeben hätten – manche haben das gefordert –, würde sich die Entlastung eines Dreipersonenhaushalts bei circa 40 Euro im Jahr bewegen. Einmal abgesehen davon, dass Sie hier in Berlin im Zweifel weit mehr sparen können, indem Sie den Stromanbieter wechseln: Was hilft es uns eigentlich, wenn wir 40 Euro pro Haushalt sparen, aber diejenigen, die den Haushalt durch ihr Erwerbseinkommen finanzieren, zu Hunderttausenden ihren Arbeitsplatz in Deutschland verlieren?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Außerdem lenkt die Debatte von dem eigentlichen Problem ab. Die Debatte über die Verteilung der EEG-Umlage lenkt von dem Problem ab, dass sie inzwischen zu einer massiven Belastung geworden ist. Wir können doch nicht so tun, als ob die Steigerung der EEG-Umlage in den letzten Jahren kein Problem gewesen wäre.
(B) Das hat vielmehr etwas mit mangelnder Berechenbarkeit zu tun, und das hat etwas mit mangelnder Planung zu tun. Deswegen glaube ich nicht, dass die Industriebefreiungen das Problem sind, sondern eine in den letzten Jahren drastisch gestiegene EEG-Umlage. Deswegen müssen wir diese Entwicklung jetzt durchbrechen, und die ersten Schritte dafür haben wir getan.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sicher, vieles fehlt noch. Der Netzausbau geht zu langsam voran, der Emissionshandel in Europa liegt am Boden. Deswegen haben wir in Deutschland viel zu hohe Braunkohleemissionen. Wir brauchen ein neues Strommarktdesign, und wir müssen dringend die Frage nach der Zukunft des konventionellen Kraftwerksparks und der Stadtwerke beantworten. All das steht jetzt auf der Tagesordnung.

Eine der großen Herausforderungen der Energiewende bleibt dabei die Steigerung der Energieeffizienz. Seit Jahren reden wir von ihrer Verdoppelung, und seit Jahren schaffen wir das nicht. Auch wenn der Energie- und Klimafonds in diesem Haushalt steht, er ist wegen des am Boden liegenden Emissionshandels unsicher und viel zu gering ausgestattet. Gerade im Bereich der Einsparung von Wärme, Raumwärme und Warmwasser, liegen eigentlich die großen Chancen für Verbraucher und Wirtschaft. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren hier wesentlich mehr schaffen müssen. Investitionen in die Energieeffizienz sind genauso wichtig wie Zukunftsinvestitionen in die öffentliche Infrastruktur. Auch wenn wir in diesem Haushalt erste Schritte nach vorne (C)
machen –

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo steht das?)

– lesen Sie ihn einfach, dann werden Sie es merken –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

die Investitionen, die wir tätigen, gerade im Bereich der Energieeffizienz, sind wesentlich zu gering.

Wer diese Herausforderung kennt, ärgert sich übrigens vor allen Dingen über diejenigen, die sich der Solidarität in unserem Land für solche Aufgaben entziehen, indem sie zwar alles mitnehmen, was das Gemeinwesen zu bieten hat, aber für Steuergerechtigkeit nur Hohn und Spott übrig haben. Der erste Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit ist nicht die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, sondern, dafür zu sorgen, dass die, die in diesem Land eigentlich Steuern zahlen müssten, es auch tatsächlich tun.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Damit das auch von meiner Seite aus einmal klar gesagt wird: In dieser Legislaturperiode wird es nicht nur, weil es in unserem Koalitionsvertrag steht, keine Steuererhöhung geben, sondern auch, weil es kein Mensch in Deutschland verstehen würde, wenn wir angesichts sprudelnder Steuereinnahmen öffentlich erklärten, wir hätten zu wenig und müssten die Staatseinnahmen erhöhen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

– Ich hoffe, Sie von der Union klatschen gleich auch (D)
noch.

(Heiterkeit bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das kommt darauf an!)

Was aber auch niemand versteht, ist, dass wir in einem Gemeinwesen wie Europa seit Jahren tatenlos zusehen, dass jeder Bäckermeister in Deutschland höhere Steuersätze zahlt als große multinationale Unternehmen, nur weil sie sich in Europa eine Steueroase aussuchen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Da haben wir gar kein Problem! Super!)

Mit Blick auf die kommende Europawahl sage ich: Ich glaube, dass eine zentrale Aufgabe ist, dem entgegenzuwirken.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steuergerechtigkeit! – Volker Kauder [CDU/CSU], zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Ihr müsst noch lernen, wir haben es kapiert!)

– Herr Kauder, damit Ihnen Ihr Lachen bleibt, erspare ich Ihnen den Hinweis darauf, wie unterschiedlich sich die beiden Spitzenkandidaten zu dieser Frage positionieren.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein, kann man ruhig drüber reden!)

Bundesminister Sigmar Gabriel

(A) – Der eine hat das Modell, das ich kritisiere, zum Geschäftsmodell seines Landes gemacht, und der andere will es verändern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über Steuergerechtigkeit reden und wenn wir über mehr Mittel reden, die wir für die Infrastruktur, für Energieeffizienz und Bildung brauchen, dann müssen wir dafür sorgen, dass Schritt für Schritt dort, wo die Wertschöpfung entsteht, auch Steuern gezahlt werden, und wir müssen verhindern, dass große Konzerne durch Verschiebung ihres Sitzes in Steueroasen innerhalb der Europäischen Union nicht einmal 10 Prozent Steuern zahlen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns das vornehmen, dann werden wir es auch schaffen, die in allen Teilen des Hauses als problematisch angesehene kalte Progression auch wirklich zu beseitigen. Vor der Wahl haben Sie Vorschläge zur Beseitigung der kalten Progression gemacht. Wir haben gesagt: So etwas machen wir nur, wenn die Steuern erhöht werden. Jetzt haben wir sozusagen fast die umgekehrte Lage. Es müsste doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir es nicht schafften, auch im Zusammenhang mit dieser Debatte in Europa nach Lösungen zu suchen, die berechtigte Kritik des DGB-Vorsitzenden an der kalten Progression aufzugreifen und dafür Sorge zu tragen, dass die Binnennachfrage gestärkt wird. Ich glaube, dass uns das im Laufe der Legislaturperiode gelingen muss. Wir werden dazu jedenfalls bereit sein. (B)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es bleibt also genug zu tun: Investitionen in die Infrastruktur, Fachkräftemangel, Energieeffizienz, Energiewende und immer wieder der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit auch in einer digitalen Ökonomie. Ich glaube, dass wir mit diesem Haushalt und auch mit den Debatten, die wir um solche schwierigen Themen wie Energieeffizienz, Steuergerechtigkeit und kalte Progression führen, in dieser Legislaturperiode einen ersten Schritt tun.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Roland Claus für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Herr Bundesostminister – auch das darf ich sagen, weil Sie im Kabinett für die ostdeutschen Bundesländer zuständig sind; Sie sind im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auch darauf eingegangen –, ein bisschen mehr Selbstbewusstsein für den Osten hätte ich mir von Ihnen in dieser Funktion schon gewünscht. Es mangelt Ihnen doch sonst nicht daran. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will einmal die Bibel bemühen,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: So, jetzt kommt’s!)

die ja einen Gabriel kennt, zwar nicht den Bundesminister, aber den Erzengel.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Zitieren Sie lieber Marx!)

Dort heißt es:

> Über dem Ulai-Kanal hörte ich eine Menschenstimme, die da rief: Gabriel, erkläre ihm die Vision!

Ich glaube, diese Stimme muss es gewesen sein, die der Bundesminister gehört hat, als er seine Rede hier vorbereitet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das war aber ein Erzengel!)

Wir wollen natürlich von der Vision wieder auf den Boden der Tatsachen kommen. Da lohnt ein Blick in den Haushalt. Sie stellen uns einen Haushalt mit einem Volumen von 7,5 Milliarden Euro vor. Das ist jede Menge Geld. Wenn man sich das aber näher anschaut, dann sieht man, dass über die Hälfte davon für die Nachsorge im Steinkohlebergbau und für die Subventionierung von Luft- und Raumfahrt abgezogen werden muss. Es bleibt also gerade einmal 1 Prozent des gesamten Bundesetats für Wirtschaftsförderung übrig, (D)

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Richtig!)

und damit, meine Damen und Herren, kann man in dieser Republik nicht wirklich Wirtschaftspolitik machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Angesichts eines von niemandem bezweifelten Investitionsstaus wäre in der Tat erforderlich, was die Linke seit Jahren fordert: ein großes Zukunftsinvestitionsprogramm. Aber dann müsste man natürlich auch über neue Einnahmemöglichkeiten reden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun muss ich einmal erklären, was es mit der Subventionierung staatsnaher Monopolisten auf sich hat, die ich immer kritisiere. Ich greife einmal ein Beispiel heraus: das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Für diese Institution sind im Einzelplan 09 etwa 1,5 Milliarden Euro veranschlagt. Jetzt kommen die Tricks dieser Bundesregierung. Das ist nämlich längst nicht alles, was in diese Institution fließt. Es gibt auch Zuwendungen aus dem Einzelplan Verkehr, es gibt Zuwendungen aus dem Einzelplan Verteidigung, und es gibt – das erscheint mir doch ganz besonders interessant – auch aus dem Bildungsetat eine Zuwendung.

(Zuruf des Abg. René Röspel [SPD])

Roland Claus

(A) Und unter den Projektträgern, die das Bundesbildungsministerium auszuwählen hat, nimmt dieses Zentrum eine Monopolstellung ein und hat mehr als die Hälfte der Projektträgerschaften inne. Wir sagen Ihnen: Solche Tricks, aus mehreren Etats immer die gleichen Institutionen zu bedienen, werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der LINKEN – Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Gut angelegtes Geld!)

– Das werden Sie noch bezweifeln müssen; denn der Dank dieser Institution ist immer wie folgt: Wenn der Bund einmal etwas verlangt, dann kommt das in aller Regel zeitverzögert und mit ganz großer Sicherheit überteuert. Dazu können Sie sich ganz viele Beispiele angucken.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Sagen Sie mal ein Beispiel! Ein Beispiel! Wohl keine Ahnung!)

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand ist natürlich ein gutes Programm. Es hat aber – ich vergleiche es jetzt einmal mit dem Raumfahrtzentrum, über das ich eben gesprochen habe – nur etwa ein Drittel des Volumens, das wir für die Subventionierung dieser Monopolisten einstellen, und es ist noch immer zu bürokratisch konstruiert. Deshalb haben wir alle zurzeit mit den Briefen der Industrie- und Handelskammern zu tun, in denen wir darauf aufmerksam gemacht werden, dass es aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung in diesem Jahr schwer sein wird, dieses Innovationsprogramm wirklich abzufinanzieren. Da kann ich nur uns alle dazu
(B) aufrufen: Das müssen wir gemeinsam anpacken! Wir müssen auch in den Ausschüssen dafür sorgen, dass diese Mittel ankommen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Das haben wir längst getan, Kollege Claus! Da waren Sie nicht da!)

– Doch, wir waren dabei. Aber Sie wissen, Herr Kollege, dass unser Tun nicht ausreichen wird, um den Erfordernissen tatsächlich gerecht zu werden. Davor kann man doch nicht die Augen verschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Nun haben Sie den Titel „Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen“ in den Haushalt eingestellt. Das klingt gut. Für entsprechende Programme stehen 14 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist weniger als der viel zitierte Tropfen auf den heißen Stein. Ich weiß, dass Sie damit keine Stellen schaffen wollen, aber bloß zum Vergleich: Wenn man das in Stellen umrechnen würde, käme man auf 200 Stellen. Meine Damen und Herren, ein solches Pillepalleprogramm ist Augenwischerei. Es wird den Erfordernissen, um die es geht, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach wie vor verschärft sich in Deutschland die Kluft zwischen Regionen mit hoher Wirtschaftskraft und solchen mit geringer Wirtschaftskraft, also auch zwischen Ost und West. Es ist inzwischen fast wie im Profifußball: Wo das große Geld ist, wird auch Leistungskraft gekauft. – Da müssen wir mit der Gemeinschaftsaufgabe (C)

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Die stärken wir!)

und anderen Instrumenten wirklich gegensteuern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Sagen Sie doch mal, dass wir die stärken!)

Es ist halt noch immer so, dass der Osten in einer anderen wirtschaftspolitischen Liga spielt. Die 100 größten ostdeutschen Unternehmen zusammengenommen haben nicht einmal die Hälfte der Leistungskraft von Daimler; das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite haben wir hervorragende Chemieparks in Ostdeutschland, die noch wachsen könnten. Dafür müssen wir etwas tun, meine Damen und Herren!

Zum guten Schluss: Herr Minister Gabriel, hier ist nicht der Erzengel gefragt, sondern der Bundesminister, und deshalb bedarf Ihr Etat noch jeder Menge Änderungen. Da sind wir dabei.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Michael Fuchs ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Allererstes möchte ich zum Ausdruck bringen, dass mich viele Äußerungen des Bundesministers heute besonders gefreut haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Zurufe von der SPD: Oh!)

Es ist nicht selbstverständlich und war nicht immer so, aber heute ist es so.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht es besonders kritisch! – Zuruf der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darauf möchte ich zuallererst eingehen.

Es ist gut, Herr Gabriel, dass Sie heute erwähnt haben, dass wir mit der Energiewende auch den einen oder anderen Fehler gemacht haben und machen und dass wir Strukturen verändern müssen, damit das nicht so weitergeht.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind acht Jahre Fehler Merkel!)

Dr. Michael Fuchs

(A) Überlegen Sie nur, dass die Bundesnetzagentur jetzt mit Fessenheim – Sie haben ja das Kernkraftwerk Fessenheim angesprochen – kontrahieren muss, um sicherzustellen, dass Grafenrheinfeld abgeschaltet werden kann. Das ist sicherlich ein Fehler; denn es ist das älteste Kernkraftwerk Frankreichs.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Wer regiert hier eigentlich seit ewigen Zeiten? – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer regiert hier eigentlich die ganze Zeit?)

Nach einer Laufzeit von über 40 Jahren wird es allerhöchste Zeit, dass es abgeschaltet wird. Das wird zwar permanent gefordert, aber wir brauchen es zur Netzstabilisierung in den Jahren 2015 und 2016, weil ansonsten Grafenrheinfeld weiterlaufen müsste.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Fuchs, wissen Sie, dass Frau Merkel seit acht Jahren regiert?)

– Das wissen wir, und deswegen wissen wir auch – Herr Gabriel, ich bin froh, dass Sie es eben noch erwähnt haben –, dass wir dahin gehend tätig werden müssen, damit solche Fehlentscheidungen – sie sind zwangsweise gekommen; es hat ja keiner eine Alternative dazu – nicht mehr sein müssen. Das bedeutet auch, dass wir in den Netzausbau viel mehr Intensität stecken müssen. Nur dann, wenn wir vernünftige Nord-Süd-Verbindungen haben, können wir nämlich verhindern, dass solche Kernkraftwerke noch einmal angeschaltet werden müssen, um die Netzstabilität zu erreichen.

(B) Ein zweiter Punkt, den Sie angesprochen haben und den ich genauso sehe wie Sie, hat mich gefreut: Wir müssen dafür sorgen, dass alle Unternehmen, die in Deutschland Bruttowertschöpfung schaffen, hier ihre Steuern zahlen. Es kann nicht sein, dass sie sich schlicht und ergreifend in irgendwelche Steueroasen flüchten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich weiß allerdings, dass der Bundesfinanzminister seit Jahren darum kämpft. Es ist in meinen Augen ein ziemlicher Skandal, dass zwei Mitglieder der EU und der Euro-Zone nach wie vor Transparenz bezüglich Konten nicht sichergestellt haben. Ich rede über Österreich und Luxemburg, die bis vor ganz kurzer Zeit keinerlei Transparenz hatten. Das, was wir von den Schweizern fordern, haben wir in meinen Augen nicht intensiv genug in der EU erreicht. All diese Steueroasen müssen ausgetrocknet werden. Es kann auch nicht sein, dass sich die Engländer ihrer Kanalinseln dermaßen erfreuen, wie sie es derzeit tun. Auch das muss in diesem Hohen Hause einmal gesagt werden. Darin bin ich mit Ihnen völlig einig. Es ist eine Aufgabe dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich weiß allerdings, dass der Bundesfinanzminister daran arbeitet.

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Seit zehn Jahren regiert ihr doch! Warum ist da nichts passiert?)

(C) Sie sehen, es gibt zwischen den Fraktionen und innerhalb der Bundesregierung ein hohes Maß an Einigkeit. Das ist auch gut so.

Meine Damen und Herren, heute ist ein positiver Tag; denn ich habe heute Morgen gelesen, dass Griechenland zum ersten Mal mit einer Anleihe an den Markt zurückkehrt. Wenn das erfolgreich sein sollte, dann zeigt sich daran, dass dank der Maßnahmen der Bundesregierung – nicht nur dieser, sondern auch der letzten und der vorletzten – dafür gesorgt werden konnte, diese Länder langsam wieder in den Markt zurückzuführen. Das ist eine Erfolgsbotschaft für uns alle. Das zeigt, wie stabil der Euro geworden ist. Das zeigt auch, dass wir insgesamt auf einem guten Weg sind. Dafür bin ich dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dass es bei uns gut läuft, ist eine bekannte Tatsache. Man sollte immer noch stolz darauf sein und den Mut haben, dies zu erwähnen. Wir haben eine Rekordbeschäftigung, die es in Deutschland so noch nicht gegeben hat. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit aller europäischen Länder.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Niedriglohn! Prekäre Beschäftigung!)

Daran kann man noch arbeiten, man kann es immer noch verbessern. In meinem Wahlkreis gibt es de facto keinen einzigen Jugendlichen mehr, der ausbildbar ist.

(D) (Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Kommen Sie einmal nach Koblenz! Ich zeige Ihnen einen!)

Leider haben wir noch ein Defizit, indem nicht sichergestellt ist, dass alle Schüler die Schule so abschließen, dass sie überhaupt ausbildungsfähig sind. Das ist an erster Stelle eine Aufgabe für die Familien. Es ist aber auch eine Aufgabe für die Schulen, für die Länder. Als Bund sind wir natürlich weniger gefordert. An erster Stelle haben die Länder da noch Hausaufgaben zu machen. Darauf sollten wir auch Wert legen. Es kann nicht sein, dass ein junger Mensch keine Ausbildung hat; denn wenn er keine Ausbildung hat, ist er der Hartz-IV-Empfänger der Zukunft. Genau das wollen wir verhindern. Daran werden wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Spanien, meine Damen und Herren, hat eine Jugendarbeitslosigkeit von annähernd 50 Prozent. Wir haben in meiner Region eine Jugendarbeitslosigkeit von null. Wir haben Folgendes gemacht – ich will das heute mal ganz bewusst in diesem Hohen Hause erwähnen –: Wir haben mit der Region Valencia eine Zusammenarbeit begonnen, auch unter Mitarbeit des spanischen Botschafters, dem ich dafür dankbar bin. In Zusammenarbeit mit der Region Valencia haben wir mittlerweile rund 40 junge Leute nach Koblenz geholt. Dort werden sie in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer ausgebildet. Dann wird versucht, sie in die Handwerksbetriebe zu vermitteln. Das funktioniert. Das duale Ausbildungssystem ist dafür ideal. Die Kammern leisten eine tolle Arbeit. Das

Dr. Michael Fuchs

(A) kann, wenn es gut läuft, vielleicht auch ein Modell für andere Regionen in Deutschland sein. Wir sollten über solche Programme diskutieren und sie unter Umständen auch ausbauen; denn das ist gute gelebte europäische Solidarität. Meiner Meinung nach ist das gerade in der jetzigen Situation, bei dieser hohen Jugendarbeitslosigkeit in anderen Ländern, auch notwendig.

Lieber Herr Claus, es tut mir leid, aber ich hatte, als ich eben Ihrer Rede zugehört habe, den Eindruck, dass es in Ihrer Zeit in der DDR keinen Religionsunterricht gegeben haben kann; denn sonst hätten Sie den Erzengel Gabriel nicht so falsch zitiert. Herr Gabriel hat nämlich Visionen. Er hat auch gezeigt, dass diese Visionen richtig sind. Er hat nämlich die Energiewende in eine richtige Richtung gelenkt. Es ist wie beim Metzger: Es kann immer noch ein bisschen mehr sein. Aber daran arbeiten wir gemeinsam.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, früher standen die Arbeitskosten in Deutschland im Fokus, heute sind es die Energiekosten, und zwar nicht nur die Kosten von Strom, sondern auch von Gas usw. Wir müssen die Frage der Energiekosten permanent adressieren; wir müssen dafür sorgen, dass die Energiekosten so niedrig wie möglich sind.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Stromsteuer senken!)

Denn ansonsten werden große energieintensive Unternehmen Deutschland verlassen. (B)

Hier muss ich ein bisschen Wasser in den Freudenwein gießen; denn ein Punkt macht mir Sorge: Der VDMA – das ist ja kein ganz kleiner Verband – hat ausgerechnet, dass seine energieintensiven Unternehmen nur noch 85 Prozent der Abschreibungen reinvestieren. Das heißt, dass sie sich schleichend verabschieden. Ich gehe nicht davon aus, dass sie vom Markt gehen, sondern davon, dass sie irgendwo anders investieren, und das ist gefährlich. Darüber müssen wir nachdenken. Ich bin der Meinung, Herr Minister, dass wir das, wenn das gesamte Energiethema nicht mehr so viel Zeit in Anspruch nimmt, im Ministerium mit den entsprechenden Verbänden adressieren sollten;

(Zuruf der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn mir macht das Sorge. Wenn die Investitionsbereitschaft in Deutschland nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, dann würde ich schon mal ganz gerne wissen, warum das der Fall ist. Wir sollten ein bisschen darüber nachdenken.

Wir haben uns mit dem EEG natürlich eine gewaltige Last aufgeladen.

(Zuruf des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, 24 Milliarden Euro werden in diesem Jahr für erneuerbare Energien ausgegeben. Wenn Sie sich bitte mal die Etats der einzelnen Haushalte, die wir in dieser Woche diskutieren, ansehen, dann werden Sie feststellen, dass der Etat des Bundesverkehrsministers Dobrindt in etwa so groß ist wie der Betrag, den wir für erneuerbare Energien ausgeben; das ist in etwa die Größenordnung. Ob das so richtig ist, stelle ich wirklich infrage. (C)

Ich wünsche mir, dass die Maßnahmen, die das Bundeskabinett in der letzten Woche mit den Bundesländern, mit den Ministerpräsidenten, verabschiedet hat, wirklich so zielführend sind, dass Kosten bei den erneuerbaren Energien nicht mehr wesentlich ansteigen. Diese werden nicht zu irgendwelchen Preissenkungen führen. Es kann auch nicht dazu kommen; denn wir sind für 20 Jahre in der Verpflichtung, die EEG-Maßnahmen zu bezahlen. Und was heißt das? Frühestens im Jahre 2025 werden die ersten größeren Entlastungen kommen; denn 20 Jahre vorher, im Jahre 2005, begann der Anstieg der Zahl der Maßnahmen nach dem EEG. Das heißt, die richtigen Absenkungen werden erst gegen 2030 kommen. Bis dahin haben wir eher einen Aufwuchs als einen Rückgang bei den Kosten der erneuerbaren Energien. Das ist eine gewaltige Belastung für uns als Volkswirtschaft, für die Unternehmen, aber auch für die Familien. Ich befürchte – Herr Gabriel, das muss ich schon sagen –, dass es mit den Maßnahmen, die wir jetzt ergriffen haben, immer noch zu einem Anstieg kommt, der zu stark ist. Ich bin mir nicht so sicher, ob die Zahlen, die uns da vorgelegt wurden – 0,2 Cent Anstieg pro Kilowattstunde –, richtig sind.

(Thomas Jurk [SPD]: Dann müssen wir die Stromsteuer senken!) (D)

Ich bin eher der Meinung, dass das falsch gerechnet ist.

Ich will dazu ein Beispiel nennen. Ich habe in den Papieren gelesen, dass man davon ausgeht, dass der Strompreis an der Energiebörse, an der EEX in Leipzig, 4 Cent pro Kilowattstunde beträgt. Man kann das ziemlich einfach im Internet recherchieren, ich habe das gestern getan. Wenn Sie einen Forward Price, also einen Preis für 2017, nehmen und größere Mengen einsetzen – was für die meisten Unternehmen kein großes Problem ist –, dann liegt der Preis bei 3,3 Cent.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: So ist das!)

Der Preis ist also jetzt schon deutlich niedriger als in den Annahmen Ihres Hauses. Das bereitet mir ein bisschen Sorge, weil das bedeutet, dass die Umsetzung des EEG noch teurer wird, wenn das so bleibt. Es wird keine Möglichkeit geben, den Strompreis da unten zu erhöhen,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

einmal abgesehen davon, dass es für den Verbraucher nachher ein Nullsummenspiel ist.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ob die ergriffenen Maßnahmen reichen, das müssen wir in den nächsten Jahren sehr intensiv prüfen. Unter Umständen müssen wir noch einmal nachsteuern.

Besondere Bedenken habe ich in Bezug auf den Offshorewind; denn das wird für alle am teuersten und alle am stärksten belasten,

Dr. Michael Fuchs

(A)

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das teuerste ist bestimmt nicht der Wind!)

die Verbraucher, die mittelständische Wirtschaft und die Industrie insgesamt. Auch hier werden wir unter Umständen noch einmal nachsteuern müssen.

Wichtig ist auch, dass der Netzausbau noch stärker beschleunigt wird. Ich habe das Thema Grafenrheinfeld eben angesprochen. Wir müssen jeden Ministerpräsidenten bitten, nicht mehr in irgendeiner Weise blockierend tätig zu sein, sondern mitzumachen.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie einmal mit Herrn Seehofer!)

– Ich habe von jedem Ministerpräsidenten gesprochen, verehrte Frau Göring-Eckardt. Auch Herr Seehofer ist Ministerpräsident.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollte ich wissen! Ich hätte es gerne, dass Sie Herrn Seehofer ansprechen!)

Wenn ich jeden meine, dann ist Herr Seehofer automatisch mit dabei.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Automatisch!)

(B)

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die Entwicklung in diesem Bereich erfolgreich nach vorne zu bringen. Wenn uns das nicht gelingt, dann geht die ganze Energiewende in eine falsche Richtung. Es kann nicht sein, dass wir in vielen Bereichen Deutschlands bei weitem zu viel Strom haben und in anderen Bereichen zu wenig. Das müssen wir ändern.

Dazu gehört auch, alle Kraft in die Forschung nach Speichermöglichkeiten zu stecken. Dafür werden sowohl im Etat des Wirtschaftsministeriums als auch in dem des Forschungsministeriums Mittel bereitgestellt, aber unter Umständen ist das noch nicht genug. Nur wenn wir vernünftige, sinnvolle und bezahlbare Speicher schaffen, können die erneuerbaren Energien so eingesetzt werden, wie wir uns das eigentlich vorgestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein weiterer Aspekt wird uns in der nächsten Zeit intensiv beschäftigten – er macht mir Sorge, weil er noch einmal Geld kosten könnte bzw. Geld kosten wird –: das berühmte Thema Kapazitätsmärkte. Meine Damen und Herren, das hat mit Markt überhaupt nichts zu tun. Wir müssen Lösungen finden, dass die Unternehmen, die jetzt noch Kraftwerke betreiben, egal ob Gaskraftwerke oder Kohlekraftwerke, diese auch am Netz halten, weil wir kein einziges von diesen Kraftwerken abschalten können, auch wenn wir noch so viel Strom aus erneuerbaren Energien produzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat das denn versäumt?)

(C)

Denn es gibt dummerweise Tage, an denen der liebe Gott entschieden hat, dass der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Da können die Grünen so viel Wind machen, wie sie wollen: Das wird nicht wirklich helfen, eine einzige Windmühle anzutreiben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist so albern! Sie wissen es besser! – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wird es aber langsam arg platt!)

Wenn wir es nicht hinbekommen, genug Speichermöglichkeiten für Strom aus erneuerbaren Energien zu schaffen, dann werden wir mit der Energiewende nicht besonders glücklich. Für mich gehört unbedingt zusammen: erstens, den Strom dorthin zu bringen, wo er gebraucht wird, und zweitens, den Energieüberschuss, den wir an vielen Tagen produzieren, sinnvoll zu speichern. Nur wenn der Überschuss sinnvoll gespeichert werden kann, macht das Ganze Sinn.

Lassen Sie mich zum Schluss kurz ein weiteres Thema ansprechen, das ich für sehr wichtig halte. Ich bin froh, dass wir in der Großen Koalition einen gemeinsamen Standpunkt gefunden haben; Volker Kauder hat das gestern in seiner Rede auch gesagt: Wir müssen versuchen, einen transatlantischen Markt zu schaffen, einen Markt mit über 800 Millionen Bürgern, so viel haben die USA und Europa zusammen. Wenn uns das gelingt, dann ist das für alle Beteiligten gut. Selbstverständlich wissen wir, dass es unterschiedliche Standards gibt, die in wesentlichen Bereichen berücksichtigt werden müssen. Selbstverständlich müssen alle Abstriche machen. Aber: (D)

Es wäre doch absurd,

– ich zitiere die Kanzlerin –

wenn die beiden größten Binnenmärkte der Welt nicht zusammenkommen könnten. Dies wäre ein Treppenwitz der Weltgeschichte.

Recht hat die Kanzlerin. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, ein Scheitern zu verhindern. Denn nur wenn es einem intensiv exportorientierten Land wie Deutschland gelingt, einen gemeinsamen Markt zu schaffen, werden wir unseren Wohlstand erhalten können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eine Aufgabe für die Politik. Wir alle haben die Aufgabe, die Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen. Dazu fordere ich Sie alle auf.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält nun der Kollege Oliver Krischer das Wort.

(A) **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bundesminister Gabriel, Sie sollten sich wirklich einmal fragen, wo Sie stehen. Wenn Sie von Herrn Fuchs, der uns hier etwas davon erzählt, dass man da unten Strompreise erhöhen müsse, der hier energiepolitische Märchen verbreitet, über den grünen Klo,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Was ist das „grüne Klo“? – Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau! Das ist das „grüne Klo“!)

Klee gelobt werden, dann müssen Sie sich doch einmal fragen, wo Sie stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Das ist *heute-show!* – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist *heute-show,* das „grüne Klo“!)

Das finde ich erschütternd.

Herr Gabriel, Sie haben davon geredet, Sie wollten den Ausbau der erneuerbaren Energien marktwirtschaftlich gestalten, Sie wollten ihn planbar machen. Das, was ich in dem von Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf finde, ist Abwürgen der Photovoltaik, das ist Abwürgen der Bioenergie. Es wäre auch zum Abwürgen der Windenergie gekommen, wenn die Bundesländer das nicht am Ende verhindert hätten. Darüber können sich die Bundesländer freuen, und dafür sollten wir sie loben.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das kommt dann alles ins „grüne Klo“!)

Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Im Bundesrat ist der dümmste Irrsinn verhindert worden. Es ist verhindert worden, dass wir ausgerechnet die preiswerteste Form, Strom zu erzeugen – das ist preiswerter als mit neuen Kohle- oder Gaskraftwerken – ausbremsen und deckeln. Jetzt gibt es wenigstens eine Perspektive. Das ist ein Erfolg, den wir Ihnen abgerungen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber dabei belassen Sie es ja nicht. Sie lassen sich von diesem energiepolitischen Amokläufer, Herrn Seehofer, erpressen

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das nehmen Sie zurück, gell?)

und ändern jetzt das Bundesbaugesetz so, dass Windenergieanlagen in Zukunft einen Abstand von 2 000 Metern von der Wohnbebauung haben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Damit verhindern Sie jede Windenergieanlage in Deutschland. – Dass Sie klatschen, zeigt, was Sie wollen: Sie wollen auch in diesem Bereich die Energiewende abwürgen.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Sie kämpfen doch immer für Abstand)

Sie wollen keine Stromleitungen und das Ganze letztlich beenden. Das ist Ihre Botschaft, wenn Sie an dieser Stelle klatschen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist grüne Politik, Herr Krischer!)

Ich komme zum Thema Ausnahmen, zu der Frage: Wer bezahlt das Ganze? Das, was der Bundeswirtschafts- und -energieminister vorgelegt hat, ist schon ein Husarenstück. Die Ansage war: Wir senken die Kosten für die privaten Verbraucher um 1 Milliarde Euro. Herausgekommen ist, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher 2,5 Milliarden Euro mehr bezahlen sollen. Das erinnert mich an das, was die erste Große Koalition mit der Mehrwertsteuer gemacht hat. Das ist die Umdrehung, die Perversion des Gesagten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Das, was die Bundeskanzlerin gestern hier von sich gegeben hat – sie hat gesagt: Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen die Energiewende; dann sollen sie sie auch bezahlen –, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kann nicht sein, dass die privaten Verbraucher zahlen und am Ende nur die Industrie profitiert. Das hat nichts mit Kostengerechtigkeit zu tun. Das zerstört die Akzeptanz der Energiewende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Mein Gott, ist die Welt einfach!) (D)

Was Sie in Brüssel erreicht haben, ist Folgendes: 68 Branchen wie Fruchtsafthersteller, Seilknüpfer – so schöne Dinge stehen da drin – oder Urananreicherungsanlagen, die wir in Nordrhein-Westfalen eigentlich stilllegen wollen,

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Alles Arbeitsplätze! – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Fruchtsafthersteller?)

können weiter befreit werden und weiterhin Privilegien erhalten. Tatsache ist, dass wir in Deutschland die niedrigsten Industriestrompreise seit zehn Jahren haben und wir aus Frankreich und den Niederlanden Beschwerden erhalten, weil Deutschland Strompreisdumping betreibe. Es ist eine absolute Chimäre, dass hier Industriearbeitsplätze wegen hoher Strompreise bedroht sind. Herr Gabriel selbst hat auf meine Anfrage geantwortet, dass es keinerlei empirische Belege dafür gibt, dass hohe Strompreise zur Verlagerung von Industriearbeitsplätzen aus Deutschland führen. Das ist reine Propaganda.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Das ist ja Wahnsinn!)

Sie legen ja noch eins drauf. Beim Emissionshandel, der absolut wirkungslos ist, an dem die Unternehmen

Oliver Krischer

(A) 350 Millionen Euro verdient haben – es gibt Studien, die belegen, dass der Emissionshandel zu zusätzlichen Einnahmen geführt hat –, setzen Sie jetzt im Bundeshaushalt eine Position ein, um aus Haushaltsmitteln weitere Subventionen zahlen zu können. Das ist Irrsinn. Das konterkariert die Energiewende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man fragt sich auch, welche energiepolitische Konsequenz Sie eigentlich aus der Ukraine-Krise ziehen. Es ist ein absolutes Hammerstück, dass dieser Bundeswirtschaftsminister null Problem damit hat, dass der größte Gasspeicher Westeuropas mitten in der Krise an Gazprom verkauft wird. Die Russen lachen doch an der Stelle über uns, Putin macht Witze über uns, wenn wir das widerspruchslos akzeptieren und noch nicht einmal ernsthaft geprüft wird, ob dadurch die Energiesicherheit gefährdet wird. Das kann nicht sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Herausforderung müsste sein, den Gasverbrauch in Deutschland zu reduzieren. Das Einzige, was ich von dieser Bundesregierung dazu gehört habe, war die Empfehlung der Bundesumweltministerin, man möge doch in Zukunft nur bis 20 Grad hochheizen und einen Pullover anziehen. Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass das die Politik der Bundesregierung für Energieeffizienz ist! Das ist mir viel zu wenig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde erwarten, dass Sie endlich wieder einen Vorschlag machen, wie wir mithilfe steuerlicher Förde-
(B) rung die energetische Gebäudesanierung voranbringen.

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Die haben Sie doch blockiert!)

Es kann doch nicht sein, dass wir auf der einen Seite Milliarden zur Erhaltung des Systems Putin überweisen und auf der anderen Seite darauf verzichten, dass hier Arbeitsplätze für Handwerker und für die Bauindustrie geschaffen werden. Das müsste die Herausforderung sein. Dazu höre ich von Ihnen aber gar nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das bewertet, was Sie hier in den ersten 100 Tagen vorgelegt haben, muss man sagen: Erneuerbare werden ausgebremst, Klimaschutz kommt bei Ihnen nicht vor und bei Gebäudesanierung und Energieeffizienz – angeblich die zweite Säule der Energiewende – totale Fehlanzeige. Die Großen werde gepampert und bekommen Milliardensubventionen, private Verbraucher, Handwerk und Mittelstand müssen zahlen. Das hat mit Kosteneffizienz und Kostengerechtigkeit absolut nichts zu tun.

Wenn sich hier jemand mit einer merkwürdigen Mischung aus Clement und Schröder als der neue Genosse der Bosse profilieren will,

(Zurufe von der SPD: Oi! Oi!)

dann mag das ja eine parteipolitische oder persönliche Profilierungsstrategie sein, das hat aber nichts mit der Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu tun. Das ist eine Gefahr für 400 000 Arbeitsplätze in der Branche der erneu- (C)
erbaren Energien. Das ist eine Gefährdung einer klimafreundlichen und nachhaltigen Energieversorgung. Das ist keine Zukunftsperspektive für unser Land.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Thomas Jurk für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Jurk (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei einer Konferenz vor britischen und deutschen Unternehmern in der Grafschaft Staffordshire fragte unlängst der britische Handelsminister Ian Livingston: „Why don’t we have a Mittelstand?“ Also: Warum haben wir keinen Mittelstand? – Das macht deutlich, wo die Probleme in Großbritannien liegen. Sie wollen sich am Erfolgsmodell Deutschland orientieren, was die mittelständische Wirtschaft anbetrifft. Es geht darum, dass insbesondere die britischen Mittelständler innovativer, produktiver und kapitalstärker werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt auch, dass die Stärke unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen international anerkannt wird. Aber
nichts ist so wichtig wie der Blick in die Zukunft. Denn (D)
wie vergänglich ist der Erfolg von gestern! Deshalb ist es notwendig, dass wir die richtigen haushaltspolitischen Rahmenbedingungen setzen. Dazu gehört eben auch, dass wichtige Programme für den Mittelstand fortgeführt werden, und zwar mit einem höheren Mittelansatz. Dabei denke ich insbesondere an die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, kurz GRW, und das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, kurz ZIM.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung wird bei der GRW ein Aufwuchs des Ansatzes auf 583 Millionen Euro vorgesehen, im Jahre 2015 dann auf 600 Millionen Euro. Wir alle wissen, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde: Die Zielmarke lautet 624 Millionen Euro. Ich gehe davon aus, dass sie erreicht wird, und zwar nicht nur, weil die GRW für den Ausbau in strukturschwachen Regionen wichtig ist, sondern auch, weil sie ein sehr zielorientiertes Förderinstrument ist und wir Kompensationsmöglichkeiten im Hinblick auf den Wegfall der Investitionszulage und den Rückgang der europäischen Mittel brauchen.

Ich glaube, dass die Innovationskraft unserer Unternehmen durch das ZIM besonders gut unterstützt wurde. Deshalb ist es richtig, dass der Entwurf der Bundesregierung hier einen Aufwuchs um 15 Millionen Euro auf mittlerweile 530 Millionen Euro vorsieht.

Thomas Jurk

(A)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Haushaltsausschuss hat übrigens unverzüglich nach Vorlage des Bundesfinanzministeriums auf Antrag des Bundeswirtschaftsministeriums den Weg frei gemacht, damit neue Mittel bewilligt werden können, sowohl für die GRW als auch für das ZIM; denn wir möchten keine Förderlücke entstehen lassen. Das ist deshalb so wichtig, weil wir, glaube ich, in einer Zeit der vorläufigen Haushaltsführung auch unternehmerische Sicherheit gewährleisten müssen. Das haben wir mit dem Beschluss des Haushaltsausschusses getan.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will weniger aufgeregt als mein Vorredner auf das Thema „Energie und Energiewende“ eingehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es ausgesprochen richtig, dass die Kompetenzen der Energiepolitik in einem Ministerium, und zwar im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, gebündelt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es werden nicht nur die verschiedenen Förderprogramme zusammengeführt, sondern dadurch kann man auch Synergieeffekte nutzen. So gibt es eine Förderung aus dem Einzelplan 09. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, aus dem EKF im Einzelplan 60 Mittel bereitzustellen, um die Energiewende auszugestalten. Es ist richtig, dass die Räder ineinandergreifen müssen, denn die

(B)

verschiedenen Förderprogramme dürfen nicht nebeneinander laufen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass wir die Energiewende mithilfe der Förderprogramme zum Erfolg führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein hohes Gut in der Politik ist für mich Planungssicherheit. Bei aller Kritik an den Kompromissen, die in den letzten Wochen und Monaten erzielt wurden, sage ich deutlich: Herzlichen Dank, Sigmar Gabriel, für diese Herkulesleistung! Er hat die verschiedensten Einzelinteressen zusammengeführt und ein gutes Ergebnis vorgelegt. Dieses Ergebnis schafft Planungssicherheit und Verlässlichkeit, und man kann sich darauf einstellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich teile aber auch die Auffassung all derer, die sagen: Wir müssen noch mehr in intelligente Netze und in Speicher investieren, denn das Thema Netzausbau steht an. Im forschungstechnischen Bereich können wir viel leisten. Aber wir müssen auch anwendungsorientierte Projekte in Angriff nehmen. Ich glaube, das wird eine unserer zukünftigen Hauptaufgaben sein. Ich spreche in diesem Zusammenhang gerne von dem „schlafenden Riesen“ der Energieeffizienz. Auch hier haben wir noch riesige Potenziale. Ich glaube, dass wir sie in den nächsten Monaten und Jahren heben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die industrielle Basis Deutschlands ist auf hohem Niveau. Das hat uns erfolgreich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre geholfen. Es zeigt sich – und nicht bloß am Beispiel des Mittelstandes in Großbritannien –, dass andere Länder durchaus mit Respekt von Deutschland sprechen und kopieren wollen, was wir gemacht haben. Ich halte es für dringend notwendig, dass die industrielle Basis in Europa verbreitert wird. Wir müssen aber eine Diskussion darüber führen, dass wir mit Staaten in einem globalen Wettbewerb stehen, die auf der einen Seite Staatsunternehmen finanzieren und auf der anderen Seite privaten Unternehmen in einer Größenordnung staatliche Zuschüsse verordnen, die die EU-Kommission niemals als Beihilfe genehmigen würde. Das macht deutlich, worin unsere Aufgabenstellung besteht, insbesondere bei dem wichtigen Thema Innovation.

(C)

Andererseits müssen wir – darauf hat der Bundeswirtschaftsminister völlig zu Recht hingewiesen – an dem bewährten Prinzip der Sozialpartnerschaft in Deutschland festhalten. Unser Erfolgsmodell der Kooperation zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, also Gewerkschaften, zwischen Unternehmensführungen und Betriebsräten war erfolgreich und ist, glaube ich, auch ein Garant für eine sichere Zukunft und ein hohes Maß an Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich war ausgesprochen froh, dass die Zuständigkeiten für die Aufgaben der neuen Länder jetzt in das Ressort des Bundeswirtschaftsministeriums gewechselt sind. Ich wünsche Iris Gleicke und ihrem Team viel Erfolg bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Ich denke, dass

(D)

vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeitslücke von etwa 30 Prozent, die wir im Osten im Vergleich zum Westen immer noch zu verzeichnen haben, gerade die Ansiedlung dieser Zuständigkeiten im Wirtschaftsministerium eine hohe Symbolkraft hat. Aber Symbolkraft ist das eine; die konkrete Umsetzung in Projekte ist das andere. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass die zuständige Parlamentarische Staatssekretärin die finanziellen Ressourcen bekommt, die notwendig sind, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Es geht nicht an, dass Mittel im Bundesministerium des Innern kleben bleiben und nicht an das Bundeswirtschaftsministerium übertragen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Roland Claus [DIE LINKE])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim Blick in den Haushalt fällt auf, dass sehr klar beschrieben wird, dass man die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken, hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen und sichern und die wichtige Energiewende gestalten muss.

Andererseits muss der Einzelplan 09 in diesem Jahr durch eine globale Minderausgabe von 27 Millionen Euro für die Finanzierung des Betreuungsgeldes aufkommen. Das heißt, das Geld dafür wird im Wirtschaftsministerium eingesammelt. Da muss ich mich schon wundern und fragen, ob es denn richtig ist, dass wir uns dann am Ende vielleicht über Kürzungen im Bereich der

Thomas Jurk

(A) Innovationsförderung, des Mittelstandes, der Fachkräftesicherung oder der energiepolitischen Förderbedingungen verständigen müssen. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von daher glaube ich – auch mit Blick darauf, dass die globale Minderausgabe im nächsten Jahr auf sage und schreibe 53 Millionen Euro aufwachsen soll –, dass wir uns diesem Thema in besonderer Weise widmen sollten.

Bundesminister Gabriel hat bereits angedeutet, dass er die Förderprogramme in seinem Haus alle auf Erfolg kontrollieren will. Über die Evaluierung hinaus müssen wir uns genau verständigen: Was wollen wir fortführen? Was hat sich bewährt? Aber wir wollen ja auch Neues implementieren. Damit werden wir uns vielleicht etwas Zeit lassen. Das finde ich auch richtig. Es ist mir deshalb wichtig, dass das, was jetzt vorgelegt wurde, ein erster Schritt zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung ist und dass wir über weitere Schritte im Jahre 2015 reden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Berichterstattergespräch, das wir kürzlich im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geführt haben, stimmt mich zuversichtlich, dass wir konstruktive Beratungen zum Einzelplan 09 haben werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

(B) Lieber Kollege Jurk, ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrer ersten Rede als Mitglied des Deutschen Bundestages. Ihnen ist der Plenarsaal ja durchaus vertraut aus Ihrer früheren Zeit als Mitglied der sächsischen Staatsregierung; aber Ihnen wird aufgefallen sein, dass es einen erheblichen Unterschied macht, in welcher Rolle man hier an diesem Pult steht.

(Thomas Jurk [SPD]: Es macht mir aber viel Spaß!)

Alle guten Wünsche für die weitere Arbeit!

(Beifall)

Klaus Ernst ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man diese Debatte über den Haushalt unserer Bundesrepublik verfolgt, bekommt man zurzeit den Eindruck, die Welt sei rundweg in Ordnung: Die Beschäftigung entwickelt sich positiv, wir haben Wachstum.

Aber bewertet das Kriterium „Wachstum unserer Wirtschaft“ auch schon, wie es den Menschen geht? Da habe ich doch erhebliche Zweifel. Wenn man genau hinschaut, wie sich die Entwicklung in unserem Lande darstellt, dann stellt man fest: Das Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 2000 und 2013 real, preisbereinigt, um 14,9 Prozent gewachsen. Das ist hervorragend, klasse. (C)

Wenn man aber schaut, wem dieses Wachstum eigentlich zugutegekommen ist, dann zeigt sich ein durchaus differenzierteres Bild; dann stellt man nämlich fest, dass die Löhne im selben Zeitraum 1,9 Prozent an Wert verloren haben. Das heißt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Republik wurden vom Wachstum unserer Wirtschaft nicht nur abgekoppelt, sondern haben real sogar weniger als vorher. Jetzt könnte man noch fragen, wie das mit den Rentnerinnen und Rentnern ist. Die langjährig Versicherten haben im selben Zeitraum preisbereinigt 30 Prozent ihrer Kaufkraft verloren.

Wenn man schaut, wo das Geld hingeflossen ist, bei wem das Wachstum unserer Wirtschaft angekommen ist, dann stellt man fest, dass zwischen 2000 und 2013 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 31 Prozent gestiegen sind.

Ich habe jetzt in Ihrem Bericht, Herr Minister, nichts dazu gehört, ob diese Entwicklung akzeptabel ist, ob Sie das ändern wollen oder ob auch in Zukunft das Wachstum einseitig der Gruppe derer zukommen soll, die ihr Einkommen aus Unternehmertätigkeit oder Vermögen bezieht. Ich sage: Für uns Linke ist das ein unhaltbarer Zustand.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Arbeitnehmer gehören zu denen, die dieses Land am Laufen halten, und deshalb müssen sie am Wachstum beteiligt werden, meine Damen und Herren. (D)

Ich habe im Jahreswirtschaftsbericht geblättert und gesehen, dass auch im nächsten Jahr das Wachstum der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen über dem Wachstum der Löhne liegen soll. Im Ergebnis sinkt also die Lohnquote in der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben das in Ihrem Bericht mit keiner Silbe erwähnt, Herr Minister. Ich halte das für sehr bedauerlich.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Er hat etwas Falsches gesagt!)

Meine Damen und Herren, Herr Mundorf vom *Handelsblatt* hat vor Jahren einmal geschrieben – ich habe mir das gemerkt; ich fand das sehr schön –: Man kann die Menschen zum Deichbau einteilen; aber man muss ihnen sagen, wann die Flut vorüber ist. – Ich denke, die Flut ist inzwischen vorüber. Es ist also wirklich Zeit, dass wir grundsätzlich etwas ändern. Die Entwicklung – ich habe es gesagt – geht aber so weiter.

Meine Damen und Herren, ich sehe in Ihrem Haushalt – Sie haben das gerade auch angesprochen, Herr Gabriel – 5 Milliarden Euro mehr für die Verkehrsinfrastruktur und 9 Milliarden Euro mehr für die Bildung – verteilt auf die ganze Legislatur. Sie wissen: Das ist deutlich zu wenig. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat festgestellt, dass wir einen jährlichen Investitionsbedarf von 75 Milliarden Euro haben.

Wie wollen Sie denn mit diesem geringen Zuwachs tatsächlich Impulse für das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland setzen? Wie wollen Sie damit den

Klaus Ernst

(A) Mangel, den wir bei der Infrastruktur in Deutschland inzwischen haben – zum Beispiel bei Brücken und Schulhäusern –, tatsächlich beseitigen? Eltern erklären sich inzwischen sogar bereit, Schulhäuser selber zu streichen, weil die Zustände in den Schulhäusern so schlecht sind, dass man sie den Schülern nicht mehr zumuten kann. Wie wollen Sie das mit dem, was Sie hier vorlegen, wirklich bewältigen? Fehlanzeige!

Was passiert eigentlich mit den um 31 Prozent gestiegenen Einkommen auf der Unternehmensseite? Als ich Volkswirtschaft studiert habe, habe ich gelernt: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. – Wir stellen jetzt aber fest, dass die Investitionen im Vergleich zu den Gewinnen deutlich geringer gestiegen sind. Die Bruttoinvestitionen haben von 2000 bis 2012 nur um 2,1 Prozent zugenommen, wogegen der Einkommenszuwachs der Unternehmen eben 31 Prozent betrug. Das ist ein Riesenproblem, weil die Unternehmen, obwohl sie hervorragend verdienen, unzureichend investieren, und ich sehe auch keine Maßnahmen der Bundesregierung, das wirklich zu verändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Was passiert mit dem Geld, das die Unternehmen haben? Ich möchte die Europäische Kommission zitieren. Die Europäische Kommission schreibt:

> Die Unternehmen haben einen größeren Teil ihrer Gewinne einbehalten, um Schulden abzubauen und

– jetzt kommt es –

(B)

> vor allem um finanzielle Vermögenswerte zu erwerben.

Das heißt, sie horten die Kohle und spekulieren damit.

Wenn die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt davon absieht – das ist das, was diese Bundesregierung vorlegt –, wenigstens die Unternehmen höher zu besteuern, um die Mittel für Investitionen in diesem Haushalt zu steigern, weil die Unternehmen selber diese Investitionen nicht tätigen – sie erfüllen ihre Pflicht nicht, ihre Gewinne realwirtschaftlich wieder anzulegen, sondern zocken damit –, dann macht diese Bundesregierung einen Riesenfehler. Wir brauchen in dieser Zeit im Unternehmenssektor wirklich höhere Steuern, damit wir notwendige Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland tätigen können.

Sie können Ihren ausgeglichenen Haushalt hundertmal loben: Wenn er gleichzeitig mit Reduzierungen und Griffen in die Sozialkassen verbunden ist, dann ist das nichts wert. Sie haben keinen Mut, das Geld da zu holen, wo es ist, und das bedaure ich sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Ehrentribüne haben der Präsident des Parlaments des Staates Kuwait, Herr Marzouq Al-Ghanim, und seine Delegation Platz genommen. Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Präsident, und die Kolleginnen und Kollegen des Parlaments im Namen der Mitglieder des Deutschen Bundestages ganz herzlich begrüßen. (C)

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen für Ihren Aufenthalt in Deutschland und insbesondere für Ihr weiteres parlamentarisches Wirken alles Gute, und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Das Wort erhält nun der Kollege Andreas Lämmel für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Ernst, wenn man Sie hört und erlebt, wie Sie sich hier ereifern, dann bekommt man richtig Angst, dass Sie hier einmal einen Blutdruckkollaps erleiden könnten.

Sie sagen, dass Sie einmal Betriebswirtschaftslehre studiert haben. Ein Examen können Sie aber bestimmt nicht gemacht haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie Ihr Studium jemals beendet haben.

In Thüringen wird jetzt allen Ernstes versucht, einen linken Ministerpräsidenten zu installieren. Da kann ich den Thüringern und meinen lieben Kollegen aus Thüringen nur mein herzliches Beileid aussprechen; denn es würde ja furchtbar werden, wenn das wirklich eintreten würde. Dass die Grünen in Thüringen das auch noch unterstützen, indem sie sagen, sie könnten in einer Regierung unter einem linken Ministerpräsidenten arbeiten, haben die Thüringer nicht verdient. Sie haben das alles schon einmal erlebt. (D)

(Widerspruch bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Lämmel, ich habe den Eindruck, dass der Kollege Ernst das nicht ganz nachvollziehen kann und es deswegen gerne durch eine Zwischenfrage noch einmal erläutert haben möchte.

Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):

Haben Sie Ihr Zeugnis dabei?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Ein bisschen mehr Niveau im Haushalt!)

Bitte.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Lämmel, es freut mich, dass Sie sich um meine Abschlüsse sorgen. Ich habe übrigens nicht von Betriebswirtschaft, sondern von Volkswirtschaft gesprochen, falls Sie den Unterschied zu erkennen vermögen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Klaus Ernst

(A) Meinen Abschluss können Sie übrigens nachlesen. Er ist in verschiedenen Unterlagen des Deutschen Bundestages in meinem Lebenslauf angegeben. Ich kann Ihnen sogar die Zeugnisse zeigen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das interessiert keinen!)

Meine Frage betrifft aber etwas anderes. Sie haben ja schon einen Teil Ihrer Redezeit damit vergeudet, sehr qualifiziert auf meine Abschlüsse einzugehen. Aber haben Sie eigentlich eine Erklärung für den Tatbestand, den ich angesprochen habe, dass die Löhne in diesem Lande seit zwölf Jahren sinken, während die Unternehmensgewinne um 31 Prozent gestiegen sind?

Dazu habe ich bis jetzt noch nichts von Ihnen gehört. Aber das ist auch ein Problem der langen Redezeiten, die den Regierungsfraktionen zurzeit zur Verfügung stehen: Da kann man auch ein bisschen blödeln.

Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):

Ich werde Ihre Frage im Laufe meiner Rede beantworten. Sie können damit rechnen, dass Sie eine Antwort bekommen.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Danke schön! Dann kann ich mich ja wieder setzen!)

„Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands“: Unter diesem Motto standen die Koalitionsverhandlungen. Genau darum geht es auch bei diesem Haushalt: Wir müssen die Position der deutschen Volkswirtschaft in der Welt stärken. Denn die Amerikaner, Asiaten und (B) Araber, sie alle schlafen nicht und sind drauf und dran, sich Anteile am wirtschaftlichen Geschehen der Welt zu erobern. Das heißt für uns: Wir müssen immer mit an vorderster Front marschieren. Deshalb müssen wir unsere Haushaltsansätze, die wir veranschlagen, auch immer darauf richten, dass mit diesem Geld der größtmögliche Effekt erzielt wird.

Ein Blick in den Einzelplan 09 des Bundeswirtschaftsministeriums zeigt, dass ungefähr 50 Prozent der Mittel für Forschung und Technologie eingesetzt werden. Das dient also genau dem Zweck, dass heute Entwicklungen vorangetrieben werden, die morgen den Unternehmen die Chance geben, wieder am Weltmarkt mitzuspielen.

Das ist die hervorragende Botschaft: dass der hohe Anteil für Forschung und Technologie auch in diesem Haushaltsplan weiter ausgebaut wird. Denn das sind die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung, Herr Ernst. Wenn Sie sich die Lohnentwicklung der letzten Jahre anschauen, merken Sie, dass Ihre Aussage nicht hundertprozentig stimmen kann. Denn die Lohnentwicklung und die Tarifabschlüsse der letzten Jahre waren gerade deswegen so positiv, weil früher viel in Forschung und Technologie investiert wurde und die deutsche Wirtschaft eine starke Stellung in der Welt hatte und dadurch diese Löhne zahlen kann.

Meine Damen und Herren, es wurde schon darauf eingegangen: Kernstück des Ganzen im Wirtschaftshaushalt ist das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand. (C) Dazu muss ich nicht mehr viel sagen. Der Kollege Claus – er ist nicht mehr anwesend – hat vorhin im Zusammenhang mit dem Thema vorläufige Haushaltsführung davon gesprochen, dass praktisch keine Anträge mehr bearbeitet werden können. Herr Kollege Claus, das Problem ist also schon lange im Fluss.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Gelöst!)

Sie sind etwas spät dran, wenn Sie das heute noch einmal thematisieren.

Ich will noch kurz einen bemerkenswerten Punkt aus dem ZIM ansprechen, nämlich dass die Säule der Kooperationsprojekte, also der Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, Universitäten und Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft, in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung genommen hat. Es ist ein sehr gutes Zeichen, dass die staatlich finanzierte Forschungsinfrastruktur Leistungen für die wirtschaftliche Entwicklung erbringt.

Das ZIM werden wir auch in den nächsten Jahren weiter gut fördern. Ich denke, es geht jetzt vor allem darum, die durchgängige Finanzierbarkeit des Programms abzusichern.

Das Thema GRW, also die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, ist mehrfach erwähnt worden. Wir haben das, was im Koalitionsvertrag steht, zunächst umgesetzt. Der Ansatz für die GRW ist also angehoben worden. Die GRW ist aber eine Gemeinschaftsaufgabe. Das heißt, 50 Prozent der Mittel werden vom Bund aufgebracht; die übrigen (D) 50 Prozent müssen die Länder aufbringen. Man kann also nicht immer nur in eine Richtung blicken und fragen, ob der Bund seine Verpflichtungen erfüllt, sondern man muss auch einige Länder immer wieder darauf hinweisen, dass auch sie die Verpflichtung haben, in ihre Haushalte die entsprechenden Mittel einzustellen, damit sie der Gemeinschaftsaufgabe zugutekommen können.

Auch das muss man immer wieder deutlich sagen. Wenn man sich die Mittelabflüsse anschaut, dann sieht man, dass einige Länder mehr dabei sind als andere.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Dazu gehören zum Beispiel Bayern – das ist klar; wenn es was zu holen gibt, ist Bayern immer mit dabei – Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Andere Länder haben im letzten Jahr dagegen nicht einmal drei Viertel ihrer Quoten in Anspruch genommen. An dieser Stelle muss man sagen: Gemeinschaftsaufgabe heißt auch, gemeinschaftlich Verantwortung zu tragen.

Ein weiterer wichtiger Baustein im Haushaltsplan 09 ist die Förderung der Außenwirtschaft. Deutschland ist Exportweltmeister. Man kämpft immer mal wieder mit China um die Führungsrolle. Wenn man die Exportzahlen auf die Bevölkerung umrechnet, bleibt Deutschland aber eindeutig der Exportweltmeister. Das liegt unter anderem an unserem hervorragenden System der Außenhandelskammern, die weltweit agieren. Dieses System ist ziemlich einmalig. Wir müssen es erhalten und ausbauen.

Andreas G. Lämmel

(A) Allerdings – jetzt spreche ich als Vorsitzender des Afrika-Kreises unserer Fraktion – fällt auf, dass ein gesamter Kontinent ziemlich dünn mit Außenhandelskammern besetzt ist. Herr Minister, wir müssen uns in nächster Zeit einmal darüber unterhalten, wie wir das Thema der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika anpacken können, wie wir die Präsenz der deutschen Wirtschaft in Afrika erhöhen können und welche Instrumente wir dafür brauchen. Solange fast alle afrikanischen Staaten bei Hermes in die höchste Risikoklasse, nämlich in die Risikoklasse 7, eingestuft sind und somit Investoren und Exporteure kaum Kreditgarantien bekommen, werden wir das Geschäft nicht in Gang kriegen. Darüber müssen wir uns unterhalten. Ich denke, Afrika ist ein Kontinent der Chancen. Da wollen wir als Deutsche nicht zu spät kommen.

(Beifall des Abg. Andreas Mattfeldt [CDU/CSU])

Sehr wichtig im Einzelplan 09 ist das Kapitel „Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren“. Hier zeigt sich, dass wir in Deutschland in den letzten Jahren vor allen Dingen im Bereich der technologieorientierten Gründung eine Durststrecke hatten. Wir müssen uns gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir die lebendige und mobile Gründerszene unterstützen können. Es gibt zwar schon viele Bausteine, um dies zu erreichen – die KfW, das ERP-Vermögen und andere Programme aus dem Bundeswirtschaftsministerium –, aber eine Sparte fehlt, nämlich das private Risikokapital. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir ein Venture-Capital-Gesetz verabschieden wollen. Das müssen wir jetzt (B) anpacken. Wir brauchen es dringend, um mit den Amerikanern und den Engländern mithalten zu können.

Erst gestern wurde mir wieder ein Fall von einer Softwarefirma geschildert, die an fehlenden 750 000 Euro gescheitert ist und dann letztendlich von Amerikanern übernommen wurde, die die Chance, die sich Ihnen durch die entwickelte Software bot, erkannt haben und risikofreudig zugegriffen haben. Hier ist aus meiner Sicht noch einiges zu tun. Der Koalitionsvertrag zeigt aber ganz klar, wohin die Reise gehen soll.

Ich komme zum Thema Fachkräfte. Das ist heute zwar schon mehrfach angesprochen worden, zwei oder drei Dinge sind aber noch nicht zur Sprache gekommen. Wenn man sich die europäischen Staaten anschaut, dann stellen wir immer wieder fest: Deutschland ist stark und hat in den letzten Jahren an wirtschaftlicher Stärke gewonnen. Das liegt natürlich daran, dass wir hochausgebildete Facharbeiter bei uns haben. Das hängt auch damit zusammen, dass wir einen Meisterbrief haben, der einen Handwerksmeister qualifiziert, fachliche Leistungen zu bringen, und zeigt, dass er auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht fit ist. Aus meiner Sicht kann es nicht angehen, dass man von europäischer Seite jetzt die Besseren auf ein mittelmäßiges Niveau zurückholen will, damit die Staaten, die im Bereich der beruflichen Ausbildung noch nicht so weit entwickelt sind, nicht so schlecht dastehen. Mein Anspruch ist folgender: Man sollte das beste System in andere Staaten exportieren, um auch dort für eine hervorragend ausgebildete Facharbeiterschaft zu sorgen. Deswegen sage ich hier ganz klipp und klar: Die CDU/CSU-Fraktion steht zum deutschen Meisterbrief und wird alle Angriffe auf diesen Meisterbrief abwehren. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Abwehren wird die CDU/CSU-Fraktion ebenfalls Angriffe auf die duale Berufsausbildung. Die duale Berufsausbildung ist der Garant für gute Facharbeiter. Wir wären doch, wie man so schön sagt, mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir dieses System aufgeben würden. Auch hier gilt für uns: Wir verteidigen dieses System mit ganzer Kraft.

Die Wirtschaft besteht natürlich nicht nur aus Industrie und Gewerbe, sondern auch aus dem Dienstleistungssektor. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Bereich ansprechen, der hier sonst kaum Berücksichtigung findet, nämlich den Bereich Tourismus. Im Einzelplan 09 werden immerhin 28 Millionen Euro für die Deutsche Zentrale für Tourismus ausgegeben. Diese soll im Ausland Werbung machen, damit Gäste zahlreich nach Deutschland kommen.

Die Touristiker werden im Wirtschaftsgetriebe immer unterschätzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gab Menschen, die gesagt haben, das sei eine Spaßbranche. Das ist natürlich völliger Quatsch. Der Tourismus ist eine Dienstleistungsbranche, die ortsgebunden ist, hervorragende Arbeit leistet und einen großen Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet. Man käme nie auf die Idee, Arbeitsplätze aus diesem Bereich irgendwo hin zu exportieren; das würde auch gar nicht (D) funktionieren. Die Arbeitsplätze bleiben hier im Lande.

Belastungen aus der Energiewende oder andere Belastungen, die der Branche auferlegt werden, treffen die Touristiker ziemlich schwer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei ihren Betrieben handelt es sich meistens um kleine oder mittelständisch geprägte Familienbetriebe, für die die Belastungen viel schwerer zu tragen sind als für große Industriebetriebe. Deswegen möchte ich den Touristikern in Deutschland für ihre Leistungen danken; sie kommen sonst immer etwas kurz. Sie sind vielfach in den Regionen aktiv, in denen sehr wenig Industrie zu finden ist. Das heißt, das wirtschaftliche Gleichgewicht in unserem Lande wird auch durch die Branche des Tourismus wesentlich hergestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen stehen wir zu den Ausgaben für den Tourismus, insbesondere für die Deutsche Zentrale für Tourismus. Wir hoffen, dass wir die Gästezahlen mithilfe dieses Geldes weiter erhöhen können. Diese Gäste werden dann auch ein positives Deutschlandbild mit in ihre Heimatländer nehmen.

Vielen Dank und gute Beratungen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Anja Hajduk erhält nun das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftslage ist in der Tat ganz gut: Die Konjunktur läuft, die Wachstumsprognose ist positiv, Steuereinnahmen sprudeln und die Arbeitslosenquote ist erneut gesunken. – Herr Minister, das sind sehr gute Rahmenbedingungen für Ihre Arbeit. Wir konnten gestern und heute bei Ihrer eigenen Rede aber feststellen: Es liegt eine Gefahr in diesem positiven Umfeld, nämlich die Gefahr, dass Sie sich allzu selbstgefällig zurücklehnen und sich als Koalition in Selbstlob ergehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt auch in diesem Haushalt leider Belege dafür, dass Sie die Herausforderungen trotz dieser guten Umstände nicht anpacken. Das kann man zusammenfassen: Die Investitionsquote dümpelt vor sich hin. Der Mittelstand wird immer noch vernachlässigt. Die Energiewende wird nicht richtig angepackt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Punkt. Die Investitionen bleiben auf der Strecke, obwohl Sie im Koalitionsvertrag groß erklärt haben: Wir setzen sowohl auf mehr Investitionen der öffentlichen Hand als auch auf bessere Rahmenbedingungen für Private.

(B)

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Genau das machen wir! – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Was passiert denn bei der öffentlichen Hand, Herr Heil? Nicht nur, dass die Investitionsquote in Deutschland unterhalb des OECD-Durchschnitts liegt, nein, die Investitionsquote im Haushalt wird von 8,6 bis zum Ende der Finanzplanperiode sogar auf 8,3 sinken. Es ist sowieso ein Skandal, dass wir eine einstellige Investitionsquote haben. Darauf können Sie sich doch nicht ausruhen wollen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sprechen hier so stolz von den 5 Milliarden Euro zur Stärkung der Verkehrsinfrastruktur. Sie wissen aber doch, dass das weit unterhalb des tatsächlichen Bedarfes liegt. Wenn Sie von 40 Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen in dieser Finanzplanperiode die Investitionen mit nur 1,2 Milliarden Euro bedenken, dann ist das Ausweis einer schlechten Wirtschaftspolitik und einer mangelhaften Zukunftsorientierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen doch im Sinne von Breitbandausbau, Bildungsinvestitionen und Sanierungsaufgaben mehr tun. Ich habe kein Verständnis für Ihre Selbstgefälligkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Der Mittelstand wird stiefmütterlich behandelt. Im Etat des Wirtschaftsministers machen die Ausgaben für den Mittelstand gerade einmal 12 Prozent aus. (C) Das liegt daran, dass Luftfahrt- und Großindustrie mit großen Summen gefördert werden. Das liegt auch daran – das muss man einmal angesichts der aktuellen energiepolitischen Diskussion erwähnen –, dass wir im Jahr 2014 noch 20 Prozent des Etats für die Steinkohleförderung ausgeben. Das ist eine Altlast, die man nicht vergessen darf, wenn man über Politik und die Zukunft der Energieversorgung und -kosten redet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann muss man auch noch sagen, dass leider von den Mitteln aus den Programmen zur Mittelstandsförderung immer noch zu wenig Anteile an die kleinen und mittleren Unternehmen gehen. Es sind nach unseren Berechnungen rund 25 Prozent. Bei der regionalen Wirtschaftsförderung denkt man immer: Mensch, da sind doch 88 Prozent der geförderten Unternehmen kleine und mittlere. – Da muss ich Ihnen aber sagen: Wenn Sie auf die Fördersumme schauen, erkennen Sie, dass es nur 48 Prozent der Mittel sind, die dahin fließen. Herr Minister, Sie haben da noch eine ganze Menge umzusteuern. Davon ist leider bisher nichts zu sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Roland Claus [DIE LINKE])

Ich möchte auch noch einmal auf die Energiewende eingehen. Sie hatten vor dem Hintergrund der Maßnahmen der EU-Kommission mit Sicherheit keine leichte Diskussion. Aber Sie müssen doch letztlich zugeben: Sie haben Ihre selbstgesteckten Ziele nicht erreicht. Sie haben gesagt: Wir wollen die Kosten in den Griff bekommen. – Sie kommen jetzt mit einem Vorschlag, der durch (D) Ausweitung der Branchen und einer eben nicht zielgenauen und konzentrierten Definition von Ausnahmen für Unternehmen, die damit auch zu deren Abnahme beitragen würde, die Belastungen für die privaten Verbraucher auf insgesamt bis zu 8 Milliarden Euro erhöht. Sie haben Ihre selbstgesteckten Ziele – Sie wollten den Betrag bei den Ausnahmen auf 4 Milliarden Euro, also um 1 Milliarde Euro, senken – nicht erreicht. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie gesagt haben: Wir wollen keine Arbeitsplätze in Deutschland gefährden. – Aber im Sinne einer fairen Kostenverteilung ist dieser Kompromiss, wenn man ihn sich ehrlich anschaut, ein schwacher Kompromiss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt. Ich finde es nicht ausreichend, wenn Sie, Herr Gabriel, sagen – Herr Jurk hat das auch gesagt –: Die Energieeffizienz ist ein schlafender Riese. – Sie regieren. Wenn Sie finden, dass sie ein Riese ist, dann müssen Sie mir einmal erklären, warum Sie sich damit zufriedengeben, dass sie in Ihrem Haushalt ein Zwerg bleibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Roland Claus [DIE LINKE] – Dirk Becker [SPD]: Macht doch keiner! Einfach mal zuhören!)

Sie streichen bei der Energieeffizienz die Mittel zusammen: um 100 Millionen Euro beim Europäischen Energieeffizienzfonds, die Mittel für das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien werden ebenso ge-

Anja Hajduk

(A) kürzt. Konsequent wäre es, diese Programme auszubauen. Von einer unabhängigen Expertenkommission ist ganz aktuell festgestellt worden, dass gerade im Wärmesektor bezüglich Energieeffizienz und Energiewende viel mehr passieren muss. Insofern haben Sie auch an dieser Baustelle ganz viel zu tun und keinen Grund, sich zurückzulehnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein neues Denken, ein neues Handeln von Staat und Gesellschaft, aber auch von jedem Einzelnen. Nachhaltigkeit muss das Prinzip allen Tuns und aller Entwicklung sein. Deshalb müssen wir die Globalisierung so gestalten, dass sie den Menschen dient und nicht ausschließlich den Märkten und der Wirtschaft. Nicht der freie Markt, Herr Gabriel, ohne jegliche Kontrolle ist unser Leitbild, sondern eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Der Markt braucht Grenzen. – An dieser Stelle hätten Sie von der Union jetzt eigentlich klatschen können; denn diese Sätze stammen von Ihrem Minister Müller.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die hat er im Januar und gestern in dieser Debatte gesagt. Er hat dabei für die ganze Regierung gesprochen.

An diesem Maßstab, Herr Gabriel, wollen doch auch Sie sich messen lassen. Insofern haben Sie noch eine Menge nachzubessern.

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie
(B) des Abg. Roland Claus [DIE LINKE])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Hubertus Heil für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hubertus Heil (Peine) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute über die Wirtschaftspolitik und die Energiepolitik in diesem Land. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich wundere mich schon – das muss ich offen sagen –, dass es in einer Zeit, in der es darum geht, die Energiewende tatsächlich zum Erfolg zu führen, quasi ein Auseinanderbrechen der Grünen in den Bundesländern und jener der Bundestagsfraktion gibt.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Warum hat denn Herr Kretschmann das, was Sigmar Gabriel zustande gebracht hat, gelobt, und warum reden Sie das hier in Grund und Boden? So richtig passt das nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nehmen wir uns die Punkte einmal im Einzelnen vor. Frau Hajduk, ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie Arbeitsplätze in der Industrie gegen die Interessen der Verbraucher ausspielen. (C)

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie machen hier ganz billige Polemik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Tatsache ist, dass wir in Deutschland besser durch die Krise gekommen sind als andere Länder, weil wir funktionierende Wertschöpfungsketten haben, von den Grundstoffindustrien über den produzierenden Mittelstand bis hin zu kleinen Unternehmen. Dass Sie in einer solchen Situation die Existenz von Arbeitsplätzen oder zumindest die Investitionen in Grundstoffindustrien gefährden,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oje! Hubertus, du weißt es doch besser!)

indem Sie fordern, diese Industrien unmaßvoll einzubeziehen, finde ich schon ein starkes Stück.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat gar nicht zugehört! Er hat es ja gar nicht kapiert!)

Wir haben dafür gekämpft, dass es berechtigte Ausnahmen gibt. Die jetzigen Ausnahmen sind andere als die zuvor. Sie sind nämlich an objektivierbaren Kriterien, die in der Diskussion mit der EU-Kommission zustande gekommen sind, zu messen. (D)

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist aber nicht besser geworden!)

Ich finde, es ist ein guter Erfolg, dass dieses Damoklesschwert über der Grundstoffindustrie in Deutschland von unserem Minister beseitigt wurde.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zum Umgang mit dem EEG. Wir sind uns doch einig, dass wir den Ausbau erneuerbarer Energien wollen. Der Anteil der erneuerbaren Energien liegt momentan bei 25 Prozent. Mit unserer Politik kommen wir in den nächsten Jahren auf 45 Prozent. Deshalb kann vom Ausbremsen der Energiewende überhaupt nicht die Rede sein.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind aber Zielzahlen, nicht die Maßnahmen!)

Es geht um etwas anderes: Es geht um Planbarkeit und Kosteneffizienz. Dass Sie sich dagegen wehren, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir können doch nicht immer mehr Überförderung in diesem Bereich zulassen und nur zuschauen, obwohl es Planungs- und Investitionsunsicherheiten nicht nur für die Erneuerbaren, sondern für die gesamte deutsche Wirtschaft gibt.

(A) (Abg. Dieter Janecek [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Wenn Sie mir eine Frage stellen wollen, dann freue ich mich darüber; denn meine Redezeit ist sehr kurz.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ein bisschen mitwirken muss ich daran wohl auch noch.

(Heiterkeit)

Hubertus Heil (Peine) (SPD):

Verzeihung.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wenn es schon bei ansonsten erkennbaren Differenzen zumindest in dieser Frage Einvernehmen zwischen Koalition und Opposition gibt, will ich dem nicht im Wege stehen. – Bitte schön.

Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Kollege Heil, es liegt wohl auch an meiner Frage, ob Sie sich freuen, dass Ihre Redezeit verlängert wird. – Ich habe den Eindruck, dass Sie einen sehr großen Popanz zwischen EEG-Reform und der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie aufbauen. Nehmen Sie denn zur Kenntnis, dass in China, einem unserer Wettbewerber, im letzten Jahr im Kraftwerksbau im Bereich der Erneuerbaren mehr investiert wurde als im Bereich der Fossilen und dass auf den Weltmärkten die Musik spielt, dass wir aber gleichzeitig – das nehme ich auf Reisen im Ausland so wahr – unser Erfolgsprojekt Energiewende konsequent kaputtreden? Sie sind daran in erster Linie beteiligt.

(B)

(Beifall der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hubertus Heil (Peine) (SPD):

Nein, lieber Herr Kollege, das nehme ich nicht zur Kenntnis, und das ist nicht in Ordnung. Ich gehöre genauso wie Sie zu den Befürwortern dieser Energiewende. Wir beide sind für das Erreichen sehr ehrgeiziger Klimaschutzziele unter den Bedingungen einer hochindustrialisierten Nation. Wir beide sind für den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft. Wir beide sind sicherlich der Meinung, dass wir, wenn wir die doppelte Energiewende in Deutschland schaffen – raus aus der Kernkraft und rein in erneuerbare Energien –, deutschen Technologien Chancen auf den Weltmärkten eröffnen. Aber dafür müssen wir die Energiewende bei uns hinbekommen, Planungssicherheit schaffen und für Kosteneffizienz sorgen. Sie ignorieren das und nehmen nicht zur Kenntnis, dass wir aufgrund der Überförderung immer mehr umwälzen müssen. Es geht nicht allein um Menschen, die die Welt verbessern wollen, sondern um geschäftliche Interessen.

Von Ausbremsen kann gar keine Rede sein.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich!)

Der Zubau in den nächsten Jahren wird dazu führen, dass der Anteil der Erneuerbaren bei 45 Prozent liegt. Es geht aber um Berechenbarkeit beim Zubau, damit wir beispielsweise die Netzintegration leisten können. Ich sage es noch einmal: Es geht auch um mehr Kosteneffizienz. Die Lernkurve im Bereich der Erneuerbaren, insbesondere bei Wind onshore und Photovoltaik, zeigt mittlerweile so steil nach oben, dass wir die Erneuerbaren an den Markt heranführen können und nicht überfördern müssen. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. (C)

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Photovoltaik liegt doch brach, wird doch gar nicht mehr ausgebaut!)

– Frau Höhn, dass Sie, die Sie wirklich Verdienste in der Energiepolitik haben, mit Ihrem starren Beharren auf Überförderung der Energiewende einen Tort antun, sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Widerspruch der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will Ihnen deutlich sagen, dass das, was Bundesminister Gabriel mit Unterstützung der Bundesregierung, insbesondere des Kanzleramtsministers und der Bundeskanzlerin, geschafft hat, nicht nur die Chancen eröffnet, die Energiewende wieder in die richtigen Bahnen zu lenken, sondern auch zu einem Investitionsschub in der gesamten deutschen Wirtschaft führen kann. Denn die Unsicherheiten, die wir in den letzten Jahren auch aufgrund von, ich sage einmal, erratischen Formen von Energiepolitik erlebt haben, haben dazu geführt, dass Investitionen in vielen Bereichen blockiert wurden. Die lagen auf Halde im Bereich der erneuerbaren Energien, im Bereich der Wirtschaft, auch der Grundstoffindustrien selbst. Investitionen sind aber genau das, was wir brauchen. (D)

Frau Hajduk, Sie haben zu Recht davon gesprochen, dass wir nicht selbstzufrieden sein dürfen; denn wir haben in Deutschland sowohl bei den öffentlichen als auch bei den privaten Investitionen – da hat das DIW vollkommen recht – eine ganze Menge in den nächsten Jahren zu leisten. Bei den öffentlichen Investitionen macht sich diese Koalition auf den Weg.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider nicht!)

Wir investieren 9 Milliarden Euro mehr in Bildung, Forschung und Wissenschaft. Wir werden die Kommunen entlasten, weil die am meisten in die öffentliche Infrastruktur investieren. Wir steigern in diesem Haushalt die Verkehrsinvestitionen um 5 Milliarden Euro.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Statt Erhaltung Neubau! Das ist Blödsinn!)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Wir können immer noch mehr fordern; aber es ist richtig, dass diese Bundesregierung bei Investitionen wirklich gute Schwerpunkte setzt.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu wenig und falsche Prioritäten!)

Hubertus Heil (Peine)

(A) Wir müssen gleichzeitig darauf schauen, dass die privaten Investitionen, die in unserem Land zu niedrig sind, in Unternehmen stattfinden, und dafür brauchen sie ordentliche Rahmenbedingungen. Das heißt vor allem Berechenbarkeit von Politik, und genau das schaffen wir im Bereich der Energiepolitik. Da kehrt Berechenbarkeit zurück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Bundesminister Gabriel, Sie sind nicht allein Energieminister – das haben Sie bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts betont –, Sie sind Minister für Wirtschaft und Energie. Ich will Ihnen sagen: Wir als SPD-Bundestagsfraktion freuen uns, dass Sie mit Ihrer Arbeit wieder auf eine aktive Wirtschafts-, Industrie- und Mittelstandspolitik setzen und Sie nicht nach dem Motto verfahren: Wirtschaft wird alleine in der Wirtschaft gemacht. – Nein, die Rahmensetzungen, die wir in der Politik vornehmen, und die Initiativen, die wir ergreifen, haben für die Zukunft unserer Wirtschaft eine entscheidende Bedeutung.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir können uns nicht selbstzufrieden zurücklehnen. Wir sind sehr erfolgreich, wir sind Exportvizeweltmeister. Aber wir stehen vor großen Aufgaben. Die Energiewende ist die eine, der veränderte demografische Aufbau am Arbeitsmarkt ist die zweite. Die große Frage der Digitalisierung unserer Industrienation und der gesamten Wertschöpfungsketten – Stichwort „Industrie 4.0“; das wurde dieser Tage auf der Hannover Messe intensiv diskutiert –
(B) liegt vor uns. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zurückfallen. Es gibt eine ganze Menge von Unternehmen, die in dieser Beziehung etwas leisten können; sie sind aber leider nicht in Europa oder in Deutschland, sondern in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Fernost.

Es bleibt also viel zu tun. Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn es darum geht, mit einer aktiven Wirtschaftspolitik die Grundlagen dafür zu schaffen, dass unser Land erfolgreich bleibt. Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Hand. Wir danken Ihnen und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Ministeriums, die wirklich Großes beim Thema EEG geleistet haben, für die nächtelange Arbeit in den letzten Wochen. Jetzt sind wir als Parlament gefragt, was die EEG-Reform betrifft. Wir werden dafür sorgen, dass das Ganze vernünftig durch das Parlament kommt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Eva Bulling-Schröter ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Gabriel, Sie haben ein blendendes Verhandlungstalent. Sie haben es in sicher harten Gesprächen geschafft, den strengen Wettbewerbskommissar Almunia milde zu stimmen. Sie haben die Geschenke an die Industrie einfach umverpackt. Das Öko-Institut berechnet dafür Mehrkosten zwischen 300 Millionen Euro und 2,5 Milliarden Euro. Den Anteil der stromintensiven Industrie an der EEG-Umlage von 5 Milliarden Euro – es werden vielleicht mehr – zahlen weiterhin die normalen Stromkunden mit. Da kann ich nur sagen: Dieses Verhandlungsergebnis adelt Sie als Industrieminister oder, wie vorher gesagt wurde, als Genossen der Bosse. (C)

Wem nützt dieses neue EEG? Was ist mit den privaten Haushalten, besonders mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die am Ende des Monats ihre Stromrechnung kaum bezahlen können? Es gäbe durchaus Möglichkeiten, sie zu entlasten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke hat dazu einiges vorgeschlagen, zum Beispiel die Senkung der Stromsteuer. Auch die SPD hatte vor der Bundestagswahl diese Forderung erhoben.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Das haben wir bei Schäuble nicht durchbekommen!)

– Ich weiß, das alte Spiel: Für den Kollegen Schäuble steht die schwarze Null im Haushalt über allem. – Jetzt frage ich Sie: Wann wollen Sie, Herr Gabriel, Ihr Verhandlungstalent an dieser Stelle einsetzen, für die Bürgerinnen und Bürger?

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem EEG 2014 führen Sie exakt das schwarz-gelbe Projekt aus 2012 weiter, das der Solarbranche bereits schlimm zugesetzt hat. (D)

Aber Ihre Einschnitte sind noch drastischer. Nun sollen die kleinen Bürgerenergieprojekte bluten, die bislang knapp die Hälfte der gesamten installierten Leistung von Energien aus Wind an Land, Sonne und Biomasse stellen. Neuanlagen werden über kurz oder lang in die verpflichtende Direktvermarktung gezwungen. Die bisherige Managementprämie entfällt.

Ich kritisiere aber noch mehr die ab 2017 geplanten Ausschreibungen, mit denen die feste Einspeisevergütung endgültig Geschichte wird. In anderen Ländern haben Ausschreibungen zu höheren Vergütungssätzen und Fehlsteuerungen geführt – das ist ja inzwischen bekannt –; aber diese Erfahrungen ignorieren Sie einfach.

Auch hier möchte ich wieder fragen: Wem nützen die Ausschreibungen?

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind zum Beispiel diejenigen, die die Investition, an einer Ausschreibung teilzunehmen und nicht den Zuschlag zu bekommen, verkraften können: große Investoren, die hohe Risiken zu tragen bereit sind. Sie machen Anwohnerenergieprojekten damit den Garaus und leiten einen Paradigmenwechsel ein. Da sind wir wirklich vollkommen dagegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter

(A) „Schluss mit Klein-Klein" ist Ihre Devise auch hier, Herr Industrieminister.

Ihr Einsatz für die Unternehmen stellt die hohe Zustimmung zur Energiewende bei den Bürgerinnen und Bürgern wirklich auf die Probe. Die Stromkosten machen von den gesamten Energiekosten eines durchschnittlichen Haushalts nur ein Viertel aus. Heizkosten schlagen viel stärker zu Buche. Auch darüber müssen wir reden.

In den neuen Bundesländern müssen nun nach und nach 75 Prozent der Heizungsanlagen, die nach der Wende eingebaut wurden, ausgetauscht werden.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Nicht nur in den neuen Bundesländern!)

– Nicht nur in den neuen Bundesländern, das ist richtig. Auch in den alten Bundesländern müssen sie ausgetauscht werden. – Warum legen Sie nicht ein Energiegesamtkonzept vor, das endlich auch der Gebäudeeffizienz eine den Klimazielen angemessene Förderung zuspricht?

(Beifall bei der LINKEN)

Aus dem Ministerium Gabriel hören wir, dass im Grunde sofort eine Verdoppelung der Sanierungsrate von derzeit 1 Prozent auf 2 Prozent erfolgen müsste, will man, wie geplant, den Gebäudebestand bis 2050 nahezu komplett energetisch saniert haben. Das ist auch notwendig; wir haben schon ein ganzes Jahrzehnt verloren.

(B) Wann will die Bundesregierung den Sanierungsfahrplan, den die EU zum Ende dieses Monats einfordert, vorlegen? Dazu haben wir noch gar nichts gehört. Wir müssen davon wegkommen, die Gebäudeeffizienz und natürlich auch die anderen Maßnahmen für Energie und Klimaschutz über den Energie- und Klimafonds zu finanzieren. Wir sehen ja: Das funktioniert nicht. Der Preis der Zertifikate ist viel zu niedrig. Vom Handel mit ihnen geht nichts aus.

Die Linke fordert 5 Milliarden Euro jährlich für Effizienzmaßnahmen. Diese Förderung müsste verlässlich sein. Gebäudesanierung darf eben nicht zu einem Schwert gegen die Mieterinnen und Mieter werden. Die Mieten müssen bezahlbar bleiben. Es kann nicht sein, dass sich Mieten verdoppeln und Leute aus ihren Wohnungen ausziehen müssen, wie es in einigen Städten bereits der Fall ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die dringend notwendige energetische Gebäudesanierung darf nicht ein Trick von Investoren sein, um die Mieten in Innenstädten drastisch in die Höhe zu treiben. Damit schaffen wir keine Akzeptanz, sondern nur Ablehnung. Wir wollen den sozial-ökologischen Umbau. Dieser Umbau darf also nicht nur ökologisch, sondern er muss auch sozial und bezahlbar sein. Ich denke, das ist auch machbar, wenn die Gelder dementsprechend umverteilt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert: (C)
Das Wort erhält nun der Kollege Karl Holmeier für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karl Holmeier (CDU/CSU):
Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die deutsche Wirtschaft bleibt auch 2014 die Lokomotive für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Die Bundesregierung erwartet laut Jahreswirtschaftsbericht für das laufende Jahr ein etwas stärkeres Wachstum als noch im Herbst des letzten Jahres vorausgesagt. Vor dem Hintergrund, dass sie mit erheblichem Gegenwind aus dem weltwirtschaftlichen und europäischen Umfeld zu kämpfen hat, ist dies eine gute Nachricht. Das Wachstum wird über das Jahr 2014 hinaus sogar zunehmend an Substanz gewinnen.

Mit dem vorliegenden Haushalt tragen wir dazu bei, diese guten Aussichten zu festigen. Wir fördern Innovationen. Die Innovationsförderung ist einer der Schwerpunkte im Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums. Wir führen den Investitionszuschuss für Wagniskapital fort. Die Finanzierungssituation junger innovativer Unternehmen wird weiter verbessert.

Was ganz wichtig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir fördern die regionale Wirtschaft. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" werden fortgeführt. Ich möchte einen wirklich herzlichen Dank an die Bundesregierung, vor allem an unsere Bundeskanzlerin, dafür sagen, dass gerade die bayerischen Landkreise entlang der Grenze zu Tschechien weiter im Fördergebiet sind. (D)

(Beifall des Abg. Max Straubinger [CDU/CSU])

Wir fördern den Mittelstand. Wir unterstützen Unternehmensgründungen und vor allem die Fachkräftesicherung.

Wir verfolgen einen konsequenten Konsolidierungskurs. Der Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums leistet auch in diesem Jahr einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung. Der Etat für 2014 wurde zwar erhöht; dies ist aber im Wesentlichen darin begründet, dass die Zuständigkeiten für die Energiewende hierher verlagert wurden.

Wir schaffen verlässliche Rahmenbedingungen für den Energiebereich. Energie muss sicher und bezahlbar bleiben. Dies gilt sowohl für unsere Bürgerinnen und Bürger als auch für unsere Wirtschaft. Deshalb reformieren wir das EEG. Am 8. April, vorgestern, hat das Bundeskabinett die EEG-Novelle beschlossen. Insgesamt kann der Gesetzentwurf durchaus als ein positiver Schritt hin zu einer Dämpfung des Strompreisanstiegs gesehen werden. Mit der Einführung der verpflichtenden Direktvermarktung und der Festschreibung des Systemwechsels hin zum Ausschreibungsmodell sind hierzu entscheidende Weichen gestellt worden.

Im parlamentarischen Verfahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird es sicher noch zahlreiche

Karl Holmeier

(A) Punkte geben, bei denen wir genau hinsehen müssen. Hierzu zählen zum Beispiel aus bayerischer Sicht in besonderer Weise die Biomasse und die Wasserkraft.

Auch sollten wir den Mechanismus zur Berechnung der EEG-Umlage unter die Lupe nehmen. Wenn eine feste Einspeisevergütung gezahlt wird, die erneuerbaren Energien aber gleichzeitig eine strompreisdämpfende Wirkung an den Spotmärkten entfalten, wird die EEG-Umlage zwangsläufig immer weiter steigen. Die Frage ist: Kann das so bleiben?

Wichtig ist auch, dass die Entlastungen für die energieintensiven Industrien erhalten bleiben. Die Befreiung der energieintensiven Industrien von der EEG-Umlage ist wettbewerbspolitisch unbedingt geboten. Das von der EU-Kommission eingeleitete Beihilfeverfahren darf nicht dazu führen und wird auch nicht dazu führen, dass der Industriestandort Deutschland und seine Arbeitsplätze gefährdet werden. Ich danke hier wiederum unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und unserem Minister Gabriel für die guten Verhandlungen.

In den Strompreisen wird sich eine Überarbeitung des EEG aber sicherlich erst mittel- und langfristig bemerkbar machen. Deshalb müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir die Verbraucher vielleicht kurzfristig entlasten können. Denkbar wäre zum Beispiel, dass die EEG-Umlage ab einem bestimmten Betrag gedeckelt wird und ein Teil der EEG-Umlage aus einem staatlichen Fonds zwischenfinanziert wird. Das könnte man dann ausgleichen, wenn die Umlage wieder sinkt.

(B) Eines sollten wir uns aber immer wieder klarmachen: Die Energiewende, meine sehr verehrten Damen und Herren, hängt nicht allein am EEG. Es geht um weit mehr. Wir brauchen ein neues Marktdesign, mehr Energieeffizienz, Speicherkapazitäten und auch neue Netze.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir dieses Puzzle zusammensetzen, werden wir die Energiewende meistern, und wir werden sie meistern. Wenn das jemand schafft, dann wird das Deutschland sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sind uns dessen bewusst und berücksichtigen dies auch im vorliegenden Haushalt. Wir fördern Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Die Unterstützung der unabhängigen Energieberatung für kleine und mittlere Unternehmen und das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm führen wir auf hohem Niveau fort. Wir fördern Forschung und Entwicklung im Energiebereich. Wir stellen erhebliche Mittel zur Forschung und Entwicklung in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Sicherheitsforschung zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Haushalt zeigt, dass wir einen Plan dafür haben, wie wir unsere Wirtschaft stärken wollen. Das kann man von der Opposition, den Linken und den Grünen, in diesem Haus nicht behaupten. Sie wollen die Ausnahmen für die energieintensive Industrie abschaffen.

(C) (Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nein! Stimmt doch gar nicht! – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese Unterstellung weisen wir zurück!)

Darüber muss man sich wirklich wundern; denn sie haben keine Alternative, mit der sie gewährleisten können, dass die Industrie weiter wettbewerbsfähig bleibt. Die Grünen waren es, die diese Maßnahmen mit eingeführt haben.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

Darüber hinaus waren sie es auch, die diese Ausnahmen mit der zweiten EEG-Novelle 2003 ausgedehnt haben. Dies zeigt: Sie empfinden keinerlei Verantwortung gegenüber unserer Wirtschaft. Ihnen ist es vollkommen egal, ob Arbeitsplätze in Deutschland bestehen bleiben oder ins Ausland verlagert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie haben kein Interesse an Arbeitsplätzen in der Erneuerbaren-Branche!)

Sie werfen uns immer wieder vor, dass die Energiepreise zu hoch sind. Ich frage Sie: Welche Alternativen haben Sie anzubieten? Bezüglich der Überarbeitung der EEG-Umlage haben Sie außer Worthülsen und Kritik an unserer Arbeit nichts vorzuweisen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben Ihnen ein Konzept vorgelegt, einen Konsens angeboten!)

(D) Sie fordern immer wieder, den Fokus auf schwache Verbraucher zu legen, wie wir gerade hörten. Man müsste einen Weg finden, wie wir die Bezahlbarkeit von Energie für alle Verbraucher und für die Wirtschaft auch in Zukunft gewährleisten können. Daran arbeiten wir.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushalt gehen wir nicht nur in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien, sondern wir gehen auch in ein Zeitalter der konsolidierten Staatsfinanzen. Wir schließen einen Kreis zu Franz Josef Strauß, der 1969 den letzten schuldenfreien Haushalt in Deutschland vorlegen konnte. Im Jahre 2015 werden wir wieder einen schuldenfreien Haushalt in Deutschland vorlegen können. Darauf können wir stolz sein, genauso wie auf unsere Wirtschaft, die es auch weiterhin zu stärken gilt. Daran werden wir in Zukunft arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Der nächste Redner ist der Kollege Thomas Gambke für die Fraktion der Grünen.

Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie

Dr. Thomas Gambke

(A) haben gerade eine Rede von jemandem gehört, der das Wort „Innovation" vielleicht buchstabieren kann, aber nicht verstanden hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Oje!)

Ich werde Ihnen das gleich beweisen.

Herr Fuchs, Sie haben das Kernkraftwerk Fessenheim bezüglich Netzstabilität angesprochen. Fahren Sie einmal nach Kalifornien. Sehen Sie sich einmal an, wie dort Netzstabilität hergestellt wird. Dort wird etwas ganz Intelligentes gemacht. Dort wurden erst einmal elektronische Steuerungsmethoden entwickelt und implementiert, um jetzt die Erneuerbaren einzusetzen.

Was haben Sie gemacht? Sie haben acht Jahre lang die Energiewende nicht gewollt. Sie haben die großen Konzerne unterstützt und dabei etwas verschlafen, was andere können und machen, nämlich Netzstabilität nicht mit den rotierenden Massen von fossil angetriebenen Dampfturbinen hinzubekommen, sondern mit Elektronik und Intelligenz. Das müssen wir machen. Wir brauchen Innovationen, um die Energiewende zu schaffen, und nicht das, was uns hier erzählt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe den Eindruck, dass manche Leute glauben, wir brauchten den Heizer auf der E-Lok. Wenn wir die neuen Technologien wirklich fördern wollen, dann müssen wir sie auch unterstützen. Sehen wir uns einmal den Einzelplan 09 an – Kollegin Hajduk hat es gesagt –: Es
(B) werden gerade einmal 12 Prozent für den Mittelstand zur Verfügung gestellt. Wer ist denn der Treiber von Innovationen, wenn nicht der Mittelstand? Und dann, Herr Gabriel, werden gerade einmal gut 10 Prozent für den Mittelstand in Ihren Programmen zur Verfügung gestellt, aber 1,4 Milliarden Euro für Kohlesubventionen und andere Großindustrien. Nein, das kann es nicht sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Sie hören, dass es angesichts der Pläne zu einer Rente mit 63 Sorgen um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand gibt. Anstatt zum Beispiel eine vernünftige Teilrente auf den Weg zu bringen, um die Beschäftigung im Alter zu sichern, drängen Sie mit dem, was Sie vorhaben, Facharbeiter aus dem Mittelstand heraus. Das ist schon ein ganz schön starkes Stück. Mittelstandsförderung und Innovationsförderung sehen anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Was könnten wir machen? Wir könnten endlich eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen betreiben. Es wäre mutig, da mal ein Zeichen zu setzen. Ich höre immer aus Ihren Kreisen, dass Sie das machen wollen; ich höre aber auch, dass der Finanzminister es nicht finanzieren will. Sie könnten auch Thesaurierungsbegünstigungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern, um ihr Eigenkapital zu stärken; auch das wäre mal ein Thema. (C)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Richtig!)

Es steht sogar im Koalitionsvertrag; Sie haben es schön aus dem grünen Wahlprogramm abgeschrieben. Ich freue mich darüber. Aber Sie müssen es endlich machen und nicht nur darüber reden, damit dort eine Stärkung erfolgt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Wir müssen Innovation und Mittelstand fördern. Es gibt Unternehmen, die innovativ sind:

(Dr. Michael Fuchs [CDU/CSU]: Herr Gambke, Sie waren auch schon besser!)

Es gibt eine Wäscherei, die Wäsche wäscht, ohne Wasser zu verbrauchen, weil das Wasser zu 100 Prozent im Kreislauf verbleibt. Es gibt ein mittelständisches Unternehmen, das ein Verwaltungsgebäude unterhält, für das es 140 Prozent der Energie, die es verbraucht, selber herstellt. Es gibt einen Hersteller von weißer Ware, der sich das Ziel gesetzt hat, 25 Prozent Ressourceneinsparung in fünf Jahren hinzubekommen. Er hat das öffentlich verkündet und berichtet jedes Jahr über die Fortschritte.

Und was machen wir? Wir verhindern, indem wir zum Beispiel die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" nicht umsetzen, dass bei unseren Zielsetzungen, den Zielsetzungen der (D) Politik, andere Maßstäbe als das Wachstum angelegt werden. Das müssten wir endlich tun: Wir müssten Innovationen fordern und fördern, wir müssten neue Technologien fordern und fördern, aber nicht mit 10 Prozent des Etats, sondern mit deutlich mehr Mitteln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen. Dieser Einzelplan lässt eine Zielorientierung vermissen. Gerade die fehlende Zielorientierung hindert Sie daran, etwas für die neuen Technologien und – ich sage es noch mal – für den Mittelstand zu tun. Es werden die alten Industrien gefördert. Ich denke, dass es in den Beratungen noch viel Handlungsbedarf gibt, damit wir endlich einen Plan bekommen, der Deutschland wirklich nach vorne bringt.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Von meiner Seite guten Morgen an alle! Guten Morgen, Herr Kauder!

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Guten Morgen, Frau Roth!)

Der nächste Redner ist Jan Metzler für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Jan Metzler** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirtschaft braucht Vertrauen – das ist ein einfacher Satz, möchte man annehmen. Aber wenn man genauer darüber nachdenkt, erkennt man: Es ist ein Satz, der uns fordert. Lassen Sie mich einige Gedankengänge zuvor ansetzen: Deutschland steht gut da. Wir haben uns schon so an die guten Nachrichten gewöhnt, dass man meinen könnte, es wäre eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist es nicht!)

Die Zahlen belegen es: 1,8 Prozent erwartetes Wachstum in diesem und 2 Prozent im nächsten Jahr, rund 41,7 Millionen Erwerbstätige, niedrigste Jugendarbeitslosigkeit im EU-Vergleich und Verbraucher, die in bester Kauflaune sind. Das ist keine Selbstverständlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn es ist erst gut fünf Jahre her, dass die Krise auf ihrem Höhepunkt angekommen war. Die Börsen waren weltweit auf Talfahrt, viele deutsche Unternehmen hielten sich mit Kurzarbeit über Wasser, und die Bankenwelt stand vor einem massiven Umbruch. Große deutsche Tageszeitungen titelten: „Deutsche Ausfuhren sollen um 15 Prozent schrumpfen“, „Die Wirtschaftskrise erreicht den Arbeitsmarkt“ oder „Im Sog der US-Börsen: Dax knickt ein“.

(B) Wie hat Deutschland es geschafft, beinahe unversehrt aus dieser Krise herauszukommen? Automatisch? Ganz sicher nicht. Erst die gemeinsame Anstrengung von Gesellschaft und Wirtschaft im Gleichklang mit den richtigen Weichenstellungen unserer konsequenten und besonnenen Politik haben dies möglich gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist gerade auch das Verdienst unserer leistungsstarken Industrie.

Dabei ist unser Land mittelständisch geprägt, mit einer Vielzahl erfolgreicher Familienunternehmen. Wir sind das Land der Hidden Champions. Man ist doch immer wieder erstaunt, wenn man auf jene Unternehmen trifft, die Marktführer in ihrer Branche sind, Millionen umsetzen, aber den meisten Menschen doch völlig unbekannt sind. 1 500 dieser heimlichen deutschen Stars gehören zur Weltspitze. Genau hier liegt unser Potenzial; denn unsere diversifizierte Wirtschaft im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen stellt rund 70 Prozent der Arbeitsplätze. Das ist enorm, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten vor Jahren denselben Fehler wie einige andere Länder gemacht, hätten unsere Industrie zurückgedrängt und nur auf die Finanzbranche gesetzt. Dann würden wir jetzt ernüchtert feststellen, dass eine Reindustrialisierung, also eine Stärkung der eigentlichen Wertschöpfungskette rückwirkend (C) beinahe unmöglich ist. Hätten wir denselben Fehler gemacht, würden wir heute mit Sicherheit nicht so gut dastehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Glücklicherweise sind Industrie und Mittelstand so tief in unserer Wirtschafts-DNA verankert, dass selbst die Wirtschaftskrise diese Grundfeste nicht erschüttern konnte. Nach wie vor hat die Industrie in Deutschland einen Anteil von 20 Prozent an der Gesamtproduktion. Das ist Spitze in Europa. Das soll auch so bleiben. Dafür wurden seit Jahren die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen, die richtigen Weichen gestellt, und zwar mit maßgeblichem Einsatz der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wir haben Sie auch überlebt! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Interessant! Für das Gute sind Sie verantwortlich, für das Schlechte nicht!)

– Ja, ja, nach dem Motto „Stören Sie mich nicht mit Fakten, meine Meinung steht fest“.

Die Große Koalition setzt die richtigen Zeichen, sie setzt an den richtigen Stellen an: Stichwort Fachkräftesicherung, Stichwort Forschungsoffensive, Stichwort Digitale Agenda. Die Liste ist lang.

Dass wir den guten Weg konsequent und besonnen weitergehen, zeigt der vorliegende Einzelplan für Wirtschaft und Energie mit einem Gesamtetat von 7,4 Milliarden Euro. Mit mehr als einem Drittel dieses Etats fördern wir ausschließlich Innovation, Forschung und Technologie in der deutschen Wirtschaft. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei gilt für uns: Das eine tun, aber das andere nicht lassen. Wir fördern unser Erfolgsmodell, unsere erfolgreiche Industrie und unseren traditionellen Mittelstand. Gleichzeitig setzen wir wichtige Impulse für die Start-up- und Gründerszene, den neuen deutschen Mittelstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte zwei Beispiele hervorheben. Erstens. Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand, kurz ZIM, und der Forschungsinfrastruktur fördern wir gezielt Forschung und Entwicklung im Mittelstand. Als eine der Know-how-trächtigsten Wirtschaftsnationen sorgen wir so weiterhin dafür, dass die Ideen unserer Spitzenforscher und Tüftler im eigenen Land entwickelt und hier nachhaltig zum Erfolg geführt werden.

Zweitens. Mit dem Förderprogramm EXIST unterstützen wir gezielt die Gründerszene im Hochschulumfeld. Wir setzen auf Forschergeist, Mut und Einsatzbereitschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die passgenauen, im Einzelplan festgeschriebenen Maßnahmen setzen richtige Anreize und Rahmenbedingungen und somit Akzente für die zukünftige Entwick-

Jan Metzler

(A) lung der gesamten deutschen Wirtschaft. Wir vertrauen der Wirtschaft.

Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie ist „made in Germany“ übrigens ein maßgebliches Kaufargument für die deutschen Verbraucher. Das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft ist also auch in der Gesellschaft vorhanden. Kein Wunder also, dass die Stimmung gut ist. Kein Wunder also, dass junge, qualifizierte Menschen aus aller Welt Deutschland als Ausbildungs- und Arbeitsstandort vermehrt in Betracht ziehen. Kein Wunder also, dass wir im internationalen Vergleich so gut dastehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber auch in Zukunft dürfen wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Kürzlich unterhielt ich mich mit dem Gründer eines sehr erfolgreichen Start-ups. Er hat den Standort Deutschland und die finanzielle Erstunterstützung ausdrücklich gelobt, zum Beispiel die Gründerkredite. Das Paradoxe: Als sich der Erfolg dann wirklich einstellte und für die Expansion ein mittlerer einstelliger Millionenbetrag nötig war, gab es keine deutsche Bank, keinen Finanzierer, der das weitere Wachstum unterstützt hätte. Er sei als Geschäftsführer mit Ende 20 einfach zu jung und damit zu risikoreich für die Banken gewesen.

Ein ähnliches Beispiel: Wie wäre es wohl Mark Zuckerberg vor zehn Jahren in Deutschland ergangen? Hätte man ihm, der gerade Anfang 20 war, einen Millionenkredit gewährt, um Facebook aufzubauen, das heute
(B) auch für uns Politiker unerlässlich ist? Oftmals passen Vertreter der neuen Gründerzeit nicht in unser Rollenbild vom erfolgversprechenden Macher. Das sind nicht nur, aber vor allem in der IT-Branche oftmals junge Leute Mitte, Ende 20, die tolle Ideen haben, aber in den Augen vieler noch grün hinter den Ohren sind.

Ich finde es richtig, dass wir mit der Digitalen Agenda einen neuen Weg gehen und die Gesellschaft vom Vertrauen in junge Gründer überzeugen. Künftig nutzen wir unsere Chancen hier noch besser; denn Kreativität ist der Treiber unseres Wohlstandes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn ich von der Gründerszene, also dem neuen deutschen Mittelstand spreche, spreche ich mitnichten nur von der IT-Branche, sondern auch von jungen Unternehmerinnen und Unternehmern, die tolle Ideen in klassischen Branchen hervorbringen. Ein Beispiel ist die Landwirtschaft. In meiner Heimat, in Rheinhessen, gibt es viele Jungwinzer, die massiv in hochinnovative Ideen und somit die Zukunft ihrer Familienbetriebe investieren. Sie sind damit nicht nur Botschafter meiner Heimat, sondern mit ihren Produkten auch hochinnovative Botschafter für unser ganzes Land.

(Beifall bei der CDU/CSU – Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Rheingau nicht zu vergessen!)

– Der Rheingau ist nicht zu vergessen. Dann können wir noch die Mosel hinzunehmen und viele andere.

Das ist das Erfolgsrezept unserer Wirtschaft: das Miteinander unseres traditionellen Mittelstands mit dem neuen deutschen Mittelstand. Das ist weltweit ein einmaliges Modell. Unser Ziel muss es auch in Zukunft sein, auf jahrzehntelange Erfahrung zurückzugreifen, von dieser zu profitieren und gleichzeitig offen zu sein für neue Ideen. So können wir Netzwerke zwischen Industrie, Forschung und Gründerszene noch stärker befördern. Damit stärken wir unsere Position und unsere Wettbewerbsfähigkeit, die Chancen eröffnet und die Industrie 4.0 maßgeblich nach vorne bringt. (C)

Mit Blick auf den Einzelplan Wirtschaft und Energie stelle ich fest: Wir tragen an den geeigneten Stellen den Herausforderungen Rechnung; wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft; wir setzen Anreize für Neugründungen. Als junger Bundestagsabgeordneter sage ich: Wirtschaft braucht Vertrauen. – Das gilt gerade zu Beginn für die junge Generation, unseren neuen deutschen Mittelstand.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Das sage ich auch als alter!)

Mit dem Haushaltsplan untermauern wir unser Vertrauen in die deutsche Wirtschaft. Ich finde, wir sind auf einem guten, ich finde, wir sind auf dem richtigen Weg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Lieber Kollege Metzler, nicht nur Ihre Fraktion und der Koalitionspartner, sondern das ganze Haus gratuliert Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag. (D)

(Beifall)

Da Sie Winzer sind, wünsche ich Ihnen auch noch einen guten Jahrgang.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Frau Roth ist gut informiert! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mitbringen!)

– Mitbringen? Ja.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Nüchtern betrachtet eine gute Idee!)

Der nächste Redner ist Andreas Mattfeldt von der CDU/CSU. – Herr Mattfeldt, bitte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Andreas Mattfeldt (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns wurde eben der Haushalt vorgestellt. Wir haben sehr viel gelernt. Wir haben gelernt, wie wichtig Wein für die Wirtschaft in Deutschland ist. Deshalb sende ich Ihnen auch von der Mosel herzliche Grüße. Ich komme zwar nicht von der Mosel, aber mein Betrieb ist dort ansässig.

Andreas Mattfeldt

(A) Der Haushalt wurde vorgestellt. Nun stellen wir Haushälter zusammen mit den Fachpolitikern vieles noch einmal auf den Prüfstand. Wir machen das nicht, um das Ministerium – Frau Zypries ist noch anwesend – oder gar den Minister zu ärgern. Nein, es ist die ureigene Aufgabe von uns Parlamentariern, alle gemachten Vorschläge auf den Prüfstand zu stellen und auf absolute Notwendigkeit hin zu überprüfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Norbert Barthle [CDU/CSU]: So machen wir das!)

Ich betone immer wieder, dass es in den Entscheidungsbereich von uns Parlamentariern fällt, die von den Steuerzahlern hart erarbeiteten Mittel so sinnvoll und so effektiv wie möglich zum Wohle der Menschen in unserem Land einzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der Etat des Bundesministers Gabriel ist gegenüber dem Entwurf aus dem vergangenen Jahr – das haben wir bereits gehört – um circa 1,3 Milliarden Euro angewachsen. Dieser anständige Aufwuchs liegt an der Übernahme der Zuständigkeiten für die Energiewende, für die CO_2-Gebäudesanierung und für die neuen Länder. Übrigens ist diese Aufgabenverlagerung aus den anderen Ministerien eine Herkulesaufgabe, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Häuser mit Bravour geleistet wird. Hierfür auch von meiner Seite herzlichen Dank.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich sage auch: Diese Aufgabenverlagerung ist nach meiner Einschätzung absolut notwendig, wenn die Energiewende, über die heute viel diskutiert worden ist, im vorgesehenen Zeitrahmen realisiert werden soll.

Der Bereich Energie und Nachhaltigkeit ist mit Mitteln in Höhe von 2,9 Milliarden Euro das größte Kapitel im Etat, aber dieser Bereich ist nicht nur zahlenmäßig der größte, sondern die Energiewende wird uns in den kommenden Jahren auch als das zentrale Projekt begleiten. Es ist wohl die größte Herausforderung in dieser Legislaturperiode. Der endgültige Ausstieg aus der Kernenergie muss weiter umgesetzt werden. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix muss erhöht werden. Stromtrassen müssen gebaut werden. Die Frage der Entsorgung des Atommülls soll gelöst werden, und der Abbau der Kernkraftwerke soll vorbereitet werden.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muss!)

Das alles soll sich natürlich in einem finanziellen Rahmen abspielen, der die Strompreise nicht weiter steigen lässt. Liebe Frau Zypries, das hört sich spielend leicht an, aber ich glaube, Sie haben da eine gehörige Aufgabe vor sich. Ich sage Ihnen: Das ist sicherlich alles andere als leicht. Das erfordert einen enormen gemeinsamen Kraftakt, der uns allen viel abverlangen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gerade vom Bau der Stromtrassen werden die Bürgerinnen und Bürger natürlich auch ganz besonders sichtbar betroffen sein. Ich weiß das aus eigener Erfahrung, denn die geplante SuedLink-Trasse wird meinen Wahlkreis zum Teil erheblich queren. Natürlich erwarten ganz viele in meinem Wahlkreis, dass ich mich gegen den Bau dieser Stromtrasse stelle. Übrigens gibt es bei den Gegnern des Baus dieser Stromtrasse zahlreiche Schnittmengen mit denen, die vorher lautstark „Atomkraft? Nein danke!" geschrien haben. Nein, eine Dagegenpolitik ist keine verantwortungsvolle Politik, im Gegenteil. (C)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie das Herrn Seehofer! Weiß das Horst Seehofer?)

Wir brauchen diese Trasse dringend. Gerade nach der Katastrophe im Kernkraftwerk in Fukushima gab es eine fast schon übergroße Mehrheit in der deutschen Bevölkerung, die die Energiewende wollte und mit allen Konsequenzen mitgetragen hat. Der Bau der Stromtrassen gehört zwingend dazu.

Wenn wir Ja sagen zu erneuerbaren Energien, dann müssen wir auch Ja sagen zu den Stromtrassen. Eine Dagegenpolitik, Herr Krischer von den Grünen, die Sie auch gerne in den Verbänden vor Ort vertreten, hilft uns nicht weiter.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Herr Seehofer ist der Dagegenpolitiker!)

Dies gilt – das sage ich mit einem Blick auf meine bayerischen Freunde – auch ganz schonungslos für das selbstbewusste Bundesland Bayern. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist selbstverständlich, darauf zu achten, dass der Trassenbau möglichst verträglich für Mensch und Natur geschieht. In meinem Wahlkreis zum Beispiel sahen die Ursprungsplanungen vor, dass die Trasse mitten durch zwei Waldkindergärten verläuft. Das besorgt natürlich nicht nur die Eltern. Deshalb begrüße ich es sehr, dass der Netzbauer TenneT hier bereits nach Alternativverläufen sucht.

Die Große Koalition ist gerade dabei, zwingend notwendige Korrekturen am EEG vorzunehmen; das haben wir bereits gehört. Die Energiewende muss so ausgestaltet werden, dass weder Verbraucher noch Industrie über Gebühr belastet werden und trotzdem die anvisierten Ziele erreicht werden.

Ich selbst bin nicht nur privater Stromverbraucher, sondern – das wissen viele – komme aus der Lebensmittelindustrie. Dort bekomme ich die sehr hohen Stromkosten – im Vergleich mit vielen anderen auch europäischen Nachbarländern sind sie in Deutschland sehr hoch – täglich zu spüren. Strom ist – das sage ich an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von den Grünen – zumindest bei uns im Betrieb ein sehr hoher Kostenfaktor in der Produktkalkulation. Wir stehen im Wettbewerb mit

Andreas Mattfeldt

(A) Produzenten aus der Tschechei, aus Frankreich und aus Polen

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wissen das auch!)

um die besten Plätze im deutschen Lebensmittelhandel.

Ich empfehle Ihnen dringend, sich ernsthafter mit dem Mittelstand zusammenzusetzen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir!)

Ich jedenfalls mache das täglich.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir auch ständig!)

Ich erlebe dabei, übrigens auch bei guten Freunden, wie intensiv darüber nachgedacht wird, Produktionen ins Ausland zu verlagern. Sie können das – das haben Sie heute hier auch wieder gemacht – anzweifeln. Ich sage Ihnen aber: Das sind keine durchgeknallten Typen, die nur die Politik aufschrecken wollen. Nein, es geht um reale Existenzangst und um Arbeitsplätze. Diese dürfen wir doch nicht gehen lassen. Unsere Nachbarländer haben hier Fehler gemacht und die Industrie ziehen lassen. Viele bereuen dies heute bitter, zum Beispiel Großbritannien. Dort redet man aktuell von einer Reindustrialisierung. Großbritannien lässt sich diese Reindustrialisierung richtig viel kosten. Ich persönlich halte einen solchen Weg für Deutschland nicht für erstrebenswert. Deshalb meine Bitte an die Grünen: Besinnen wir uns auf unsere Vernunft,

(B)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir ständig!)

und unterstützen wir Handwerk, Mittelstand und Industrie zum Wohle von uns allen!

Meine Damen und Herren, diese Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, nicht nur die großen Unternehmen, sondern ganz besonders – da widerspreche ich der linken Seite dieses Hauses, Herr Claus – auch die mittelständischen Unternehmen zu unterstützen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, dann müssen Sie aber auch mal etwas dafür tun!)

Denn wir wissen: Kleine und mittelständische Unternehmen, vor allen Dingen aber auch Familienunternehmen, sind die Stütze unserer Wirtschaft. Gerade in der letzten großen Wirtschaftskrise war es doch der Mittelstand, der dafür gesorgt hat, dass Deutschland die Krise schneller als andere Staaten überwunden hat. Mittelständler sind es, die in Deutschland zahlreiche Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, diese auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erhalten und immer wieder neue schaffen.

Wir haben nicht lange gezögert und im Vorgriff auf den Haushalt 2014, also vorab – deshalb ist das, was Sie gesagt haben, falsch –, Gelder für die Mittelstandsförderprogramme freigegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Roland Claus [DIE LINKE]: Haben wir auch!)

(C) Diese Vorabfreigabe war zwingend notwendig; denn hierdurch werden Arbeitsplätze erhalten und sogar zahlreiche neue geschaffen. Auch wenn einigen im Land eine Koalition von CDU, CSU und SPD seltsam erscheint, sehen Sie hieran, dass diese Koalition nicht nur redet, sondern auch ganz praktisch und schnell handelt, und zwar dort, wo es notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Roland Claus [DIE LINKE]: Die Opposition hat mit zugestimmt! Vergiss das mal nicht!)

Allerdings darf bei einigen Förderprogrammen die Frage erlaubt sein, ob gewährleistet ist, dass die vorhandenen Mittel nicht wahllos nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Mir persönlich ist im Hinblick auf die Förderung wichtig, dass Arbeitsplätze am Ende dauerhaft gesichert oder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein nicht nur in meinem Wahlkreis, sondern auch deutschlandweit erfolgreiches Programm – es ist bereits angesprochen worden – ist das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand. Dabei handelt es sich um ein Programm, in dessen Rahmen unbürokratisch Mittel für kleine und mittelständische Unternehmen bereitgestellt werden, damit diese bestimmte Technologien verwirklichen können, wozu sie sonst nicht in der Lage wären. Seit Bestehen dieses Programms im Jahr 2008 wurden Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Umfang von über 7 Milliarden Euro initiiert. Was für mich viel wichtiger ist: Zwischen 2009 und 2011 wurden hierdurch bis zu 70 000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen. Ich zumindest nenne das einen großartigen Erfolg, meine Damen und Herren. (D)

Da wir gerade über Arbeitsplätze sprechen: Ich habe registriert, dass ein großer Flugzeugbauer stark von Fördergeldern profitiert. Diese Unterstützung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie leistet der deutsche Steuerzahler natürlich in der Erwartung, dass hierdurch Arbeitsplätze in unserem Land gesichert werden. Ich sage ganz deutlich: Nicht akzeptabel ist es, dass wir auf der einen Seite Unternehmen Steuergelder in enormer Höhe zur Verfügung stellen und auf der anderen Seite Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.

(Thomas Jurk [SPD]: Sehr richtig!)

Kein Politiker in diesem Land kann es verantworten, dass Unternehmen in Deutschland Steuergelder erhalten und hiervon Arbeitsplätze in einem anderen Land finanziert werden. Diese Entwicklung werden wir im Blick behalten.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund von Zahlungen im Rahmen einer deutschen Kofinanzierung beim Bau der Stadtbahn in Ho-Chi-Minh-City. Obwohl bereits 20 Millionen Euro von 86 Millionen Euro deutschen Geldes geflossen sind, ist von dieser Stadtbahn im Stadtbild von Ho-Chi-Minh-City nichts erkennbar. Zwar sollen deutsche Unternehmen von der Auftragsvergabe profitieren, Frau Zypries,

(Brigitte Zypries, Parl. Staatssekretärin: Ja!)

Andreas Mattfeldt

(A) ob allerdings jemals etwas realisiert wird, scheint heute zumindest fraglich. Deshalb freue ich mich auf den Bericht des Ministeriums. Der Minister hat uns ja zugesagt, nach seiner kommenden Südostasien-Reise hierzu einen Bericht abzugeben.

Meine Damen und Herren, dieses Projekt ist ein gutes Beispiel dafür, dass gerade wir Haushälter in den künftigen Beratungen sehr genau darauf achten müssen, welche Projekte in die Förderung aufgenommen werden. Ich jedenfalls freue mich sehr auf die anstehenden Haushaltsberatungen, lade die Opposition ein, hieran konstruktiv mitzuwirken, und hoffe, dass wir gute, sachliche Diskussionen führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Dann kommen wir jetzt zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Einzelplan 30.**

Die Debatte eröffnet die Ministerin Professor Dr. Johanna Wanka.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B) **Dr. Johanna Wanka,** Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist, seit Angela Merkel Bundeskanzlerin geworden ist, neunmal in Folge gewachsen. Dieser Etat ist über die ganzen Jahre – 2005, 2006 etc. – jedes Jahr gewachsen, auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise, auch in Situationen, in denen in anderen Bereichen eingespart werden musste. Das war und ist nur möglich, weil vonseiten der Bundesregierung – sowohl vonseiten der Großen Koalition als auch vonseiten der letzten Koalition – hier ein eindeutiger Schwerpunkt gesetzt wurde. Und diese Aufwüchse waren nicht marginal: Von 2005 bis jetzt ist in diesem Bereich ein Aufwuchs um mehr als 84 Prozent zu verzeichnen; das ist fast eine Verdopplung.

Wir haben uns in der Großen Koalition, SPD und CDU/CSU – in diesem Punkt sind wir uns ganz einig; in anderen auch –, vorgenommen, diese Schwerpunktsetzung weiter fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Koalitionsvertrag macht dazu inhaltliche Aussagen, aber auch finanzielle.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Haushalt aber nicht!)

Von den 23 Milliarden Euro, die zusätzlich kommen, gehen 9 Milliarden Euro in den Bereich Bildung und Forschung. Das ist eine eindeutige Schwerpunktsetzung: (C) mehr als ein Drittel. Der Anteil des BMBF an diesen 9 Milliarden findet sich dabei noch nicht im Haushaltsplan.

Meine Damen und Herren, wir haben das 3-Prozent-Ziel als ein Indiz dafür, wie gut wir bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung sind. Wir haben es geschafft, dass jetzt 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung eingesetzt werden. Damit sind wir nicht nur in Europa, sondern auch international in der Spitzenliga. Das ist dennoch überhaupt kein Grund, sich auf diesem Lob auszuruhen. Es wird außerordentlich schwierig, diesen Anteil zu halten oder ihn sogar noch zu steigern. Um die Chancen, die wir haben – Stichwort: Industrie 4.0 –, nutzen sowie die für die Energiewende notwendige Forschung betreiben zu können, ist das aber existenziell.

Wenn man davon spricht, dass die 3 Prozent erreicht sind, muss man auch sagen: Zwei Drittel von diesen 3 Prozent investiert die private Wirtschaft. Das soll auch so sein. Dass die private Wirtschaft ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren so gesteigert hat, dafür tragen wir eine große Verantwortung; dafür braucht es nämlich eine geeignete staatliche Förderpolitik. Im Rahmen der Hightech-Strategie, die seit 2007 existiert, haben wir neue Formate angeboten, haben wir Spitzencluster eingerichtet – wo die Wirtschaft richtig viel Geld hingelegt hat, aber das Land auch –, die die Wissenschaft und Wirtschaft in die Lage versetzen, auf eine ganz andere Art und Weise zusammenzuarbeiten, haben wir die Förderinitiative „Forschungscampus“ (D) eingeführt und Anwendungszentren eingerichtet. Diese staatliche Förderpolitik hat dazu geführt, dass mehr private Investitionen in Forschung und Entwicklung in beachtlichen Größenordnungen geflossen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Weil es erfolgreich ist, muss es weiterentwickelt werden; an dieser Aufgabe arbeiten wir im Moment mit Hochdruck. In ein, zwei, sechs Wochen werden wir dem Kabinett eine Weiterentwicklung dieser Hightech-Strategie vorlegen: als umfassende Innovationsstrategie, ressortübergreifend.

Meine Damen und Herren, wenn man über Forschungsgelder spricht, dann ist die Summe wichtig; wichtig ist aber auch Verlässlichkeit. Durch den Pakt für Forschung und Innovation haben die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft seit 2005 Planungssicherheit. Die wussten, was jedes Jahr draufkommt und auch wirklich im Etat bleibt. Das hatte Wirkung, da sind neue Strukturen entstanden. Das ist sehr viel attraktiver geworden für internationale Wissenschaftler.

Die Mittel für diesen Pakt für Forschung und Innovation, für diese Steigerungen, haben Bund und Länder über die ganzen Jahre gemeinsam aufgebracht. Jetzt bestand die Gefahr, dass einige Länder – aus guten Gründen – sagen: Wir sind dazu nicht mehr in der Lage. – Deswegen haben wir entschieden, dass der Bund den

Bundesministerin Dr. Johanna Wanka

(A) Aufwuchs komplett finanzieren wird. Das entlastet die Länder um Hunderte Millionen Euro. Wir verhandeln bereits und wollen den neuen Pakt, der ab 2016 startet, den Ministerpräsidenten im Dezember zur Beschlussfassung vorlegen, damit Verlässlichkeit und Planbarkeit frühzeitig gewährleistet sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer sich damit auskennt oder an solchen Verhandlungen schon beteiligt war, der weiß, dass sie schwierig und kompliziert sind und dass unser Zeitplan ehrgeizig ist.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen können nur in Kombination mit den Hochschulen gut sein. Die Hochschulen – wir sagen das immer wieder – sind das Herzstück des Wissenschaftssystems.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der Bund – Annette Schavan weiß das – hat über viele Jahre Milliarden neu in das System Hochschule investiert: zum Beispiel für den Qualitätspakt Lehre, für die Exzellenzinitiative und über den DAAD.

Seit 2005 hat der Bund seine Anstrengungen für die Hochschulen in den Ländern um über 100 Prozent gesteigert.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das hat er auch schon vorher!)

– Das hat er auch schon vorher immer getan, Herr Rossmann. – Die Länder haben ihre Anstrengungen in
(B) dieser Zeit auch um ungefähr 25 Prozent verstärkt. Trotzdem ist die Grundfinanzierung der Hochschulen oftmals problematisch.

Die Grundfinanzierung ist natürlich die Basis. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag die Absicht bekräftigt – und sie werden wir umsetzen –, dass der Bund in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigt. Das ist etwas ganz Neues und revolutionär. Über die Art und Weise der Bereitstellung der Bundesmittel wird es uns vielleicht möglich,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie denn?)

bei der Nachwuchsförderung, die uns alle immer umtreibt – SPD, CDU/CSU und auch die Grünen –, neue Schritte für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie denn? Wie wollen Sie das denn machen? Im Haushalt steht dazu nichts!)

Die Finanzierung der Exzellenzinitiative ist bis 2017 gesichert. Es muss aber frühzeitig klar sein, was danach passiert. Das ist außerordentlich wichtig. Die Frage, wie man daraus eine nachhaltige Entwicklung und nicht immer wieder einen neuen Wettbewerb macht, ist in dieser Legislaturperiode zu beantworten. Ich habe den Ländern meine Vorstellungen übermittelt, und wir befinden uns dort in einer engen Abstimmung. Wichtig ist, dass für alle Betroffenen frühzeitig klar ist, wie es hier weitergeht. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Heute früh kam im Radio die Nachricht, dass für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr eine nochmalige Steigerung vorausgesagt wird. Das ist ein Indiz für die Leistungsfähigkeit des deutschen Wirtschaftssystems. Eine wichtige Basis für die Leistungsfähigkeit sind die Fachkräfte. Deren Ausbildung beruht auf zwei Säulen: der akademischen Fachkräfteausbildung und der dualen Ausbildung.

Im akademischen Bereich haben wir etwas geschafft, was nicht immer herausgestellt wird, was für mich aber fast die größte Leistung des Staates im Hinblick auf die Bewältigung des demografischen Wandels darstellt, nämlich den Hochschulpakt. Man muss sich das einmal vorstellen: Seit 2007 war klar, dass die Zahl derer, die ein Studium aufnehmen können, um Hunderttausende größer wird, und in dieser ganzen Zeit haben wir keine Demos auf der Straße von Eltern, Großeltern und Jugendlichen erlebt, sondern Bund und Länder haben es gemeinsam geschafft, dass über den Hochschulpakt die entsprechenden Kapazitäten aufgebaut wurden und jetzt vorhanden sind, sodass diejenigen, die studieren wollten, auch wirklich studieren können. Das ist auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung ganz großartig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Im Etat stehen für den Hochschulpakt II 8 Milliarden Euro zur Verfügung. Durch den Koalitionsvertrag haben (D) wir grünes Licht für die Verhandlungen zum Hochschulpakt III und auch das notwendige Geld dafür.

Bei all diesen Dingen muss man sagen: Sowohl beim Hochschulpakt als auch bei der Exzellenzinitiative und an anderer Stelle gab es viele Kooperationen, aber die Initiative ging an diesen Stellen immer vom Bund aus.

(Albert Rupprecht [CDU/CSU]: So ist es!)

Danach ist es im Dialog verbessert und in die richtige Form gebracht worden, aber der Bund hat an diesen Stellen Initiative gezeigt. Darüber muss man sich nicht wundern, und das ist auch keine Kritik an den Ländern. Warum soll ein Wissenschaftsminister von Bremen für Mecklenburg-Vorpommern mitdenken? Für den Bund ist es aber wichtig, immer das Gesamtsystem zu sehen.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Wieso eigentlich nicht?)

– Man kann freiwillig immer alles tun. Ich bin an der Realität orientiert, an dem, was ich in den vielen Jahren erlebt habe.

Nachdem der Bund also initiativ war, erfolgt ein langer Diskussions- und Aushandlungsprozess, um wirklich eine gute Lösung zu erreichen. Der Bund ist dabei nicht derjenige, der immer von vornherein weiß, wie das am besten geht. Das will ich überhaupt nicht behaupten.

Es ist wichtig, dass wir jetzt darüber diskutieren, wie die 6 Milliarden Euro, die für die Entlastung der Länder

(A) in den Bereichen Kita, Schule und Hochschule vorgesehen sind, verteilt werden. Es darf kein Blankoscheck ausgestellt werden; denn uns ist gemeinsam wichtig, dass dieses Geld auch wirklich bei den Betroffenen vor Ort ankommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht nur diskutieren, auch entscheiden!)

Es gibt allerdings schlimmere Probleme, als darüber nachzudenken, wie Milliarden verteilt werden.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das stimmt aber auch!)

Für die berufliche Ausbildung als zweite Säule der Fachkräfteausbildung haben wir die Wirtschaft, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen muss. Hier gibt es auch eine Bundeskompetenz. Wir haben eine originäre Kompetenz für diesen Bereich. Und wir haben die Situation, dass in den letzten Jahren vieles gelungen ist, auch aufseiten der Länder und der BA.

Die Wirtschaft sieht aber, auch wenn sie zurzeit vor allem über Energiepreise diskutiert, das größte Innovationshindernis in den nächsten Jahren im Fachkräftemangel, vor allem was Facharbeiter angeht. Deswegen ist es außerordentlich wichtig, dass wir in dieser Legislaturperiode – die Zeit drängt, weil die Berechnungen schon vorliegen – die berufliche Ausbildung stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(B) Es geht nicht darum, dass uns Konzepte fehlen. Wir haben zum Beispiel mit Nordrhein-Westfalen und Thüringen modellhaft Dinge geprobt, die sich bewährt haben. Wichtig ist, dass es uns gelingt, individuelle Ansprache präventiv – statt nachzuarbeiten, wenn es nicht funktioniert – in der 7. und 8. Klasse und möglichst flächendeckend – das hängt von der Finanzierung ab – anzubieten, um an dieser Stelle zu besseren Ergebnissen zu kommen, als es bei vielfältigen Bemühungen bisher der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Alles, was angesprochen wurde, ob es um die Forschung geht oder um die Fachkräfte, wird nicht funktionieren, wenn es uns nicht gelingt – das wurde auch in den vorhergehenden Reden immer wieder gesagt –, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und in dieser reichen Bundesrepublik zu vermitteln, dass jeder optimistisch sein kann und Chancen hat. Es muss uns gelingen, zu motivieren, und da, wo es notwendig ist, zu stützen und zu ermutigen.

Deshalb ist Bildungsgerechtigkeit notwendig, damit die Menschen das Gefühl haben, dass es im Bildungssystem in dieser Republik gerecht zugeht. Dieses Gefühl haben sie aber an vielen Stellen nicht. Deswegen ist das ein ganz entscheidender Schwerpunkt für diese Legislaturperiode.

In diesem Zusammenhang nenne ich das Stichwort BAföG: Das novellieren wir in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(C) Nicht nur für junge Frauen, sondern für Frauen insgesamt müssen wir noch mehr machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wichtig ist auch die Einbeziehung der Migranten in die Gesellschaft.

Ein weiteres Stichwort sind die neuen Länder. Sie brauchen aber keine Almosen; es geht darum, die besondere Situation der neuen Länder zu berücksichtigen, wenn man neue Förderinstrumente auflegt.

Für all das haben wir uns viel vorgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn es nach mir geht, dann kann das Geld, das wir haben, nicht besser als in unserem Einzelplan investiert werden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Professor Wanka. – Das Wort hat Roland Claus für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Bundesministerin, ich finde es zunächst einen schönen Zufall, dass am Pult des Deutschen Bundestages unmittelbar nacheinander zwei Absolventen ein und derselben Hochschule sprechen, nämlich der Technischen Hochschule in Merseburg. Wir hatten als Studierende gewiss alle kühne Träume – wenn auch sicherlich sehr unterschiedliche –, aber das gehörte wohl nicht dazu. (D)

6 Milliarden Euro mehr für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen: Dieser Aufwuchs für die Länder im Bereich Forschung und Entwicklung findet selbstverständlich auch die Zustimmung der Opposition im Deutschen Bundestag,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

so wie wir auch mitgemacht haben, als wir im Haushaltsausschuss für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand den Weg freigemacht haben.

Sie wissen, dass es für die Koalition viel schwieriger würde, wenn in den Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung die Opposition nicht dazu bereit wäre, ihre Vorhaben durchzusetzen. Das sollte auch im Blick behalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich gerate aber in einen riesigen Konflikt. Hier nehme ich wahr: Das ist ein wahrer Segen für Bildung und Forschung. Wenn ich aber in mein Heimatbundesland Sachsen-Anhalt fahre, nehme ich an nahezu jedem Ortseingangsschild die heftigen Proteste der Bevölkerung gegen geplante Schulschließungen wahr. Es ist so, dass die

Roland Claus

(A) Große Koalition in Sachsen-Anhalt ein Viertel aller Grundschulen schließen wird. Ein Viertel! Das stößt in der Gesellschaft natürlich auf Unverständnis und Protest. Jetzt lebe ich mit dieser Kontroverse und muss feststellen: Kontroverser geht es ja wohl nicht. Warum ist das so? Das ist so, weil wir den unseligen Bildungsföderalismus haben, weil wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz verankert haben und weil wir im Bereich der Bildung nicht einheitlich denken, sondern ein für mich final gescheitertes zerklüftetes System des Flickenteppichs haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Konzept der sogenannten Föderalismusreform ist so angelegt, dass reiche Länder in der Lage sind, die besten Lehrkräfte einzukaufen. Reich kauft Geist, und Arm bleibt auch im Geiste arm. Das ist ein Zustand, der mit der soeben beschworenen Solidarität in der Gesellschaft, für die ich mich ausspreche – das hat auch die Ministerin gesagt –, und mit gesellschaftlichem Zusammenhalt nichts zu tun hat. Es handelt sich hierbei vielmehr um eine Konzeption des Endsiegs des Ellbogens. Wir wollen aber wirkliche Solidarität.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege Claus, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rossmann?

Roland Claus (DIE LINKE):

(B) Aber gerne doch.

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Herr Kollege, kann der Umstand, dass nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in ganz vielen Bundesländern die Diskussion um Schulorganisation, Schulzusammenführung und Schulschließungen geführt wird, nicht damit zusammenhängen, dass es nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in vielen anderen Bundesländern weniger Kinder gibt?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das hat nichts mit dem Föderalismus oder dem Grundgesetz zu tun. Es handelt sich dabei vielmehr um eine umfassende gesellschaftliche Veränderung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Roland Claus (DIE LINKE):

Selbstverständlich hat das auch damit zu tun. Wir können natürlich zählen und das auch absehen. Aber ein Viertel der Schulen zu schließen, ist eine kulturelle Untat, wie ich finde.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was soll man denn machen, wenn keine Kinder da sind?)

In ostdeutschen Kleinstädten ist es doch so, dass nach der Schließung von Betrieben, dem Kulturhaus und der Gaststätte die Schule der letzte kulturelle Begegnungspunkt ist. Nach der Schulschließung müsste man dann wohl auf den Friedhof ausweichen. Deshalb sagen wir: Es muss eine vernünftige und zukunftsorientierte Politik her. Dies müssen wir im Blick haben. Auf absehbare Zeit wird sich wieder etwas ändern. Zählen können wir aber natürlich, Herr Kollege; das können Sie annehmen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich werde nächste Woche mit einigen meiner Bundestagskollegen eine ganze Reihe von Unternehmen besuchen. Natürlich geht es dabei um Energiepreise und Abgabenlasten. Ich erlebe aber mehr und mehr, dass die Geschäftsführer dies immer erst als Zweites ansprechen. Als Erstes fragen Sie mich immer: Wann sorgen Sie endlich dafür, dass wir wieder ein vernünftiges Bildungssystem und infolgedessen vernünftig ausgebildete junge Leute bekommen?

(Beifall bei der LINKEN)

Mit Blick auf meine Ostherkunft kommt dann die etwas drohende Ansprache – egal, ob die Geschäftsführer aus Ost oder West kommen –: Sie, Herr Claus, müssen doch noch wissen, wie es geht.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Thomas Feist [CDU/CSU]: Das ist doch unglaublich! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das kann ich mir gar nicht vorstellen, dass das einer zu Ihnen sagt!)

Das wäre doch eine Chance für uns, etwas gut zu machen. (D)

Ich möchte nun einige Etatposten im Einzelnen durchgehen. Der Posten des BAföG, also des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, der Zugang zu günstigen Krediten für junge Leute, die damit ihr Studium finanzieren, nimmt einen großen Anteil in Ihrem Etat ein. Ich will darauf verweisen, dass 80 Prozent der mit diesen Krediten Geförderten sagen: Wenn wir diese Möglichkeit nicht hätten, wäre uns der Weg zum Studium verwehrt gewesen. – Deshalb hat unsere Fraktion mit Blick auf die Novellierung des BAföG einen Antrag vorgelegt, in dem wir Ihnen Vorschläge machen. Wir hoffen, dass diese Vorschläge auch Berücksichtigung finden.

Das BAföG wird in Zukunft eine noch größere Bedeutung haben. Ich möchte dazu ein aktuelles Beispiel nennen: In meiner Kreisstadt in Naumburg, in der es keine Universität und keine Hochschule gibt, ist seit etwa zwei Jahren ein enormer Zuzug von Studentinnen und Studenten festzustellen. Das hat damit zu tun, dass in den benachbarten Universitäts- und Hochschulstädten Jena und Weimar die Mieten für die Studentinnen und Studenten nicht mehr zu bezahlen sind.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Freuen Sie sich doch, dass sie in Ihrer Stadt wohnen!)

Deshalb weichen sie auf Städte wie Naumburg aus. Ich sage Ihnen deshalb: Die vernünftige und zukunftsfähige BAföG-Reform ist ein wichtiger Schritt. Wir sollten dabei auch beachten, dass wir in Anbetracht hinreichender internationaler Studien aufgefordert sind, die in Deutsch-

Roland Claus

(A) land nach wie vor hohen sozialen Schranken beim Zugang zu Bildung abzubauen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ich habe ausdrücklich applaudiert!)

Ich will mich nun dem Thema Projektträger zuwenden. Hierunter sind, wie ich denke, eine Reihe kreativer Überschriften zusammengefasst. Inzwischen wird man hier den Erwartungen des Bundesrechnungshofes gerecht. Ich habe vorhin beim Thema Wirtschaftsetat kritisiert, dass ich es nicht in Ordnung finde, dass mehr als 50 Prozent der Projektträgerschaften an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt gegeben werden; denn wenn es zum Beispiel darum geht, sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zurückzudrängen, sehe ich nicht in erster Linie die Kompetenz eines Luft- und Raumfahrtzentrums gegeben.

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Mein letzter Punkt. Ich will, was die Hightech-Strategie des Bundes angeht, auf die Koordinierungsfunktion des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verweisen. Wir finden, dass Sie, Frau Ministerin, die Milliarden, die es mehr gibt, in Ihrem eigenen Etat ganz gut bewirtschaften; bei vielen konkreten Dingen sind wir dabei. Ihre Behörde muss sich aber auch darum kümmern, dass die in den anderen Etats eingestellten FuE-Vorhaben – das sind in der Regel Zusatzvorhaben – solide finanziert werden. Wir stellen fest, dass da noch viele Mängel zu beheben sind. Wir fordern deshalb die Bun-(B)desregierung insgesamt auf, dem BMBF die Chance einzuräumen, dieser Koordinierungsfunktion gerecht werden zu können.

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Herr Claus.

Roland Claus (DIE LINKE):
Wir wollen natürlich, dass das eingestellte Geld solide verwendet wird, ausgeschöpft wird und für vernünftige Projekte verwendet wird.

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Herr Claus, bitte denken Sie an Ihre Redezeit. Diese ist nämlich zu Ende.

Roland Claus (DIE LINKE):
Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich würde noch gerne über viele gute Erfahrungen aus dem Osten reden, –

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Das glaube ich Ihnen gerne.

Roland Claus (DIE LINKE):
– aber dafür werde ich einen anderen Sendeplatz suchen müssen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**
Danke, Herr Claus. – Hubertus Heil für die SPD ist der nächste Redner.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Hubertus Heil (Peine) (SPD):
Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Bundesministerin Wanka, ich kann es bestätigen: Diese Regierung, die seit letztem Jahr im Amt ist, steht im Bereich Bildung und Forschung seit 1998 in einer guten Tradition.

(Beifall bei der SPD)

Daran sind, bis auf die Linkspartei, alle Parteien in diesem Haus beteiligt gewesen. Wir können das an Zahlen belegen: Seit 1998, also seit der rot-grünen Zeit mit Edelgard Bulmahn, der Zeit der ersten großen Koalition mit Frau Schavan, der schwarz-gelben Zeit und in dieser Regierung, haben wir es geschafft, den Etat von 7,2 Milliarden Euro auf 13 Milliarden Euro zu erhöhen. Das ist fast eine Verdopplung. Das ist gut für Deutschland. Das ist eine gute Tradition.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen uns darauf aber nicht selbstzufrieden ausruhen, sondern wollen weitergehen. Deshalb ist im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir in dieser Legislaturperiode zusätzlich 6 Milliarden Euro für Kitas, Schulen und Hochschulen und 3 Milliarden Euro für den Hochschulpakt, für den Pakt für Forschung und Innovation sowie die Exzellenzinitiative zur Verfügung stellen werden. (D)

Wir werden uns darüber zu unterhalten haben – Frau Ministerin Wanka hat es bereits angesprochen –, wie das Geld im Bundeshaushalt 2014 tatsächlich von A nach B kommen soll. Ich sage an dieser Stelle – da bin ich ganz bei Frau Wanka –: Es gibt Schlimmeres, als darüber zu reden, wie man zusätzliches Geld investiert. Dabei muss man sich von folgender Vorstellung tragen lassen: Das Geld gehört nicht einem Ministerium, es gehört auch nicht den Ländern, sondern es gehört in Bildung und Forschung. Da werden wir pragmatische Wege finden.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es an diesem Punkt mit Karl Popper, den Helmut Schmidt immer zitiert: Es geht um pragmatisches Handeln für sittliche Zwecke. Der sittliche Zweck ist, dass wir etwas für Bildung in diesem Land tun müssen. Den Pragmatismus kann ich nur beschreiben, indem ich mir vorstelle, wie wir mit dieser Frage umgehen: Wir können und müssen feststellen, wie die Verfassungslage in diesem Land ist und wer zuständig ist. Zwei Drittel der Aufwendungen für Bildung in diesem Land sind nach der derzeitigen Verfassungslage von den Ländern und Kommunen zu schultern. Es gibt kein Bundesland, unabhängig von seiner haushalterischen Situation, das sich nicht bemüht, in diesem Bereich mehr zu tun. Es hat sich in den letzten Jahren viel verändert in den Bundesländern. Aber wir können auch sagen – das steht dem Bund auch nicht schlecht an –, dass sich die Länder alle

Hubertus Heil (Peine)

(A) miteinander bemühen müssen – gerade nach dem PISA-Schock –, ihre Anstrengungen zu verstärken.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über die gesamte Bildungskette reden, müssen wir uns überlegen, wie wir mit der Verfassungswirklichkeit, die wir haben und die sich ja nicht kurzfristig ändern wird, umgehen, damit das Geld wirklich bei der Bildung ankommt. Da sage ich: Für den Bereich der Kitas gibt es einen geübten Weg, nämlich den der Betriebskosten. Das betrifft den Bereich der Kollegin Schwesig. Dieser Haushalt ist nachher zu beraten. Die Summe von 1 Milliarde Euro, die zur Verfügung steht, kann über diesen Weg übermittelt werden. Für den Bereich der schulischen Bildung gibt es aufgrund der Tatsache, dass wir es nicht miteinander hinbekommen haben, eine umfassende Veränderung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz herbeizuführen, in dieser Situation nur einen pragmatischen Weg: Wenn man im Bereich der Schulen mit diesem Geld wirklich etwas bewegen möchte, muss man die Länder gezielt so entlasten, dass sie in Schulen investieren können.

(Beifall bei der SPD)

Für den Bereich der Hochschulen

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber mit Zweckbindung und Vereinbarung, sonst kommt das Geld nicht raus!)

– ja, ich sage gleich etwas dazu; ganz ruhig – gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, beispielsweise befristete Programme. Wenn ich mir etwas wünsche – ich weiß,
(B) Frau Ministerin, dass das auch Ihr Anliegen ist –, dann, dass wir miteinander nach den großen Erfolgen, die wir über die Hochschulpakte erzielt haben und auch fortsetzen werden, was die Zahl der Studierenden und der Studienplätze in diesem Land betrifft, auch etwas dafür tun, dass diejenigen, die im Wissenschaftssystem eine Karriere einschlagen wollen, dauerhaft eine Chance haben, im Wissenschaftssystem arbeiten zu können. Da geht es darum, dass wir das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ändern, sodass der Missbrauch von Befristung aufhört.

(Beifall bei der SPD)

Das geht aber nicht – da haben Sie vollkommen recht –, ohne dass wir Geld zur Verfügung stellen, damit tatsächlich solche Karrieremöglichkeiten vorhanden sind. Wir dürfen nicht am eigenen Erfolg im Wissenschaftssystem ersticken, indem wir ganz viel produzieren, aber den jungen Leuten keine Chance geben, als gute Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Mittelbau, aber irgendwann auch in Professuren, Forschung und Lehre betreiben zu können. Deshalb sage ich: Wenn wir das jetzt auflösen, könnte ich mir vorstellen, dass wir bei den 6 Milliarden Euro für den Hochschulbereich durchaus in Form eines Bundesprogramms einen Weg finden, um im Bereich des Mittelbaus gezielt Geld von A nach B zu bringen.

Das sind, wie gesagt, meine Überlegungen. Das ist keine Einigung. Aber ich finde, uns allen muss klar sein: Wir haben nicht mehr viel Zeit – das wissen wir alle –, weil wir spätestens im Mai für den Fortgang der Haushaltsverhandlungen die Frage, wie wir mit den 6 Milliarden Euro und den 3 Milliarden Euro aus dem Koalitionsvertrag umgehen, beantworten müssen. (C)

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: So ist das!)

Ich habe das Gefühl und bin mir da sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen der Unionsfraktion – ich sehe den Kollegen Kretschmer – der Meinung sind, dass wir wechselseitig so regierungsfähig sind, dass wir uns an Verträge halten. Das werden wir auch tun.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Zitat!)

Noch einmal: Es geht nicht um die Eitelkeiten von Bundes- oder Landespolitikern, sondern es geht um die Bildung in diesem Land. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Wir haben als Sozialdemokraten – ich bin froh, dass die Ministerin auch diesen Punkt deutlich gemacht hat – für den Bereich der Bildungspolitik einen ganz einfachen Ansatz. Uns geht es in erster Linie um ein Menschenbild, das von der Freiheitlichkeit des Lebens geprägt ist. Wir wollen, dass in diesem Land nicht Hautfarbe, Herkunft oder Geschlecht die Menschen durch Geburt auf ihre Verhältnisse festnageln, sondern wir wollen, dass Menschen ihren eigenen Lebensweg gehen können, dass sie frei leben können, dass das Leben offen ist, dass es Lebenschancen gibt. Wenn man das will, dann spielt die frühe Förderung von Kindern im Elternhaus, aber auch die öffentliche frühe Förderung von Kindern in Kitas und Schulen eine ganz entscheidende Rolle.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr richtig!) (D)

Nach dem PISA-Schock, der ja ein doppelter war, weil uns in Deutschland im Bereich der Leistungsfähigkeit und der Chancengleichheit Probleme nachgewiesen wurden, sind wir in diesem Land ein wenig vorangekommen; aber wir sind noch nicht dort, wo wir sein müssen, wenn wir über mögliche Chancengleichheit im Bildungssystem reden. Es ist eine gesellschaftspolitische Frage, ob in diesem Land wirklich wieder Leistung und Leistungsfähigkeit zählen und nicht Herkunft.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Unterschied zu früheren Diskussionen. Ich finde – ich habe es an dieser Stelle auch gesagt –, dass diese Große Koalition durchaus eine Chance bietet, im Bereich der Bildungspolitik endlich ideologische Grabenkämpfe der 70er-Jahre zu überwinden.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen wir hoffen!)

Ich will es einmal karikieren: In den 70er-Jahren waren wir in der Situation, dass Konservative sehr starr gesagt haben: „Leistung ist wichtig“ und Sozialdemokraten gesagt haben: „Chancengleichheit ist wichtig“. Ich sage: Beides ist wichtig. Chancengleichheit und die Breite der Bildung sind wichtig, damit Spitzenleistungen in diesem Land auch möglich sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hubertus Heil (Peine)

(A) Das betrifft die gesamte Bildungskette. Das betrifft die Frage, wie wir mit der frühen Förderung umgehen, übrigens nicht nur bei der Anzahl von Kitaplätzen, sondern auch bei der Qualifizierung der Menschen, die in Kitas arbeiten und denen wir den Rücken stärken müssen, und deren Karriereperspektiven und Einkunftsmöglichkeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das betrifft vor allen Dingen Frauen. Es arbeiten nur sehr wenige Männer in den Kitas.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Zu wenige!)

– Stimmt, zu wenige. Ich könnte zynisch sagen: Wenn die Bezahlung besser wäre, gäbe es dort ein paar mehr Kerle; das muss man leider einräumen.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden hier über Menschen, die sich um unsere kleinsten Kinder kümmern. Kollege Kretschmer und ich, die wir von diesem Thema ganz persönlich betroffen sind, wissen, dass es schön ist, wenn es sich hier um Menschen handelt, die gut ausgebildet sind und sich liebevoll kümmern. Diesen muss man den Rücken stärken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum schulischen Bereich. Herr Kollege Claus, Sie mögen sich sicherlich wünschen, dass das Kooperationsverbot ganz verschwindet. Aber selbst dann wird auf-
(B) grund unserer föderalen Ordnung die originäre Zuständigkeit für die Schulpolitik bei den Ländern liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Man muss sicherlich nicht jede Form von Kleinstaaterei gut finden. Aber es wird so bleiben; das ist meine Prophezeiung. Trotzdem kann man sich mit Hinweis auf die Verfassung nicht herausreden und nichts tun. Wir haben im schulischen Bereich durchaus pragmatische Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass mit Unterstützung des Bundes in den Ländern mehr getan werden kann. Das betrifft den Ausbau von Ganztagsschulen, den die Länder nun schultern müssen. Das steht übrigens in der Tradition eines früheren Ganztagsschulprogramms des Bundes – 4 Milliarden Euro –, das damals eine riesige Welle ausgelöst hat und auf einen Anstoß der damaligen Bundesministerin Edelgard Bulmahn zurückgeht. Ich bin froh, dass der Ausbau der Ganztagsschulen in diesem Land vorankommt.

Das betrifft aber auch den Übergang von der schulischen zur beruflichen Bildung. Ich bin sehr froh, dass es insgesamt – möglicherweise erst durch die Krisenerfahrungen in Europa – ein neues Bewusstsein für die berufliche Erstausbildung im dualen System gibt; das ist eine sehr gute Sache.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Aber das heißt, dass wir auch etwas tun müssen, damit junge Menschen nicht durch den Rost fallen. Es gibt noch immer viel zu viele, die in Warteschleifen – auch in (C)
schlecht qualifizierenden – hängen.

(Zuruf von der SPD: Ja, leider!)

Das können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten. Es ist Aufgabe des schulischen Systems, Ausbildungsfähigkeit zu organisieren. Es ist Aufgabe der Unternehmen, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Es ist Aufgabe des Staates – in diesem Fall der Länder –, dafür zu sorgen, dass Berufsorientierung in den Schulen stattfinden kann und dass die Berufsschulen nicht die Stiefkinder unseres Bildungswesens sind.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Zum Schluss möchte ich einen Punkt ansprechen, der eigentlich einer umfassenderen Erörterung bedürfte; aber das werden meine Kollegen mit Sicherheit noch tun. Für den Forschungsbereich des Ministeriums stellen wir ebenfalls mehr Geld zur Verfügung. Deutschland ist exzellent in der Grundlagenforschung und auch in der anwendungsorientierten Forschung. Das müssen wir auch bleiben. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen sowohl im Hochschulsystem als auch in der außeruniversitären Forschung verstärken und dafür sorgen, dass dieses Land Schritt halten kann. Wir stehen schließlich auf internationaler Ebene in harter Konkurrenz. Wenn wir wollen, dass Produkte, Verfahren und Dienstleistungen von morgen bei uns entwickelt werden, müssen sowohl die Unternehmen als auch die öffentliche Hand mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Wenn wir das hinbekommen, werden wir beispielsweise die Chancen der Digitalisierung – Stichwort „Industrie 4.0“ – in (D)
Deutschland nutzen können. Aber wir müssen uns sputen. Das wird diese Koalition tun.

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Das müssen Sie jetzt auch.

Hubertus Heil (Peine) (SPD):
Ich habe das auch getan, Frau Präsidentin.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Danke, Herr Kollege. – Das Wort hat Katja Dörner für Bündnis 90/Die Grünen.

Katja Dörner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Haushalt ist bekanntlich in Zahlen gegossene Politik. Zahlen lügen nicht. Deshalb sind die Reden der Ministerin und des Kollegen Hubertus Heil schnell enttarnt als viel Eigenlob, viel heiße Luft, viel Schein und sehr wenig Sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Reden beinhalten einen viel zu großen Blick in die Vergangenheit und zu wenig Blick in die Zukunft. Ich halte es auch mit Karl Popper, der einmal gesagt hat:

Katja Dörner

(A)

Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muss sein: Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht.

Genau das tun Sie nicht. Die Große Koalition nimmt die großen Herausforderungen der Zukunft nicht an. Dieses Problem dokumentiert sich sehr gut im Einzelplan für das Ministerium von Frau Wanka.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine kleine Erinnerung – ich zitiere –:

Wir wollen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöhen. Ab 2014

– das ist dieses Jahr –

wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Milliarden Euro mehr für Bildung investieren.

So heißt es im Wahlprogramm der SPD. Die CDU schrieb: „Bildung steht im Mittelpunkt unseres Handelns.“

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

– Ja, da kann man klatschen. – Das hat sehr hohe Erwartungen geweckt. Gerade deshalb ist der Blick in den Haushaltsplan so ernüchternd. Die nackten Zahlen sprechen eine ganz andere Sprache.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was lesen wir denn im Haushalt von Frau Wanka? Wir lesen zunächst einmal gar nichts. Das ist hier schon
(B)
mehrfach angesprochen worden. Der sowieso schon als sehr mickrig geplante Aufwuchs in der Bildung hat es noch nicht einmal in den Etat der Bildungsministerin geschafft. Fakt ist: Der Finanzminister hortet die zusätzlichen Mittel, weil die involvierte Ministerin und die Bundesregierung sich noch nicht einmal darauf verständigen können, wie diese Gelder ausgegeben werden. Ich finde, diese Posse ist mehr als nur ein Symbol dafür, dass sich die Große Koalition nicht nur mit fliegenden Fahnen von ihren großen Wahlversprechen verabschiedet hat, sondern auch aus der so lange angekündigten Bildungsrepublik Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Frau Kollegin, wir sind in der ersten Lesung!)

Aber diesen Abschied akzeptieren wir Grüne nicht, weil ein Land wie Deutschland von Investitionen in die Köpfe lebt und weil wir die Verantwortung dafür haben, dass die Kinder und Jugendlichen in unserem Land ihre Potenziale voll und ganz ausschöpfen können. Davon sind wir trotz der vielen Bemühungen insbesondere vieler Bundesländer immer noch weit entfernt. Deshalb stehen wir Grüne felsenfest zur Erreichung des 7-Prozent-Ziels im Haushalt. Wir haben immer eine klare Priorität für die Bildung im Haushalt dokumentiert und werden das auch in diesem Jahr so tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

6 Milliarden Euro soll es laut Koalitionsvertrag in der laufenden Legislaturperiode für Kitas, Schulen und Hochschulen geben. Frau Wanka will davon 5, Frau Schwesig 2, und auch Frau Nahles will gerne 1 Milliarde Euro abhaben. Das macht nicht 6, sondern 8 Milliarden. Das zeigt im Übrigen auch, dass in der Bundesregierung noch ein bisschen Bildung notwendig ist; denn die Differenz zwischen 8 und 6 ist immer noch 2. Da passt doch einiges noch nicht zusammen. (C)

Allerdings habe ich gelesen: Frau Wanka ist der Meinung, dass für Frau Schwesig 1 Milliarde reicht. Frau Schwesig und Frau Wanka sind gemeinsam der Meinung, dass Frau Nahles eigentlich gar nichts abhaben muss. Dann würde es wiederum mit den 6 Milliarden klappen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Sehen Sie, so einfach geht das!)

Diese ganze Feilscherei ist doch absurd, und sie zeigt vor allem, dass die Große Koalition keinen Blick darauf hat, was Kitas, Hochschulen und Schulen tatsächlich brauchen. Sie knausert an den wichtigsten Stellen, bei den Zukunftsinvestitionen in ebendiese Bereiche.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht wurden die drei Ministerinnen nicht nur gemeinsam unter die sprichwörtlich zu kurze Decke gesteckt, nein, ihnen wurde ein Topflappen in die Hand gedrückt, und an dem ziehen und zerren sie jetzt,

(Dr. Daniela De Ridder [SPD]: Was ist das für ein sexistisches Bild?)

und am Ende werden alle drei ein paar Flusen in der Hand haben. Das ist eben das Gegenteil der Bildungsrepublik Deutschland. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir beraten gerade ein Rentenpaket, das jährlich rund 9 Milliarden Euro kosten wird. Ich gönne ganz klar jeder Rentnerin und jedem Rentner eine höhere Rente und finde Wertschätzung für die Lebensleistung von Menschen sehr wichtig. Ich finde aber auch Investitionen in die Köpfe unserer Kinder und Jugendlichen sehr wichtig. Ich finde, das Verhältnis von 9 Milliarden jährlich zu 1,5 Milliarden jährlich, wenn es tatsächlich dazu kommt, ist einfach ungesund. Deshalb muss die Bundesregierung ihre Zusage zum 7-Prozent-Ziel endlich wahrmachen. Blumige Bekenntnisse im Koalitionsvertrag reichen eben nicht. Wir wollen konkrete Zahlen im Haushaltsplan sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über die 6 Milliarden Euro reden, die über die Länder an die Kitas, Schulen und Hochschulen gehen sollen, dann muss aus unserer Sicht eines ganz klar sein: Diese Mittel müssen zielgerichtet und zweckgebunden dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden, nämlich in den Kitas, in den Schulen und in den Hochschulen. Wir sehen die große Gefahr, dass die Länderfinanzminister ihre Finger ausstrecken und das Geld eher in andere Projekte oder in die Sanierung von Landeshaushalten fließt. Das wäre aus unserer Sicht völlig inakzeptabel. Deshalb fordern wir die Bundesregierung

Katja Dörner

(A) auf, hier eine glasklare Regelung mit den Ländern zu finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen den Bund für massive Investitionen in die Kitas. Auf den Ausbau der Plätze in den vergangenen Jahren muss jetzt die Qualitätsoffensive folgen. Dafür brauchen wir mindestens 1 Milliarde Euro im Jahr und nicht 1 Milliarde Euro auf die ganze Legislaturperiode verstreut. Wir brauchen den Bund auch für den Ausbau der Ganztagsschulen; denn der Ganztagsausbau ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schlüssel für mehr Bildungsgerechtigkeit, für mehr Chancen für alle Kinder und insbesondere für die, die in ihren eigenen Familien nicht so viel Förderung mitbekommen.

Die Bundesländer werden dieser Herausforderung allein nicht gerecht. Es rächt sich an dieser Stelle, dass das vermaledeite Kooperationsverbot bleibt. Auch da kann ich weiterhin nicht verstehen, dass eine 80-prozentige Mehrheit hier im Deutschen Bundestag es nicht schafft, diesen mittlerweile als Irrweg identifizierten Fehler endlich zu beheben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Auch das ist das Gegenteil der Bildungsrepublik Deutschland.

Ich will zum Schluss noch auf das BAföG zu sprechen kommen. Die Situation beim BAföG ist ja einigermaßen absurd. Trotz steigender Studierendenzahlen und (B) des hohen Mittelabflusses im Jahr 2013 bleibt die angekündigte große BAföG-Reform wohl aus – oder auch nicht, wir wissen es nicht. Die Ministerin hat es eben noch einmal angekündigt. Sie ist aber im Koalitionsvertrag nicht erwähnt. Sie war in den Vorformen des Koalitionsvertrages erwähnt und ist dann leider herausgeflogen. Man fragt sich dann doch, was man – bei allem Respekt – von einer Ministerin halten soll, die zur BAföG-Reform ernsthaft öffentlich äußert: „Dass es nicht im Vertrag steht, heißt nicht, dass es nicht kommt.“ Ich finde, Ministerinnen sollen Träume haben; aber sie sollen vor allem mehr Geld für das BAföG im Bundeshaushalt haben. Keine BAföG-Erhöhung – auch das ist das Gegenteil der Bildungsrepublik Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Frau Kollegin.

Katja Dörner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich soll zum Schluss kommen.

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Ja.

Katja Dörner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das tue ich.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Zahlen lügen nicht. Die Zahlen im Einzelplan 30 besagen eines ganz deutlich: Die Bildungsrepublik Deutschland, das war (C) noch nicht und wird mit dieser Großen Koalition offensichtlich auch nicht kommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner: Albert Rupprecht für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Rupprecht (CDU/CSU):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Kollegin Dörner, ich befürchte fast, Sie werden mir nicht glauben, was ich jetzt sage; aber es ist die Wahrheit:

Erstens. Wir leben nicht in einem maroden Wissenschafts- und Innovationssystem Deutschland, sondern wir sind absolute Weltspitze.

Zweitens. Diese Position gäbe es nicht, wenn wir auf Bundesebene in den letzten Jahren nicht substanzielle Entscheidungen getroffen hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht Professor Neugebauer, der letzte Woche Gast in unserem Ausschuss war. Ich zitiere ihn sinngemäß. Er sagte: Gäste aus der ganzen Welt besuchen die (D) Fraunhofer-Gesellschaft, um zu sehen, wie das deutsche Wissenschafts- und Innovationssystem funktioniert. Deutschland ist mit 12 Prozent Anteil am Weltmarkt bei den forschungsintensiven Waren auf derselben Stufe wie die USA und China. Pro Kopf der Bevölkerung ist Deutschland weltweit mit großem Abstand an erster Stelle. – Er bedankt sich bei uns, bei den zuständigen Forschungs- und Bildungspolitikern, für die Beschlüsse der letzten Jahre, weil diese Position ohne unsere Entscheidungen nie und nimmer möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben diese Spitzenstellung, weil es über Jahre hinweg Leitbilder gab, die für uns alle gegolten haben, und das – Kollege Heil, ich stimme Ihnen da zu – sogar ein Stück weit unabhängig von der politischen Konstellation. Das war schon bei Heinz Riesenhuber so, das war bei Kollegin Bulmahn so, das war insbesondere bei Annette Schavan so, und es ist jetzt auch bei Ministerin Wanka so.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Rüttgers mit Recht vergessen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Es gab darüber hinaus andere Forschungspolitiker, auch Kollegen Rüttgers. – Diese Orientierung geschah durchaus mit unterschiedlicher Dynamik. Ein Heinz Riesenhuber hatte außerordentlich viel Dynamik; die

Albert Rupprecht

(A) Kollegin Bulmahn war vom Stil vielleicht ein bisschen zurückhaltender.

(Dr. Daniela De Ridder [SPD]: Na, na, na!)

Die Minister hatten auch unterschiedliche Finanzausstattungen. Aber die Leitbilder waren ein ganzes Stück immer dieselben. Diese Leitbilder waren und sind:

Erstens. Orientierung an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Das große Industrieland Deutschland muss sich schlichtweg dem Weltmarkt stellen. Wir ermöglichen den Wissenschaftsgesellschaften Max Planck, Fraunhofer, Leibniz und Helmholtz – sie beschäftigen 75 000 Mitarbeiter und genießen einen exzellenten internationalen Ruf – jedes Jahr 5 Prozent Aufwuchs, geben ihnen eine Perspektive, sodass sie Gas geben können. Das führt genau zu den Ergebnissen, die der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft bei uns im Ausschuss gelobt hat.

Wir haben das Wissenschaftsfreiheitsgesetz beschlossen. Mancher Haushälter hat seither graue Haare. Steffen Kampeter hat deswegen inzwischen sogar eine Glatze.

Die Haushälter haben das überlebt. Aber es war ein historischer Meilenstein für die Wissenschaftslandschaft in Deutschland, weil wir nicht mehr Details regeln, sondern Ziele vorgeben. Wir beauftragen die Wissenschaft und sagen: Wie ihr das schafft, wie ihr das hinbekommt, das wisst ihr als Wissenschaftler selber am besten.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden den Pakt für Forschung und Innovation fortführen. Er wird 2015 nicht abrupt enden, sondern wir werden ihn weiterführen. Auch darauf können sich die Wissenschaftsorganisationen verlassen.

Wir werden die Hightech-Strategie und die Spitzencluster fortführen und sie noch stärker fokussieren, noch stärker international ausrichten. Auch da werden wir beständig und nachhaltig sein.

Das zweite Leitbild war all die Jahre schon und insbesondere bei der Kollegin Bulmahn die Exzellenz. Die Exzellenzinitiative hat in Deutschland in der Tat eine Dynamik sondergleichen angestoßen und die Wissenschaftslandschaft massiv verändert. Wir werden diese Dynamik der Exzellenzinitiative auch nach 2017, wenn die jetzige Förderperiode ausläuft, fortführen.

„Exzellenz" heißt: nach dem Besten streben. „Exzellenz" heißt aber nicht, sich zu Tode hetzen. Es macht nur Sinn, wenn es nachhaltig ist. Exzellente Leistung kann eine Topuniversität erbringen. Aber exzellente Leistungen können auch Fachbereiche an kleineren Hochschulen oder Fachhochschulen erbringen, die, bundesweit vorbildlich, in ihrer Mikroregion Technologietransfer organisieren; auch das kann exzellent sein. Wir stehen nach wie vor zu diesem Begriff der Exzellenz, weil er ein wegweisender ist. Nur: Wir müssen bei der Fortschreibung der Programmatik natürlich aus den vergangenen Jahren lernen und das weiterentwickeln. „Exzellenz" heißt aber „Exzellenz" und nicht „Gießkanne", wie (C) mancher Landesfinanzminister zuzeiten glaubt, meint und hofft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Eines ist auch klar: Wir werden eine verlässliche dauerhafte Struktur als Nachfolge für die Exzellenzinitiative nur hinbekommen, wenn wir die Verfassung dementsprechend anpassen. Das heißt, es braucht eine Grundgesetzänderung, um eine verlässliche Perspektive zu geben, und dafür möchte ich bei Ihnen allen ganz herzlich werben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Drittes Leitbild – ich habe es mehrfach gesagt –: Verlässlichkeit und Langfristigkeit. Das leben wir mit den Pakten, dem Hochschulpakt, dem Pakt für Forschung und Innovation; das leben wir mit der Exzellenzinitiative und anderen Vereinbarungen. Das ist schon ein Stück Besonderheit. Der Bundeshaushalt ist immer auf ein Jahr ausgerichtet. Dass wir in der Wissenschafts- und in der Bildungspolitik Pakte über Jahre hinweg vereinbaren und die auch halten, dass wir eine langfristige Perspektive geben, ist durchaus etwas Besonderes. Im deutschen Wissenschafts- und Innovationssystem arbeiten inzwischen 570 000 Menschen. Das sind gegenüber 2005 20 Prozent mehr. Diese Menschen verdienen eine Perspektive statt eines Denkens von einem Jahr zum nächsten Jahr. Es ist etwas Besonderes, dass wir über das Haushaltsrecht hinausgehen, Pakte über mehrere Jahre vereinbaren, Verlässlichkeit und Langfristigkeit bieten.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir vonseiten des Bundes Verlässlichkeit gewährleisten, dann erwarten wir, dass die Akteure vor Ort das auch weitergeben. Wir erleben aber, dass die Wissenschaftsorganisationen, über viele Jahre hinweg mit erheblichen Mitteln ausgestattet, die Beschäftigten, darunter nicht wenige Nachwuchswissenschaftler, mit Einjahresverträgen abspeisen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Max Planck!)

An der Stelle sage ich ganz klar: Damit können wir uns nicht zufriedengeben.

(Beifall der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD])

Wer Leistung bringt, darf nicht mit Kurzzeitverträgen abgespeist werden, sondern verdient eine Perspektive.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir werden das einfordern. Wenn das nicht reicht, werden wir das auch erzwingen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das ist doch mal ein Wort!)

Letzter Punkt. Ohne Moos nix los. Deswegen ist das vierte Leitbild, das uns alle ein Stück geprägt hat, immer noch prägt und uns Orientierung gibt: Priorität für For-

Albert Rupprecht

(A) schung und Bildung auch im Haushalt. Da verkneife ich mir – Herr Kollege Heil, Herr Kollege Rossmann, ich bin ein freundlicher Koalitionspartner – die Bewertung der Finanzdaten der rot-grünen Zeit und springe gleich in unsere gemeinsame Zeit, die der vorigen Großen Koalition. Seit 2005 – Ministerin Wanka hat es gesagt – haben wir in unserem Haushalt einen Zuwachs um 84 Prozent. Das ist ein Riesenerfolg. Das ist weltweit, abgesehen vielleicht von den asiatischen Ländern, ein Spitzenwert.

Sehr geehrte Damen und Herren, 2014 werden wir gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 500 Millionen Euro mehr ausgeben, für den Hochschulpakt 640 Millionen Euro mehr. Das sind Zahlen, die sich wirklich sehen lassen können.

Abschließend sei gesagt: In dieser Legislatur werden wir – es ist schon genannt worden – 3 Milliarden Euro mehr für Forschung und 6 Milliarden Euro mehr für Bildung ausgeben.

Wir werden im gesamten Haushalt in dieser Legislatur, über alle Ressorts hinweg, 23 Milliarden Euro mehr zur Verfügung haben; das heißt, 40 Prozent dieser Mehrausgaben fließen in unseren Bereich. Das ist ein Riesenerfolg. Wir legen Priorität auf Forschung und Bildung. Als Bildungs- und Forschungspolitiker bin ich auch ein ganzes Stück stolz; denn das haben wir erarbeitet. Das ist nicht vom Himmel gefallen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(B)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin: Dr. Rosemarie Hein für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Rupprecht, Ihren Optimismus möchte ich haben.

(Albert Rupprecht [CDU/CSU]: Bayerische Spezialität! – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Es ist nicht schlecht, wenn man ein bisschen Optimismus hat!)

Ich kann ihn nicht teilen. Aus diesem Grunde möchte ich die Zahlen dieses Haushaltes in einen größeren Zusammenhang stellen.

Wenn wir den Einzelplan 30, der für Bildung, Wissenschaft und Forschung zuständig ist, genauer betrachten, dann sehen wir: Er macht nicht einmal einen Anteil von 5 Prozent des Gesamthaushaltes aus – das sind immerhin fast 14 Milliarden Euro –, er ist damit der viertgrößte Einzelhaushalt. Es gibt noch in einigen anderen Einzelplänen Geld für Bildung, zum Beispiel in den Einzelplänen 05, 09, 11 und 17 – sie sind heute alle schon einmal genannt worden –, aber das alles reicht nicht aus. Es ändert sich vor allem seit Jahren nicht. Darum kann ich die euphorischen Reden aus der Koalition nicht teilen. Vergleicht man nämlich wichtige Positionen, wie zum Beispiel das BAföG oder die Ausgaben für die Berufsorientierung – das sind bekanntlich Schwerpunkte der Koalition –, so sieht man, dass sich die Summen gegenüber dem Haushalt 2013 nicht geändert haben. Hier fehlt mir einfach die Handschrift der SPD; ich finde sie noch nicht. Auch die globale Minderausgabe ist komischerweise auf den Cent genau die gleiche. (C)

Sie wollen 6 Milliarden Euro mehr für Bildung und Wissenschaft ausgeben. Ich will mich in den Streit darüber, wer von dem Paket etwas abbekommt und ob es 6, 7 oder 8 Milliarden Euro sind, überhaupt nicht einmischen. Ich will diese Summe einmal in das Verhältnis setzen zu den gesamten Ausgaben für Bildung in dieser Gesellschaft. Wenn man sich einmal anschaut, wie die öffentlichen Bildungsausgaben in dieser Gesellschaft verteilt sind, so muss einen das Ergebnis sehr nachdenklich stimmen. Der jüngste Bildungsbericht gibt Auskunft – dort kann man das nachlesen –: Die Länder tragen derzeit zehnmal so viel Finanzlast für die Bildung wie der Bund, die Kommunen immer noch das Vierfache. Da rächt sich, dass Bildung allein Ländersache und nicht auch Bundessache ist.

Zu der ungerechten Lastenverteilung kommt auch noch die Unterfinanzierung hinzu. In einer Studie der GEW zur Bildungsfinanzierung von Henrik Piltz aus dem Jahre 2011 wird festgestellt – das hat sich noch nicht geändert –, dass es inzwischen einen Investitionsstau von 45 Milliarden Euro gibt, die von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam aufgebracht werden müssten. Das können sie natürlich nicht, und das ist auch uns klar. Aber man muss sich doch einmal die Dimension vor Augen führen. Hinzu kommt – das macht das Ganze nur noch schlimmer –, dass bei den laufenden Kosten, wenn man die Ausfinanzierung aller Bildungsbereiche berechnet und die Qualität ein wenig verbessern möchte, sich ein Finanzierungsdefizit von noch einmal 56 Milliarden Euro ergibt, und zwar jedes Jahr. Das müssten Bund, Länder und Kommunen eigentlich jedes Jahr gemeinsam drauflegen. Freuen Sie sich über die 6 Milliarden! Wir freuen uns auch – wenn sie denn kommen. Aber das ist noch lange nicht das, was wir für Bildung ausgeben müssten, um in diesem Land eine vernünftige Bildungspolitik zu garantieren. (D)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist das Versäumnis von Jahrzehnten, das wir vor uns herschieben und immer wieder mit bunten Pflastern von Reparaturprogrammen bekleben. Solche Reparaturprogramme finden sich dann auch im Haushalt an den verschiedensten Stellen. Das kann nicht zufriedenstellen: weder im Bereich der allgemeinen Bildung noch im Bereich der beruflichen Bildung noch an den Hochschulen und beim unzureichenden BAföG noch bei der Lehre oder bei der Ausbildung dringend notwendiger Fachkräfte. Sie wollen laut Koalitionsvertrag zum Beispiel „einen Schwerpunkt auf die Stärkung der beruflichen Bildung legen“. Mehr Geld gibt es dafür im Moment noch nicht. Sie wollen dazu „ein lokal verankertes Netzwerk von Beratungs- und Informationsangeboten“ – so

(A) nennen Sie es – „auf den Weg bringen". Noch eins? Bildungsketten gibt es schon, und zwar seit 2010, eine Allianz für Ausbildung auch, und alles hilft nichts. Das RÜM, das Regionale Übergangsmanagement, das Bewerberinnen und Bewerber mit schlechteren Startchancen helfen sollte, eine Ausbildung zu finden, ist vielerorts unrühmlich eingegangen, nachdem es nicht mehr gefördert wurde.

Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze steigt aber ebenso wie die Zahl der nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber. Nur 65 Prozent der Ausbildungssuchenden bekommen einen Ausbildungsplatz. Eine Viertelmillion Menschen sind im Übergangssystem hängen geblieben. Das ist doch nicht zufriedenstellend; das muss man doch kritisieren. Bildungsgerechtigkeit, meine Damen und Herren, ist etwas anderes.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch in der Forschungspolitik gibt es Tricksereien hin und her. Bei der Nachhaltigkeitsforschung haben Sie zum Beispiel die Haushaltstitel einfach neu verteilt. Wenn man es nachrechnet und nachprüft, dann sieht man: Es kommt sogar eine Kürzung heraus.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das machen sie gerne!)

In diesem Haushalt findet man vor allem Stillstand. Es geht eigentlich nichts wirklich voran. Die Aufwüchse sind, dort wo es sie gibt, spärlich. Zielzahlen bleiben teilweise hinter dem Ist des Jahres 2012 zurück. Und die Bundesregierung lobt die schwarze Null. Haushalts-
(B) konsolidierung ist gut und richtig. Nur, was nützt die schwarze Null, wenn der Kitt aus den Fenstern vieler Schulen bröckelt? Was nützt die schwarze Null, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler prekär beschäftigt sind? Sie haben das eben selbst kritisiert. Und was nützt die schwarze Null, wenn sich das BAföG nicht mehr an den Lebenshaltungskosten orientiert? Solch eine schwarze Null können Sie sich einrahmen und an die Wand hängen; aber sie nützt gar nichts,

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

nicht den Lernenden, nicht den Kommunen, nicht den Ländern, auch nicht den Lehrenden.

Auch Sie müssen anerkennen: Wir haben ein Einnahmeproblem. Wenn wir dieses Einnahmeproblem nicht lösen, dann werden wir Haushaltskonsolidierung immer auf dem Rücken derer betreiben, die eigentlich davon profitieren sollten.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Hein, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE):

Ich komme sofort zum Ende, würde aber gerne noch auf eine Aussage des Kollegen Rossmann antworten: Unsere Grundschulschließungen haben überhaupt nichts mit zurückgehenden Schülerzahlen zu tun, sondern damit, dass die Mindestschülerzahlen für Grundschulen erhöht werden. Die Klassen werden also größer. Mehr ist es leider nicht. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Den Rest haben wir schon im Jahr 2000 hinter uns gebracht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Swen Schulz für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Swen Schulz (Spandau) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Mitglied des Haushaltsausschusses, und zu Beginn einer Legislaturperiode, vor allem dann, wenn es einen Wechsel der Regierungskoalition gegeben hat, macht man einen Kassensturz. Dieser Kassensturz hat für den Bereich Bildung und Forschung zwei zentrale Ergebnisse gebracht. Das erste ist bereits angesprochen worden: Wir haben einen enorm angestiegenen Haushalt für Bildung und Forschung. Rot-Grün hat damit angefangen, die Große Koalition hat es fortgesetzt, und Schwarz-Gelb hat eine ordentliche Schippe obendrauf gelegt. Das ist aller Ehren wert.

(D) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Albert Rupprecht [CDU/CSU]: Sie werden mein Freund, Herr Schulz!)

Das ist die gute Nachricht.

Die schlechte Nachricht kann ich dem Koalitionspartner CDU/CSU leider nicht ersparen. Das zweite Ergebnis dieses Kassensturzes ist, dass in der Finanzplanung für die Zukunft ein Milliardenloch klafft. Auch so etwas festzustellen, gehört nun mal zu einer ehrlichen Eröffnungsbilanz dazu. Es fehlen in den nächsten Jahren rund 5 Milliarden Euro für die Finanzierung der schwarzgelben Versprechungen. Da sind die neuen Ziele aus der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU/CSU noch nicht mit eingerechnet.

Umso wichtiger ist, dass diese Koalition in ihrem Vertrag eine Prioritätensetzung zugunsten von Bildung und Forschung vorgenommen hat. Das ist eine starke Ansage; Ministerin Wanka hat darauf hingewiesen. Aber das Finanzloch führt dazu, dass die Große Koalition nicht aus dem Vollen schöpfen können wird, und das ist noch vorsichtig ausgedrückt. Denn von den 9 Milliarden Euro, die wir zusätzlich für Bildung und Forschung vorgesehen haben, sind 6 Milliarden Euro den Ländern versprochen; sie können nicht umstandslos dem Bundeshaushalt zugerechnet werden. Die verbliebenen 3 Milliarden Euro sind dann halt knapp, sehr knapp, um all das zu finanzieren, was wir finanzieren wollen und müssen. Dass wir uns vorgenommen haben, keine neuen, zusätzlichen Schulden zu machen, und gleichzei-

Swen Schulz (Spandau)

(A) tig eine aktive Steuerpolitik und den Abbau von Subventionen ausgeschlossen haben, das vergrößert den Spielraum für Bildung und Forschung nicht; auch das muss man ehrlich sagen.

Das ist ganz nüchtern betrachtet die Ausgangslage, die ich hier als Haushälter beschreiben will und muss: Licht und Schatten, starker Haushalt, zusätzliche Milliarden, aber eben auch große Verpflichtungen und ambitionierte Ziele. Das bedeutet, dass es schwierig wird. Doch wenn es leicht wäre, müssten nicht wir es machen.

(Beifall bei der SPD)

Darum: Begeben wir uns an die Arbeit! Wir wollen sorgfältig Prioritäten setzen, aber auch prüfen, in welchen Bereichen noch Luft ist.

Ich will für die SPD einige Schwerpunkte benennen, die sicherlich auch die Unterstützung von CDU/CSU finden; denn sie sind im Koalitionsvertrag enthalten. Wir wollen zum Beispiel Menschen bei der Grundbildung und der Alphabetisierung unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hier im Deutschen Bundestag in der letzten Legislaturperiode eine Studie vorgelegt bekommen, die uns alle bewegt hat. Demnach sind Millionen Erwachsene in Deutschland sogenannte funktionale Analphabeten, das heißt, sie können nicht gut lesen und schreiben. Das bedeutet nicht, dass sie dumm oder ungebildet sind – im Gegenteil. Aber sie brauchen Unterstützung. Darum wollen wir die Angebote der Grundbildung verbessern. Das ist wichtig. (B)

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Menschen noch besser unterstützen, die im Ausland Qualifikationen erworben haben. Es ist ein Jammer, dass viele ihre Kraft und ihre Kenntnisse hier nicht einbringen können. Da müssen wir noch mehr tun.

Wir legen weiterhin einen Schwerpunkt auf die Förderung der Hochschulen, damit möglichst viele Menschen gut studieren können.

Diese drei Beispiele – Grundbildung, Anerkennung, Studium – machen deutlich, dass wir Bildungsförderung in der gesamten Breite bis hin zur Spitze denken. Wir müssen das zusammen betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen in der Forschung die außeruniversitären Institute, die Universitäten und die Fachhochschulen fördern. Fachhochschulen leisten wichtige Beiträge im Wissenschaftssystem; das wollen wir honorieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir fördern Forschungsprogramme für neue Technologien, aber auch Arbeits- und Dienstleistungsforschung für bessere Perspektiven der Beschäftigten. In unserer Philosophie kommt Sicherheitsforschung nicht ohne Geistes- und Kulturwissenschaften und Friedensforschung aus. Sie sehen: Die Dinge sind komplex, und darum verfolgen wir einen umfassenden Förderansatz, der die verschiedenen Aspekte berücksichtigt. (C)

Weil wir aber finanziell nicht aus dem Vollen schöpfen können, brauchen wir an verschiedenen Stellen clevere, kreative Lösungen, um unsere Ziele zu erreichen. So ist die berufliche Bildung, der Übergang von Schule zum Beruf, von zentraler Bedeutung. Darum wollen wir uns kümmern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen dabei bedenken, dass sich viele darum kümmern: Kommunen, Länder, die Agentur für Arbeit, mehrere Bundesministerien. Kluge Politik setzt nicht immer noch eins obendrauf – so gut das gemeint sein mag –, sondern kluge Politik stimmt Maßnahmen ab, sie vermeidet Doppelförderungen und Konflikte. Weniger kann an einigen Stellen auch mehr sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht nicht darum, im Deutschen Bundestag noch ein weiteres Milliardenprojekt vorzuweisen, sondern es geht jetzt darum, den Menschen in ihrer Realität, in ihrer Lebenssituation zu helfen.

(Beifall der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD])

Der wissenschaftliche Nachwuchs ist ein weiteres wichtiges Thema. Natürlich hätte ich gerne ein Extraprogramm mit frischem Geld, um die Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler zu verbessern, aber – der Kollege Rupprecht hat vollkommen recht; er hat das vorhin dargestellt – wir müssen bedenken, was wir den Forschungseinrichtungen und Hochschulen bereits an Mitteln zur Verfügung stellen. Wir müssen sicherstellen, dass diese eine ordentliche Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses organisieren. Unser Ziel ist klar: Nachwuchswissenschaftler müssen in Deutschland attraktive Bedingungen vorfinden. Das ist wichtig für die Wissenschaft, wichtig für unsere Wettbewerbsfähigkeit und wichtig für unsere gesellschaftliche Entwicklung. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein Thema ist nicht im Koalitionsvertrag enthalten, für das wir uns aber umso leidenschaftlicher einsetzen: das BAföG. Das BAföG ist *die* soziale Bildungsfinanzierung für Schüler und Studierende, die sich von Haus aus Bildung nicht gut leisten können.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und es fehlt im Koalitionsvertrag!)

In diesem Bereich ist seit Jahren nichts mehr gemacht worden. Da müssen wir ran. Es muss auch neues, zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden. Thomas Oppermann, unser Fraktionsvorsitzender, hat das gestern in der Generaldebatte sehr zutreffend auf den Punkt gebracht: Es kann nicht sein, dass wir mehrere Milliarden zusätzlich für Rentenpolitik vorsehen, aber für das BAföG dann kein Geld mehr da ist. Das BAföG muss

Swen Schulz (Spandau)

(A) substanziell erhöht und strukturell verbessert werden. Das ist ein klares Ziel der SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein Wort zum Verhältnis von Bund und Ländern sagen. Das ist in der Bildungspolitik besonders heikel und auch in unseren Debatten hier im Bundestag immer wieder Thema. Die SPD ist der Auffassung – Hubertus Heil hat das angesprochen –, dass wir mehr Kooperationen von Bund und Ländern im Bildungs- und Wissenschaftsbereich ermöglichen sollten. Dafür sollten wir auch das Grundgesetz öffnen. Solange das aber nicht erreicht ist, müssen wir uns mit zweitbesten Lösungen behelfen. Der Koalitionsvertrag hat eine Entlastung von 6 Milliarden Euro für die Länder im Bildungsbereich vorgesehen. Ich bin – es ist mir wichtig, das hier zu betonen – vollkommen der Meinung von Bildungsministerin Wanka: Das darf kein Blankoscheck sein. Wir müssen sicherstellen, dass das Geld tatsächlich in den Krippen, in den Kitas, in den Schulen und in den Hochschulen landet. Sonst ist das keine vernünftige Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir das schaffen und dazu auch noch das BAföG verbessern, dann haben wir einiges hinbekommen. Bis dahin gibt es viel Arbeit. Ich freue mich darauf.

Herzlichen Dank.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner: Kai Gehring für die Bündnisgrünen.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rednerinnen und Redner der Koalition haben sehr viel über die Vergangenheit gesprochen.

(Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Dann haben Sir mir nicht zugehört! – Anette Hübinger [CDU/CSU]: Wer seine Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten!)

Das ist kein Zufall; denn der Haushaltsentwurf 2014, über den wir heute sprechen, ist die Dokumentation einer bildungs- und wissenschaftspolitischen Lethargie.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Im Koalitionsvertrag und auch heute hier wurde vollmundig das 6-plus-3-Milliarden-Euro-Paket für Bildung und Forschung verkündet. Problem ist nur, dass bisher kein einziger zusätzlicher Cent im Haushalt von Frau Wanka angekommen ist.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Kommt aber noch!)

Das ist sehr beunruhigend und zukunftsvergessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Die Menschen in unserem Land wollen eine höhere Priorität für Bildung und Forschung. Sie erleben im Alltag marode Schulen, schlechte Ausbildungsbedingungen, Warteschleifen und überfüllte Hörsäle. Es ist ja schön, dass wir uns in der Debatte einig sind, dass die 6 plus 3 Milliarden Euro, wenn es überhaupt dazu kommt,

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Die sind doch schon da! Die müssen nur noch aufgeteilt werden!)

gezielt in diese Institutionen fließen müssen, das heißt, dass wir eine Zweckbindung für Zukunftsinvestitionen brauchen. Derzeit erleben wir aber eine Selbstblockade in der Koalition. Wenn Sie Ihre Konflikte und auch Ihre Konzeptionslosigkeit nicht überwinden, dann droht die Bundesbildungsministerin das erste Sparopfer von Schäubles schwarzer Null zu werden. Man fragt sich wirklich, ob das Geld nachher überhaupt noch da ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunftsinvestitionen abzuwürgen, wäre fatal. Deutschland braucht beherztes Handeln für mehr Chancen, Kreativität und Innovationen, für Kinder und Erfinder. Das ist nicht nur ein Gebot der Bildungsgerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft. Ich muss es Ihnen hier noch einmal sagen: Schon der Koalitionsvertrag war eine richtig herbe Enttäuschung: kein Ganztagsschulprogramm, keine Schulsozialarbeit, kein Kippen des Kooperationsverbots, keine BAföG-Erhöhung, keine steuerliche Forschungsförderung, keine Klarheit über die Zukunft der Wissenschaftspakte, um nur einige Punkte zu nennen. (D) Der Haushalt weist infolgedessen mehr Leerstellen als Zukunftsprojekte aus. Bei Bildung und Forschung lieferte die Große Koalition in ihren ersten 114 Tagen nur große Konfusion und ganz kleines Karo.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heiße Luft! – Willi Brase [SPD]: Das ist Realitätsverweigerung, Herr Kollege!)

An dieser Stelle möchte ich Ministerin Wanka ganz herzlich im Plenum des Bundestages begrüßen. In der ersten Debatte über Ihre Vorhaben wurde deutlich, dass Sie – leider – wenig vorhaben. Wir führten dann eine große Diskussion im Bundestag über das BAföG und das Kippen des Kooperationsverbots. Dabei waren Sie leider nicht anwesend.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Weil die Anträge so schlecht waren!)

Der Grund für diese Parlamentsabstinenz dürfte sein, dass Sie hinsichtlich Ihrer Finanz- und Vorhabenplanung derzeit eigentlich eher eine Bundesprüfstelle für Bildung und Forschung leiten, aber kein wirklich handlungsfähiges Bildungsministerium. Dieser wichtige Zukunftsbereich und das Ziel der Bildungsrepublik vertragen einfach keine Hängepartie. Sie müssen endlich konzeptionell und finanziell loslegen, Frau Wanka.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kai Gehring

(A) Als Ministerin verstecken Sie sich seit Monaten hinter sehr klangvollen Programmnamen wie der Hightech-Strategie, die jetzt Innovationsstrategie heißen soll. Aber was steckt eigentlich dahinter? Wann legen Sie los? Welche konkreten Vorschläge werden Sie zum Beispiel für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und für anständige Personalkategorien liefern? Da sehen wir große Lücken. Innovation funktioniert nicht, wenn die Köpfe, die etwas entwickeln sollen, keine Verlässlichkeit haben. Zur Verbesserung der Bedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses liegen ganz tolle Initiativen der rot-grünen Länder im Bundesrat vor. Diese könnten Sie doch aufgreifen und umsetzen. Novellieren Sie das Wissenschaftszeitvertragsgesetz! Das wäre ein ganz konkretes Regierungsvorhaben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hochschulen müssen das Herzstück jeder guten Innovationsstrategie sein. Im Koalitionsvertrag kündigen Sie an, deren Grundfinanzierung zu verbessern. Doch wie wollen Sie das eigentlich machen? Da bin ich heute in dieser Haushaltsdebatte nicht klüger geworden. Beim Hochschulpakt hingegen kann man schon heute an den Zahlen sehen, dass er derzeit unterfinanziert ist. Auch die Zukunft der Programmpauschalen ist bei Ihnen völlig ungeklärt; das Thema taucht auch im Koalitionsvertrag nicht auf. Lassen Sie die Universitäten, die Fachhochschulen und die Forschungseinrichtungen nicht länger im Unklaren, sondern stellen Sie endlich die Weichen für die Zukunft der Wissenschaftspakte!

In der Forschungspolitik setzen Sie falsche Schwer-
(B) punkte. Bei der Nachhaltigkeitsforschung kürzen Sie massiv die Mittel. Zukunftsthemen wie Open Access und mehr Transparenz verschlafen Sie. Das ganze Land redet über die Energiewende, die Forschungsministerin aber kaum. In der Energieforschung halten Sie weiterhin lieber an der Förderung der Kernfusion fest,

(Dr. Thomas Feist [CDU/CSU]: Das ist eine tolle Sache!)

anstatt in echte Zukunftstechnologien zu investieren. Ich sagen Ihnen: Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Forschungsmittel zu den erneuerbaren Energien und zu intelligenten Leitungs- und Speichertechnologien umgeschichtet werden. Auf diese Forschung sollten Sie die Mittel konzentrieren. Dann kann die Energiewende gelingen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Herr Kollege!

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ein letzter Punkt. – Sie haben ganz am Ende Ihrer Rede doch noch von Chancengerechtigkeit und Bildungsaufstieg gesprochen. Sie müssen Ihre Ankündigungen aber auch einmal konkret umsetzen. Ich habe heute wieder gehört, dass Sie eine BAföG-Novelle vorlegen wollen. Tun Sie es bitte endlich! Wir halten das für dringend notwendig. Sie müssen deutlich mehr in diesen Haushalt investieren; denn sonst ist er nicht generationen- und zukunftsgerecht. (C)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Herr Kollege!

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Jetzt ist die Zeit der Sonntagsreden vorbei.

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Ihre ist auch vorbei.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Jetzt müssen Sie handeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:
Nächster Redner ist Michael Kretschmer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Michael Kretschmer (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man muss natürlich sagen, Kai Gehring: Wir wollten mit den Grünen regieren, und wir hatten die Möglichkeit eröffnet, in Gesprächen zu erörtern, was man gemeinsam machen kann. Es war die grüne Partei, die am Ende gesagt hat: Nein, wir wollen nicht; wir wollen diese Verantwortung nicht wahrnehmen. Man kann (D)
sich natürlich danach hier hinstellen und schimpfen wie ein Rohrspatz, was alles nicht passiert, und darlegen, was man sich selbst überlegt hat; aber dabei darf man nicht vergessen, dass man die Chance, mitzuregieren, nicht genutzt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt bleibt nur, vernünftig mitzuarbeiten und konstruktive Vorschläge zu machen, und zwar nicht auf der Ebene der Überschriften, sondern im Detail.

Von den 23 Milliarden Euro, die wir in dieser Legislaturperiode bei einem gedeckelten Haushalt zusätzlich investieren wollen, sind 9 Milliarden Euro für die Bildung, die Wissenschaft und die Forschung. Das zeigt, wo wir, CDU/CSU und SPD, die Prioritäten setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Innovationspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch unseren Koalitionsvertrag. Auch im Bereich der Bildung setzen wir Akzente.

Es gilt, die Erfolge der vergangenen Jahre fortzusetzen. Zu diesen Erfolgen gehört – die Information, die wir gerade gehört haben, ist falsch –, dass wir seit 2005 die Zahl derjenigen, die im Übergangssystem gefangen sind, um 160 000 Personen reduziert haben. Das sind 38 Prozent weniger. Ich finde, das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Michael Kretschmer

(A) Wenn wir über die Frage der Finanzverteilung sprechen, müssen wir noch einmal deutlich machen: In der Zeit von 1998 bis 2004 ist der Haushalt des BMBF um 1,2 Milliarden Euro aufgewachsen. In der Zeit von 2005 bis heute sind es – Albert Rupprecht hat darauf hingewiesen – 6,3 Milliarden Euro, also 84 Prozent. Wenn jetzt von einem Kassensturz die Rede ist, dann gehört zur Wahrheit dazu, dass wir zunächst einmal sagen müssen: Was die Bildungs- und Wissenschaftspolitik betrifft, gibt es kein Springen von Jahr zu Jahr. Vielmehr muss es hier Kontinuität geben. Es war immer klar, dass das, was in den letzten Jahren begonnen wurde und was wir mit den Ländern vereinbart haben, weitergehen muss. Die Grundlage der 9 Milliarden Euro, die wir in dieser Legislaturperiode zusätzlich ausgeben werden, ist das, was in den vergangenen Jahren vereinbart worden ist und was wir uns gemeinsam vorgenommen haben.

Wir wollen 500 Millionen Euro für eine neue Exzellenzinitiative Lehrerbildung bereitstellen und die Fortführung des Hochschulpaktes sichern. Wir wollen mehr jungen Leuten die Aufnahme eines Studiums ermöglichen. Wir wollen den Pakt für Forschung und Innovation, der schon angesprochen worden ist, fortführen. Das heißt, es wird zu einem weiteren Aufwuchs bei den Mitteln für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen kommen. So zu tun, als würde man jetzt neues Geld in die Hand nehmen, um völlig neue Dinge zu machen, geht an der Realität vollkommen vorbei.

(Beifall bei der CDU/CSU – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Das macht doch keiner!)

(B) Wenn mein Kollege Swen Schulz diesen Eindruck erweckt haben sollte, dann ist er fehlerhaft.

(Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Nein, nein, nein! Das hast du falsch verstanden! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, wieder offene Koalitionsverhandlungen? Entweder Selbstgespräche oder Koalitionsverhandlungen!)

Es gibt noch einen Eindruck, der fehlerhaft ist: dass dieses Geld, diese 9 Milliarden Euro, entweder Bundesgeld oder Landesgeld ist. Jeder Euro, den wir in diesem Bereich investieren, kommt den Ländern zugute. Wenn wir den Hochschulen Geld geben, geschieht dies über die Forschungsförderung, über die Programmpauschale oder über den Hochschulpakt. Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Fraunhofer-Gesellschaft sind Einrichtungen, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Es ist großer Mumpitz, wenn hier erzählt wird, dass es da einen Unterschied gibt. Nein, meine Damen und Herren, wir wollen diese 9 Milliarden Euro vernünftig einsetzen, damit sie dem Gesamtsystem der Bundesrepublik Deutschland nutzen; denn dann nutzen sie auch den Ländern. Dafür zu sorgen, ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte ganz deutlich sagen: Wir haben in den vergangenen Jahren auch in die Forschung investiert. Wir haben mit der Overhead-Finanzierung forschungsstarke, exzellente Einrichtungen in besonderer Weise unterstützt. Aber nun stellen wir fest, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen aufseiten der Länder nicht in dem Maße mitgewachsen ist, wie wir uns das alle gewünscht hätten. Die Ministerin hat gesagt: Die Länder haben zusätzlich investiert. – Das gilt es anzuerkennen. Der Bund hat deutlich investiert. Deswegen, finde ich, ist es unredlich, auf den Bund zu zeigen und zu sagen: Da ist der Schuldige. (C)

Wir haben besondere Prioritäten gesetzt. Wir wollen das auch in der Zukunft tun. Wir haben gesagt: Wir wollen in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen, weil wir der Meinung sind, dass die Hochschulen als Herzstück des Wissenschaftssystems eine besondere Unterstützung brauchen. – Das dürfen wir aber nicht zulasten der Forschungsförderung und der Programmpauschale tun. Nur gemeinsam wird daraus eine wirklich gute Sache.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Pakt für Forschung und Innovation – zunächst verzeichnete er 3 Prozent Aufwuchs, dann 5 Prozent; in den nächsten Jahren beträgt der Aufwuchs wieder 3 Prozent – ist die deutliche Ansage in die Welt hinaus, dass dieses Land im internationalen Wettbewerb bestehen will. Wir formulieren klare Erwartungen an die außeruniversitäre Forschung, auch was die Kooperation mit den Hochschulen angeht.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Gut!)

Deswegen ist es auch für die Länder ganz wichtig, dass wir in diesem Bereich aktiv sind. Wir wollen diesen Beitrag natürlich auch deswegen leisten, weil wir wissen: Je weiter eine Technologie fortgeschritten ist, je näher man an die Grenzen des Machbaren kommt, desto teurer wird die Angelegenheit. Deswegen sind die 3 Prozent Aufwuchs das Mindeste, was man tun muss. Ich glaube, es ist ein ganz starkes Signal, das wir den Ländern geben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht darum, die Erfolge der vergangenen 10, 15 Jahre zu sichern, die Exzellenzinitiative zu stärken und den Hochschulpakt fortzuführen. Wir stellen mit diesem Haushalt das dafür notwendige Geld zur Verfügung. Jetzt geht es darum, dass wir auch weiterhin agieren. Wir übernehmen Verantwortung für Kommunen und Länder, auch im Bereich der Bildung. Noch nie gab es so viel Kooperation. Noch nie in der Vergangenheit haben wir so viel Geld zur Verfügung gestellt und zur Verfügung gehabt. Deswegen ist es unredlich, sich hinter dem Kooperationsverbot zu verstecken und zu sagen: Da ist das Problem. – Nein, meine Damen und Herren, wo ein Wille ist, ist immer auch ein Weg. Wir haben mit dem Bildungs- und Teilhabepaket, mit unserem Beitrag zur kulturellen Bildung und mit Initiativen wie der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ Wichtiges geleistet. Das werden wir auch in der Zukunft tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Diskussion um die Chancengerechtigkeit im Bereich der Bildung bzw. Chancengleichheit, wie von linker Seite häufiger gesagt wurde, führt natürlich zu einem Punkt, der einmal ausdiskutiert gehört: Das Beispiel

Michael Kretschmer

(A) DDR ist aus meiner Sicht ein schlechtes. In der DDR haben nur 11 Prozent eines Jahrgangs Abitur gemacht.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Das System der DDR war damit höchst elitär. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik nehmen heute 40 bis 50 Prozent eines Jahrgangs ein Studium auf. Es gab in der DDR keine großen Erfolge im Bereich der Bildung und im Bereich der Wissenschaft.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN – Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Fragen Sie einmal Frau Merkel!)

– Welche großen Innovationen, Herr Kollege, kamen aus dem sozialistischen Ostblock? Ich kenne keine.

(Widerspruch bei Abgeordneten der LINKEN)

Das Bildungs- und Wissenschaftssystem der freiheitlichen Demokratie ist dem der sozialistischen Staaten immer überlegen gewesen,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

weil Chancengleichheit in der Tat etwas ganz anderes ist als Chancengerechtigkeit. Ich denke, das muss einmal kritisch ausdiskutiert werden, damit wir uns hier nicht irreführen lassen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie noch etwas zum Haushalt 2014 sagen?)

(B) Noch einmal: Bund und Länder sollen in den kommenden vier Jahren gemeinsam in diesem Bereich aktiv sein. Wir sind dazu bereit. Wir wollen die Mittel vernünftig einsetzen. Alle sind eingeladen, mit klugen Ideen mitzuarbeiten und mitzudiskutieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Nächster Redner: Oliver Kaczmarek für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Oliver Kaczmarek (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es ist normal, dass der erste Haushaltsentwurf nach einem Regierungswechsel noch nicht den Koalitionsvertrag, die Prioritäten der neuen Regierung und der sie tragenden Fraktionen vollkommen abbildet.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Genau!)

Umso wichtiger ist es, dass wir die nächsten Wochen und Monate nutzen, insbesondere als Koalitionsfraktionen, die notwendigen Schwerpunkte noch zu verfeinern. Wir wollen, dass sich der Geist des Koalitionsvertrages (C) im Haushalt widerspiegelt; denn der Koalitionsvertrag ist eine sehr gute Grundlage für vier Jahre Fortschritt in der Bildungs- und Forschungspolitik.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Im Koalitionsvertrag ist deutlich zu lesen: Die Große Koalition wird bei den Bildungs- und Forschungsausgaben einen klaren Schwerpunkt setzen. Mehrfach genannt worden sind die 6 Milliarden Euro, die wir in den nächsten vier Jahren mobilisieren werden, um die Länder bei ihren Aufgaben im Hinblick auf Kitas, Hochschulen und Schulen zu unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass das ein ganz starkes Signal ist; denn der Bund signalisiert den Ländern damit, dass er seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommt. Es ist ein starkes und ein begrüßenswertes Signal, dass Bund und Länder Hand in Hand für Bildung und Forschung Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Etwa 12,5 Prozent der Bildungsausgaben insgesamt werden vom Bund und gut zwei Drittel von den Ländern getragen. Daran zeigt sich – Frau Ministerin, Sie haben vollkommen recht –, dass der Bund bei vielen Projekten als Initiator auftritt; das geht auch angesichts der finanziellen Ressourcen gar nicht anders. Aber er sollte auch ein kooperativer Partner sein. Ein Gegeneinander von Bund und Ländern wäre an dieser Stelle völlig kontraproduktiv und angesichts der Verfassung auch geradezu absurd.

(Beifall bei der SPD)

(D) Ich möchte an dieser Stelle noch etwas zu dem Zitat aus dem Wahlprogramm der SPD sagen, zu den 20 Milliarden Euro, die zusätzlich in Bildung und Forschung fließen sollen. Ich halte dieses Ziel nach wie vor für richtig. Zunächst werden 9 Milliarden Euro für Bildung und Forschung herauskommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bis jetzt kommt noch gar nichts raus!)

Man kann natürlich angesichts der politischen Umstände, in denen wir uns bewegen, sagen: 9 Milliarden Euro, das interessiert uns nicht. Wir wollen 20 Milliarden Euro; was darunter ist, nehmen wir nicht, und was die nächsten vier Jahre passiert, ist uns egal. – Man kann aber auch nehmen, was man erreichen kann. Ich sage: Wir schämen uns nicht, dass wir in den Koalitionsverhandlungen 9 Milliarden Euro zusätzlich mobilisiert haben. Man nimmt das und gestaltet. Die Sozialdemokraten haben sich immer fürs Gestalten entschieden, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einen Punkt benennen, der mir gestern in der Generalaussprache mächtig auf die Nerven gegangen ist: Müssen Rente und Bildung eigentlich ständig gegeneinander ausgespielt werden? Ich glaube, dass das falsch ist. Das erkennt man, wenn man sich die gesamtstaatlichen Ausgaben ansieht, die für Bildung aufgewendet werden. Vor allen Dingen aber ist es das Ge-

(A) genteil von Generationengerechtigkeit. Ich glaube, dass es nicht im Interesse der Studierenden, der Wissenschaftler ist, gegen die Interessen ihrer Mütter und Väter gestellt zu werden.

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht auch überhaupt niemand! Die Ausgaben stehen nur in keinem Verhältnis!)

Generationengerechtigkeit ist nie eine Einbahnstraße gewesen. Wenn Sie versuchen, Teile der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, sage ich: Das finde ich nicht in Ordnung, und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, vor uns liegen intensive Wochen, in denen wir die Grundlagen dafür schaffen wollen, die Ziele der Großen Koalition im Haushalt des Bundes auszugestalten. Meine Kollegen haben schon vieles angesprochen. Die Big Points sind: BAföG und Weiterentwicklung der drei Pakte. Das sind sicherlich große Aufgaben, für die wir das meiste Geld mobilisieren müssen. Ich möchte aber noch einige Punkte erwähnen – teilweise hat das mein Kollege Swen Schulz schon getan –, die auch von Bedeutung sind und bei denen wir als Große Koalition unsere Handschrift im Bundeshaushalt erkennen lassen können.

Erster Punkt. Wir wollen die Ausbildungsgarantie umsetzen. Über die Bedeutung der beruflichen Bildung ist von diesem Pult aus schon viel gesagt worden. Deswegen will ich an dieser Stelle nur eines sagen: Die Be-
(B) deutung der beruflichen Bildung wird nicht dadurch abgemildert, dass wir einen gesetzlichen Mindestlohn einführen und hier eine klare Altersgrenze setzen, wie es die Bundesregierung vorschlägt. Eine Ausbildung werden junge Leute immer dann machen, wenn sie damit eine langfristige Perspektive verbinden und eben auch ein Einkommen, das ihnen sicher ist.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen wir mit den Unternehmen, mit der Wirtschaft dringend über die zweite Schwelle reden. Hier gibt es immer noch zu viel Unklarheit. Wir als SPD begrüßen natürlich den, wie ich glaube, einstimmig beschlossenen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum gesetzlichen Mindestlohn. Auch aus bildungspolitischer Sicht freuen wir uns über diesen Fortschritt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweiter Punkt. Swen Schulz hat schon die Alpha-Dekade angesprochen. Das ist ein großer Fortschritt für 7,5 Millionen Menschen. Wir wollen, dass sich das auch im Haushalt niederschlägt.

Dritter Punkt. Wir wollen in dieser Wahlperiode einen klaren Schwerpunkt auf die Digitalisierung in den Bereichen Bildung und Wissenschaft setzen. Das muss sich in den nächsten vier Jahren auch im Haushalt niederschlagen, genauso wie die Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Arbeitsforschung und der Dienstleistungsforschung.

Ich komme zum Schluss. Nicht jedes dieser Ziele (C)
wird schon im nächsten Haushalt abgebildet werden, manche aber schon. Wir müssen in den nächsten Wochen daran arbeiten, dass sich die Handschrift der Großen Koalition im Bundeshaushalt wiederfindet. Ich freue mich darauf, dass der Koalitionsvertrag jetzt ein Stück gelebte Bildungs- und Forschungspolitik wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Tankred Schipanski für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Tankred Schipanski (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, zu den Rahmenbedingungen des Haushaltsplanes haben unsere Ministerin und die Kollegen Kretschmer und Rupprecht schon viel gesagt. Sie wissen, dieses Haus misst dem Thema „Forschung und Entwicklung“ eine außerordentlich hohe Priorität bei. Ich will an dieser Stelle nicht noch einmal auf die einzelnen Projekte in unserem Einzelplan 30 eingehen, sondern darf den Blick auf ein anderes Feld lenken.

Wir haben vorhin die Debatte zum Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Energie geführt, und Sie wissen: Auch in diesem Bereich haben wir industrienahe Forschungseinrichtungen. Der Kollege Mattfeldt
hatte sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass die (D)
350 Millionen Euro Forschungsmittel aus dem ZIM, dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand, vorzeitig freigegeben wurden. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Schritt, den der Haushaltsausschuss am 2. April dieses Jahres gegangen ist. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie wissen, dass es außerordentlich wichtig ist, dass diese Forschungsmittel freigegeben wurden. Für den Bereich Forschung und Entwicklung wurden insgesamt 660 Millionen Euro vorzeitig freigegeben. Ich denke, durch die Aufhebung dieser Sperre hat der Haushaltsausschuss ein sehr wichtiges Signal gesendet.

Wenn wir uns die konkreten Programme ansehen, dann dürfen wir feststellen, dass unser Ministerium, das BMBF, mit seiner Programmplanung eine Vorbildfunktion für alle anderen Ministerien hat. Schauen wir uns das Programm „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ an! Dieses Programm ist Teil der Innovationsinitiative „Unternehmen Region“ und fördert entsprechend den regionalen Bedürfnissen der neuen Länder. Mit diesem Programm sollen die in den neuen Ländern aufgebauten herausragenden wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kompetenzen durch überregionale und interdisziplinäre Kooperation systematisch für die Zukunft ausgebaut werden. Vorhandene Akteure sollen sich also über die Region hinaus grenzüberschreitend vernetzen. Ich denke, das ist ein spannender überregionaler und interdiszipli-

Tankred Schipanski

(A) närer Ansatz. Diesen Ansatz wählt nunmehr auch das Bundeswirtschaftsministerium für sein Innovationsprogramm INNO-KOM und für die ZIM-Programme, also wieder für die industrienahe Forschung. Das BMBF leistet hier also eine Pionierarbeit für die ganze Bundesregierung. Auch dafür, Frau Ministerin, ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn von einigen Rednern in dieser Debatte eine falsche Schwerpunktsetzung in diesem Haushalt kritisiert wurde, dann kann ich dem nur ausdrücklich widersprechen. Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte in ihrer gestrigen Haushaltsrede sehr richtig fest: „Kreativität ist der Treiber unseres Wohlstands“. Kreativität erreiche ich nur über Innovation. Daher ist es konsequent und richtig, wenn wir unsere Hightech-Strategie zu einer Innovationsstrategie weiterentwickeln. Wir werden noch Gelegenheit haben, das in diesem Hohen Hause zu debattieren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Kreativität und Gerechtigkeit!)

Wir setzen im Einzelplan 30 die richtigen Schwerpunkte, um unsere Bildungsrepublik Deutschland voranzubringen. Natürlich können wir auch Schwerpunkte ergänzen. Das ist richtig, und das soll man auch tun. Mit Blick auf die aktuellen politischen Entwicklungen darf ich heute einen Vorschlag unterbreiten. Ich komme gerade aus dem NSA-Untersuchungsausschuss und bin auch Mitglied in dem neuen Bundestagsausschuss Digi- (B) tale Agenda. Ich darf für einen Aufwuchs im Bereich der IT-Sicherheitsforschung plädieren; denn gemeinsamer Gedanke beider Ausschüsse ist es, konstruktive Empfehlungen zu erarbeiten, wie wir die Kommunikation in Deutschland sicherer machen können, was wir tun können, um Ausspähen bei Kommunikationsvorgängen zu unterbinden oder zumindest deutlich zu erschweren. Wir haben im Wissenschaftsbereich bereits wichtige Player. Ich erinnere zum Beispiel an die Fraunhofer-Institute, die sich sehr intensiv mit dieser Fragestellung beschäftigen. Daher kann ich mir vorstellen, dass wir in der anstehenden Debatte um den Haushalt bei der IT-Sicherheitsforschung noch einen wichtigen Schwerpunkt setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich mit Blick auf unsere Haushaltsdebatte einen weiteren Punkt ansprechen. Am 18. Oktober 2012 haben wir in diesem Haus das Wissenschaftsfreiheitsgesetz verabschiedet. Das war ein großer Tag für unsere deutschen Wissenschaftsorganisationen, und es war ein entscheidender Tag für die Mitglieder des Haushaltsausschusses. Ich darf an dieser Stelle vonseiten unserer Fraktion nochmals Annette Schavan, Wolfgang Schäuble und Ecki Rehberg ganz herzlich danken, die uns Wissenschaftspolitiker in diesem komplizierten Gesetzgebungsverfahren sehr gut begleitet haben.

Haushaltsrechtlich ist dieses Gesetz ein Meilenstein in der Wissenschaftsgeschichte. Wir erinnern uns: Die christlich-liberale Koalition hat durch dieses Gesetz eine wissenschaftsadäquate, am Forschungsprozess orientierte Mittelausgabe ermöglicht und somit einen optimalen Mitteleinsatz gewährleistet. (C) Der Haushaltsausschuss hatte mit diesem Gesetz Kontrollmöglichkeiten abgegeben und die Transparenz des Bundeshaushaltes eingeschränkt. Mit dem Blick der Haushälter haben die Wissenschaftsorganisationen mit diesem Gesetz einen Vertrauensvorschuss auf dem Weg zu mehr Autonomie und Transparenz erhalten.

Wir waren uns überfraktionell einig, dass mehr Freiheit für unsere Forschungseinrichtungen auch immer mehr Verantwortung bedeutet. Kontrollmöglichkeiten haben wir natürlich auch heute noch über den Monitoring-Bericht und den Bundesrechnungshof. Ein Blick in den Monitoring-Bericht, der gemeinsam mit dem Bericht zur Umsetzung des Paktes für Forschung und Innovation vorgelegt wird, zeigt, dass der Gedanke des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes gelebt wird und die Instrumente rege genutzt werden. Das gilt für alle Bereiche, ob Haushalt, Personal, Bau oder Beteiligungen. Ich darf in der Haushaltsdebatte zwei Themen herausgreifen, nämlich Haushaltsführung und Personal.

Bei der Haushaltsführung haben wir durch die Einführung von Globalhaushalten eine flexiblere Mittelverfügbarkeit ermöglicht. Stichworte in diesem Zusammenhang sind die überjährige Verwendung von Mitteln, die Zuweisung von Mitteln zur Selbstbewirtschaftung und somit die Möglichkeit, dass unsere Forschungseinrichtungen Gelder für größere Investitionen ansparen können.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Aber keine Unterjährigkeit von Verträgen!) (D)

Wir haben eine gegenseitige Deckungsfähigkeit von Betriebshaushalt und Investitionshaushalt. Allein im Jahr 2013 hat die Fraunhofer-Gesellschaft 30 Millionen Euro aus dem Betriebshaushalt zur Deckung des Investitionshaushaltes verwendet. Wir geben also unseren Forschungsorganisationen die richtigen Spielräume.

Die zweite große Regelungsmaterie des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes war der Personalbereich. Wir haben, wie Sie wissen, die starren Stellenpläne abgeschafft.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das jetzt eine Debatte zum Haushalt oder über ein Gesetz? Wie wollen Sie das Gesetz denn ändern? Das ist doch hier kein Proseminar im Verabschieden eines Gesetzes! Das ist eine Haushaltsdebatte!)

Wir geben ihnen die Möglichkeit, die Stellenbesetzung noch stärker am wissenschaftlichen Bedarf zu orientieren. Wir haben ein neues Vergütungssystem eingeführt, um Berufungen aus der Wirtschaft und aus dem Ausland zu erleichtern. Die Wissenschaftsorganisationen loben dies ausdrücklich in ihrem Monitoring-Bericht. Erfolgsbeteiligungen, zusätzliche Sachleistungen und zusätzliche Vergütungen, das sind die Instrumente, mit denen das sehr erfolgreich läuft, und zwar nicht nur, wie damals befürchtet, für Professoren oder Spitzenwissenschaftler, sondern auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs und wissenschaftsrelevantes Personal.

Tankred Schipanski

(A) In diesem Sinne darf ich, weil dies soeben gefragt wird, festhalten, dass das Gesetz sehr viel mit dem Haushalt zu tun hat. Die Haushälter haben nämlich eine ganze Menge Macht an die Wissenschaftspolitik abgegeben. Deshalb ist es ganz wichtig, im Rahmen der Haushaltsdebatte einmal anzusprechen, dass wir das Spannungsfeld zwischen Wissenschaftsfreiheit und haushaltsrechtlichen Kontrollinteressen aufgelöst haben. Das war ein richtiger Schritt. Daran wollte ich am heutigen Tag ausdrücklich erinnern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin in der Debatte ist Dr. Daniela De Ridder für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Daniela De Ridder (SPD):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche konnte ich hier im Bundestag eine Delegation aus Ghana begrüßen. Ich hatte dabei auch Gelegenheit, den Bildungsminister Ghanas kennenzulernen. Herr Kaufmann – Sie waren auch eingeladen –, hätten Sie gedacht, dass Kitas und Vorschulen in Ghana gut etabliert sind? Dem Bildungsetat, so versicherte mir der Minister, stünden die
(B) meisten Ressourcen zur Verfügung, und das Bildungsministerium verfüge über das meiste Personal. Frau Hein, da kann man neidisch werden. Wir können von Ghana lernen. Die ghanaische Delegation war eigentlich gekommen, um von uns zu lernen. Sie erteilte uns aber unbewusst eine Lektion.

Wir wollen den Etat für Bildung und Forschung deutlich erhöhen. Diese Forderung haben wir, wie Sie alle wissen, im Koalitionsvertrag verankert. Es geht dabei auch um das Zusammenwirken von Bund und Ländern. Ja, wir wollen Aufgaben und finanzielle Spielräume intelligent nutzen, und zwar auch zugunsten unserer Kommunen. Ja, es geht um viel Geld – das will ich ausdrücklich betonen –, und es geht um noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Wir wollen weiter in Krippen und Kitas sowie in Schulen und Hochschulen investieren. Auch den Forschungsbereich werden wir mit Milliardenbeträgen stärken. Frau Dörner, wer allerdings 6 bzw. 9 Milliarden Euro für eine Quantité négligeable hält, der hat offensichtlich das Verhältnis zum Geld verloren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stellen Sie mal das Rentenpaket ins Verhältnis dazu!)

Die SPD – das versichere ich auch Ihnen in der Opposition – wird sich stetig, auch innerhalb der Großen Koalition, dafür einsetzen, dass wir das finanziell flankieren. Deshalb sage ich ganz deutlich: Wir brauchen gut finanzierte Bildungsangebote durch alle Phasen des Lebens. Denn das viel zitierte lebenslange Lernen beginnt mit dem ersten Lebenstag. (C)

Frau Wanka, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie in der Bildungspolitik eine adäquate Partnerin, nämlich die Familienministerin Manuela Schwesig, gefunden haben, die Ihnen dabei mit Sicherheit zur Seite stehen wird. Es war in der vergangenen Legislaturperiode nicht immer so, dass Bildungsministerium und Familienministerium eng zusammenstanden. Das wird aber jetzt eine Selbstverständlichkeit werden.

Der Ausbau von Kitas und guten Betreuungsangeboten wird erheblich mehr Kindern die Chance geben, durch Bildung die Welt zu entdecken. Frühkindliche Bildung ist nämlich ein Versuch der Vermeidung sozialer Spreizung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Teilhabe an Bildung ist ein Grundrecht, und zwar von Anfang an. Wir von der SPD werden das in der Großen Koalition sicherstellen; auch das versichere ich der Opposition. Deshalb betone ich: Wir brauchen nicht nur einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, sondern auch eine hohe Betreuungsqualität mit gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern – Hubertus Heil erwähnte das bereits –, deren Arbeit wir deutlich besser wertschätzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Was uns allen, die wir hier sitzen und die wir Verantwortung für die öffentlichen Haushalte tragen, stets klar sein muss, ist Folgendes: Unzureichende Bildung schafft (D) hohe Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Deshalb ist es so wichtig, dass wir vernetzt denken, und zwar von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis hin zu Bildungsangeboten im Alter. Unsere Wirtschaft braucht engagierte Universitäten und Fachhochschulen genauso wie das duale Ausbildungssystem und eine gute berufliche Bildung. Lieber Herr Rupprecht, wir brauchen außerdem eine gut entwickelte Forschungslandschaft.

Die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie, im Rahmen derer untersucht wurde, was unzureichende Bildung kostet, machen deutlich, dass vor allem sozial benachteiligte Kinder oder Kinder mit Migrationshintergrund sehr früh einen Zugang zu guten Bildungsangeboten brauchen. Gerade sie könnten enorm von guter früher Bildung profitieren.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie spiegelt sich das denn im Haushalt wider?)

Deutschland verschenkt enormes Wachstumspotenzial durch unzureichende Bildung. So lautet die warnende Bilanz der Bertelsmann-Studie – und die Bertelsmann-Stiftung ist nicht wirklich eine Kaderschmiede sozialdemokratischer Provenienz –, dass wir dieses Wachstumspotenzial nicht verschenken dürfen. Wenn wir also unsere öffentlichen Haushalte absichern und Schuldenlast abbauen wollen, dann müssen wir – auch da bin ich bei Ihnen – präventiv handeln.

(A) Ich bin mir ganz sicher, Frau Wanka – lassen Sie mich das zum Schluss sagen –, dass Sie gut mit Manuela Schwesig zusammenarbeiten werden und Frau Dörner Lügen strafen werden, die hier ja schon unterstellt, dass es einen Zickenkrieg geben könnte.

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt! Den Begriff haben Sie verwendet, nicht ich!)

Frauen sind klüger. Wir sind dies auch.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Anette Hübinger das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Anette Hübinger (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin! Als 13. Rednerin in dieser Debatte hat man es am Rednerpult nicht einfach; denn im Grunde genommen ist zu diesem Haushalt sehr umfassend sehr viel Wahres, manch Auslegungsfähiges gesagt worden. Festzustellen bleibt: Mit dieser Debatte setzen wir den Startschuss für den Haushalt im Jahr 2014 und damit für die Verankerung prioritärer Maßnahmen im Bereich Bildung und Forschung, getreu der Überschrift unseres Koalitionsvertrages: „Deutschlands (B) Zukunft gestalten“.

Die Zukunft Deutschlands hängt vor allem und insbesondere von Bildung und Forschung ab; denn Bildung beugt – das wissen wir alle – Armut vor, Bildung und gute Ausbildung genauso wie eine exzellente Forschung sorgen dafür, dass wir in Deutschland in der Lage sind, nachhaltig gute und innovative Arbeitsplätze zu schaffen, die für unseren Wohlstand sorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Unser gemeinsames Ziel muss daher sein, dass die finanzielle Aufwärtsentwicklung dieses Einzelplans, so wie schon in der Vergangenheit geschehen, weitergeht. Ich möchte die Zahl an dieser Stelle noch einmal nennen, weil sie so wunderbar ist: Knapp 14 Milliarden Euro stehen in diesem Einzelplan, ohne die Gelder, die bei Herrn Minister Schäuble im Einzelplan 60 geparkt sind; darüber haben wir heute schon diskutiert. Das ist ein Rekord bei Bildung und Forschung. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Diese positive Entwicklung hat dazu geführt, dass Deutschland mit seinem dualen beruflichen Ausbildungssystem, aber auch mit seiner exzellenten Forschung und seinen exzellenten und zukunftsweisenden Forschungsprogrammen in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt ist. Das muss so bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Gerade die internationale Entwicklung in einer globalisierten Welt schreitet rasant weiter voran. Bildung und Forschung sind hier Dreh- und Angelpunkt, den wir in Deutschland weiter unterstützen wollen; denn Stillstand heißt hier Rückschritt. Das können wir uns nicht leisten. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Folgerichtig messen wir Bildung und Forschung in dieser Legislaturperiode wieder einen hohen Stellenwert bei und haben dazu Ziele im Koalitionsvertrag vereinbart. Um diese Ziele mit Leben zu erfüllen, müssen wir in den nächsten Jahren gemeinsam unser Wissenschaftssystem weiterentwickeln, über das Ob und das Wie der Pakte entscheiden, Wege finden, wie wir die duale Ausbildung weiter stärken und an die neuen Herausforderungen anpassen können. Wir müssen noch mehr Augenmerk auf die frühkindliche Bildung legen; denn alle Menschen brauchen in unserem schönen Deutschland die gleichen Bildungschancen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In vielen Gesprächen, die ich als Fachpolitikerin in den letzten acht Jahren geführt habe, wurde immer wieder das Instrument der Bildungsketten mit Potenzialanalyse und Berufseinstiegsbegleitung gerade für junge Menschen, die sich etwas schwerer tun, ganz besonders gelobt. Hier setzen wir im neuen Haushalt einen ganz besonderen Schwerpunkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daneben müssen wir auch unsere Grundlagen- und die angewandte Forschung stärken und für die Herausforderung unserer Zeit fitmachen. Gebündelt sind diese in der Hightech-Strategie. Energiewende und alles, was sich forschungsmäßig um dieses Thema herum abspielt, ist – das wurde heute auch schon angesprochen – prioritär. Dazu gehören Sicherheitsfragen; denn Sicherheitsfragen sind Friedensfragen. Dazu gehören aber auch Sicherheitsfragen im Netz, die Digitalisierung der Wissenschaft und Gesundheitsfragen wie der Umgang mit Demenz oder eine neue Wirkstoffinitiative, die wir starten wollen, um angesichts der Herausforderungen in der Welt besser aufgestellt zu sein. All diesen Herausforderungen haben wir uns als Große Koalition gerne gestellt. Noch ein weiteres Ziel haben wir uns gesetzt: Das ist die schwarze Null. Darüber wurde heute auch schon öfter diskutiert. (D)

Liebe Frau Kollegin Hein, es ist eine wichtige Aufgabe, diese schwarze Null zu erreichen; denn nicht nur Investitionen in Bildung und Forschung sorgen dafür, dass die junge Generation eine Zukunft hat, sondern auch die Tatsache, dass die Schulden nicht weiter anwachsen. Damit schaffen wir für die jungen Menschen erst einmal die Perspektiven, ihre Zukunft zu gestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

All das hat die Große Koalition für Bildung, Wissenschaft und Forschung auch getan, indem sie 9 Milliarden Euro – für den Bildungsbereich 6 Milliarden und für den Forschungsbereich 3 Milliarden Euro – zur Verfügung

Anette Hübinger

(A) stellt. Ich danke ganz besonders der Bundeskanzlerin, dass sie in ihrer Rede auch noch einmal das 3-Prozent-Ziel, das auch ein europäisches Ziel ist, für Deutschland benannt hat,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: 0,6 Prozent!)

nämlich 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts in Forschung zu investieren und 7 Prozent in Bildung, sodass wir auf der Basis unseres einmal gefassten 10-Prozent-Ziels auch weiterarbeiten können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Ressortentscheidung, wohin diese 6 Milliarden Euro – 9 Milliarden Euro waren ja schon vorgesehen – hinfließen sollen, müssen wir noch treffen. Ich denke, Herr Schulz, auch dieser Einzelplan, bei dem Sie einige Löcher gesehen haben, ist gut aufgestellt. Wir werden uns dann als Haushälter darum kümmern, dass diese Gelder ordnungsgemäß so angelegt werden, dass wir ein Mitsprache- bzw. Mitbestimmungsrecht haben. Dennoch müssen wir mit diesen Geldern dafür sorgen, dass, wie im Koalitionsvertrag versprochen, die Länder eine Entlastung erfahren. Das kann nur in einem gemeinsamen Aufeinanderzugehen geschehen; denn alle Pakte, die wir einmal beschlossen haben, laufen in den nächsten Jahren aus. Wenn wir das Wissenschaftssystem auf gute Beine stellen wollen, heißt das: Wir müssen Länder und Bund hinsichtlich ihrer Aufgabenteilung so verzahnen, dass jeder seinen Part spielen kann und ordnungsgemäß komplementär auch spielt.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Darauf werden wir als Haushaltspolitiker mit achten. Aber schauen wir, was in den nächsten Wochen auf uns zukommt. Wie gesagt, es ist der Startschuss für diesen Haushalt. Wir haben mit Sicherheit große Diskussionen vor uns; denn jeder möchte gerne mehr. Frau Kollegin Dörner sprach vom Topfläppchen. Das hat mich auch ein bisschen peinlich berührt. 6 Milliarden Euro sind wirklich kein Topfläppchen; denn bei mir sind das solche kleinen Dinger. Topfläppchen mit drei Ministerien, die miteinander diskutierend um Gelder ringen, in Verbindung zu bringen, hat, wenn es dann auch noch drei Frauen sind, einen leicht pejorativen Beigeschmack, den ich eigentlich so nicht haben will.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Warten wir es also ab, wie das Geld zu verteilen ist. Ich muss sagen: Als ehemalige Bildungs- und Forschungspolitikerin bin ich der Meinung, das Geld gehört ganz überwiegend in den Einzelplan 30. Wir wissen – das haben wir in der Vergangenheit bewiesen – gut damit umzugehen. Der Bund hat in diesem Bereich in den letzten Jahren wichtige Impulse gesetzt und wird es auch weiter tun.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn: (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Einzelplan nicht vor.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 7 a bis 7 f auf:

a) Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen

Entlastung der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2012

– Vorlage der Haushaltsrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2012 –

Drucksache 17/14009

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

b) Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen

Entlastung der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2012

– Vorlage der Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2012 –

Drucksache 17/14010

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

c) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Sozialbericht 2013

Drucksache 17/14332 (D)

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus

d) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zu Ausgangslage und Perspektiven der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung – Gemeinsame globale Herausforderungen, Interessen und Ziele

Drucksache 17/14667 (neu)

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus

e) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Eingliederungsbericht 2012 der Bundesagentur für Arbeit

Drucksache 18/104

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn

(A)

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Tourismus
Haushaltsausschuss

f) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2012

Drucksache 18/179

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Sportausschuss
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss Digitale Agenda

Bei diesen Tagesordnungspunkten handelt es sich um **Überweisungen im vereinfachten Verfahren ohne Debatte.**

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Ich frage Sie jetzt, ob Sie damit einverstanden sind. – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 a bis 8 i sowie die Zusatzpunkte a bis f auf. Es handelt sich um die Beschlussfassung zu Vorlagen, zu denen **keine Aussprache** vorgesehen ist.

(B)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 a auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildung der Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" – Verantwortung für nachfolgende Generationen übernehmen

Drucksache 18/1068

Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen Stimmen der Linken angenommen worden.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 8 b:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Hubertus Zdebel, Eva Bulling-Schröter, Ralph Lenkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Atommüll-Endlagersuche vom Kopf auf die Füße stellen

Drucksache 18/1069

Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalition und der Grünen gegen die Stimmen der Linken abgelehnt worden.

(C)

Damit komme ich zu den Tagesordnungspunkten 8 c bis 8 i. Das sind die Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses.

Tagesordnungspunkt 8 c:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 33 zu Petitionen

Drucksache 18/985

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 33 mit den Stimmen des gesamten Hauses angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 8 d:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 34 zu Petitionen

Drucksache 18/986

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 34 mit allen Stimmen des Hauses angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 8 e:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 35 zu Petitionen

(D)

Drucksache 18/987

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 35 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 8 f:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 36 zu Petitionen

Drucksache 18/988

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 36 mit allen Stimmen des Hauses angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 8 g:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 37 zu Petitionen

Drucksache 18/989

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 37 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke gegen Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn

(A)

Tagesordnungspunkt 8 h:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 38 zu Petitionen

Drucksache 18/990

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 38 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und von Bündnis 90/Die Grünen gegen Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 8 i:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 39 zu Petitionen

Drucksache 18/991

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 39 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Ich komme zum Zusatzpunkt a:

(B)

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Andreae, Oliver Krischer, Katharina Dröge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Zukunftsinvestitionen sichern

Drucksachen 18/493, 18/794

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/794, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/493 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Ausschusses? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Wir kommen zu weiteren Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses.

Zusatzpunkt b:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 40 zu Petitionen

Drucksache 18/1098

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 40 mit den Stimmen des gesamten Hauses angenommen worden.

(C)

Zusatzpunkt c:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 41 zu Petitionen

Drucksache 18/1099

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 41 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden.

Zusatzpunkt d:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 42 zu Petitionen

Drucksache 18/1100

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 42 mit den Stimmen des gesamten Hauses angenommen worden.

Zusatzpunkt e:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 43 zu Petitionen

Drucksache 18/1101

(D)

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 43 auf Drucksache 18/1101 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Zusatzpunkt f:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 44 zu Petitionen

Drucksache 18/1102

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Sammelübersicht 44 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen des Bündnisses 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Damit haben wir diesen großen Komplex abgeschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 a auf:

Wahl der Mitglieder der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 2, Satz 3 des Standortauswahlgesetzes

Drucksache 18/1070

Hierzu liegt mir eine persönliche Erklärung zur Abstimmung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages von Julia Verlinden, Peter Meiwald

(A) und Corinna Rüffer vor. Diese nehmen wir ins Protokoll auf.[1])

Wer stimmt dem Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 18/1070 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Vorschlag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Mehrheit der Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und bei wenigen Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 b auf:

Wahl der Mitglieder der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3, Satz 4 und 5 des Standortauswahlgesetzes

Drucksache 18/1071

Wer stimmt für diesen Wahlvorschlag aller Fraktionen des Hauses? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Wahlvorschlag bei drei Enthaltungen des Bündnisses 90/Die Grünen und Zustimmung des übrigen Hauses angenommen worden.

Wir setzen die Haushaltsberatungen jetzt fort und kommen zu dem Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Einzelplan 17.**

Als erste Rednerin hat das Wort die Bundesministerin Manuela Schwesig.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Ohne Moos nix los“, so würden es wahrscheinlich viele Jugendliche spätestens morgen, wenn für die meisten die Osterferien beginnen, zu ihren Eltern sagen, wenn es darum geht, am Abend noch einmal loszuziehen und vorher mit den Eltern eine Taschengeldverhandlung aufzunehmen. In dieser Haushaltsdebatte stellt sich ebenfalls die Frage: Wie ist das eigentlich mit den Jugendlichen? Ist es so, dass die Alten zu viel in unserem Haushalt bekommen und dass die Jungen zu schlecht dabei wegkommen? Diese Generationenfrage wird in dieser Debatte beim Thema „Rente mit 63“ und beim Thema „Mütterrente“ gestellt.

Ich halte diese Debatte für falsch

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und auch für viel zu kurz gesprungen. Im Übrigen sieht es die junge Generation genauso. 83 Prozent der 18- bis 29-Jährigen finden es gerecht, dass wir die Mütterrente aufstocken, und 75 Prozent finden die abschlagsfreie Rente mit 63 gerecht.

[1]) Anlage 2

Gibt es also einen Generationenkonflikt? Junge Menschen sagen und wissen, dass sie länger arbeiten müssen. (C)
83 Prozent der jungen Menschen gehen davon aus, dass sie für ihr Alter privat vorsorgen müssen. Die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen geht aber vor allem davon aus, dass dieses Thema nur im Zusammenspiel der Generationen und nicht in einem Gegeneinander zu lösen ist. Ich finde, Politik wäre klug beraten, auf junge Menschen zu hören. Es geht um ein Miteinander der Generationen und nicht um ein Gegeneinander.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Genau diese Aufgabe sehe ich: ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander der Generationen zu fördern und darauf zu schauen, was sich die jungen Menschen wünschen. Sie wünschen sich gute Bildung, eine gute Ausbildung. Sie wünschen sich, die Chance zu haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Daran müssen wir messen, ob wir für die jungen Menschen in unserem Land genug tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Diese Frage müssen sich alle Fraktionen hier im Raum stellen. Denn die Frage von guter Bildung fängt in der Kita an und geht über die Ganztagsschule bis hin zu Ausbildung und Hochschule. Die Frage von guter Ausbildung wird auch in Kommunen und Ländern entschieden. Das gilt auch für die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insofern stehen wir alle hier gemeinsam in der Verantwortung; schließlich tragen unsere Parteien in Kommunen und Ländern Verantwortung. (D)

Was tun wir im Bund? Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die Bildungskette um 6 Milliarden Euro weiter zu unterstützen, weil es wichtig ist, dass Kommunen und Länder die Möglichkeit haben, in Bildung zu investieren. Bildung fängt am Anfang des Lebens an. Es ist wichtig, in den Ausbau und vor allem in die Qualität von Kitas, Ganztagsschulen, Ausbildung und Hochschulen zu investieren. Folglich ist es gut, dass wir in den nächsten Jahren diese 6 Milliarden Euro investieren. Da gibt es keinen Streit zwischen den Häusern, sondern Bund und Länder müssen sich verständigen. Da können Sie, verehrte Abgeordnete der Grünen und der Linken, gern mithelfen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Bund wird außerdem weiter den Kitaausbau unterstützen. Schon bevor diese Koalition stand, haben wir in den Koalitionsverhandlungen dafür gesorgt, dass die Gelder – 161 Millionen Euro in 2013 – nicht versanden, weil sie nicht abgerufen werden, sondern dass sie weiter zur Verfügung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir werden in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass die laufenden Kosten für den Betrieb von Kitas nicht weiter ansteigen. Das kommt der Qualität in den Kitas zugute. Das ist ein gerechter Beitrag für Kinderpolitik in unserem Land.

Bundesministerin Manuela Schwesig

(A) Wir wollen außerdem Kinder schützen. Wir werden zur Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern zusätzlich 6 Millionen Euro für das Netzwerk „Frühe Hilfen“ ausgeben. Es geht darum, dass wir Familien starkmachen, sodass Kinder aus Familien nicht herausgeholt werden müssen, weil die Spirale des Drucks dies erzwingt. Ich wiederhole: Wir müssen Familien früh starkmachen. Wir müssen Kinder und ihre Familien schützen.

Wir werden zusätzlich 4 Millionen Euro für die Sprachförderung zur Verfügung stellen, für eine gute Bildung, für Bildung von Anfang an. 4 Millionen Euro für Sprachförderung in Kitas zusätzlich!

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 4 Millionen? – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bundesweit?)

Wir werden außerdem dafür sorgen, dass eine eigenständige Jugendpolitik gemacht werden kann. Junge Menschen wünschen sich, nicht nur über Jugendarbeitslosigkeit und Komasaufen definiert zu werden,

(Beifall der Abg. Dr. Carola Reimann [SPD])

sondern sie wünschen sich eine eigenständige Jugendpolitik, die ihnen Freiräume für ihre Interessen und Bedürfnisse eröffnet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hierfür brauchen wir die Jugendverbände. Deshalb werden wir die Jugendverbände weiter unterstützen. Ein Signal geht von diesem Haushalt aus: Wir werden die

(B) Förderung der Jugendverbände verstärken. Diese Förderung aus dem Kinder- und Jugendplan 2014 steigt, einschließlich der Förderung von Jugendorganisationen politischer Parteien, auf 16,82 Millionen Euro an.

Junge Menschen in unserem Land – das zeigt eine aktuelle Allensbach-Studie, die ich Ihnen hier exklusiv vorstelle – wünschen sich auch Familie. 20- bis 34-Jährige haben eine hohe Berufsorientierung, aber auch den Wunsch nach einer eigenen Familie. Dazu brauchen wir Zeit, Geld und Infrastruktur. Deswegen investieren wir in gute Ganztagskitas und Ganztagsschulen. Deswegen stellen wir dafür Geld zur Verfügung.

Wir investieren aber auch 130 Milliarden Euro in Familienleistungen, unter anderem in das Elterngeld. Das Elterngeld wächst in diesem Haushalt auf, weil immer mehr Frauen berufstätig sind und zum Glück auch immer mehr Männer, die arbeiten, Elternzeit nehmen. An dieser Stelle will ich allen Kritikern, die immer wieder monieren: „Das Elterngeld wird zu teuer“, sagen: Das ist gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Eltern, die arbeiten und den Spagat zwischen Beruf und Familie wagen, sind die Leistungsträger dieser Gesellschaft. Deshalb ist es gerecht, dass wir sie unterstützen.

Wir werden sie in Zukunft mit dem ElterngeldPlus noch besser unterstützen. Ich danke ausdrücklich Herrn Dr. Schweitzer aus der Wirtschaft, der anders als andere schnell erkannt hat, wie gut die Idee der Familienarbeitszeit ist. Es ist wichtig, Zeit für Familie zu haben. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber nicht immer braucht man Geld, um Gewinn zu machen. Ein Gewinn wird sein, wenn mehr Frauen in Führungspositionen ankommen. Deswegen werden wir ein Gesetz zur Förderung von Frauen in Führungspositionen auf den Weg bringen. Ich habe bewusst die Eckpunkte bzw. die Leitlinien vorgelegt, um mit Wirtschaft und Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen. Es geht nicht darum, ihnen einen Gesetzentwurf aufzutischen und zu sagen: So wird es jetzt gemacht. – Es geht darum, gemeinsam eine Lösung dafür zu finden, wie wir mehr Frauen in Führungspositionen bekommen. Junge Frauen, alle Frauen in Deutschland, die gut ausgebildet sind, wollen und müssen in Führungspositionen. Für uns ist die Frage der Quote nicht mehr eine Frage des Ob, sondern eine Frage des Wie. Die Frauenquote wird kommen, und sie wird ein Gewinn für Deutschland sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht auch darum, Zeit für Familie zu haben, wenn pflegebedürftige Angehörige in der Familie sind; das wünschen sich laut der Umfrage übrigens auch die jungen Menschen. Zwei Drittel der jungen Menschen sind bereit, ihre Familie zu unterstützen, wenn Pflegebedarf besteht. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir jetzt eine Pflegereform auf den Weg bringen, mit der dafür gesorgt wird, dass mehr Zeit zur Verfügung steht und die Pflegefachkräfte besser bezahlt werden. (D)

Ich habe mich mit Herrn Gröhe darauf geeinigt, dass wir aus der Pflegeversicherung auch eine Auszeit für Familien finanzieren:

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zwei Wochen!)

die zehntägige Auszeit für Familien, um einen akuten Pflegefall zu organisieren. Das ist ein wichtiger Beitrag für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ein wichtiger Beitrag für die Familien in Deutschland, finanziert aus der Pflegeversicherung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme mit meiner Redezeit in einen Generationenkonflikt, weil in diesen acht Minuten natürlich nicht alles zu sagen ist. Wir haben noch viele andere wichtige Programme und Projekte im Haushalt abgesichert. Der Haushalt steigt an.

Einen letzten Punkt möchte ich ansprechen; dieser findet sich noch nicht im Einzelplan wieder, kommt aber hinein. Ich weiß, dass uns die Unterstützung für heute Erwachsene, die als Kinder und Jugendliche Gewalt und Druck in Kinderheimen der DDR erlebt haben, gemeinsam ein wichtiges Anliegen ist; Herr Patzelt hat es letztens angesprochen. In der letzten Legislaturperiode wurde über Parteigrenzen hinweg und in Abstimmung zwischen Bund und Ländern ein Fonds aufgelegt. Das

Bundesministerin Manuela Schwesig

(A) Geld reicht nicht. Wir brauchen vielleicht noch einmal 200 Millionen Euro.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist – ich danke an dieser Stelle ausdrücklich meiner Mannschaft, aber auch den Länderkollegen –, eine Einigung zu erzielen. Wir werden den Fonds „Heimerziehung Ost“ aufstocken. Der Bund ist bereit, 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen – mit dem Länderanteil zusammen wären das dann 200 Millionen Euro; eine erste Tranche ist in 2014 vorgesehen –, damit die Menschen, die zur DDR-Zeit Unrecht erlitten haben, darauf vertrauen können, dass wir im 25. Jahr des Mauerfalls an ihrer Seite stehen und sie nicht im Stich lassen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Generationengerechtigkeit bemisst sich auch daran, dass wir unseren Kindern und Enkeln nicht immer größere Schuldenberge hinterlassen. Deshalb stehe ich als Familienministerin in der Verantwortung, dass wir auch in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und uns auf den Weg machen, Schulden abzubauen. Das geht. Das kenne ich bereits aus meinem Heimatbundesland. Dennoch sage ich: Die Generationengerechtigkeit darf nicht auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen ausgetragen werden.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

(B) Es muss uns beides gelingen: Wir müssen Schulden abbauen und gleichzeitig mehr für die Kinder und Jugendlichen investieren. Das tun wir. So sieht Generationengerechtigkeit aus.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat der Kollege Michael Leutert das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Leutert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben das Ministerium von Kristina Schröder übernommen. Damit haben Sie eigentlich eine leichte Aufgabe: Es kann nämlich nur besser werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie der Abg. Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Als erste Maßnahme haben Sie die Extremismusklausel gestrichen. Das war ein wichtiger und richtiger Schritt, den wir als Linke sehr begrüßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir beraten heute den Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das ist ein großes Aufgabenspektrum. Dafür stehen 8 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind allerdings nur 2,6 Prozent des Gesamtetats. Davon muss man noch die 7 Milliarden Euro abziehen, die gesetzlich gebunden sind, weil ja Leistungen wie zum Beispiel das Elterngeld oder das Betreuungsgeld, also das Lieblingsprojekt der CSU, die Herdprämie, den Betroffenen zustehen. Nach Abzug dieser Leistungen und der Personal- und Verwaltungskosten bleibt nicht einmal 1 Milliarde Euro übrig, um den großen Aufgabenbereich, der hier beschrieben wurde, auszufüllen. Angesichts der Ziele, die Sie sich gesteckt haben, und angesichts der Probleme, die zu lösen sind, bleibt kein großer Handlungsspielraum. (C)

Ihre Ziele haben Sie so formuliert: moderne Familienpolitik, starke Gleichstellungspolitik, gute Kinderpolitik, engagierte Jugendpolitik, eine Seniorenpolitik, die dazu beiträgt, dass sich die Älteren mehr einbringen können, und Stärkung von Demokratie und Toleranz. Das ist allerdings, ehrlich gesagt, etwas dürftig, weil ich nicht weiß, was ich mir darunter vorstellen soll. Wo sind denn Ihre Konzepte für eine moderne Familienpolitik? Was heißt eigentlich bei Ihnen „gute Kinderpolitik“ oder „engagierte Jugendpolitik“? Bis jetzt sind es einfach nur Überschriften, die erst einmal ausgefüllt werden müssen. Da ist das Parteiprogramm der Linken konkreter.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dass Sie nichts in der Hand haben, merkt man am vorliegenden Haushalt. Da steht einfach nichts Neues drin. Es ist nichts Innovatives dabei. Es ist die Fortschreibung des alten Haushaltes. (D)

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Das ist gut so!)

Sie wollen bzw. müssen 1 Milliarde Euro mehr ausgeben, weil es einen höheren Bedarf beim Elterngeld gibt und weil Sie das von der CSU durchgedrückte Lieblingsprojekt, die Herdprämie, umsetzen müssen. Zugleich hat sich auch die CDU in Person von Wolfgang Schäuble gegen Sie durchgesetzt: So kommt die Kindergelderhöhung erst ab 2016. Im Übrigen hat schon Schwarz-Gelb das Kindergeld nicht erhöht. Sie setzen diese Politik jetzt fort.

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Das ist doch gelogen! Das ist doch völlig falsch!)

Auf diesem Weg bekommen Sie keine Unterstützung der Linken.

Im Gegensatz zu Ihren Zielen sind die Probleme unserer Gesellschaft wesentlich konkreter.

Stichwort Kinderarmut: 2,5 Millionen Kinder in Deutschland – das sind ungefähr 20 Prozent – leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Zu diesem Thema habe ich von Ihnen noch gar nichts gehört. Aber genau daran wird man Sie messen, ob es den Kindern in Deutschland nach vier Jahren Großer Koalition besser oder schlechter geht. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger möchte, dass es in diesem Bereich zu Verbesse-

Michael Leutert

(A) rungen kommt. Das hat eine Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks gezeigt. 66 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wären sogar bereit, mehr Steuern zu bezahlen, um die Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen.

Das zweite Problem, das ich ansprechen möchte, ist Rechtsextremismus. In Ihrem Etat befinden sich die Programme gegen Rechtsextremismus und seit Kristina Schröder auch die Programme gegen Linksextremismus. Bitte erklären Sie uns doch einmal, warum Sie die Praxis fortsetzen, dass die Projekte gegen Linksextremismus zu 90 Prozent, die Programme gegen Rechtsextremismus jedoch lediglich mit 50 Prozent bezuschusst werden. Ich sage Ihnen: Allein in Sachsen gab es im Jahr 2013 wieder 223 Angriffe von Rechtsextremisten. Das waren 68 Angriffe mehr als im Jahr 2012. Es ist ganz klar: Wir haben auf der Straße kein Problem mit Linksextremisten; wir haben auf der Straße ganz klar ein Problem mit Nazis.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: In Ihren Augen, ja! – Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]: Vorsicht, Herr Leutert! Das geht so nicht!)

Dem müssen die Programme auch Rechnung tragen.

Im Übrigen halte ich es für ein ewiges Dilemma, dass die Initiativen gegen rechts immer wieder um ihr Geld bangen müssen. Gerade in diesem Bereich halte ich eine institutionelle Förderung für sehr angebracht.

(B) (Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wäre im Übrigen auch eine Form der Anerkennung der Menschen, die sich Rechtsextremisten und Nazis in diesem Land engagiert entgegenstellen.

Dritter Punkt, den ich ansprechen möchte: Bundesfreiwilligendienst. Dieser Dienst wurde ja als Ersatz für den wegfallenden Zivildienst eingeführt. Das war alles gut gemeint, aber schlecht gemacht.

(Dr. Peter Tauber [CDU/CSU]: Was?)

Das beginnt damit, dass wir auf Bundesebene mittlerweile eine Vielzahl an Freiwilligendiensten haben. Sie existieren alle nebeneinander her. Da gibt es den freiwilligen sozialen Dienst, den freiwilligen ökologischen Dienst, den internationalen Freiwilligendienst, den kulturellen Freiwilligendienst im Ausland, den Zivilen Friedensdienst, den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst und dann eben auch noch den Bundesfreiwilligendienst.

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Das ist doch gut! – Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]: Das nennt man Vielfalt!)

– Ja. Ich frage Sie aber: Wäre es nicht sinnvoll, diese Dienste zu koordinieren, zusammenzufassen und einen Jugendfreiwilligendienst hier im Land zu schaffen? –

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Nein! – Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]: Warum denn? Was ist denn das Problem dabei?)

Das ist im Übrigen eine Sache, die Sie, Frau Ministerin, persönlich in einer Pressemitteilung gefordert haben, als der Bundesfreiwilligendienst 2011 eingeführt wurde. Sie haben damals gesagt: (C)

> Frau Schröders Gesetz … ist und bleibt der falsche Weg. Hier werden Doppelstrukturen geschaffen, die … unnötig Geld verbraten. Die Bundesfamilienministerin hat damit die einmalige Chance vertan, … einen einheitlichen und für die Jugendlichen attraktiven Freiwilligendienst zu schaffen …

(Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]: Wir wollen keine Einheitlichkeit!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Verpassen Sie jetzt nicht die Chance!

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin, ich glaube, es gibt in dem Bereich viel zu tun. Legen Sie bitte in den nächsten Wochen Konzepte zu Ihren Ankündigungen vor, damit wir die Haushaltsberatungen ordentlich führen können. Befreien Sie sich insbesondere von den Erblasten Ihrer Vorgängerin und von den Daumenschrauben, die Ihnen von der Union angelegt werden.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Mann, hast du eine Vorstellung!)

Stellen Sie einen Haushalt mit Ihrer Handschrift auf! Den jetzt vorliegenden Etat können wir als Linke so nicht unterstützen. (D)

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Nadine Schön das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Leutert, ich finde es unglaublich, dass Sie hier ans Rednerpult gehen und offensichtliche Unwahrheiten verbreiten. Sie waren auch in der letzten Legislaturperiode Mitglied dieses Haushaltes.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Des „Haushaltes“ nicht!)

– Des Hauses. Ich weiß nicht, ob Sie damals schon im Haushaltsausschuss waren, aber Sie waren Mitglied des Parlamentes. – Als erste Maßnahme hatte die damalige Koalition das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöht, genau so, wie wir es im Wahlprogramm versprochen hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Diana Golze [DIE LINKE]: Was bei den Ärmsten nicht ankommt!)

Nadine Schön (St. Wendel)

(A) Und Sie stellen sich hier hin und sagen, das Kindergeld sei nicht erhöht worden. Das ist eine Lüge, und es wäre gut, wenn Sie das öffentlich richtigstellen würden.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber dieses Jahr werden Sie es nicht machen! – Michael Leutert [DIE LINKE]: Aber die Union hat 35 Euro Erhöhung gefordert! Davon habe ich nichts gespürt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt des Ministeriums umfasst 7,96 Milliarden Euro. Das sind 7,96 Milliarden Euro, die einem wichtigen Ziel dienen, nämlich der Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Wir wollen mehr Miteinander und mehr Gemeinsamkeit, auch zwischen den Generationen, zwischen den Kulturen. Darum geht es uns in der Familienpolitik; dafür setzen wir uns mit den 7,96 Milliarden Euro in diesem Haushalt ein.

Jetzt wissen wir: Es ist nicht der Staat allein, der den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken kann. Das Geld kann nur Mittel dazu sein und dabei helfen. Es sind die Menschen, die den Zusammenhalt stärken können. Deshalb ist es so, sehr geehrter Herr Leutert, dass mehr Geld nicht automatisch zu mehr Zusammenhalt führt. Die Mittel allein schaffen noch keinen Zusammenhalt. Nein, wenn man sich die einzelnen Titel des Haushalts anschaut, dann erkennt man: Wir verbinden damit klare Botschaften.

(B) Da ist zum einen das Thema Bundesfreiwilligendienst, das auch Sie erwähnt haben. 167 Millionen Euro stecken wir in den Bundesfreiwilligendienst. Daneben fördern wir unter anderem aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes viele Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik, die mit insgesamt 383 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Wenn Sie sagen, es sei blöd, dass es einen ökologischen, einen sozialen und einen kulturellen Freiwilligendienst gibt, dann sage ich Ihnen: Genau das ist das Gute am Bundesfreiwilligendienst.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jeder Jugendliche soll selbst entscheiden, wofür er sich engagieren möchte. Mit diesen Mitteln senden wir genau diese Botschaft: Engagiert euch! Setzt euch für andere ein! Nehmt euch die Zeit für ein Gespräch mit anderen! Nehmt euch ein halbes Jahr oder ein Jahr Zeit! Stellt euch in den Dienst der Sache und dient damit auch unserem Vaterland! Bringt unser Land voran! Sie können das kritisieren und gerne einen Einheitsdienst für alle fordern. Ich glaube nicht, dass es das ist, was die Menschen in unserem Land wollen. Gerade die vielen Jugendlichen, die sich engagieren, sollten Sie doch loben, sollten Sie animieren, sich mehr zu engagieren, statt zu fordern: Wir wollen lieber einen Einheitsdienst für alle, am besten noch mit einer einheitlichen Uniform.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Das musste ja jetzt kommen! Die Wende ist jetzt schon 25 Jahre her! – Gegenruf des Abg. Dr. Peter Tauber [CDU/CSU]: Ihre Sprache verrät Sie!)

(C) Wir setzen gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Gröhe im Haushalt einen deutlichen Schwerpunkt auf das Thema Pflege. Auch damit ist eine Botschaft verbunden, nämlich die Botschaft: Wir wollen anerkennen, dass die allermeiste Pflegearbeit in diesem Lande zu Hause in den Familien geleistet wird. Mit sehr viel Zeit, mit sehr viel Liebe und mit sehr viel Aufopferung werden die meisten Menschen in unserem Land gepflegt, und das wollen wir stärker politisch unterstützen.

Wir wollen auch die harte Arbeit derjenigen, die in den Pflegeheimen arbeiten, besser anerkennen. Wir wollen nach Wegen suchen, sie zu entlasten. Auch das ist eine Botschaft dieses Haushaltes, auch das dient dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

In dieser Legislaturperiode wollen wir gerade auf diesen wichtigen Punkt besonderes Augenmerk legen; denn Pflege betrifft alle Familien. Es hat zwar nicht jeder Kinder, aber jeder hat Eltern. Deshalb machen wir, die Familienpolitiker und Gesundheitspolitiker, die Pflege zum Schwerpunkt unserer gemeinsamen Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Petra Crone [SPD])

(D) Wir geben 5,3 Milliarden Euro für das Elterngeld aus. Auch damit ist eine Botschaft verbunden, nämlich die Botschaft: Wir wollen, dass Kinder in unserem Land willkommen sind. Wir wollen, dass Familien, gerade junge Familien, in den ersten Jahren Zeit für Familie haben, dass sie selbst entscheiden können, wie sie leben, und dass sie selbst entscheiden können, wie sie Zeit für Familie und Berufstätigkeit miteinander verbinden. Wir wollen das Elterngeld deswegen noch weiter flexibilisieren, wir wollen die Partnerschaftlichkeit stärken. Das Elterngeld ist ein Erfolgsmodell, das ElterngeldPlus wird ebenfalls ein Erfolgsmodell sein. Deshalb investieren wir mehr als 5,3 Milliarden Euro, und ich finde, das ist sehr gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter all diesen Maßnahmen steckt die Botschaft: Wir wollen ein familienfreundliches Deutschland. Doch lassen Sie uns auch ein bisschen selbstkritisch sein. Schauen wir uns einmal an, wie viel Geld wir in Familien investieren. Das betrifft nicht nur diesen Haushalt. Bund, Länder, Kommunen bringen zusammengerechnet 200 Milliarden Euro auf, die in Deutschland in die Familien fließen. Wenn wir das mit anderen Ländern vergleichen, dann sehen wir: In Frankreich zum Beispiel gibt der Staat viel weniger Geld für Familien aus, trotzdem gilt Frankreich als familienfreundlicheres Land als Deutschland.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann müssen Sie einmal fragen, warum!)

– Wir müssen uns die Frage stellen, woran das liegt. Da gebe ich Ihnen, liebe Kollegin, völlig Recht.

Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, ob unser Alltag, ob unser Leben und unsere Arbeit an die Familien wirklich die Botschaft sendet: Ihr seid willkommen in

(A) Deutschland, wir wollen familienfreundlich sein, wir wollen, dass Kinder, dass ältere Menschen ganz normal dazugehören, wir wollen, dass Familien mehr Kinder bekommen. Ich finde: In ganz vielen Bereichen ist das nicht der Fall.

Es ist von daher gut, dass Eric Schweitzer für den DIHK gesagt hat, sie wollen das Thema flexible Arbeitszeiten wieder intensiver angehen. Aber ich sage auch: Damit allein ist es leider nicht getan. Mit flexiblen Arbeitszeiten allein schafft man noch keine Familienfreundlichkeit. Dazu gehört auch, dass die Unternehmen hinterfragen, ob sie den Beschäftigten in Teilzeit ebenso Karrierewege eröffnen. Sie müssen sich auch fragen, ob man nicht den Alltag im Unternehmen ändern kann, ob man die Meetings aus den Abendstunden in die Kernzeit verlegen kann und ob tatsächlich derjenige der Fleißigste ist, der am längsten im Büro sitzt. Da muss viel mehr passieren. Änderungen beim Thema Arbeitszeiten allein reichen nicht aus.

Wir sind dennoch froh, dass die Initiative Familienbewusste Arbeitszeiten, die Politik und Wirtschaft in der letzten Legislaturperiode gemeinsam aufgelegt haben, nun verstärkt angegangen wird. In allen Unternehmen soll die Frage gestellt werden, wie man familienfreundlicher werden kann. Das kommt den Menschen in unserem Land zugute, das kommt aber auch den Unternehmen zugute; denn sie brauchen die Fachkräfte. Ich setze sehr darauf, dass sich vieles im Alltag der Unternehmen ändert.

(B) Im Alltag der Menschen muss sich ebenfalls etwas ändern. Wenn wir Einkaufen gehen, stellen wir fest, dass viele Geschäfte nicht familienfreundlich sind. Es gibt oft keine Eltern-Kind-Parkplätze. Es gibt oft keine geeigneten Kassen. Es gibt oft keinen Raum, wo Eltern ihre Kinder wickeln und stillen können. In all diesen Bereichen sind andere Länder viel familienfreundlicher. Das mag nach Banalitäten klingen, aber ich glaube, diese kleinen Dinge machen unseren Alltag, unser Leben familienfreundlicher. Darauf müssen wir auch als Politik ein stärkeres Augenmerk legen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen eine breite Debatte darüber, wie wir unser Land familienfreundlicher machen. Wir brauchen ebenfalls eine breite Debatte darüber, wie wir unser Land generationenfreundlicher machen. Über das Thema Generationengerechtigkeit wird in diesen Tagen sehr viel diskutiert, gerade im Zusammenhang mit dem Thema Rente. Dazu möchte ich eines sagen: Wir geben nun sehr viel Geld für die Mütterrente aus; das stimmt. Viele jüngere Menschen in unserem Land beklagen sich und sagen: Das ist ein Angriff auf die Generationengerechtigkeit. Ich sage: Das ist kein Angriff auf die Generationengerechtigkeit. Die Mütterrente ist ein wichtiges Element der Generationengerechtigkeit; denn hätte es die Mütter damals nicht gegeben, dann gäbe es uns heute auch nicht. Ich finde es schon ziemlich vermessen, dass wir Jungen jetzt sagen: Tja, wir haben drei Rentenpunkte, wir haben Kitabetreuung, wir haben Elterngeld und Betreuungsgeld, wir haben steuerliche Entlastungen, die steuerliche Absetzbarkeit, wir haben kostenlose

(C) Nachmittagsbetreuung, Kitas, Kindergärten, alles, was man sich vorstellen kann, aber wir gönnen unseren Müttern, die all das nicht hatten, den zweiten Rentenpunkt nicht.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um die Finanzierung, nicht um Rente! Sie sollten sich schlau machen! – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um die Finanzierung!)

Das hat etwas mit Ehrlichkeit und Generationengerechtigkeit zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir auch für die Mütterrente eintreten müssen; denn auch sie ist ein Teil der Generationengerechtigkeit.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gerecht wäre, wenn Sie es anders finanzieren! Das ist der Punkt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben viel zu tun. Der Haushalt enthält viele gute Projekte, die die Menschen in unserem Land umsetzen müssen. Wir haben das Ziel, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Das wollen wir als Familienpolitiker tun. Wir brauchen dafür aber auch die Wirtschaft. Wir brauchen die Gesellschaft. Wir brauchen die Taktgeber des Alltags. Deshalb kann ich nur alle ermuntern, die großen Fragen zum Thema Familienfreundlichkeit gemeinsam zu diskutieren. Dann können wir vieles für unser Land erreichen. Dann bekommen wir auch wieder Lust auf Kinder (D)

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Also, ich habe Lust auf Kinder!)

und Lust auf Familie. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:
Als nächste Rednerin hat die Kollegin Ekin Deligöz das Wort.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was die Vertreterin der Koalitionsfraktionen hier gesagt hat, und das, was Sie, Frau Ministerin, gesagt haben, hört sich alles sehr gut an.

(Sönke Rix [SPD]: Ist es auch!)

Das ist alles sehr wohlklingend. Auch Ihr Koalitionsvertrag liest sich zunächst ganz gut.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Wenn man sich dann den Haushaltsentwurf, den Sie uns vorgelegt haben, ansieht, ist man enttäuscht, weil sich nichts von dem, was Sie hier versprechen, in Ihrer Vorlage abbildet.

Ekin Deligöz

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ihr Anspruch und die Realität klaffen extrem auseinander.

Ja, Ihr Einzelplan wächst, aber doch nur wegen steigender Inanspruchnahme von Elterngeld und Betreuungsgeld. Sie reden hier großartig von Ausbau und Qualität der Kindertagesbetreuung. Wo spiegelt sich das denn wider? Diese Aufgabe ist dringend. Wir unterstützen Sie. Wir stehen dabei an Ihrer Seite und kämpfen dafür. Aber statt sich dafür einzusetzen, machen Sie daraus erst einen Ressortstreit. Dann sagen sie hier: Ein richtiger Ressortstreit ist das nicht; die Länder sind auch noch mit dabei. Und dann befürworten Sie so eine Art Pauschalüberweisung ohne Bindung an einen Auftrag. Sie kämpfen ja noch nicht einmal dafür, Frau Ministerin. Wir hätten von Ihnen wenigstens erwartet,

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

dass Sie sich dafür einsetzen, dafür einstehen und kämpfen, dass Sie sagen: „Ja, ich will mich für die Qualität einsetzen“, statt hier weichzuspülen und sich herauszureden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie könnten zum Beispiel Qualität verbindlich machen, indem Sie Standards setzen. Sie könnten das Kinder- und Jugendhilfegesetz ändern und sagen: „Das ist
(B) verbindlich“, und nur dann das Geld überweisen. Aber das machen Sie nicht. Das steht noch nicht einmal in Ihrem Koalitionsvertrag. Dieses Thema nehmen Sie noch nicht einmal mehr in den Mund. Im Wahlkampf sah das anders aus.

Selbst von den in Aussicht stehenden 1,5 Milliarden Euro findet sich nichts in Ihrem Haushalt. Wenn Sie das sozusagen trotzdem anpreisen, haben Sie den Kampf schon verloren, und mit Ihnen haben auch die Kinder und die Eltern diesen Kampf verloren. Das ist der Auftrag an Sie. Leider reichen warme Worte da nicht aus. Sie müssen jetzt dazu stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was beim Elterngeld passiert, ist gut und erwünscht. Wir wollen, dass es von mehr Vätern in Anspruch genommen wird. Aber von einem Erfolgsmodell können wir beim Betreuungsgeld schon nicht mehr sprechen. Es bindet eine halbe Milliarde Euro – das wird jetzt immer mehr; die SPD klang da schon einmal ganz anders –, und Sie alle wissen doch, dass wir das Geld brauchen. Die gleichzeitige Teilerwerbstätigkeit von Elternpaaren hätten wir längst haben können. Es ging aber nicht, weil das Geld fehlte. Über die Partnermonate im Elterngeld reden wir gar nicht mehr. Beim Kindergeld streiten Sie, Frau Schön. Ja, in der letzten Wahlperiode haben Sie etwas geändert.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Geändert? Wir haben es erhöht!)

In dieser Wahlperiode werden Sie die Freibeträge für die Besserverdienenden anpassen. Für die Kindergeldempfänger wird womöglich gar nichts herausspringen. (C)

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht!)

Und die Kinder von Eltern im ALG-II-Bezug schauen aus der Ferne zu. Das ist Ihre Art von Gerechtigkeit in diesem Land: Wer nichts hat, der geht leer aus. Damit rühmen Sie sich hier auch noch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Überhaupt: Zum Thema Kinderarmut habe ich bisher kein einziges Wort gehört. Weder in Ihrem Koalitionsvertrag noch in den Reden findet Kinderarmut überhaupt noch Platz. Das verwundert mich auch nicht. Eine Reform des Kinderzuschlags wird in den kommenden vier Jahren ausbleiben. Ein angemessener Regelsatz wird, wenn überhaupt, in die weite Ferne verschoben werden. Der Unterhaltsvorschuss wird definitiv unangetastet bleiben. Alleinerziehende Mütter, die vorwiegend von Armut betroffen sind, bekommen zwar einen Freibetrag – den Sie vielleicht anheben wollen –, aber nur die, die auch ein entsprechendes Gehalt haben, profitieren davon. Alle anderen werden leer ausgehen.

Ich wünschte mir von Ihnen wirklich mehr Einsatz, Frau Ministerin; denn eigentlich wissen Sie es besser. Sie waren einmal eine Ministerin, die genau diese Themen in die Hand genommen hat. Umso enttäuschender ist, dass Sie jetzt eine solche Vogel-Strauß-Politik machen und das alles gar nicht mehr wahrnehmen wollen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie haben womöglich auch keine andere Chance. Sie wollen verwalten statt gestalten.

(Zurufe von der SPD: Quatsch! – Blödsinn!)

Das liegt auch daran, dass der Wille zur Gestaltung Mut zur Prioritätensetzung und Mut zur politischen Entscheidungsfindung voraussetzt. Diesen Mut haben Sie nicht. Sie haben mit dem Koalitionsvertrag nämlich ein Stillhalteabkommen abgeschlossen.

(Widerspruch bei der SPD – Ulrike Gottschalck [SPD]: So ein Blödsinn!)

Sie akzeptieren das Betreuungsgeld, sie akzeptieren das, was Ihre Kollegen wollen, und damit haben Sie sich darauf eingelassen, auf die Gestaltung all der Punkte zu verzichten, bei denen wir in diesem Land eigentlich Bewegung brauchen – zum Beispiel die Reform der Familienförderung oder eine gezielte Armutsförderung. Wir brauchen auch in Ihrem Haus Macherinnen.

Frau Schön, Sie sprechen hier über die Evaluation der Familienleistungen. Das ist nun die dritte Wahlperiode, seitdem das angestoßen wurde. Wir wissen alles.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Was? Sie wissen alles?)

Wir haben Papiere und Studienergebnisse ohne Ende. Wir kennen die Evaluationen. Sie liegen uns allen vor,

Ekin Deligöz

(A) bleiben aber ohne Konsequenzen. Sie sagen: Von 180 Milliarden Euro, die dort investiert werden, fließen zwei Drittel des Geldes in Steuern und Transfers und ein Drittel in die Infrastruktur. Die anderen Länder haben uns voraus, dass sie in die Infrastruktur investieren, in die Qualität, in die Strukturen. Das alles wissen wir. Aber Sie setzen mit dem Betreuungsgeld eher noch eins drauf, statt sich um das zu kümmern, was fehlt.

Sie sprachen auch von Generationengerechtigkeit. Ja, auch wir wollen diese, aber wir sagen: Wenn schon Solidarität, dann nicht nur Solidarität der Beitragszahler, sondern Solidarität der gesamten Gesellschaft, sei es mit den Rentnern, sei es mit unseren Kindern. Das ist echte Solidarität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie aber verschieben die Belastungen aus allen Richtungen auf die Kinder.

Eines kommt bei Ihnen überhaupt nicht vor. Wenn wir schon über Seniorenpolitik reden, frage ich: Wer setzt sich denn für die Frau ein, die im Alter von Grundsicherung leben wird? Wo bleibt Ihr Engagement gegen Altersarmut? Diese wird in Zukunft weiblich sein. Aber das findet bei Ihnen gar nicht statt. Zwei Wochen Pflegezeit werden da nichts nutzen. Das wird ein Tropfen auf den heißen Stein sein, auch wenn Sie sich damit rühmen. Nötig ist vielmehr, dass wir uns für die Rechte dieser Frauen einsetzen.

All dies aufzuzählen, ist frustrierend. Daher will ich auch etwas Positives sagen.

(B) (Zurufe von der SPD: Ah!)

Ich begrüße wirklich ausdrücklich – ich heiße dies aus Überzeugung gut –, dass das Ministerium den Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs finanziell abgesichert hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

An diesem Punkt kann man wirklich sehen, wie sehr es notwendig ist, dass die Politik über Parteigrenzen hinweg zusammenhält, wenn es um Kinderschutz und die Rechte der Kinder geht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünschte mir, ehrlich gesagt, noch etwas mehr als die finanzielle Absicherung der Beauftragtenstelle und theoretische Kinderschutzdebatten, ich wünschte mir, dass wir tatsächlich den Mut haben, Kinderrechte auch ins Grundgesetz zu schreiben; denn das wäre wirklich ein Meilenstein. Wir hätten vielleicht eine Mehrheit dafür. Aber daran, dass Sie den Mut und den Gestaltungswillen dazu haben, zweifle ich inzwischen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat der Kollege Marcus Weinberg das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU): (C)

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme gleich zu meiner Vorrednerin; keine Angst. Ich will nur zunächst die Bemerkung über das Taschengeld aufgreifen, weil der Vergleich mit Taschengeldverhandlungen durchaus treffend ist. Eines muss ich sagen, und zwar unter haushaltspolitischen Aspekten und als Elternteil, das Taschengeld ausgibt: Wir können nur das Geld ausgeben, das wir haben.

Ich möchte im Hinblick auf den Haushalt drei Vorbemerkungen dazu machen, die für uns Familienpolitiker wichtig und von Bedeutung sind:

Erste Bemerkung. Wir müssen in sehr kluger und umsichtiger Weise überlegen, wie wir die Gelder ausgeben. Das sage ich gerade vor dem Hintergrund, dass wir Steuermittel, bevor wir sie verteilen können, erst einnehmen müssen. Hier gilt der Grundsatz: Schulden, die wir heute nicht machen, müssen unsere Kinder auch nicht zurückzahlen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann erklären Sie mir mal die Rente!)

Das ist auch eine Errungenschaft der Familienpolitiker, die diesen Einzelplan hier und heute beraten. Insofern ist die schwarze Null, die wir für 2015 anstreben, ein epochaler Wechsel, ein Paradigmenwechsel im Hinblick auf die Struktur des Haushalts.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das zahlen die Beitragszahler in den nächsten Generationen! Das zahlen wir doch gar nicht!) (D)

Zweite Bemerkung. Das Gute am Einzelplan 17 ist, dass wir uns in weiten Teilen einig sind, dass wir etwas für die Familien tun und Geld in die Zukunft der Familien investieren wollen.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Durch die Verschiebung von Investitionen nehmen Sie aber kein Geld ein!)

An dieser Stelle komme ich auf den Punkt zu sprechen, den Sie erwähnt haben – Sie waren ja so enttäuscht –: Vergleichen wir doch einmal die Situation, die Sie uns 2005 hinterlassen haben, mit dem, was wir in den letzten acht Jahren aufgebaut haben.

(Paul Lehrieder [CDU/CSU]: Oh ja! – Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da müssen Sie aber echt weit zurückgreifen!)

Ich nenne nur zwei Haushaltstitel, in denen es zu einem Paradigmenwechsel kam: Das ist Bildung und das ist Familie. Im Bereich Bildung geben wir heute 85 Prozent mehr aus, als unter Rot-Grün ausgegeben wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Leutert [DIE LINKE]: Im Bereich Forschung, nicht im Bereich Bildung!)

Für den Bereich Familie stellen wir 7,96 Milliarden Euro zur Verfügung. Im letzten Haushalt, den Sie

Marcus Weinberg (Hamburg)

(A) mitverantwortet haben, waren es 4,57 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung um etwa 74 Prozent. Seit 2005 wird in diesem Land in Zukunft, in Familien und in Bildung investiert. Das ist im Vergleich zu Ihrer Regierungszeit ein Fortschritt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dritte Bemerkung. Bei den Haushaltsberatungen gilt ein Prinzip, das viele vergessen haben: das Prinzip der Subsidiarität. Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit und die Selbstständigkeit stärken.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja! Aber die Kommunen sollen es finanzieren!)

Wir wollen Jugendlichen und Kindern, Frauen und Männern Teilhabe ermöglichen. Wir müssen die Selbstständigkeit und die Entfaltung von Fähigkeiten ermöglichen. Für die verschiedenen Lebensphasen sind im Haushalt unterschiedliche Leistungen vorgesehen. Die erste Frage, die wir uns in den Beratungen stellen müssen, lautet: Welche Möglichkeiten haben wir? Zweitens müssen wir uns fragen: Was wollen die Familien? In diesem Haushalt muss deutlich zum Ausdruck kommen, was die Familien wollen.

Wenn man sich anschaut, welche Wünsche Familien äußern, dann stellt man fest: Die vier Wünsche, die von Familien am häufigsten genannt werden, sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bessere Bildungschancen für Kinder, gerade für Kinder aus bedürftigen (B) Familien, die finanzielle Stärkung junger Familien und der Ausbau des Angebots an Krippenplätzen. Das waren die Top-4-Nennungen von Familien.

Was haben wir in den letzten vier bzw. acht Jahren getan, und wo setzen wir mit Blick auf die nächsten Jahre an? Ich möchte einige Beispiele nennen. Zur finanziellen Unterstützung von Familien haben wir das Elterngeld eingeführt. Das Elterngeld ist ein Erfolgsmodell. 5,37 Milliarden Euro geben wir dafür pro Jahr aus. Das ist gut angelegtes Geld, weil es den Erwartungen und Wünschen der Familien gerecht wird. Kindergeld und Kinderfreibeträge wurden bereits angesprochen; hierfür stellen wir circa 40 Milliarden Euro pro Jahr bereit. Da ich auch kleinere Titel ansprechen will, weil sie wichtig sind und unsere familienpolitischen Leitlinien deutlich machen, erwähne ich auch die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens", die mit 92 Millionen Euro unterstützt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Beispiel für die Stärkung der Elternkompetenz ist die Bundesinitiative „Netzwerk Frühe Hilfen und Familienhebammen". Hierfür wurden 51 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt, und diese Mittel wurden verstetigt. Sie kommen der frühen Förderung von Familien, die ihre Erziehungs- und Betreuungsleistung nicht so leisten können, wie wir uns das vorstellen, zugute. Für das Programm „Schwerpunkt-Kitas, Sprache & Integration" stellen wir insgesamt 126 Millionen Euro zur Verfügung.

Lassen Sie mich ein letztes, signifikantes Beispiel nennen. Eine Bitte von Familien lautete: Baut die Krippenplätze aus! – Es geht also um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit dem 1. August letzten Jahres gibt es den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Auch das ist ein Paradigmenwechsel: dass wir es geschafft haben, dies in Deutschland hinzubekommen. Dafür haben wir 5,4 Milliarden Euro investiert. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

845 Millionen Euro stellen wir dauerhaft bereit zur Unterstützung der Länder. Da greife ich gerne auf, was die Ministerin gesagt hat: Das Ziel muss sein, jetzt zu überprüfen, wo wir die Qualität in diesem Bereich stärken können.

Aber eines muss auch deutlich gesagt werden: Wir geben vonseiten des Bundes nicht Geld an die Länder und sagen dann: Macht damit, was ihr wollt! – Wir erwarten von den Ländern, dass sie die Mittel auch entsprechend einsetzen und dass sie ihren Teil beitragen. Deshalb werden wir alle Qualitätssteigerungen sehr eng mit den Ländern – die bei dieser Aufgabe originär in der Verantwortung sind – absprechen. Ich glaube, es wird uns gelingen, dieses in den nächsten drei, dreieinhalb Jahren im Rahmen eines Gesprächs oder eines Gipfels mit den Ländern zu vereinbaren.

Mit den Maßnahmen der letzten Jahre und den Maßnahmen, die jetzt im Haushalt verstetigt werden – mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen –, schaffen wir es, zwei Folien zusammenzuschieben. Dahinter steht die Grundpositionierung unserer Familienpolitik. Welche (D) Grundpositionen definieren wir als Familienpolitiker? Wir haben drei Grundpositionen:

Wir wollen den Eltern, den Familien nicht vorschreiben, wie sie ihr Familienbild gestalten sollen. Genau das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen. Sie von der Linken haben bei Ihrer Wortmeldung gerade noch einmal deutlich gemacht: Sie wollen *eine* Familie haben, Sie wollen nur einen Dienst haben und möglicherweise auch nur eine Partei.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ist nicht unser Prinzip in der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen die Vielfalt der Familien anerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Vielfalt, die sich gerade, auch durch die Veränderung der Familien, in den letzten Jahren herausgebildet hat, müssen wir politisch durch Maßnahmen und Angebote unterstützen.

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Kennen Sie die Ost-CDU?)

Und: Wir müssen uns unter dem Gesichtspunkt der Wahlfreiheit genau überlegen, welche Angebote für welche Familienmodelle die passenden sind. Beim Modell der Elternzeit – angesprochen wurde auch die Flexibili-

(A) sierung durch das neue ElterngeldPlus – gelingt es uns doch auch, auf die verschiedenen Formen von Familie und die Entwürfe von Menschen politisch genau die richtigen Antworten zu finden: die Vielfalt zu stärken, die Wahlfreiheit zu stärken und auch Vertrauen in die Familien zu haben. Wir wollen den Familien nicht vorschreiben, was sie zu tun haben: ob sie ihre Kinder in eine Kindertagesstätte bringen oder ob sie die Kinderbetreuung zu Hause organisieren.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das will doch keiner vorschreiben!)

Wir stehen nicht über den Eltern, wir stehen an der Seite der Familien, wir unterstützen sie politisch, wo wir können, in ihrer eigenen Freiheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Michael Leutert [DIE LINKE]: Welche Wahlfreiheit haben denn arme Familien?)

Wir blicken jetzt voraus, Richtung 2014/2015. Viele Themen wurden bereits angesprochen: dass man Müttern und Vätern in ihren Wünschen gerecht wird, partnerschaftlich mehr Zeit für die Familie und für die Kinder aufzubringen. Ich begrüße die Diskussion über die sogenannte 35-Stunden-Woche für junge Eltern. Wenn das von der Wirtschaft so formuliert wird, dann findet das unseren vollen Applaus. Wir sagen aber auch: Das kann die Wirtschaft alles in weiten Teilen schon regeln. Der kulturelle Wandel, den wir erzeugen müssen, muss
(B) nicht von uns mit finanziellen Mitteln angereichert werden, sondern das müssen Wirtschaft und Gesellschaft schon so hinbekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben aber den Blick darauf, wo wir dieses bei den Leistungen, die wir anbieten, unterstützen können. Die Elternzeit und das ElterngeldPlus, die Flexibilisierung – das heißt, verschiedene Modelle müssen auch verschiedene Ergebnisse haben –, sind da der richtige Weg. Wenn junge Familien Partnerschaftlichkeit leben wollen, dann sind wir dafür, beim ElterngeldPlus vier Monate zusätzlich bereitzustellen. Das ist ein klares Signal, dass junge Eltern, die Erwerbstätigkeit und Familienzeit miteinander kombinieren wollen, von uns dabei unterstützt werden.

Ich glaube, das sind die richtigen Maßnahmen, und diese Maßnahmen bilden sich auch in den großen Linien im Haushalt ab.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:
Herr Weinberg, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Leutert zu?

Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU):
Immer.

(Sönke Rix [SPD]: Gerade wenn die Rede eigentlich zu Ende wäre! – Heiterkeit)

Michael Leutert (DIE LINKE): (C)
Eigentlich war das eher als Statement gedacht; aber wir können es auch als Zwischenfrage machen.

Herr Kollege, weil es jetzt mehrmals angesprochen wurde: Können Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich, als ich vorhin über die Vielzahl der Dienste gesprochen habe, damit einen SPD-Vorschlag noch einmal präsentiert habe? Sie richten sich in Ihren Reden immer gegen uns, –

Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU):
Aber Sie haben es ja gesagt.

Michael Leutert (DIE LINKE):
– wenn Sie sagen, wir hätten gern eine Einheitspartei, eine Einheitsfamilie und einen einheitlichen Dienst. Das war aber ein Vorschlag der Ministerin aus dem Jahr 2011, dass es sinnvoller wäre, diese Dienste miteinander zu koordinieren. Dabei geht es uns nicht darum, die Inhalte zu vereinheitlichen; vielmehr geht es mir als Haushälter darum – ich hoffe, das ist Ihnen sympathisch –, Geld zu sparen, sorgsam mit den Steuergeldern umzugehen. Ich dachte immer, das ist auch in Ihrem Interesse. Das ist offensichtlich nicht so.

Mein zweiter Punkt: Die Wahlfreiheit, von der Sie reden, ist hervorragend; aber welche Wahlfreiheit haben denn arme Familien? Sie haben die Wahl zwischen Hartz IV und Elterngeld. Diese Wahlfreiheit lehnen wir ab.

Sorgen Sie dafür, dass es weniger arme Kinder gibt, dann kommen wir auch zusammen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU):
Lieber geschätzter Herr Kollege, Sie sind hier in der politischen Verantwortung, und in Ihrer Rede haben Sie uns eines deutlich gemacht: Sie wollen nicht, dass sich junge Menschen zwischen einem freiwilligen ökologischen Dienst, einem freiwilligen sozialen Dienst oder was auch immer entscheiden können.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Das habe ich nicht gesagt! Sie hören nicht zu!)

Sie haben gesagt, Sie wollen das in einem Dienst zusammenführen. Das entspricht nicht unserem Ansatz der Vielfalt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen jungen Menschen verschiedene Dinge anbieten können – übrigens auch im Hinblick auf das Zeitfenster.

Der Bundesfreiwilligendienst ist eine Erfolgsgeschichte der letzten Jahre. Sie haben damals hier kritisiert, das alles wäre gar nicht umsetzbar, die Jugendlichen hätten gar kein Interesse daran, und dieses ganze System wäre zum Scheitern verurteilt. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Heute können wir sagen, die jungen Menschen haben mehr für den Zusammenhalt der Gesell-

Marcus Weinberg (Hamburg)

(A) schaft und der Gemeinschaft übrig, als wir – zumindest Sie – denken.

Die Erfolgsgeschichte des Bundesfreiwilligendienstes stärkt unsere Gesellschaft insgesamt; denn sie zeigt, dass junge Menschen sich in unterschiedlichen Diensten und nicht nur in einem Dienst engagieren wollen. Ich glaube, das ist der Unterschied zwischen Ihrer Grundphilosophie und unserer. Wir wollen Vielfalt stärken – auch für die jungen Menschen –, und das tun wir auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Diana Golze das Wort.

(Beifall bei der LINKEN – Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Von der Linken!)

Diana Golze (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde heute schon mehrfach gesagt: Ein Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. – Schon nach dem Lesen des Koalitionsvertrags kann man hier jedoch nicht viele Hoffnungen haben, aber bekanntlich soll man die ja nicht aufgeben. Da auf 183 Seiten Koalitionsvertrag das Wort „Kinderarmut“ nicht einmal vorkommt – Frau Schön, auch Sie haben das gesagt –, mache ich mir aber nicht viele Hoffnungen, dass man das
(B) Problem lösen will.

Wie gesagt: Kindergeld und Kinderfreibetrag kommen bei Kindern von Hartz-IV-Beziehenden überhaupt nicht an.

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Aber andere Maßnahmen!)

Für sie haben Sie nichts; Sie haben keine Lösungen vorgeschlagen – auch in diesem Haushalt nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Natürlich!)

Ich habe auch deshalb die Hoffnung gehabt, dass sich hier etwas ändern wird, weil Sie ziemlich viel Zeit gebraucht haben, um uns diesen Haushaltsentwurf vorzulegen. Nach der Lektüre frage ich mich allerdings: Warum? Bis auf die Drucksachennummer entspricht er nämlich fast dem Entwurf, der uns schon im Sommer des letzten Jahres von Schwarz-Gelb zugestellt worden ist. Warum haben wir das dann nicht schon längst diskutiert? Warum muss der Familienausschuss morgen um 8 Uhr zu einer Sondersitzung zusammenkommen und schon in der nächsten Sitzungswoche unseren Einzelplan beschließen? Warum haben wir die Zeit bis zum April nicht genutzt, um eine wirkliche, an der Sache orientierte Diskussion zu führen?

Vor allem frage ich mich aber: Warum unterscheiden sich die Haushalte nicht aufgrund dessen, dass es unterschiedliche Regierungen sind? Warum unterscheiden sie (C) sich im Bereich der Familienpolitik nicht? Worin liegt – das frage ich allen Ernstes – der Mehrwert eines SPD-geführten Familienministeriums?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte die einzelnen Themengebiete einmal kurz beleuchten:

Sie haben zur letzten Bundestagswahl ein SPD-Wahlprogramm gehabt, in dem es um moderne Familienpolitik, unterschiedliche Lebensentwürfe, die verwirklicht werden können sollen, Partnerschaftlichkeit, Ganztagsbildung und eine gute materielle Absicherung für Kinder ging. Was ist davon im Haushaltsentwurf aber tatsächlich übrig geblieben?

Das Betreuungsgeld – ich muss es einfach noch einmal sagen – wollten Sie, sobald Sie in der Regierung sind, als Allererstes abschaffen. Alleine in diesem Jahr schlägt es mit 515 Millionen Euro zu Buche. Mehr als eine halbe Milliarde Euro wollen Sie dafür ausgeben, dass Eltern ihre Kinder nicht in die Kitas geben,

(Ulli Nissen [SPD]: „Wollen“ nicht!)

die – Herr Weinberg, Sie haben es angesprochen – mit 5,4 Milliarden Euro Bundesmitteln gefördert worden sind. Ich verstehe das nicht. Das ist hinausgeschmissenes Geld.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt dieses Geld in eine Qualitätsoffensive für Kitas zu stecken, wird davon nicht einmal gesprochen. Das (D) Kitaqualitätsgesetz steht nicht im Koalitionsvertrag und findet sich deshalb auch nicht im Haushalt wieder.

Sie sagen jetzt, Sie wollen 6 Milliarden Euro ausgeben. Das ist ganz prima. 5,4 Milliarden Euro haben Sie einmal allein für den Kitaausbau ausgegeben. Jetzt wollen Sie für insgesamt 6 Milliarden Euro für die Kitas, die Schulen, die Hochschulen und die Forschung gelobt werden.

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Zusätzlich!)

– Das andere war auch zusätzlich. – Dafür kann man nicht gelobt werden. Damit kann man das, was Sie hier behaupten, einfach nicht umsetzen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Bundestagswahlkampf haben wir über die Familienförderung und deren Zielgenauigkeit gesprochen. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm zu Recht festgestellt, dass ein Spitzenverdiener für seine Kinder mehr entlastet wird als ein Normalverdiener, und Sie haben das zu Recht als ungerecht beschrieben. Es ändert sich aber nichts daran – auch in diesem Haushalt nicht.

Klar, die Mittel für das Kindergeld stehen nicht in unserem Einzelplan; aber die Familienministerin hat bei der Aushandlung zwischen den Ressorts anscheinend nicht genug Einfluss gehabt. Denn die sparsame Kinder-

Diana Golze

(A) gelderhöhung um 2 Euro wurde auf die lange Bank geschoben. Der Kinderfreibetrag soll aber erhöht werden.

Es bleibt also dabei, dass ich als Bundestagsabgeordnete für meine beiden Kinder stärker entlastet werde als meine Nachbarin, die in einem Supermarkt arbeitet. Eine Hartz-IV-Bezieherin bekommt gar nichts für ihre Kinder, weil das Kindergeld beim Arbeitslosengeld II angerechnet wird. Das ist und bleibt ungerecht; es ist ein großer Fehler.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Reform des Kinderzuschlags ist schon angesprochen worden. Der Kinderzuschlag wurde seinerzeit erfunden, um Eltern den Weg zu Hartz IV zu ersparen, wenn sie nur aufgrund des Bedarfs ihrer Kinder in Hartz IV rutschen würden. Der Kinderzuschlag sollte seit längerem reformiert werden. In diesem Haushalt wird der Ansatz sogar noch gekürzt, und zwar um fast 10 Millionen Euro. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Das Versprechen der Anrechnungsfreiheit von Elterngeld und Betreuungsgeld auf das Arbeitslosengeld II wird auch in diesem Haushalt nicht erfüllt. Es ist im Haushaltsplan nicht auffindbar. Wo bitte ist die Förderung von Familien mit kleinen Einkommen? Wo ist die Förderung von Familien ohne Erwerbseinkommen? Ich kann das in diesem Haushalt nicht finden. Dieses Wahlversprechen ist nicht erfüllt worden.

(B) (Beifall der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme zum Thema Alleinerziehende. Alleinerziehende, die das Problem haben, dass geschiedene oder getrennte Partner den Unterhalt für die Kinder nicht zahlen, haben die Möglichkeit, einen sogenannten Unterhaltsvorschuss zu beantragen. Der Tigerentenklub hatte 2009 im Koalitionsvertrag versprochen, den Unterhaltsausschuss auszuweiten. Nicht einmal ein solches Versprechen findet sich im aktuellen Koalitionsvertrag. Aber jetzt setzt dieser Haushalt noch eins drauf: Der Ansatz für Unterhaltsvorschuss wird sogar noch um 20 Millionen Euro gekürzt. An der sinkenden Zahl der Alleinerziehenden, die auf diese Leistung angewiesen sind, kann es nicht liegen. Bitte erklären Sie mir diese Kürzung! Aber erklären Sie sie vor allem den Betroffenen!

(Beifall bei der LINKEN – Elke Ferner [SPD]: Unfassbar!)

Zu guter Letzt zur Jugendpolitik: Sie wollten für eine gute Jugendpolitik gute Infrastruktur zur Verfügung stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Auch die CDU/CSU hat festgestellt, der Kinder- und Jugendplan habe sich – ich zitiere – „als wichtiges Instrument erwiesen, um die Arbeit der Jugendverbände zu unterstützen“. Im letzten Haushalt hat die SPD dafür noch 5 Millionen Euro mehr beantragt. Wie erklären Sie es – vor allem den Jugendverbänden, die davon betroffen sind –, dass der Kinder- und Jugendplan um 1,5 Millionen Euro gekürzt wird?

(C) (Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Nein! Das ist falsch!)

Das ist nicht verlässlich. Es werden Strukturen abgebaut und Angebote gestrichen. Ich kann das nicht nachvollziehen.

(Ulrike Gottschalck [SPD]: Das stimmt alles gar nicht! Vielleicht sollten Sie sich mal schlau machen!)

Zu der Vereinheitlichung von Freiwilligendiensten, die Sie uns unterstellen: Uns ging es einfach darum, zu prüfen, warum die Jugendlichen in den Freiwilligendiensten unterschiedlich behandelt werden. Warum bekommen sie eine unterschiedlich hohe Entschädigung dafür? Warum kann man das nicht angleichen, und zwar auf dem hohen Niveau statt auf dem niedrigen? Wenn man das Engagement dieser jungen Leute anerkennen will, dann haben wir noch einen weiten Weg vor uns.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bitte darum, dass die Anträge der Opposition in den Haushaltsberatungen ernsthaft geprüft werden,

(Elke Ferner [SPD]: Wie ernsthaft sind Ihre Pläne?)

auch wenn wir wenig Zeit dafür haben, statt sie aufgrund des Absenders einfach abzulehnen.

Vielen Dank.

(D) (Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:
Als nächste Rednerin hat die Kollegin Carola Reimann das Wort.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Carola Reimann (SPD):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frauen bekommen für ihre Arbeit immer noch ein Viertel weniger Gehalt als Männer. Das ist ein fortwährender Skandal und ein eklatanter Verstoß gegen die Würde der Frauen und auch gegen das Gleichbehandlungsgebot unseres Grundgesetzes.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Über Jahre und Jahrzehnte haben Frauen diese Ungerechtigkeit mehr oder minder klaglos hingenommen. Jetzt endlich tut sich etwas. Manuela Schwesig und Andrea Nahles ergreifen die Initiative. Sie haben gemeinsam ein Maßnahmenpaket geschnürt, um Frauen endlich zu ihrem Recht auf gleiche und bessere Bezahlung zu verhelfen.

Dieses Maßnahmenbündel wird sich auch auf den Bundeshaushalt positiv auswirken. Denn gerecht bezahlte Frauen zahlen mehr Steuern. Gerecht bezahlte Frauen sind weniger auf ergänzende Sozialleistungen

Dr. Carola Reimann

(A) angewiesen – im Übrigen gilt das auch für deren Kinder, Kollegin Golze –, und gerecht bezahlte Frauen sind im Alter seltener arm, womit wir auch die gesamte Rentenproblematik angesprochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Maßnahmen gehört erstens die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Der gesetzliche Mindestlohn ist nicht irgendeine Reform. Er ist eine soziale Errungenschaft, und profitieren werden von ihm vor allem Frauen. Denn sie sind diejenigen, die häufig mit Niedriglöhnen in schlechten Jobs abgespeist werden. Mehr als 2 Millionen weibliche Beschäftigte werden künftig mehr Geld in der Lohntüte haben.

Zu den Maßnahmen gehört zweitens gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Es kann passieren, dass Frauen und Männer im gleichen Betrieb für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich bezahlt werden. Das muss sich ändern. Wir wollen ein individuelles Auskunftsrecht einführen, das den Beschäftigten erlaubt, die Bezahlung von Kollegen zu erfragen und mit ihrer vergleichen zu können. So kann eine Lohnungleichheit im Betrieb überhaupt erst sichtbar werden. Für Unternehmen, die nicht fair und gleich bezahlen, wollen wir verbindliche Verfahren entwickeln, mithilfe derer Arbeitgeber, Betriebsräte und Beschäftigte gemeinsam mit ihrem Unternehmen für Entgeltgleichheit sorgen können.

(Beifall bei der SPD)

(B) Zu den Maßnahmen gehört drittens die gesetzliche Quote für Frauen in Aufsichtsräten. Das hat Signalfunktion. Frauen kommen trotz bester Leistung und bester Qualifikation immer noch nicht oben in den Chefetagen der Unternehmen an. In den Behörden herrscht viel zu oft noch eine nahezu hundertprozentige Männerquote. Auch das ist ein wesentlicher Grund für die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen. Dieser Männerquote machen wir den Garaus, indem wir gesetzliche Regelungen zugunsten von Frauen, die in Führungspositionen arbeiten möchten, einführen. Auf diese Weise werden Frauen die Türen zu Chefinnenbüros und somit auch zu Spitzengehältern geöffnet. Damit sind wir wieder beim Geld.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Paul Lehrieder [CDU/CSU])

Zu den Maßnahmen gehören viertens stärkere Rechte für Teilzeitbeschäftigte. Entscheidet sich eine Frau familienbedingt für Teilzeit, muss sie in Anbetracht einer schlechteren Entlohnung und des Verzichts auf berufliche Entwicklung häufig einen sehr hohen Preis bezahlen. Damit Teilzeit für Frauen nicht länger zur Falle wird, führen wir einen Rechtsanspruch ein, der es den Beschäftigten ermöglicht, auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Bettina Hornhues [CDU/CSU])

Wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass diese Teilzeitarbeit nicht länger diskriminiert wird und Teilzeitbeschäftigte ganz selbstverständlich Karriere machen können. (C)

Beim Elterngeld werden wir die Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten abschaffen. Wir werden das bestehende Elterngeld erweitern und um ein ElterngeldPlus ergänzen. Damit wird es künftig möglich, nach der Geburt eines Kindes früher in Teilzeit in den Beruf zurückzukehren, und zwar ohne benachteiligt zu werden, wie es bisher beim Elterngeld der Fall war.

Ich bin froh, dass unser Erfolgsmodell Elterngeld bei den Eltern weiterhin so gut ankommt und es auch von immer mehr Vätern in Anspruch genommen wird. Das erklärt auch den deutlichen Anstieg an Mitteln im Haushalt für das Elterngeld. Auch wenn Haushälter von Natur aus Aufwüchsen eher kritisch gegenüberstehen – Kollege Leutert hat gerade gesagt, wir sparen lieber –: Dieser Aufwuchs beim Elterngeld ist gut investiert,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und zwar in Familien und in ein familienfreundlicheres Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat Franziska Brantner das Wort.

(D)

Dr. Franziska Brantner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Irgendwie erleben wir jetzt schon zum x-ten Mal die Selbstbeweihräucherung dieser Großaktionäre. Ich halte es bald nicht mehr aus.

(Sönke Rix [SPD]: „Großaktionäre“? Meinen Sie Großkoalitionäre?)

– Großkoalitionäre; sorry.

(Sönke Rix [SPD]: So weit sind wir noch nicht!)

– Mal gucken! Wie war das: „Genosse der Bosse“? – Sie machen uns hier pausenlos ein X für ein U vor. Sie tun so, als ob Sie etwas für die nächsten Generationen täten, nur weil Sie einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]: Das ist ja auch so!)

Das ist aber bei den derzeitigen wirtschaftlichen Daten und den niedrigen Zinsen kein Hexenwerk; das hat übrigens Herr Oppermann selber zugegeben.

(Dr. Peter Tauber [CDU/CSU]: Na ja! Das muss uns erst mal einer nachmachen!)

Wer von den Jüngeren hier im Raum – es sind ja leider nicht so wahnsinnig viele –

(A) (Petra Crone [SPD]: Das ist Altersdiskriminierung! Iih! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der SPD)

– da oben, danke schön; Sie werden gleich hören, warum ich von den Jüngeren gesprochen habe –, glaubt denn ernsthaft daran, dass wir mit 63 Jahren in Rente gehen können? Es wird, wenn wir Glück haben, wohl eher mit 73 Jahren sein, weil die Rentenkassen von Ihnen so sehr geplündert wurden. Mit 73 sind wir doch froh, wenn wir endlich in Rente gehen können, oder? Sie da oben auf den Zuschauertribünen werden wahrscheinlich erst mit 80 Jahren in Rente gehen können, wenn die Rentenkassen weiter geplündert werden.

(Elke Ferner [SPD]: Wirklich! Dümmer geht immer!)

Wer glaubt denn wirklich, dass mit dem vorliegenden Haushalt und mit diesen Entscheidungen die richtigen Prioritäten für die nächsten Generationen gesetzt werden? Wer glaubt denn wirklich, dass hier genügend und ausreichend in Bildung und in die Chancen und Möglichkeiten der nächsten Generationen investiert wird? Wer glaubt wirklich, dass 160 Milliarden Euro für die Rentner zu 6 Milliarden Euro für Betreuung und Bildung und Forschung das richtige Verhältnis sind?

(Ulrike Gottschalck [SPD]: Für Forschung gibt es Extramittel!)

Dabei helfen diese Milliarden noch nicht einmal bei der Bekämpfung von Altersarmut; das ist ja das Traurige daran. Wenn die Milliarden wenigstens zur Bekämpfung (B) von Altersarmut beitragen würden, dann wäre das wenigstens etwas, aber sie helfen hierbei ja noch nicht einmal.

Wir brauchen dringend mehr Geld für gute Kitas, für gute Schulen, für gute Ganztagsschulen. Wir brauchen nicht nur ein Satt und Sauber, sondern Bildung und Chancen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne ein Beispiel. Überall in Deutschland ist folgende Situation permanent zu finden: Zwei Betreuer und zehn Kinder unter zwei Jahren.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Das ist aber ein gutes Verhältnis!)

Nehmen wir einmal an, diese zwei Betreuer sind Herr Weinberg – Herr Weinberg, hören Sie mir zu –

(Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]: Ich höre immer zu!)

und Herr Rix. Diese beiden haben zehn Kinder unter zwei Jahren zu betreuen,

(Sönke Rix [SPD]: Das habe ich sogar schon mal gemacht!)

die nicht alleine auf den Topf können, die nicht alleine essen können, die nicht mehr als ein paar Worte sprechen können und die auch sonst ziemlich viel Aufmerksamkeit brauchen. Dann wird Herr Weinberg krank und Sie, Herr Rix, sind alleine mit den zehn Kindern. Dann bekommen Sie richtig Spaß. Sie werden nach Hilfe und (C) Verstärkung rufen.

Was wir also brauchen, ist Geld zur Verstärkung des Betreuungspersonals für die Kinder.

(Petra Crone [SPD]: Der Sönke kann das mit den zehn! Er hat das gelernt!)

– Er kann das mit den zehn Kindern? Na gut.

Achtung – auch die Linke passt bitte auf –: Dann kommt eine Stimme aus der Wohlfühllounge der Großen Koalition und sagt: Hey, Marcus, hey, Sönke, habt ihr vergessen: Die Kleinen sind weder Stammwähler der CDU noch der SPD – –

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Sie sind nüchtern, oder?)

– Ja, klar.

Sie sehen nichts in Ihrem Koalitionsvertrag vor, Sie machen nichts in diesem Haushalt, damit endlich genügend Geld in die Qualität fließt. Sie sagen, insgesamt gebe es genug Geld, aber Sie machen keinen guten Vorschlag, damit Geld in die Qualität fließt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gegen Kinderarmut unternehmen Sie auch nichts. Frau Schwesig, Sie haben vorgeschlagen, den Kinderzuschlag zu erhöhen. Dazu ist in diesem Haushalt aber gar nichts zu finden. Die Mittel zum Kinderzuschlag werden sogar reduziert, und zwar um 10 Millionen Euro; das wurde schon genannt. (D)

(Elke Ferner [SPD]: Das ist ein gesetzlicher Auftrag!)

In Deutschland lebt jeder zweite, der alleinerziehend ist, von Hartz IV. Ich finde, es ist eine Schande für dieses reiche Land Deutschland, dass der Status „Alleinerziehend“ ein so großer Faktor ist, um bei Hartz IV zu landen. Was machen Sie beim Unterhaltsvorschuss: Wie wollen Sie diesen vereinfachen? Wollen Sie die Grenze von zwölf Jahren aufheben? Wollen Sie Bürokratie abbauen? Auch dazu haben wir keine Vorlagen.

Es gibt von Ihnen auch keine besonderen Alternativen. Okay, Sie haben das Betreuungsgeld erhöht; das stimmt. Das Kindergeld wird dagegen nicht erhöht, und zwar ohne Begründung. Auf eine Anfrage von uns hat die Regierung geantwortet, man könne sich auf keine Begründung einigen, warum es keine Erhöhung beim Kindergeld gibt.

(Heiterkeit des Abg. Michael Leutert [DIE LINKE])

Sie können sich noch nicht einmal auf eine Begründung einigen. Das finde ich interessant. Eine Erhöhung wird vielleicht 2016 als Wahlkampfgeschenk angekündigt.

Die Gelder für die Finanzierung von Schulsozialarbeitern laufen aus. Das macht 400 Millionen Euro. Und Sie kommen mit 4 Millionen Euro für Sprachförderung! Dann feiern Sie sich für diesen Haushalt auch noch, anstatt sich richtig dafür zu schämen.

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elke Ferner [SPD]: Sie sollten sich für die Rede schämen!)

Ein letzter Punkt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zum ElterngeldPlus. Wir begrüßen die Einführung, denken aber, dass der Fokus zu stark auf Familien mit Kleinkindern und noch längst nicht auf den Beschäftigten liegt. Was Sie vorhin gesagt haben, Frau Schön, ist absolut richtig. Ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, wir müssten noch andere Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Warum ist es in Deutschland nicht möglich, mit Kindern Vollzeit zu arbeiten? Das muss doch auch bei uns möglich sein. Die einzige Option kann doch nicht sein, Teilzeit zu arbeiten. Denn manche Menschen können es sich gar nicht leisten, Teilzeit zu arbeiten. Ich finde, wie auch Herr Weinberg gesagt hat, dass es nicht Aufgabe des Staates sein kann, die Teilzeit der Eltern permanent zu finanzieren. Wir brauchen eine Antwort darauf, ob auch eine Vollzeittätigkeit mit Familie vereinbar ist.

(Elke Ferner [SPD]: Was ist denn Ihre Antwort?)

Unsere Antwort darauf ist, dass es rechtliche Rahmenbedingungen zum Beispiel mit einem Recht auf familienfreundliche Arbeitszeiten geben muss. Das gibt es in Deutschland noch nicht, aber in vielen anderen europäischen Ländern.

(Elke Ferner [SPD]: Willkommen im Klub!)

(B) Das wäre ein Vorschlag, von dem ich denke, dass diese Regierung ihn aufnehmen könnte. Dann könnte sie auch die restlichen Faktoren endlich angehen, von denen Frau Schön korrekterweise gesprochen hat.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat der Kollege Peter Tauber das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Tauber (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Brantner, Grund, sich zu schämen hat man manchmal in vielerlei Hinsicht. Aber bei dem Haushalt, den wir hier vorlegen, bei dem, was wir zum Teil an Kontinuität haben, zum Teil aber auch an neuen Projekten vorbringen, ist das ein sehr starkes Wort, das Sie an die Ministerin adressieren. Mich würde einmal interessieren, wann Sie sich eigentlich schämen. Ich finde es sehr ungebührlich, eine Debatte, die wir sehr gerne in der Sache führen, emotional so aufzuladen und vor allem dann noch mit solchen Vorwürfen und einer solchen gespielten Entrüstung hier aufzutreten. Das wird der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Runde Mitleid! – Michael Leutert [DIE LINKE]: Sie hat doch gut gesprochen!) (C)

– Sie schreien ja schon wieder dazwischen. Das zeigt ja, dass Sie offensichtlich keine Argumente haben. Deswegen wird gleich wieder zur Lautstärke gegriffen.

Wenn wir uns den Haushalt anschauen – das ist natürlich sehr spannend, wenn wir hier in der Runde sitzen und ein paar vertraute Gesichter sehen, Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten vier Jahren schon in der Familienpolitik miteinander diskutiert haben, durchaus in anderer Konstellation –, dann gibt es ja ein paar Punkte, die ganz bemerkenswert sind. Ich rate uns – deswegen habe ich Sie auch persönlich zu Beginn der Debatte adressiert –, da ein bisschen abzurüsten. Wenn wir es nämlich ernst damit meinen, dass es uns um die Familien und um die Kinder geht, dann können wir uns diesen ganzen Schabernack zwischendurch, den Sie da eben vollführt haben, gerne schenken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn wir bei den Perspektivwechseln sind – das ist für Sie vielleicht nicht so nötig; denn Sie sind einfach stumpf in der Opposition sitzen geblieben, die Linke auch –, dann muss man natürlich sagen

(Zuruf des Abg. Michael Leutert [Die Linke])

– bei Ihnen ist es auch gut so; das wird auch noch lange so bleiben –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) dass in der Großen Koalition Christdemokraten und Sozialdemokraten miteinander um den richtigen Weg ringen, und dann werden wir feststellen, dass es Bereiche gibt, in denen sich durch das Aufeinanderzugehen neue Positionen ergeben und wir an manchen Stellen jetzt auch gemeinsam wichtige Dinge machen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommen Sie mal zur Sache!)

Ich will ein Beispiel nennen, weil es in der Debatte auch schon eine Rolle spielte: das Thema Extremismusklausel. Sie wissen, die war uns wichtig. Die SPD hat immer dagegen argumentiert. Jetzt ist das Formblatt, das bei Förderanträgen separat zu unterschreiben war, weg. Die Ministerin hat sich mit ihrem Kollegen, Herrn de Maizière, darauf verständigt, dass die Sache selbst, um die es uns ging, nämlich dass wir nicht wollen, dass Extremisten gefördert werden, um Extremisten zu bekämpfen, durch eine Verwaltungsvereinbarung weiterhin gewährleistet ist. So, finde ich, kann man in der Sache gut miteinander arbeiten. Es bleibt dabei: Wir wollen junge Menschen für Demokratie begeistern. Deswegen gibt es Programme gegen Rechtsextremismus, der nach wie vor ein großes Problem in dieser Gesellschaft ist. Aber wir sind da nicht blind und nehmen jede Form von Extremismus in diesem Land als Gefahr für die Demokratie ernst. Das machen wir jetzt gemeinsam. Ich finde, das ist ein gutes Signal.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/

Dr. Peter Tauber

(A)

DIE GRÜNEN]: Da haben Sie nichts ernst genommen!)

Ein weiteres gutes Signal ist die Eigenständige Jugendpolitik, weil wir natürlich die Aufgabe haben, uns auch um solche jungen Menschen zu kümmern, die es schwer haben, die einen Bruch in ihrem Lebenslauf erfahren haben, die es nicht alleine schaffen, wieder auf die Beine zu kommen. Es gibt aber auch viele junge Menschen, die beeindruckend sind, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen, die etwas auf den Weg bringen. Um die muss sich Politik genauso kümmern; für die müssen wir auch Angebote machen. Deswegen ist es so wichtig, dass die Eigenständige Jugendpolitik weitergeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dazu gehören als nächste Säule natürlich die Freiwilligendienste. Die Wahrheit ist: Zu Beginn der Debatte über die Aussetzung der Wehrpflicht und das Ende des Zivildienstes war die Zahl derjenigen, die gesagt haben: „Es funktioniert. Wir bauen eine neue Säule der Freiwilligendienste neben das bestehende FSJ“, sehr überschaubar. Inzwischen gibt es jährlich 100 000 Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten – in der ganzen Vielfalt. Das zeigt doch, dass es richtig ist, auf diese Vielfalt zu setzen, unterschiedliche Angebote zu machen – vom Bundesfreiwilligendienst bis zum klassischen FSJ oder dem FÖJ –, um es Menschen zu ermöglichen, sich ehrenamtlich zu engagieren, sogar für einen längeren Zeitraum.

(B)

Wenn das dazu führt, dass das im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes auch Ältere machen, dann sind wir sehr schnell bei dem Anspruch, dass es nicht nur darum geht, den Jüngeren eine Perspektive zu vermitteln, sondern auch darum, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt, den Zusammenhalt der Generationen zu fördern. Das, finde ich, wird durch diesen Bundesfreiwilligendienst, gerade wenn ihn Ältere leisten, ganz wunderbar zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Als eine weitere Säule gehört dazu das Projekt der Mehrgenerationenhäuser, das sich inzwischen in der zweiten Förderstufe befindet. Wir müssen dringend überlegen, wie wir das verstetigen und eine Fortsetzung über diesen Förderzeitraum hinaus ermöglichen. Diese Mehrgenerationenhäuser sind oft Leuchttürme für den Zusammenhalt der Generationen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Frau Ministerin, wenn wir gemeinsam einen Weg finden, das zu verstetigen, wäre das aus unserer Sicht eine wirklich gute Sache.

Bislang habe ich vor allem gesellschaftspolitische Punkte genannt. Wenn wir aber über die Situation von Familien im Speziellen reden, dann wird sehr schnell klar: Es gibt eine Fülle von Themenfeldern, mit denen wir uns permanent beschäftigen müssen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nach wie vor ein Thema, genauso wie die wirtschaftliche Stabilität zugunsten von Familien. Kinder zu fördern, gerade diejenigen, die zu Hause keine Förderung erfahren, wird ein Thema bleiben. Wir werden hier immer an der Sollbruchstelle entlang arbeiten und dabei berücksichtigen müssen, dass die Förderung durch beide Elternteile oder ein Elternteil immer besser sein wird, wenn es mit Liebe und Herzblut geschieht, als die durch staatliche Institutionen, die nur auffangen können. Trotzdem brauchen wir für Kinder, die zu Hause keine Förderung erfahren, staatliche Institutionen. Deswegen gibt es das Bildungs- und Teilhabepaket. An manchen Stellen brauchen wir auch mehr Betreuungsangebote. Aber wir sollten aufhören, zu glauben, der Staat könne das komplett auffangen, was Eltern oft auf hervorragende Art und Weise leisten. Staatliche Angebote können nur eine Ergänzung sein. Aber diese brauchen wir für viele Kinder.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen auch darüber reden, welche Rahmenbedingungen diese Gesellschaft für junge Paare setzt. Viele junge Paare wünschen sich Kinder, bekommen aber aus verschiedenen Gründen keine. Wir wollen, dass sich mehr Paare für Kinder entscheiden. In diesem Zusammenhang müssen wir auch darüber debattieren, wie wir einen Ausgleich zwischen denjenigen, die Kinder haben, und denen, die keine haben, schaffen können, und zwar auch bei den sozialen Sicherungssystemen. Ich finde es richtig, dass es im Pflegebereich eine Komponente gibt, die Kinderlose stärker beteiligt; denn diese haben im Zweifelsfall niemanden, der sie später pflegt oder der Beiträge zahlt. Diese Debatte werden wir im Zusammenhang mit Ausbau und Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme dringend führen müssen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Drei Faktoren spielen in der Debatte eine zentrale Rolle. Wir reden seit Jahren über die Infrastruktur. Des Weiteren reden wir über Geld. Das ist bekanntlich knapp, weil die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einen ausgeglichenen Haushalt erfordert. Zudem ist es uns ein Herzensanliegen, endlich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Für die Glaubwürdigkeit der Politik ist es wichtig, dass wir es endlich schaffen, nur so viel Geld auszugeben, wie wir einnehmen. Keine Familie könnte auf Dauer anders wirtschaften. Wir tun es nun. Das ist auch gut so, insbesondere wenn wir über Familien reden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Leutert [DIE LINKE]: Dann sollte man das Betreuungsgeld streichen!)

– Darauf komme ich gleich zurück. Danke für das Stichwort!

Ein weiterer entscheidender Punkt ist die Zeit. Diesen Faktor hat Kristina Schröder in den letzten vier Jahren in die Debatte neu eingebracht. Frau Ministerin, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sagen: Das bleibt ein Faktor in der Debatte. – Natürlich brauchen Familien Zeit für sich. Es macht keinen Sinn, sich eine Familie zu wünschen, wenn man sie nicht leben kann. Angesichts des-

Dr. Peter Tauber

(A) sen werden wir bei allen Debatten um das liebe Geld immer wieder darauf hinweisen müssen: Wir wollen keine vollkommene Ökonomisierung von Familie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Familie entzieht sich an vielen Stellen einer Berechnung auf Cent und Euro. Vielmehr geht es darum, Freiräume zu schaffen, um Gesellschaft und Familie erlebbar zu machen, um Kinder zu beobachten und mit ihnen groß zu werden und um im Alter jemanden zu haben, der sich um einen kümmert. All das prägt Familie und macht unsere Gesellschaft erst solidarisch und menschlich. Es ist ganz wichtig, dass wir darüber reden.

Ich empfehle jedem, auch Ihnen, lieber Herr Kollege Leutert – herzlichen Dank für den Zuruf zum Betreuungsgeld –, die sehr lesenswerte Studie der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter Federführung von Herrn Professor Günter Stock. Er hat uns allen folgenden wichtigen Punkt mit auf den Weg gegeben: Wir sollten uns von dem Gedanken verabschieden, dass es ein Konzept gibt, das auf jeden und alle passt. „One fits all" gibt es in der Familienpolitik nicht mehr, allein weil sich unsere Gesellschaft so verändert hat und vielfältiger geworden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn dem so ist, dann brauchen wir für jeden ein passendes Angebot. Damit bin ich beim Betreuungsgeld. Herr Leutert, Sie waren genauso wie viele andere immer
(B) dagegen. Aber es ist ein Erfolg, und viele freuen sich darüber und brauchen es. Andere wiederum brauchen andere Antworten, Modelle und Projekte. Ich jedenfalls sehe mich außerstande, über Familien zu richten, zu urteilen oder ihnen vorzuschreiben, was für sie das Richtige ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Sönke Rix [SPD])

Ich will ein Land, in dem die Familien selber entscheiden und aussuchen können, was sie wollen. Sie sind auf einem anderen Weg: Sie wollen zurück zu einem Staat, der allen alles vorschreibt. Auf diesem Weg können Sie gerne weiterlaufen. Aber ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie dann weitgehend alleine laufen.

In diesem Sinne haben wir die richtigen Weichenstellungen gewählt. Ich freue mich auf die Debatten – auch mit Ihnen, lieber Herr Kollege – in den nächsten Jahren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächster Redner hat Sönke Rix das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Sönke Rix (SPD): (C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Peter Tauber, dass du ausgerechnet zum Schluss das Betreuungsgeld angesprochen hast,

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Sag mal was dazu!)

war ein bisschen gemein; denn wir halten das Betreuungsgeld nach wie vor für falsch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man darf hier auch einmal sagen, dass man sich in diesem Punkt in der Koalition nicht geeinigt hat. Es ist nun einmal so bei Koalitionen, dass man sich nicht in allen Punkten einigt. Gegen das Betreuungsgeld sind sogar alle anderen Fraktionen. Allerdings haben wir jetzt für vier Jahre ein anderes Bündnis. Es ist nicht so, dass wir wegen eines Punktes bzw. wegen einiger Punkte, bei denen wir uns nicht durchgesetzt haben, keine gute Politik machen könnten, ganz im Gegenteil.

Gerhard Schröder hat vor kurzem seinen 70. Geburtstag gefeiert. Gerhard Schröder wird immer dann, wenn wir über Familienpolitik sprechen, mit einem Ausspruch in Verbindung gebracht, der ihm bis heute sehr leid tut. Er hat sich mehrfach dafür entschuldigt. Ihm ist einmal bei einem Redebeitrag nicht der volle Name des Ministeriums, um das es gerade geht, eingefallen, und das war der einzige Grund, warum er ein nicht so schönes Wort dafür benutzt hat. Er hat sich dafür entschuldigt. (D)

Man muss aber auch sagen: Unter seiner Kanzlerschaft, unter Rot-Grün im Übrigen, hat die Modernisierung der Familienpolitik begonnen. Es ist nicht so, dass unter seiner Kanzlerschaft und unter Rot-Grün in der Familienpolitik nichts geschehen wäre. Ich erinnere an das Ganztagsschulprogramm, das Bundesgleichstellungsgesetz, aber auch die Eingetragenen Lebenspartnerschaften und vieles mehr – alles Dinge, auf die wir jetzt aufbauen. Daher sage ich zu seinem 70. Geburtstag: Ich habe ihm diesen Fauxpas schon längst verziehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich von Erfolgen unter Rot-Grün spreche, dann sage ich auch, dass in der ersten Großen Koalition diese Erfolgsgeschichte in der Familienpolitik in vielen Punkten weiterging. Auch da kam es mit dem Elterngeld, der Elternzeit und dem Krippenplatzausbau zu wirklich großartigen Leistungen in Sachen Familienpolitik, die wir gemeinsam in der Großen Koalition gewuppt haben, übrigens mit sehr großer Unterstützung der Länder, die rot-grün und schwarz-gelb regiert waren. Auf diese Erfolge kann man stolz sein, und auf diese kann man aufbauen. Es ist gut, wenn Sozialdemokraten mitregieren.

Zur Familienpolitik der letzten vier Jahre will ich nicht so viel sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Leutert [DIE LINKE]: Warum?)

Sönke Rix

(A) Jetzt sind wir in der zweiten Großen Koalition. Uns wurde gesagt, uns fehle der Mut und der Gestaltungswille. Ich weiß nicht mehr, von wem es kam.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von mir!)

– Entschuldigung, genau, von dir kam das. Ich glaube, auch Diana Golze hat das gesagt. – Ich finde das ein bisschen vermessen; denn die Grünen hatten das Angebot, mit der Union vernünftige Koalitionsverhandlungen zu führen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir machen es doch nicht um jeden Preis!)

Aber schon nach den Sondierungsgesprächen zu sagen: „Nein, wir machen es nicht“ und denjenigen, die sich auf Kompromisse geeinigt haben, vorzuwerfen, sie hätten keinen Mut und keinen Gestaltungswillen, ist ein bisschen scheinheilig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde es auch scheinheilig von Ihnen, den Linken; denn Sie haben keine große Bereitschaft zur Beteiligung an einer Regierung.

Wir beweisen Mut und Gestaltungswillen in dieser Koalition; denn wir bauen auf dem auf, was wir in der Vergangenheit geleistet haben. Das ElterngeldPlus beispielsweise kommt jetzt. Das erfolgreiche Modell Elterngeld, das wir gemeinsam in der ersten Großen Koalition eingeführt haben, erweitern wir jetzt. Wir bringen eine Gerechtigkeitskomponente für diejenigen ein, die sich länger die gemeinsame Zeit teilen wollen. Das ist ein wichtiger, guter Schritt zur Familienarbeitszeit. Das ist sehr gut an dieser Stelle und zeugt von Gestaltung. Das ist pure Gestaltung.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zur Gleichstellungspolitik. Die Themen „Quote“ und „Frauen in Führungspositionen“ sind schon angesprochen worden. Das haben wir unter Rot-Grün und das hat Schwarz-Gelb nicht hinbekommen. Jetzt haben wir es in der Großen Koalition hinbekommen. Nun sagen Sie nicht, dass es keine Gestaltung an dieser Stelle gibt. Im Gegenteil: Wir machen jetzt Gesetze daraus. Wir bringen das in Gesetzesform, was wir lange Zeit gemeinsam gefordert haben, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir machen Tempo an dieser Stelle. In den ersten 100 Tagen liegen schon zwei Konzepte zum ElterngeldPlus und zum Thema „Frauen in Führungspositionen“ auf dem Tisch. So schnell, finde ich, hat kaum eine Familienministerin ihre Arbeit begonnen und ganz konkret zur Verbesserung der Situation der Menschen beigetragen. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will noch ganz kurz auf die Tatsache eingehen, dass wir angeblich nichts gegen die Kinderarmut machen. Auch da sage ich noch einmal an die beiden Oppositionsfraktionen gerichtet: Vielleicht sind Sie ein bisschen neidisch darauf, dass wir den gesetzlichen Mindestlohn einführen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn das kein Schritt zur Beseitigung von Familienarmut und Kinderarmut ist, was denn sonst? Das machen wir als Große Koalition. Auch das ist ein Schritt zur Bekämpfung von Armut. Ich finde, das kann man durchaus als wichtigen Schritt anerkennen.

Zum Thema „Mehr Geld für Krippen“. Ich finde es ja ganz nett, dass Sie Marcus Weinberg und mich in eine gemeinsame Kindergartengruppe stecken wollen – als Betreuer natürlich. Ich habe da Erfahrung; ich habe das beruflich gemacht: Ich habe in Kindertagesstätten gearbeitet. Es stimmt, es ist nicht einfach, große Gruppen zu betreuen, gerade wenn man allein ist und auch noch andere Dinge zu tun hat. Aber genau aus diesem Grund haben wir das 6-Milliarden-Euro-Paket aufgelegt. Aus diesem Paket wird auch Geld in Krippenplätze fließen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viel denn?)

Auch damit machen wir unseren Gestaltungswillen deutlich: Wir gestalten die Lösung des Problems fehlender Krippenplätze.

(D)

Insofern bin ich guten Mutes. Die ersten 100 Tage haben gut angefangen. Der jetzige Haushalt enthält gute Ansätze. Vor uns liegen erfolgreiche vier Jahre für Frauen, Familie, Senioren und Jugend.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Jetzt hat als nächste Rednerin die Kollegin Sylvia Pantel das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sylvia Pantel (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können nicht oft genug betonen, dass wir für 2014 erstmals einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das ist auch für unsere Jugend ein wichtiger Beitrag. Wir, der Bund, sind nah am Ziel, das nächste Jahr keine neuen Schulden aufzunehmen. Das ist das erste Mal seit 46 Jahren.

Wir konsolidieren den Haushalt und setzen gleichzeitig familienpolitische Akzente. Das sieht man daran, dass der Etat des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend um 1 Milliarde Euro erhöht wird, also auf 7,96 Milliarden Euro ansteigt. Man darf bitte nicht vergessen, dass wir auch noch die Kommunen und die Länder haben, die ihren Beitrag selbst leisten müssen

Sylvia Pantel

(A) und deren Dienstleistungen vor Ort eine gewisse Qualität erreichen sollen.

Wir wollen, dass Eltern tatsächlich wählen können, wie sie ihr Familienleben organisieren. Ob sie vom Betreuungsgeld, vom Elterngeld oder vom Kitaausbau profitieren, das ist allein Sache der Familien.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Familien sollen sich mit ihren Bedürfnissen nicht nach dem Staat richten – wie Sie von der Linken das gerne hätten –, sondern der Staat muss die Familien dabei unterstützen, wie sie sind, was sie selbst wollen und was sie benötigen.

Das Betreuungsgeld als Anerkennung von Erziehungsleistungen ist allen Unkenrufen zum Trotz eine Erfolgsgeschichte:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bereits in den ersten fünf Monaten sind 65 000 Anträge eingegangen. All diesen Antragstellern können Sie erzählen, dass sie falsch liegen. Wir sind für Wahlfreiheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben in diesem Jahr 515 Millionen Euro für das Betreuungsgeld in den Haushalt eingestellt. Wir wollen, dass Eltern selber entscheiden und nicht bevormundet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für das Elterngeld sind knapp 5,4 Milliarden Euro im Haushalt veranschlagt. Das geplante ElterngeldPlus
(B) hilft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Obwohl es nicht Aufgabe des Bundes ist, unterstützen wir den Ausbau von U-3-Plätzen weiter, da wir jährlich Betriebskosten in Höhe von fast 800 Millionen Euro übernehmen.

Wir schaffen Angebote für Jung und Alt. Die über 500 vom Bund seit 2006 geförderten Mehrgenerationenhäuser haben sich bewährt. In Düsseldorf gibt es ein mir gut bekanntes Beispiel: das Mehrgenerationenhaus HellGa. Es ist eine Begegnungsstätte, wo verschiedene Generationen nachbarschaftlich ins Gespräch kommen, wo gefeiert wird und man sich gegenseitig unterstützt. Diese Koalition stellt sich ihrer Verantwortung und fördert die Mehrgenerationenhäuser auch in 2014 mit über 6 Millionen Euro. Ich bin Ihnen, Frau Familienministerin Schwesig, dankbar, dass Sie sagen, dass die Mehrgenerationenhäuser, die wir bereits haben, bestehen bleiben und dass wir die ausfallenden Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds gemeinsam auffangen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir stärken die Zivilgesellschaft mit dem Bundesfreiwilligendienst; das wurde schon mehrfach erwähnt. Der Bundesfreiwilligendienst ist ein einmaliges Erfolgsprogramm. Sie haben ihn mehrfach kritisiert, aber auch hier sprechen die Zahlen eine andere Sprache.

An dieser Stelle danke ich allen Freiwilligen und ehrenamtlich Engagierten, sei es bei der freiwilligen Feuerwehr oder im Katastrophenschutz, aber auch denen in Kirchen, Vereinen und Verbänden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD) (C)

Ihr Einsatz ist unbezahlbar.

Auch in diesem Jahr hat der Bundesfreiwilligendienst wieder rund 35 000 Freiwillige. Da ist Platz für junge und alte engagierte Helferinnen und Helfer. Wir freuen uns, dass das Familienministerium unseren Wünschen, alle Zusagen einzuhalten und die Unterstützung nicht zu reduzieren, entsprochen hat. In den parlamentarischen Beratungen werden wir gemeinsam sicherstellen, dass die notwendigen Mittel auch bereitgestellt werden.

Wir sorgen – das ist auch schon gesagt worden – mit den beiden Fonds für die Opfer der Heimerziehung in Ost und West. Diese Fonds wurden in 2012 zusammen mit den Kirchen und Ländern eingerichtet, um Kindern, die in Heimen Opfer von Gewalt geworden sind, zu helfen. Wir haben versprochen, dass wir helfen, und wir halten Wort. Da die Zahl der Betroffenen größer ist als erwartet, werden wir uns alle bemühen müssen, für ausreichende finanzielle Ausstattung zu sorgen, um die Verletzungen und Schäden aus ihrer Kindheit zu lindern. Wir waren uns einig, dass dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die wir alle erfüllen müssen.

Lassen Sie mich mit einem Zitat schließen:

> Für uns sind Familienarbeit und Erwerbsarbeit gleichwertig. … Aufgabe unserer Politik ist es aber, schrittweise die Wahlmöglichkeiten zu erweitern, indem möglichst viele flexible Lösungen angeboten werden.

Weiter heißt es dort: Wir wollen den „von uns durchgesetzten ‚Erziehungsurlaub‘ zu einem ‚Anspruch auf Familienzeit‘“ – heute heißt das „Mehr Zeit für Familien“ – fortentwickeln. – Das ist ein Zitat aus dem CDU-Beschluss „Lust auf Familie“ von 1999. (D)

Das, was wir heute umsetzen, hat einen langen Vorlauf. Wir können froh sein, dass das, was damals eine Vision war, für die wir oft belächelt wurden, heute mit finanziellen Mitteln unterlegt und Wirklichkeit ist.

An dieser Stelle möchte ich noch sagen: Selbstverständlich kann man nach dem Motto „Höher, besser, mehr“ überall noch mehr fordern. Aber das ist ein Haushalt, der Verantwortung zeigt. Wir wollen uns nicht überschulden, sondern möchten auch den uns nachfolgenden Generationen noch Spielräume lassen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Dies war die erste Rede der Kollegin Pantel. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Als nächste Rednerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die Kollegin Gülistan Yüksel das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Gülistan Yüksel** (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, heute hier meine erste Rede zur Einbringung des Haushalts, des Einzelplans 17, halten zu dürfen.

Ich verstehe den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als einen Ausschuss, der die persönlichen Bereiche unseres gemeinschaftlichen Zusammenlebens berührt, also die Dinge, die den Menschen am Herzen liegen und sie direkt betreffen – und das unabhängig von Religion und Nationalität. Deshalb bin ich gerne in diesem Ausschuss.

In diesem Sinne bin ich auch froh, dass wir mit Manuela Schwesig heute eine Ministerin haben, die wieder eine Familien-, Senioren-, Frauen- und auch Kinder- und Jugendpolitik verfolgt, die alle gesellschaftlichen Ebenen mit einbezieht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Dreiklang aus Geld, Angeboten und Zeit ist hierbei ein wichtiger und richtiger Ansatz für eine moderne Familienpolitik; denn sie berücksichtigt die Vielfalt der Lebensentwürfe und gibt jedem den größtmöglichen, individuellen Gestaltungsraum.

Als Mutter von zwei Kindern, die nebenbei immer berufstätig war, weiß ich aus eigener Erfahrung, wie schwierig es ist, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Nach der Geburt meiner Tochter hatte ich die Möglichkeit, weiter arbeiten zu können, und das Glück,
(B) einen verständnisvollen Chef zu haben, der es mir ermöglichte, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Leider hat nicht jeder heute diese Möglichkeit. Sie sollte aber Standard in unserer Gesellschaft werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Menschen sollten sich nicht zwischen Kind oder Karriere entscheiden müssen. Kinder müssen erwünscht und gewünscht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Um diesen notwendigen Wandel in der Denke herbeizuführen, muss Politik es den Menschen ermöglichen, ihren Familienalltag entsprechend flexibler zu gestalten.

Wir haben dazu im Koalitionsvertrag einige Fortschritte vorzuweisen. Es wurde heute schon mehrmals erwähnt: Durch die 6 Milliarden Euro mehr für Kitas, Schulen und Hochschulen werden im Laufe der nächsten vier Jahre die Länder durch den Bund stärker unterstützt. Dies trägt nicht nur zu einer Verbesserung der Bildungschancen für Kinder bei, sondern fördert zusätzlich auch noch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Elternzeit wird flexibler gestaltet und das Elterngeld weiterentwickelt. Es wird ein Rückkehrrecht aus der Teilzeit in die Vollzeitbeschäftigung geben. Die dynamische Entwicklung des Elterngeldes und der gestiegene Bedarf im neuen Haushalt zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Der Anteil der Väter, die sich an der Elternzeit beteiligen, ist noch weiter ausbaufähig, obwohl wir schon einen leichten Anstieg bei den Vätermonaten beobachten können. Unsere Maßnahmen wirken, (C)
und wir werden sie weiter ausbauen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Durch die Pflegereform und ein Pflegeberufegesetz werden Menschen mehr Unterstützung bei der Pflege ihrer Angehörigen bekommen. Das ist ein wichtiger Baustein für den familiären Zusammenhalt und für würdevolles Altern.

Zum Thema „Gleicher Lohn für Männer und Frauen“ haben wir sehr konkrete Maßnahmen ergriffen. Die Gleichstellung im Erwerbsleben wird durch die Herstellung von Entgeltgleichheit sowie mit der Frauenquote in Führungspositionen vorangetrieben. Auch der Mindestlohn hilft dabei, geschlechterspezifische Lohnunterschiede zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die im Haushalt vorgesehene finanzielle und personelle Aufstockung der Antidiskriminierungsstelle unterstützt positiv die Bekämpfung von ungleicher Behandlung. Der aktuelle Bericht über Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben liefert uns eine verlässliche Grundlage dafür, wo wir als Gesetzgeber noch tätig werden müssen.

Hier im Bundestag haben wir gemeinsam die Möglichkeit, etwas zu ändern. Wir können es nicht hinnehmen, dass junge Menschen aufgrund ihres Namens oder (D)
ihrer ethnischen oder religiösen Herkunft bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz benachteiligt werden

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

oder dass Frauen immer noch weniger Geld verdienen und nur schwer in die oberen Chefetagen aufsteigen. Wir werden also, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Ergebnisse der Evaluierung der Antidiskriminierungsstelle umsetzen.

Auch begrüße ich die zusätzlichen 1,5 Millionen Euro für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie, die der Bund in diesem Haushalt bereitstellt. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus haben keinen Platz in unserer demokratischen Gesellschaft, die auf Vielfalt und Toleranz aufbaut.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns dafür gemeinsam streiten und dafür sorgen, dass diese zentralen Aufgaben auch entsprechend gewürdigt werden: zum einen durch politische Aufmerksamkeit und zum anderen durch die entsprechende finanzielle Ausstattung im Haushalt. Dabei muss auch ressortübergreifend gedacht werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Finanzierung des Heimkinderfonds Ost. Diese Aufgabe kann nicht allein vom Einzelplan 17 geschultert werden.

Gülistan Yüksel

(A) Dies sind nur einige wenige wichtige Maßnahmen. Uns stehen noch zahlreiche Herausforderungen bevor. Aber, wie Albert Einstein so schön sagte: „Inmitten von Schwierigkeiten liegen günstige Gelegenheiten.“ Sie sehen, dass wir mit vielen Vorhaben im Bereich der Familienpolitik auf dem richtigen Weg sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Auch Ihnen, Frau Yüksel, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede.

(Beifall)

Als nächster Redner hat der Kollege Alois Rainer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alois Rainer (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sagte in ihrer gestrigen Rede: „Wir investieren in unser wichtigstes Kapital, und das sind die Menschen.“ Wir investieren in die Familien in Deutschland, und das, meine Damen und Herren, ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit dem Haushalt 2014 machen wir einen großen Schritt in die richtige Richtung; denn schon für das Jahr 2015 und für die folgenden Jahre planen wir keine (B) Neuverschuldung. Dies zeigt, dass wir unsere Verantwortung für die künftigen Generationen sehr ernst nehmen. In diesem Zusammenhang sprechen wir heute über den Finanzplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf ist sehr deutlich eine Politik zu erkennen, die das Miteinander aller Generationen in unserem Land fördert. Wir wollen eine familienfreundliche Gesellschaft, eine familienfreundliche Bildungslandschaft und darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Gesellschaft, in der Kinder herzlich willkommen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ulrike Gottschalck [SPD] und Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sprechen bei diesem Einzelplan in diesem Jahr von Ausgaben in Höhe von rund 7,9 Milliarden Euro. Das entspricht einer Erhöhung um circa 1 Milliarde Euro. Diese Aufstockung untermauert nochmals, wie wichtig uns die Menschen und insbesondere die Familien in unserem Land sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ulrike Gottschalck [SPD])

Es wurde schon mehrfach angesprochen: Das Elterngeld nimmt mit 5,37 Milliarden Euro den größten Posten im Einzelplan 17 ein. Das Elterngeld ist und bleibt ein sehr wichtiges Instrument im Rahmen unserer Verantwortung für die Familien in Deutschland. So ersetzt das Elterngeld grundsätzlich 67 Prozent des nach der Geburt des Kindes wegfallenden Erwerbseinkommens. Mindestens aber erhalten alle anspruchsberechtigten Eltern (C) 300 Euro, und für Geringverdiener, Mehrkinderfamilien und Familien mit einer Mehrlingsgeburt wird das Elterngeld zusätzlich erhöht. Aufgrund der guten Resonanz wurde der Ansatz für das Elterngeld für dieses Jahr noch mal um 470 Millionen Euro angehoben. Dies zeigt zum einen, wie gut das Elterngeld von den Menschen, von den Familien, angenommen wird. Zum anderen ist positiv zu verzeichnen, dass mitunter auch die Geburtenzahlen in Deutschland ansteigen. Bereits im letzten Jahr ergab sich daher ein Anstieg der Geburtenzahl von rund 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dies hatte zur Folge, dass die ursprüngliche Prognose von 660 000 Geburten übertroffen wurde und tatsächlich 670 000 Geburten zu verzeichnen waren.

Ein weiterer wesentlicher Ansatz im Etat des Einzelplans – da muss ich ein bisschen schmunzeln; da gibt es viele Freunde – ist natürlich für das Betreuungsgeld.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Es gibt nicht viele Freunde!)

– Doch, die Freunde sind in der Mehrheit. – Mit der Erhöhung um 460 Millionen Euro auf jetzt 515 Millionen Euro reagieren wir darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Betreuungsgeld angenommen wird.

(Zuruf von der LINKEN: In Bayern!)

Es zeigt, dass es richtig war, diesen Schritt trotz der schwierigen Diskussionen zu gehen und das Betreuungsgeld einzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sönke Rix [SPD]: Das machen wir aber nicht in dieser Wahlperiode! Das ist leider schon vorher passiert!) (D)

Damit haben Eltern und junge Familien die Möglichkeit, ein Stück weit unabhängiger über die Betreuungs- und Erziehungsaufgaben in der Familie oder im privaten Umfeld zu entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michael Leutert [DIE LINKE]: Vorher nicht?)

Darüber hinaus wurde – das freut mich besonders – auch die Erhöhung der Zuweisung an die Conterganstiftung um 120 Millionen Euro im Familienhaushalt berücksichtigt. Damit wollen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherstellen, dass die Leistungen an die Contergangeschädigten in Form der Conterganrenten und medizinischen Hilfen weiter erbracht werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Angesichts dieser Bilanz und dieser Zahlen kann uns wohl kaum der Vorwurf gemacht werden, wir würden nicht genügend Mittel in den Einzelplan 17 einstellen. Vielmehr setzen wir uns – wie ich bereits eingangs beschrieben habe – bewusst dafür ein, dass zum Beispiel die Eltern die Wahlfreiheit bei der Kindererziehung behalten, aber auch, dass Familien gerade in den schwierigen Anfangsjahren finanziell unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Sönke Rix [SPD])

Alois Rainer

(A) Ein Punkt, der noch große Beachtung finden muss, ist der Bundesfreiwilligendienst. Es geht vor allem um einen vielseitigen Bundesfreiwilligendienst. Hier engagieren sich Frauen und Männer für das Allgemeinwohl und leisten dadurch einen erheblichen, unglaublich wichtigen Beitrag für eine stabile Gesellschaft. Dafür möchte ich denen, die sich für den Bundesfreiwilligendienst zur Verfügung stellen, herzlich danken und ihnen meine Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist wichtig, dass wir das Engagement weiter nutzen und eine dauerhafte Finanzierung sicherstellen können.

Die steigende Lebenserwartung der Menschen und das Älterwerden der Gesellschaft beinhalten neue Herausforderungen, bieten aber auch neue Chancen. Unsere Politik für Senioren zielt zum einen darauf ab, die Älteren in ihrem Engagement bei der Entfaltung ihrer Kompetenzen und Kapazitäten zu unterstützen und zu fördern, und zum anderen, die Vereinbarkeit von Pflege und eigener Erwerbstätigkeit zu verbessern.

Mit den Mehrgenerationenhäusern, die die Potenziale aller Generationen – die Bewohner spiegeln den Querschnitt der Gesellschaft wider – fördern, haben wir eine sehr innovative Antwort auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung gefunden. So wurde im Koalitionsvertrag festgehalten, dass ein Konzept entwickelt wird, damit nach dem Wegfall der ESF-Mittel die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser sichergestellt ist.

(B) Insgesamt kann man festhalten, dass der vorliegende Haushaltsentwurf eine gute Grundlage für die kommenden Beratungen ist. Mir ist völlig klar: An einen Haushälter werden viele Wünsche herangetragen. Wünsche gibt es immer und viele. Leider kann man nicht alle Wünsche erfüllen. Wichtig ist es, Prioritäten zu setzen. In diesem sehr guten Haushaltsentwurf wurden sie entsprechend gesetzt.

Liebe Frau Dr. Brantner, sehr verehrte Kollegen, ich könnte Ihnen in der mir verbleibenden Redezeit über meine Erfahrungen als amtierender Bürgermeister, leider nicht mehr lange, berichten. Ich könnte Ihnen einige Beispiele nennen, wie es in einer Kindertagesstätte zugehen kann, wenn sie gut organisiert ist, auch wenn jemand fehlt. Wenn der Wille zur Flexibilität vorhanden ist, dann funktioniert es sehr gut. An meinem Dialekt ist zu erkennen, wo es gut funktioniert: Ich komme nämlich aus Bayern.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin in der Debatte ist Uli Gottschalck, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ulrike Gottschalck (SPD): (C)

Frau Präsidentin! – Das ist heute übrigens die zweite Präsidentin, die bei unserer Debatte den Vorsitz hat. So viel zum Thema „Frauen in Führungspositionen“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Toll, dass wir das hinbekommen haben. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich nicht an mein Redekonzept halten. Viel lieber möchte ich mit einigen Legenden und Unwahrheiten aufräumen, die von der Opposition teilweise verbreitet wurden.

Ich bin sehr froh, dass wir endlich eine Familienministerin haben – die Altlast Betreuungsgeld ist hier ein warnendes Beispiel –, die mit Herz und Verstand für Familien, Frauen, Senioren, Kinder und Jugend arbeitet, und das engagiert und gern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Hatten wir vorher auch!)

Sie hat in den Koalitionsverhandlungen sehr gut verhandelt. Diese Erfolge setzt sie jetzt sukzessive um.

Zu dem, was ich hier von Herrn Leutert gehört habe, der mir als Hauptberichterstatter zu dem Einzelplan 17 bisher, ehrlich gesagt, nicht besonders aufgefallen ist,

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Ich habe das neu übernommen!)

kann ich nur sagen: Höher, schöner, breiter – das geht immer. Aber man muss auch ein Stück weit erwarten können, dass von euch Vorschläge und Konzeptionen vorgelegt werden. Wie hättet ihr es denn gerne? Es ist ein bisschen schwierig, wenn man immer nur fordert. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bleibe bei den Linken und komme zu Frau Golze. Frau Golze, es stimmt einfach nicht, dass wir beim Kinder- und Jugendplan kürzen. Lesen bildet, aber fragen hilft auch.

(Diana Golze [DIE LINKE]: Ich hatte sogar Mathe-Leistungskurs!)

Das ist in einen anderen Titel ausgelagert worden; das steht auch unten drunter. 1,2 Millionen Euro sind in einen anderen Titel für die politische Bildung junger Leute geflossen. In diesem Bereich sind es sogar 370 000 Euro mehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Diana Golze [DIE LINKE])

Das ist für meinen Geschmack zwar immer noch zu wenig, aber es ist ein Anfang. Es ist schlicht gelogen, dass wir um 1,2 Millionen Euro kürzen. Das stimmt nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Diana Golze [DIE LINKE]: Doch!)

(A) In diesem Zusammenhang will ich gleich einen anderen Punkt ansprechen: Ich bin mir mit dem sehr geschätzten Unionshaushälter einig, dass wir an diesem Punkt nacharbeiten möchten, um die Jugendverbände noch ein wenig besser zu unterstützen. Wir suchen nach Spielräumen. Das machen wir gemeinsam.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Golze, es stimmt auch nicht, dass wir beim Unterhaltsvorschuss kürzen. Wir kürzen auch nicht beim Kinderzuschlag, was Frau Brantner gesagt hat.

(Diana Golze [DIE LINKE]: Doch! – Gegenruf des Abg. Sönke Rix [SPD]: Nein!)

Das sind Pflichtleistungen. Das sind gesetzlich vorgeschriebene Leistungen, die bezahlt werden müssen.

(Diana Golze [DIE LINKE]: Der Haushaltsansatz ist gekürzt! – Gegenruf des Abg. Sönke Rix [SPD]: Aber doch nicht der Kinderzuschlag!)

– Vielleicht macht der Herr Leutert mit Ihnen einmal ein kleines Haushaltsseminar, um Ihnen das näherzubringen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Frau Kollegin Gottschalck, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin der Linken?

(B) (Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]: Viertel nach drei! Das ertrage ich nicht mehr!)

Ulrike Gottschalck (SPD):
Sehr gerne.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Bitte schön.

Diana Golze (DIE LINKE):
Es tut mir leid, Herr Weinberg, dass Sie um Viertel nach drei nicht mehr über Familienpolitik reden wollen. Dazu fällt mir nichts mehr ein.

(Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]: Nicht über Dinge, die selbstverständlich sind!)

Frau Kollegin, danke, dass Sie die Frage zulassen. Ich habe von dem gekürzten Haushaltstitel gesprochen. Ich habe Sie gebeten, mir zur erklären, wie Sie darauf kommen. Ich habe gesagt, dass ich nicht glaube, dass es weniger Alleinerziehende gibt, die einen Unterhaltsvorschuss brauchen. Bitte erklären Sie mir das einfach. Ich habe hier Fragen gestellt. Über die sozialen Netzwerke wird mir sogar schon gesagt: Mensch, du hast so viele Fragen gestellt, aber du bekommst keine Antworten. Ich hätte gerne eine Antwort, und zwar nicht morgen früh um 8 Uhr in der einstündigen Sitzung des Familienausschusses. Ich hätte gerne eine wirklich sachliche Bearbeitung dieses Themas. Ich habe viele Fragen gestellt. Ich würde mich freuen, wenn Sie eine davon beantworten könnten.

Ulrike Gottschalck (SPD): (C)
Frau Golze, ich denke, es ist nicht meine Aufgabe, Sie in Haushaltsrecht zu unterrichten. Diesbezüglich möchte ich Sie an Herr Leutert verweisen.

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber billig! – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einfach antworten!)

Es folgen noch viele Beratungen. Ich komme gerne in Ihre Sitzung und unterstütze Sie, wenn Sie Fragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich würde jetzt gerne mit meinem Redebeitrag weitermachen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Gestatten Sie auch noch eine Zwischenfrage des Kollegen Leutert?

Ulrike Gottschalck (SPD):
Ich möchte jetzt erst einmal weitermachen. Vielleicht stellt er seine Frage zum Schluss meiner Rede.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Ich hätte gerne zur Aufklärung beigetragen!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Sie dürfen die Kollegin Golze dann unterrichten. Danke. (D)

Ulrike Gottschalck (SPD):
Genau. – Ich verstehe ehrlich gesagt nicht – das gilt auch für die Kollegin der Grünen –, warum man sich bei diesem Thema so echauffieren muss.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie die Frage nicht beantworten!)

Wir haben verhandelt. In Koalitionsverhandlungen muss man Kompromisse eingehen. Ihr müsst euch nur einmal die Grünen in Hessen anschauen. Dann werdet ihr sehen, wie geschmeidig die Grünen dort geworden sind.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Peter Wichtel [CDU/CSU] – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür haben wir wirklich dicke Punkte herausverhandelt. Hier wurde zum Beispiel die Qualifizierungsoffensive lässig abgetan. Sie wurde belächelt, und es wurde gesagt, das seien gerade einmal 4 Millionen Euro.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie lenken ab von Ihrem Nichtwissen, würde ich sagen!)

– Ekin, hörst du vielleicht einmal zu?

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Du bist Haushälterin. Wenn du in den Haushaltsentwurf schaust, wirst du feststellen, dass die Mittel für die Qualifizierungsoffensive in 2014 um 4 Millionen Euro stei-

(A) gen, mit Verpflichtungsermächtigungen. 2017 stehen wir dann bei 100 Millionen Euro. Ich denke, das ist eine wichtige Botschaft. Wir geben 100 Millionen Euro für diese Qualifizierungsoffensive aus. Aber man kann nicht alles sofort haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Gerade der Bereich frühkindliche Bildung ist der Ministerin und uns besonders wichtig; denn frühkindliche Bildung ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

und hat etwas mit Chancengleichheit zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hoffe ich sehr, dass unser Haus von diesen 6 Milliarden Euro, die für Krippen, für Schulen,

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hochschulen! Forschung!)

für Kitas und Hochschulen vorgesehen sind, angemessen profitiert.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

Aber ich räume auch mit dem Vorurteil auf, das Sie gerade vorgebracht haben. Sie haben gesagt, dass dies auch die Forschung umfasst. Das stimmt nicht. Für die Forschung gibt es 3 Milliarden Euro extra. Das kommt dann Bildung und Forschung zugute.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Also immer schön bei der Wahrheit bleiben. Ich denke, das wird uns allen weiterhelfen.

Ich finde, es ist ein guter Entwurf. Ich wollte noch etwas zum BAFzA sagen, aber dafür reicht meine Redezeit nicht. Uns liegt ein guter Entwurf vor, den wir in nächster Zeit beraten werden. Ich bin sehr guter Hoffnung, dass wir konstruktiv, sehr fachlich und vielleicht auch sachlich orientiert an dieses Vorhaben herangehen können.

Ich bedanke mich und freue mich auf die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Vielen Dank. – Das Wort zu einer Kurzintervention erhält jetzt der Kollege Leutert.

Michael Leutert (DIE LINKE):
Frau Kollegin Gottschalck, es tut mir leid, dass wir uns noch nicht kennengelernt haben. Wir werden es in den nächsten vier Jahren bestimmt tun. Ich habe die Hauptberichterstattung für dieses Ministerium erst neu übernommen. Das ist nun einmal so. Ich habe acht Jahre lang darum gekämpft, dieses tolle Ministerium als Hauptberichterstatter begleiten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich wurde um Aufklärung darüber gebeten, wie sich das nun im Haushalt verhält. Ich kann bestätigen: Wenn in einem Titel eine niedrigere Zahl steht als im vorherigen Haushalt, dann ist das eine Kürzung, und wenn Sie nicht nachweisen können, dass der Bedarf geringer ist als vorher, dann ist das sogar eine ungerechtfertigte Kürzung. (C)

(Beifall bei der LINKEN – Elke Ferner [SPD]: Unsinn!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Frau Kollegin Gottschalck.

Ulrike Gottschalck (SPD):
Herr Leutert, Sie haben Haushaltspolitik schon früher gemacht als ich. Ich denke, ich muss Ihnen nicht erklären, dass es sich um Ausgabereste handelt, die dafür verwendet werden.

(Michael Leutert [DIE LINKE]: Darüber haben wir nicht gesprochen!)

Das ist keine Leistungskürzung. Vielleicht lernen Sie das auch noch, Frau Golze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Demnach ist es weniger!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor. (D)

Wir kommen deshalb zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Gesundheit, Einzelplan 15.**

Ich bitte jetzt, zügig die Plätze zu wechseln. – Herr Kollege Lauterbach, bitte nehmen Sie Platz.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Manche Dinge ändern sich nie! – Gegenruf des Abg. Dr. Karl Lauterbach [SPD]: War noch nicht frei!)

Ich eröffne die Debatte. Das Wort für die Bundesregierung hat Herr Bundesminister Hermann Gröhe.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Karl Lauterbach [SPD])

Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit:
Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn wir erst am Anfang dieser Haushaltsberatungen stehen, möchte ich mich gleich zu Beginn bei den Berichterstatterinnen und Berichterstattern zum Einzelplan 15 für die bisherige gute Zusammenarbeit bedanken. Ich freue mich auf die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit bei der konkreten weiteren Beratung in den nächsten Wochen.

Wenn man, wie es bei mir der Fall ist, einen Ressorthaushalt das erste Mal vor diesem Haus zu vertreten hat, dann schaut man natürlich nach, wie die Situation in der Vergangenheit war. Wie war die Lage in der vergange-

Bundesminister Hermann Gröhe

(A) nen Legislaturperiode? Was hat sich verändert? Welche neuen Herausforderungen haben wir?

Vier Jahre zurückgeschaut, am Beginn der letzten Legislaturperiode, standen die sozialen Sicherungssysteme noch ganz im Zeichen des Schocks aufgrund der Finanzkrise. Die Furcht vor Beitragserhöhungen war groß, die Einnahmeseite stand unter Druck. Um 3,9 Milliarden Euro musste damals der Bundeszuschuss erhöht werden, um die Krankenversicherung hinsichtlich ihrer Finanzlage zu stützen. Wir haben uns damals zu Recht dafür entschieden, auch eine höhere Verschuldung in Kauf zu nehmen, um die sozialen Sicherungssysteme in diesem Land stabil zu halten.

Heute können wir feststellen: Die gesetzliche Krankenversicherung und der Gesundheitsfonds stehen gut da. Allein im Gesundheitsfonds stehen Liquiditätsreserven von 13,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Rücklagen der gesetzlichen Krankenversicherung sind zugleich auf rund 18 Milliarden Euro angewachsen. Zu Beginn der letzten Legislaturperiode hatte die Sozialversicherung Hilfe aus dem Bundeshaushalt nötig. Heute sind wir in der Lage, einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts zu leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist aber kein Selbstzweck. Gesunde Staatsfinanzen und ein solides, solidarisches Gesundheitswesen bedingen einander. Unsere Politik der Haushaltskonsolidierung stärkt die wirtschaftliche Entwicklung und damit
(B) die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt. Gute und sichere Arbeitsplätze sind aber auch das Fundament unseres leistungsfähigen Gesundheitswesens. Verantwortungslose Schuldenmacherei oder ein grenzenloses Drehen an der Beitragsschraube vernichten Arbeitsplätze und würden auch die Verlässlichkeit unserer sozialen Sicherungssysteme untergraben. Deshalb ist beides mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle mit einigen Missverständnissen aufräumen – ich will hoffen, dass es Missverständnisse waren; sonst müsste ich den Beitrag von Frau Kipping in der Generaldebatte schon als Boshaftigkeit verstehen –: Die vorgesehene Absenkung des Bundeszuschusses auf 10,5 Milliarden Euro führt keineswegs dazu, dass Abstriche bei der Gesundheitsversorgung gemacht werden müssen. Keine einzige medizinische Leistung wird dadurch infrage gestellt;

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre ja auch noch schöner!)

denn Kürzungen bei den Krankenkassen wird es nicht geben. Das Argument, die Krankenkassen müssten deswegen die Beitragssätze erhöhen, geht völlig an der Wirklichkeit vorbei. Den Krankenkassen stehen auch für die Jahre 2014 und 2015 die vollen 14 Milliarden Euro aus Steuermitteln zur Verfügung. Die Versicherten werden nicht zusätzlich belastet,

(C) (Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Märchen!)

weil wir die Mindereinnahmen durch die Entnahme aus der Liquiditätsreserve, die prall gefüllt ist, ausgleichen.

Da Sie in den nächsten Jahren zu erwartende Ausgabensteigerungen angesprochen haben, weise ich Sie auf den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes hin, in dem ausdrücklich festgelegt ist, dass der Bundeszuschuss bereits im nächsten Jahr um 1 Milliarde Euro ansteigen wird, 2016 dann auf 14 Milliarden Euro und ab dem Jahr 2017 auf 14,5 Milliarden Euro. Das spricht für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die sowohl die konjunkturelle Lage als auch die Stabilität unserer Sozialkassen im Auge hat. Diese werden wir auch in Zukunft fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen, meine Herren, zum Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland gehört zentral, dass sich alle Menschen in unserem Land darauf verlassen können, dass ihnen bei Krankheit, bei Pflegebedürftigkeit oder im Fall eines Unfalls menschliche Zuwendung und qualifizierte Hilfe zuteil werden. Deutschland verfügt über ein solidarisches und leistungsfähiges Gesundheitswesen, das vielen in der Welt als Vorbild dient. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, halte ich folgende Weichenstellungen für erforderlich:

Erstens: solide Finanzen. Gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode haben wir dem mit zwei Gesetzen Rechnung getragen. Mit dem 14. SGB-V-Änderungsgesetz
(D) wurden der Preisstopp für Arzneimittel verlängert und der Herstellerrabatt auf 7 Prozent festgeschrieben; die GKV spart dadurch im Jahr rund 650 Millionen Euro. Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung sichert Beschäftigung in Deutschland, stärkt die Finanzstruktur der Kassen, sorgt für gerechte Ausgleiche, schützt Versicherte vor Überforderung und fördert den notwendigen Wettbewerb zwischen den Kassen.

Mit der Festschreibung des Beitragssatzes für die Arbeitgeber vermeiden wir zusätzliche Belastungen bei den Lohnnebenkosten; denn wir wollen Wachstum und Arbeitsplätze weiter fördern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die einkommensunabhängigen Zusatzprämien werden künftig entfallen, sie werden verschmolzen mit dem bisherigen 0,9-prozentigen Zusatzbeitrag, den die Mitglieder seit Juli 2005 zu entrichten hatten. Der neue persönliche, einkommensabhängige Zusatzbeitrag wird von Kasse zu Kasse variieren. Also erhalten die Versicherten ein klares Preissignal und haben im Falle von Preiserhöhungen auch ein Sonderkündigungsrecht. Der Wettbewerb wird so gefördert. Das zeigt bereits Wirkung: Sieben gesetzliche Krankenkassen wollen im nächsten Jahr ihre Beiträge senken. Das ist im Sinne der Versicherten in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) Zweitens. Wir sichern verlässliche Strukturen. Eine gute Gesundheitspolitik schafft verlässliche Strukturen, damit sich die Menschen im Krankheitsfall auf medizinische Versorgung verlassen können, die bezahlbar und die gut erreichbar ist.

Das gilt für die ambulante Versorgung: Deshalb haben wir zum 1. April dieses Jahres die Hausarztverträge gestärkt und wollen noch in diesem Jahr die Möglichkeiten zur Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Das ist interessant!)

Das gilt aber auch für die stationäre Versorgung: Deshalb werden wir schon bald in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe mit den Ländern darüber reden, wie wir eine qualitativ hochwertige, flächendeckende Krankenhausversorgung in unserem Land sicherstellen können.

Von zentraler Bedeutung für mich sind die umfassenden Verbesserungen im Bereich der Pflege. In 15 Jahren werden rund 1 Million Menschen mehr in diesem Land pflegebedürftig sein als heute. Deshalb wird der Ausbau der Leistungen der Pflegeversicherung ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit dieser Bundesregierung sein.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Das ist ein echter Kraftakt, den wir den Pflegebedürftigen in unserem Land schuldig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(B) Wir gehen diese Verbesserungen zügig an: In dieser Woche ist der Gesetzentwurf für die erste Stufe der Pflegereform in die Ressort-, Länder- und Verbändeabstimmung gegangen. Zum 1. Januar des nächsten Jahres wollen wir umfassende Leistungsverbesserungen im Umfang von insgesamt 2,4 Milliarden Euro für eine bessere Unterstützung der Pflege zu Hause, für mehr Betreuungskräfte in unseren Pflegeeinrichtungen und für eine Anpassung der Leistungssätze an die Preisentwicklung der letzten Jahre umsetzen.

Vorgestern habe ich dem Spitzenverband der Pflegekassen grünes Licht gegeben für den Start einer Erprobungsphase für die umfassende Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.

(Beifall der Abg. Rudolf Henke [CDU/CSU] und Mechthild Rawert [SPD])

In zwei Studien werden wir bis Anfang 2015 die praktische Anwendung, die Alltagstauglichkeit des neuen Begutachtungssystems testen. 4 000 Personen im gesamten Bundesgebiet werden dann vergleichend nach dem alten und nach dem neuen System begutachtet, um daraus für die anschließende Umsetzung zu lernen, wenn wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und das neue Begutachtungssystem in gesetzliche Regelungen gießen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen, meine Herren, die Beschäftigten in den Pflegeberufen, ob in der Alten- oder in der Krankenpflege, leisten Tag für Tag Eindrucksvolles. Wir wollen ihre Arbeitsbedingungen spürbar verbessern. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Wir wollen zugleich für Anerkennung und für qualifizierten Nachwuchs im Bereich der Pflege werben. Auch das finden Sie im Haushalt wieder: So möchte das Bundesgesundheitsministerium eine Kampagne für die Pflegeberufe starten. Neben den zahlreichen Informationen rund um die Pflegereform werden wir hierfür insgesamt 3 Millionen Euro ausgeben.

Das ist nur ein Teil des Gesamtbetrages von 43 Millionen Euro, den wir für Prävention und Aufklärung aufwenden möchten. So gibt es etwa eine weitere Kampagne im Bereich der Organspende; sie soll in diesem Jahr mit 7,5 Millionen Euro und damit mit noch höheren Mitteln als im letzten Jahr fortgesetzt werden.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Klein-Schmeink?

Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit:

Ja.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Entschuldigung; das war gar keine Meldung. (D)

Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit:

Ich hätte es gestattet.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich eine weitere Weichenstellung ansprechen: gute Qualität. Ein weiterer finanzieller Schwerpunkt unseres Haushaltes liegt auf der Forschung. Dieser Titel umfasst 23,5 Millionen Euro. Hierin sind Förderungen enthalten, die die Qualität in unserem Gesundheitssystem weiter voranbringen sollen: zum Beispiel der Ausbau der Versorgungsforschung – nicht zuletzt im Hinblick auf die Versorgung im ländlichen Raum –, Strategien zur Bekämpfung von Krebs mit einem Schwerpunkt auf der Stärkung von Früherkennungsangeboten, die Optimierung der Patientensicherheit – etwa in Bezug auf Arzneimittel und ihre Wechselwirkungen – und unsere Strategie zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Titel erwähnen, der mir besonders am Herzen liegt. Es geht um das Thema Kindergesundheit. Wir haben den 2012 ausgelaufenen Titel zur Kindergesundheit wieder aufgenommen. Diese Mittel wollen wir unter anderem für eine Bestandsaufnahme der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung in unserem Land nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich erwarte mir davon Erkenntnisse darüber, wo wir einen Nachbesserungsbedarf bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen haben und wie wir diese Bevöl-

(A) kerungsgruppe mit unserer Präventionsarbeit besser erreichen können.

Hierfür und für die anderen genannten Punkte erbitte ich Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herzlichen Dank. – Nächster Redner in der Debatte ist der Kollege Harald Weinberg, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Harald Weinberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Gröhe, es wird Sie nicht wundern, dass meine Bilanz etwas anders ausfällt. Es zeichnet sich nämlich schon jetzt ab, dass die Bürgerinnen und Bürger von dieser Bundesregierung im Bereich der Gesundheitspolitik nicht viel erwarten können.

Den Koalitionsvertrag kann man in großen Teilen mit den Worten „Weiter so!“ zusammenfassen. Das gilt im Guten wie im Schlechten. Dort, wo das Gesundheitssystem gut funktioniert, kann und sollte man es natürlich auch dabei belassen. Es gibt aber eben auch Probleme, die auf eine Lösung warten und die Millionen Bürgerinnen und Bürger betreffen. Der Koalitionsvertrag und die Bundesregierung wirken hier sehr uninspiriert und mut-
(B) los.

Der Dienst für Gesellschaftspolitik – dfg – bezeichnete Herrn Gröhe schon einmal als „Null-Bock-Minister“. Ich will ihm das persönlich nicht vorhalten, aber in der Gesundheitspolitik haben wir eine Null-Bock-Koalition, die die anstehenden Probleme nicht anpackt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Problem, das in Deutschland lebende Menschen wirklich betrifft – nicht nur die Kranken –, ist die ungerechte Finanzierung. Im Kern wird diese in vielen Punkten ungerecht bleiben.

Erklären Sie mir, warum ein Facharbeiter mit 3 500 Euro im Monat knapp 330 Euro für Kranken- und Pflegeversicherung zahlt, während der Erbe eines Hauses, der 2 500 Euro Mieteinnahmen pro Monat erzielt und nebenbei noch 1 000 Euro in Teilzeitarbeit verdient, nicht einmal 100 Euro im Monat zahlen muss. Beide haben im Monat 3 500 Euro brutto, der eine zahlt aber dreieinhalb Mal so viel wie der andere.

Ein Selbstständiger – ein Kioskbesitzer, ein Imbissverkäufer oder ein Wirt –, der sich mit gerade einmal 800 Euro im Monat über Wasser halten kann: Warum zahlt er einen Regelbeitrag von über 300 Euro?

Warum muss ein privat Krankenversicherter im Ruhestand jährlich teils zweistellige Beitragserhöhungen hinnehmen, und wie soll er das in Zukunft dauerhaft bezahlen?

(C) Was ist daran gerecht, wenn die Arbeitgeber weniger zur Finanzierung der Krankenversicherung beitragen als die Arbeitnehmer?

(Beifall bei der LINKEN)

Was ist daran gerecht, dass alle künftigen Beitragserhöhungen alleine von den Versicherten gezahlt werden, der Arbeitgeber davon also gar nichts mehr zahlt?

Ist es sinnvoll, dass zwei Patienten mit derselben Krankheit eine unterschiedliche Behandlung bekommen, je nachdem, ob sie privat oder gesetzlich versichert sind?

Das alles sind Ungerechtigkeiten, die mit einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung behoben werden könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber genau das wollen Union und SPD bis mindestens 2017 nicht tun. So haben sie es verabredet. Deshalb haben wir bei diesen Problemen einen Stillstand.

So weit, so schlecht.

Was ist mit dem Pflegenotstand in Krankenhäusern? Die Ursache hierfür liegt in der Finanzierung der Krankenhäuser, die für einen scharfen Wettbewerb der Kliniken untereinander sorgt. In diesem Wettbewerb ist das Krankenhaus am erfolgreichsten, das am meisten am Personal spart.

Je weniger Pflegekräfte sich um die Patienten küm-
mern, desto länger dauert es bis zur Entlassung und bis (D)
zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und umso häufiger sterben die Patientinnen und Patienten. Das sagen uns Studien.

Was ist mit der Krankenhaushygiene? 30 000 Menschen sterben jährlich an Krankenhausinfektionen – rund zehnmal so viele wie an Verkehrsunfällen –, zum Teil auch als Resultat des Personalmangels. In Deutschland wäre ein Krankenhaus, das so viel Personal zur Verfügung stellt, wie es in vergleichbaren Ländern üblich ist, binnen Monaten pleite. Da stimmt doch das Finanzierungssystem nicht. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir das Finanzierungssystem auf eine neue Grundlage stellen. Denn das darf nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, im Koalitionsvertrag geben Sie immerhin zu verstehen, dass Sie das Problem in Teilen verstanden haben. Aber Sie planen keine einzige wirkungsvolle Maßnahme, die für mehr Personal in den Kliniken sorgt. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass Krankenhäuser nachweisen müssen, dass sie das ihnen von den Kassen überwiesene Geld auch für Personal einsetzen. Bereits jetzt sind die Kosten für Pflegekräfte in der Fallpauschalenkalkulation berücksichtigt. Aber wenn wir mehr Personal in den Krankenhäusern wollen – das brauchen wir auch dringend –, dann muss es mehr Geld außerhalb der Fallpauschalen geben. So einfach ist das.

(Beifall bei der LINKEN)

Harald Weinberg

(A) Mehr Geld sieht der Koalitionsvertrag aber nicht vor. Das Qualitätsinstitut, das Sie nun planen, ist sicherlich keine falsche Sache.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Nein! Es ist positiv! Eine gute Sache!)

Das Institut wird aber keine Qualitätsverbesserungen bringen, sondern zunächst einmal nur die Qualität messen. Wenn das Personal fehlt, wird es nicht zu Qualitätsverbesserungen kommen.

Was ist mit der flächendeckenden ambulanten Versorgung? Union und SPD singen bereits im zweiten Satz des Gesundheitsteils im Koalitionsvertrag ein Loblied auf die Freiberuflichkeit der Ärztinnen und Ärzte. Im Klartext heißt das, dass die Arztpraxen möglichst keine Konkurrenz bekommen sollen. Selbst dort, wo es einen Ärztemangel gibt und wo sich kein Arzt niederlassen will, darf das örtliche Krankenhaus nur so lange ambulante Leistungen erbringen, bis sich vielleicht doch ein Arzt in der Nähe niedergelassen hat. Ich frage Sie: Welches Krankenhaus tätigt unter diesen unsicheren Rahmenbedingungen die notwendigen Investitionen? Keines, vermute ich.

Aber eine Maßnahme haben Sie bereits beschlossen: Der Finanzminister will einen ausgeglichenen Haushalt, und gleichzeitig ist von der wichtigsten SPD-Wahlkampfforderung, mehr Steuern von Wohlhabenden zu erheben, nichts übrig geblieben. Was also tun? Man greift in die Reserven des Gesundheitsfonds. 6 Milliarden Euro packen Sie in diesem und im nächsten Jahr aus dem Gesundheitsfonds in den Bundeshaushalt. Das ist
(B) das Geld, das die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in den letzten Jahren eingebracht haben.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Unfug! – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Quatsch!)

Der Bundeszuschuss – um das an dieser Stelle auch dem Publikum noch einmal deutlich zu sagen – dient dazu, versicherungsfremde Leistungen zu finanzieren. Wenn wir den Bundeszuschuss kürzen, dann bedeutet das gleichzeitig, dass Beitragsmittel für versicherungsfremde Leistungen, beispielsweise die Mitversicherung von Familienangehörigen, herangezogen werden. Insofern gehen Sie also doch an die Beitragsmittel heran. Um diese Argumentation kommen Sie nicht herum.

(Beifall bei der LINKEN – Johannes Kahrs [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Die Beitragszahler sind hauptsächlich Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen. Geschont werden dafür insbesondere Bezieher hoher Einkommen und Besitzer großer Vermögen. Insofern gilt das Motto „Nimm es den Armen und gib es den Reichen“. So könnte man diese umgekehrte Robin-Hood-Politik von Union und SPD zusammenfassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Fazit: Diese Koalition verweigert sich der Lösung drängender Probleme, entscheidet im Zweifel gegen die Versicherten und für die Arbeitgeber, für Gutverdienende und die Pharmaindustrie. Sie haben gesagt, dass der Rabatt mit dem AMNOG eingeführt wurde. Sie haben aber vergessen, zu erwähnen, dass der Rabatt vorher höher war und entsprechend gesenkt worden ist. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich fürchte, an diesem Kurs wird sich, sofern die Koalition so lange durchhält, bis 2017 nichts ändern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erhält jetzt das Wort Professor Dr. Karl Lauterbach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):
Frau Präsidentin! Mein Platz war eben noch nicht frei, sonst hätte ich schon gesessen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Das habe ich von hier aus anders gesehen.

Dr. Karl Lauterbach (SPD):
Dann war die Perspektive schlecht. – Ich will zunächst auf die Rede von Herrn Weinberg eingehen. Ich halte es für sehr problematisch, wenn wir uns mit Schmähungen beschäftigen, die in dubiosen Branchendiensten über uns zu lesen sind. Das ist einfach nicht gut. (D)

(Beifall der Abg. Karin Maag [CDU/CSU])

Ich halte es für falsch, dass wir solche Dienste aufwerten, indem wir deren Beschimpfungen, die wir alle gelegentlich ertragen müssen, auch noch im Hohen Haus, im Parlament, zitieren.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Richtig!)

Von daher bitte ich Sie: Unterlassen Sie das schlicht und ergreifend! Dafür sind wir sonst über kurz oder lang alle betroffen. Das ist eine Aufwertung von Schmutz, den wir im Parlament nicht benötigen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, muss ich sagen: Sie haben einiges gesagt, das schlicht nicht stimmt. Ich fange einmal mit den wichtigsten Fehlern an:

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir für die Fallpauschalen kein zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Das ist schlicht nicht richtig. Wir haben vorgesehen, dass für die Hochkostenfälle mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Wir haben eine bessere finanzielle Berücksichtigung dieser Fälle in den Universitätskliniken vorgesehen. Es steht nirgendwo ein Wort davon, dass dies kostenneutral ist. Es ist also ganz klar, dass wir für die Fallpauschalen mehr Geld ausgeben werden. Es handelt sich dabei vor allem um Fälle, bei denen das besonders nötig ist und deren Kosten mit den Mitteln für die Hoch-

Dr. Karl Lauterbach

(A) kostenkliniken nicht abgedeckt werden können. Es ist daher schlichtweg falsch, zu behaupten, dass wir nicht mehr Geld für die Fallpauschalen ausgeben. Das ist eine falsche Kritik.

Es ist auch falsch, dass die Kliniken in den unterversorgten Gebieten die Leistungen nur beschränkt anbieten dürfen. Das stimmt schlicht nicht. Wir öffnen die Kliniken in unterversorgten Gebiete für die fachärztliche Versorgung. Diese Öffnung ist nicht zeitlich befristet. Somit ist auch das schlicht eine falsche Kritik.

Es ist auch falsch, dass das Institut für Qualitätssicherung in der Heilmittelversorgung nicht etatisiert ist. Wir haben festgelegt, dass es genauso etatisiert sein soll wie das funktionierende IQWiG, dem wir alle so viel verdanken, und zwar nach dem gleichen Leistungsgesetz und der gleichen Höhe, wie es bisher der Fall war. Somit verfügt es über eine solide Finanzierungsbasis. Über die Höhe können wir streiten. Sie können ja vorschlagen, dafür mehr auszugeben, beachten Sie aber, dass für das IQH die höchsten Ausgaben in Europa für ein Institut dieser Art bereitgestellt werden. Es gibt in keinem anderen europäischen Land ein Institut oder Bundesinstitut, das einen solchen Routineetat zur Verfügung gestellt bekommt. Sie reden also etwas klein, was wir gerade eingeführt haben. Das ist eine Fehldarstellung. Das stimmt so schlicht nicht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist ebenfalls unwahr, dass wir – so haben Sie es gesagt – den Bundeszuschuss gekürzt haben und deshalb (B) versicherungsfremde Leistungen demnächst verstärkt aus Versicherungsmitteln bezahlt werden müssen. Das ist falsch. Bis 2017 – der Haushalt gilt für die gesamte Legislaturperiode – wird der Etat, der aus Bundesmitteln bezahlt wird, um eine halbe Milliarde Euro erhöht, und zwar von 14 Milliarden Euro auf 14,5 Milliarden Euro. Das ist eine Erhöhung.

Man kann darüber streiten, ob das reicht; ganz klar. Man kann sagen: Das reicht nicht. – Aber in der Zeit bis dahin wird keine einzige Leistung aus den Rücklagen des Fonds bezahlt werden müssen. Sie haben nicht erwähnt, dass Überschüsse in Höhe von 30 Milliarden Euro im Fonds und in den Kassen liegen. Diese Überschüsse blieben unerwähnt. Zum Ende der Legislaturperiode werden wir einen höheren Bundeszuschuss haben als vorher. Es handelt sich also um eine Aufstockung des Bundeszuschusses für die versicherungsfremden Leistungen und nicht um eine Kürzung, wie Sie fälschlicherweise behauptet haben. Daher war auch diese Behauptung schlicht unwahr. Es war eine Kritik, die auf der Grundlage einer Fehldarstellung vorgetragen wurde.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich sage ganz offen: Ihre Rede war uninspiriert und vor allen Dingen – das ist viel wichtiger – uninformiert. So werden Sie hier im Hohen Hause keinen Erfolg haben. Das ist zumindest meine Überzeugung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Null Bock!)

Es soll hier keine große Lobhudelei sein – ich mag (C) das selbst nicht –, aber wir haben aus meiner Sicht ein paar Dinge erreicht, die nicht klein sind. Wenn wir das Preismoratorium nicht fortgesetzt hätten, dann wären die Preise zum Jahresbeginn explosionsartig gestiegen. Wir haben das Preismoratorium und die Festsetzung des Herstellerrabatts auf 7 Prozent schnell umgesetzt. Das spart bis zum Ende der Legislaturperiode immerhin über 3 Milliarden Euro.

Man kann nun natürlich sagen: Das reicht uns nicht. Ein höherer Rabatt wäre noch besser gewesen. – Das müssen Sie aber auch rechtlich begründen können. Wir können den Rabatt nicht willkürlich festsetzen, nach dem Motto der Linkspartei: Es darf ein Stückchen mehr sein, zum Beispiel 20 oder 25 Prozent. Je mehr Umverteilung, desto besser, immer drauf auf die Pharmaindustrie! – Sie müssen das begründen, und zwar vor dem Hintergrund, dass wir derzeit Überschüsse in Höhe von 30 Milliarden Euro haben. Wir haben den Rabatt damals richtigerweise in dieser Höhe eingeführt, weil die Kassen hohe Defizite gemacht haben. Jetzt machen die Kassen Überschüsse. Das müssen wir nun bei der Festsetzung der Rabatte berücksichtigen;

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

denn dies ist keine Willküraktion. Wir können den Rabatt nicht wie auf einem Basar festlegen; er muss angemessen sein. Ein Rabatt von 7 Prozent war aus meiner Sicht angemessen. Wir haben den Preisanstieg bei den Pharmaprodukten dadurch abbremsen können.

(D) Wir haben damals zu Oppositionszeiten gemeinsam dafür gekämpft, dass die Hausärzte bessere Arbeitsbedingungen bekommen. Ich sage in aller Klarheit: Bei den Hausarztverträgen ist jede Vergütungsbeschränkung entfallen. Das ist für die Hausärzte ein Durchbruch, wie es ihn seit Jahren nicht mehr gegeben hat. Wir haben die Hausarztverträge verbessert, indem wir die Qualitätssicherung zur Grundlage gemacht haben und die Chronikerprogramme darin verankert haben. Das ist eine Entbürokratisierung, und es wird zu einer Verbesserung der hausärztlichen Versorgung bei gleichzeitiger Qualitätssicherung führen.

Ich habe kein einziges Wort der Anerkennung gehört – das sage ich auch an die Adresse der Grünen –, obwohl wir diese Forderung, die wir selbst in der Opposition immer aufgestellt haben, erfüllt haben. Ich danke der Union und dem Minister dafür, dass dieser Weg gemeinsam gegangen wurde. Die hausärztliche Versorgung ist die Grundlage für jede Qualitätsverbesserung in der ambulanten Medizin in Deutschland.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Was die Finanzierung anbetrifft, ist zu sagen, dass es gelungen ist, die Kopfpauschalen abzuschaffen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Bis hierhin war die Rede gut!)

Es ist richtig, dass nicht jedes Element der Bürgerversicherung bereits umgesetzt wurde. Aber machen wir uns nichts vor: Wir sind in einer Großen Koalition, und in ei-

(A) ner Großen Koalition muss man sich fair einigen. Die faire Einigung sah so aus: Die Zusatzbeiträge werden wieder einkommensabhängig erhoben.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich freue mich schon auf die Reaktionen!)

Das heißt, Einkommensschwache profitieren von den höheren Beiträgen der Besserverdienenden. Es kommt sozusagen innerhalb der Kassen zu mehr Umverteilung zwischen den Einkommensstarken und den Einkommensschwachen.

Es kommt auch zu mehr Umverteilung zwischen den Kassen, weil der Finanzausgleich auf 100 Prozent ausgedehnt wurde. Das heißt, die Kassen mit mehr einkommensstarken Versicherten unterstützen die Kassen mit mehr einkommensschwächeren Versicherten. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Solidarität in unserem System. Das ersetzt zwar nicht die Bürgerversicherung komplett, aber immerhin wird dadurch die Solidargemeinschaft gestärkt. Diese Maßnahme wird dazu führen, dass Einkommensschwache geringere Beiträge zahlen müssen als Einkommensstarke.

Sie vergaßen auch zu erwähnen, dass wir die Zusatzbeiträge für diejenigen, die Arbeitslosengeld II beziehen, komplett abgeschafft haben. Da wird kein Zusatzbeitrag fällig. Auch das ist ein Schritt in Richtung Solidarisierung. Wir konnten nicht alles erreichen, aber es ist ein wichtiger Zwischenschritt, auf den wir stolz sein können.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich kann nur ganz kurz auf die große Pflegereform eingehen. Die große Pflegereform wird aus meiner Sicht eine der wichtigsten Reformen in unserem Solidarsystem sein, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Diese Reform hat ein Gesamtvolumen von fast 6 Milliarden Euro. Die Leistungen im ambulanten und stationären Sektor werden dynamisiert, und die Vergütung für die ambulante und stationäre Leistung – derzeit gibt es eine unterschiedliche Vergütung auch bei gleicher Leistung – wird angeglichen. Das neue System wird die gesamte Pflege entbürokratisieren: weniger Schreibarbeiten, mehr Pflege. Die Familien werden mehr unterstützt, weil ein Teil des Geldes für die Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege ausgegeben wird. Es handelt sich außerdem um ein lernendes System.

Wir legen auch noch einen Vorsorgefonds für die Babyboomer-Generation auf. Dazu stehen wir als SPD. Damit hier kein falscher Eindruck entsteht, sage ich: Wir stehen zum gesamten Koalitionsvertrag. Dazu zählt auch die Rücklage für die Babyboomer-Generation in Höhe von 1,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Wir werden an dem System in Gänze festhalten, indem wir die Solidarität ausbauen, die Qualität bei Pflege und Gesundheit verbessern und das System nachhaltig finanzieren. Wir tun dies in einer Art und Weise, dass es weniger Bürokratie, aber mehr Transparenz gibt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt: (C)

Vielen Dank. – Nächster Redner in der Debatte ist die Kollegin Maria Klein-Schmeink, Bündnis 90/Die Grünen.

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Minister! Wir haben von den Mitgliedern der Großen Koalition gerade schöne Geschichten gehört,

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Das waren Tatsachen!)

die girlandenreich erzählen sollten, dass man auf einem guten Weg ist, dass wir auf der einen Seite eine stabile Finanzierung bekommen werden und auf der anderen Seite mehr Qualität im Gesundheitswesen.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: So ist das!)

Die Wahrheit ist eine ganz andere.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben ja auch eine Rückschau vorgenommen. Wenn man sich anschaut, wie die Situation in den Krankenhäusern und in der Pflege ist, gehört zu dieser Rückschau ganz elementar der enorme Reformstau im Krankenhausbereich und in der Pflege, den Sie von Schwarz-Gelb geerbt haben. Das ist die große Aufgabe, die Sie sich jetzt auch vorgenommen haben. Das ist richtig, das ist gut. Eine Reform ist mehr als überfällig. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob es gelingen wird, diese Reform mit den vorgesehenen finanziellen Mitteln auch tatsächlich zu stemmen, bleibt noch dahingestellt. Meine Kollegin wird ja auch gleich für den Bereich der Pflege noch einmal den Finger in die Wunde legen.

Dann haben Sie versucht, darüber hinwegzureden und haben erzählt, dass wir ja heute die erste Haushaltsberatung der Großen Koalition im Bereich Gesundheit erleben. Die Wahrheit ist erst einmal: 95 Prozent dieses Haushaltes machen die Zuschüsse zum Gesundheitsfonds aus. Diese Zuschüsse sind nicht etwa Verhandlungsmasse, abhängig von der Finanzlage, sondern sie sind gesetzlich fixiert mit einem Auftrag. Dieser Auftrag heißt: Es ist ein Zuschuss des Steuerzahlers für den Beitragszahler für versicherungsfremde Leistungen. Sie wollten das vertuschen, indem Sie darauf verwiesen haben, dass wir eine große Rücklage bei den Kassen und im Gesundheitsfonds hätten. Die Wahrheit ist aber: Diese Zuschüsse sind dazu da, beitragsfremde Leistungen abzudecken im Bereich des Elterngeldes, des Kinderkrankengeldes, der Mitversicherung von Kindern und Ehepartnern. Das sind doch die eigentlichen Funktionen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Da geht es um 30 Milliarden Euro. Der Zuschuss deckt mit den insgesamt im Gesetz vorgegebenen 14 Milliarden Euro sowieso nur einen kleinen Teil ab.

Maria Klein-Schmeink

(A) Wenn Sie dort jetzt Geld entnehmen, machen Sie genau das, was der Kollege von den Linken betont hat: Sie nehmen Geld aus den Taschen der Beitragszahler, um einen vernünftigen und stabilen Haushalt vorweisen zu können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das ist das Gegenteil von solider Finanzierung. Das ist das Gegenteil von nachhaltiger Finanzierung. Das ist ein Griff in die Kassen der Sozialversicherung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Das ist auch ungerecht!)

Zusätzlich wollen Sie ja im Zuge der finanziellen Reform, die Sie in Kürze angehen wollen, einen Zusatzbeitrag einführen, der die Versicherten erneut zur Kasse bitten wird. Das ist zutiefst ungerecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, liebe SPD, ist auch das Gegenteil dessen, was Sie gemeinsam mit uns und den Linken im Wahlkampf versprochen haben. Sie sind wie wir für eine solidarische Finanzierung eingetreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wo bleibt genau dieses Konzept? Das möchte ich sehen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das Konzept hat nicht so viele Stimmen gekriegt!)

(B) – Das Konzept hatte trotzdem einen großen Rückhalt in der Bevölkerung; das wissen Sie.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Bei den Wahlergebnissen nicht!)

Nun hat der Minister ja auch noch einmal darauf hingewiesen, dass wir mit der Einführung des pauschalen Zusatzbeitrages vielleicht ein bisschen viel Wettbewerb im Gesundheitswesen hatten, sozusagen eine Überstrapazierung des Wettbewerbs, der dazu geführt hat, dass die Kassen sehr stark auf ihre Ausgaben geschaut haben. Sie meinen, dass Sie jetzt mit dem prozentualen Zusatzbeitragssatz einen moderateren Weg gehen. Fakt ist aber: Sie werden den Preiswettbewerb weiter fortsetzen. Das wird dazu führen, dass die Leistungen schlechter werden, dass die Krankenkassen nicht in bessere Qualität und bessere Versorgung investieren, sondern wie das Kaninchen auf die Schlange schauen werden, wie ihr Beitragssatz und ihre Position im Preiswettbewerb der Krankenkassen aussehen werden. Das ist das Gegenteil von Gerechtigkeit und Qualität in der Versorgung. Genau dieser Weg wurde schon während der schwarz-gelben Regierungszeit beschritten. Der Schwerpunkt liegt vor allem auf Preiswettbewerb und Finanzen. Es gibt nur wenige Investitionen in wirklich gute Qualität. Eine solche Herangehensweise ist angesichts des demografischen Wandels nicht zu verantworten.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt: (C)

Vielen Dank. – Dr. Georg Nüßlein ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Weinberg, Sie haben von der Null-Bock-Koalition gesprochen. Schon die Wortwahl passt nicht zu dieser Koalition. Das ist eher Ihr Jargon. Da Sie aber schon von null Bock sprechen: Ich habe keine Lust auf die Bürgerversicherung, die Ihnen vorschwebt; denn diese führt zu Gleichmacherei und dazu, dass alles gleichmäßig schlechter wird.

Herr Lauterbach hat die Kompromisslinie sehr gut beschrieben und Ihnen vorgehalten, worauf wir uns sinnvollerweise verständigt haben und was das für diejenigen bringt, auf die es ankommt, nämlich für die Patientinnen und Patienten, die Versicherten.

Da ich den Eindruck habe, dass die Opposition momentan nichts anderes zu tun hat, als uns den Start madig zu machen und so zu tun, als ginge hier nichts voran, will ich unterstreichen: Entgegen aller Unkenrufe hat diese Koalition auch im gesundheitspolitischen Bereich einen ausgezeichneten Start hingelegt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben im Arzneimittelbereich ausgewogene Maßnahmen beschlossen. Die Verlängerung des Preismoratoriums und die Anhebung der Herstellerrabatte helfen, die Ausgaben im Griff zu behalten. Die Beendigung des Aufrufs der Bestandsmarktarzneimittel trägt eindeutig zum Bürokratieabbau bei, vermeidet Streitfälle und gibt den Arzneimittelherstellern verlässliche Perspektiven. Denn zur Wahrheit gehört auch: Wir brauchen für die Arzneimittelhersteller in diesem Land, das einmal die Apotheke der Welt war, verlässliche Perspektiven und die komplette Wertschöpfungskette. Das ist nicht nur unter industriepolitischen Aspekten wichtig, sondern auch entscheidend für die Versorgung der Patienten. Ich erinnere nur an die Lieferengpässe, die uns gelegentlich drücken, beispielsweise bei den Impfstoffen. Im Laufe dieser Legislaturperiode müssen wir prüfen, ob die Rahmenbedingungen zum Beispiel bei der Preisfindung verbessert werden müssen. (D)

Wir haben im Koalitionsvertrag – wie ich meine, zu Recht – vereinbart, dass wir möglichst bald in einen Dialog mit der Pharmaindustrie treten, nicht um einer Lobby nachzulaufen, sondern im Bewusstsein, dass die Pharmaindustrie in Deutschland hohe Umsatzrenditen erzielt und für Deutschland wichtig ist. Sie ist genauso wichtig wie die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Ich bin dem Bundesgesundheitsminister sehr dankbar, dass wir gleich zu Beginn ein Signal an die Hausärzteschaft gesendet und die Vergütungsdeckelung beseitigt haben. Man kann sicherlich viele theoretische Diskussionen darüber führen, wie sich der ländlichen Raum für die hausärztliche Versorgung attraktiver gestalten lässt. Aber

(A) zum Schluss müssen Taten folgen. Dass es dabei auch um Euro und Cent geht, dürfte jedem in diesem Haus klar sein.

Nun haben wir den Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der GKV auf den Weg gebracht. Dieses Gesetz wird an verschiedenen Stellen Nutzen stiften. Die Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge ist hier schon kritisiert worden. Sie ist aber aus meiner Sicht ein Beitrag, um in diesem Land Arbeitsplätze zu sichern.

Wir haben in der Tat einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag statt des Sozialausgleichs über Steuermittel vereinbart. Er ist geeignet, Bürokratie zu reduzieren. Wir werden in einem ersten Schritt die Beiträge für alle senken. Nur die Kassen, die zusätzliche Mittel benötigen, werden Zusatzbeiträge erheben. Dadurch haben wir mehr Transparenz und mehr Wettbewerb. Es werden etliche Kassen sein – darüber brauchen wir nicht zu diskutieren –, aber wir haben, wie gesagt, mehr Transparenz und mehr Wettbewerb. Die Kassen erhalten mehr Beitragsautonomie und die Versicherten ein Sonderkündigungsrecht; das möchte ich ganz ausdrücklich sagen. Das können sie wahrnehmen, je nachdem, ob ihnen die Kosten mehr am Herzen liegen oder ob aus ihrer Sicht das Serviceangebot wichtiger ist. Ich glaube, dass wir an der Stelle einen guten Schritt vorangekommen sind.

Nun wurde hier verschiedentlich die Reduzierung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds angesprochen. Ich weiß, dass das ein Einfallstor für Kritik der Opposition ist, weil man verschiedene Rechnungen aufmachen und allerhand behaupten kann. Wenn man aber (B) angesichts der Tatsache, dass 30 Milliarden Euro auf Halde liegen, am Anfang weniger und später, wenn das Geld knapp wird, mehr zahlt, dann kann das doch nicht Anlass für Kritik sein; denn das Geld fehlt an der Stelle nicht.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Kollege Nüßlein, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Klein-Schmeink?

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Ich nehme an, dass die Kollegin mir wieder dasselbe vorrechnen wird wie vorhin, aber gerne.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ob das dem Erkenntnisgewinn dient?)

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir rechnen jetzt nicht einfach, sondern es geht darum, dass der Zuschuss von 14 Milliarden Euro definitiv im § 221 des SGB V fixiert ist, und zwar genau für den Zweck der Abgeltung versicherungsfremder Leistungen. Es ist also nicht so, dass man je nach Kassenlage einen Zuschuss dort hinschieben kann oder nicht. Vielmehr ist dieser Zuschuss zur Abdeckung von bestimmten Kosten vorgesehen. Insgesamt sind es 30 Milliarden Euro, die aufzubringen wären, aber 14 Milliarden Euro stehen im Gesetz. Das ist das eine.

Der andere Gesichtspunkt ist: Wenn weniger Zuschuss an den Gesundheitsfonds gegeben wird, wird das dazu führen, dass dann, wenn der Gesundheitsfonds leer ist – das wird er Ende 2015 sein –, der Beitragszahler nach Ihren Plänen ihn alleine wieder auffüllen, also alleine die Kosten tragen muss. Sehe ich das richtig, oder wie würden Sie das beschreiben? (C)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Liebe Frau Kollegin, das ist Ihre Sicht der Dinge. Ich sehe ganz klar, dass wir das Gesetz und auch den Zuschuss regeln. Wir sagen in dem Zusammenhang: Wir zahlen das Geld dann in diesen Fonds, wenn es notwendig ist und wenn es als Ausgleich gebraucht wird. Das werden wir in höherem Maße zu dem Zeitpunkt tun, wenn die Gelder, wie Sie es richtig beschreiben, fehlen. Daher drückt mich die Sorge nicht, dass die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in diesem Zusammenhang draufzahlen.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Also doch Manövriermasse!)

Wir werden an dieser Stelle unserer Verpflichtung, wie es alle Redner der Koalition beschrieben haben, komplett nachkommen. Seien Sie da nicht in Sorge!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Karl Lauterbach [SPD])

Ich will auch die Regelung zum Risikostrukturausgleich ansprechen, die mehr Gerechtigkeit zwischen den Kassen schaffen soll. Deshalb werden wir im Zusammenhang mit diesem Mechanismus insbesondere über (D) das Krankengeld reden. Das Krankengeld ist eine einkommensabhängige Entgeltfortzahlung. Deshalb muss man die Einkommensstrukturen der Versicherten in den unterschiedlichen Krankenkassen – die weichen voneinander ab – entsprechend berücksichtigen.

Nun hat vorhin jemand gesagt, wir würden nicht auf die Qualität schauen. Auch das ist falsch. Es ist im Gesetzentwurf ein Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen vorgesehen. Gerade die Verbesserung der Qualität in der medizinischen Versorgung ist dieser Koalition ein entscheidendes Anliegen. Ich möchte deutlich machen: Qualität ist das entscheidende Wort, nicht Staatsmedizin.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn Staatsmedizin?)

Ich sage Ja zu einer Verbesserung der Qualität. Wir müssen aber darauf achten, dass die Diagnose- und Therapiefreiheit nicht durch Standardisierung oder Reglementierung eingeschränkt wird.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Dann kann man auch heilen durch Handauflegen!)

Arzt und Patient brauchen Freiheit bei der Behandlung von Krankheiten, um dem individuellen Fall Rechnung zu tragen.

(Zuruf des Abg. Harald Weinberg [DIE LINKE])

– Ich erkläre es Ihnen gleich.

(A) Die freie Arztwahl und die freie Krankenhauswahl sind elementare Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Arzt-Patienten-Beziehung. Ich sage das besonders deshalb, weil wir auch vorhaben, Regelungen zu den Wartezeiten zu treffen. Das macht Sinn, weil es viele bedrückt, dass sie nicht rechtzeitig einen Termin bei dem Facharzt bekommen, den sie sich ausgesucht haben. Aber das Ganze kann man nicht schematisch, losgelöst von individuellen Fragestellungen, etwa von der Frage, welchen Arzt die entsprechende Person für sich ausgesucht hat, klären. Deshalb werden wir über dieses Thema noch eine ganze Menge nachdenken müssen.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wie machen Sie das? Mit welcher Bürokratie machen Sie das?)

In den nächsten Wochen wird der Gesetzentwurf zur ersten Stufe der Reform der Pflegeversicherung vorbereitet. Es gibt vielfältige Leistungsverbesserungen mit einem Gesamtvolumen von 2,5 Milliarden Euro. Mir ist es ganz wichtig, dass wir den Grundsatz „Ambulant vor stationär“ ganz nach vorne rücken. Natürlich haben die pflegebedürftigen Menschen einen Anspruch darauf, möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld zu verbleiben.

Wenn man den Grundsatz „Ambulant vor stationär“ nach vorne rückt, dann gehört dazu, dass wir bestehende Betreuungsleistungen in der ambulanten Pflege ausbauen – das wollen wir tun –, dass wir niederschwellige Entlastungsleistungen zugunsten Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen verbessern, dass wir dafür sorgen, dass wir
(B) die häusliche Pflege flexibler gestalten, dass wir Leistungen zu deren Stabilisierung voranbringen – Stichwort kurzzeitige Verhinderungspflege, Tages- und Nachtpflege –, dass wir Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes auf den Weg bringen.

Das sind aus meiner Sicht wichtige Themen, die wir in diesem Zusammenhang bearbeiten müssen, und das neben dem allseits diskutierten Pflegebedürftigkeitsbegriff. Wir haben hier ganz genau überlegt, wie wir vorgehen: erst ein Gutachten erstellen lassen, die Ergebnisse Anfang 2015 haben und dann nach dem Grundsatz „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ den neuen Pflegebegriff einführen. Das macht aus meiner Sicht absolut Sinn. Der Minister hat auch ganz deutlich gesagt, dass es besonders auf die Rekrutierung von Pflegekräften ankommt. Dafür reicht es nicht aus, nur ins Ausland zu schauen, um dort Menschen abzuwerben und dafür zu sorgen, dass sie hierherkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch schon die ganze Zeit verantwortlich für alles, was da fehlt!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Nüßlein, gestatten Sie noch eine kurze Zwischenfrage der Kollegin Vogler?

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Ja, eine Zwischenfrage gestatte ich noch.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt: (C)

Sie haben danach noch eine ganz kurze Redezeit.

Kathrin Vogler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Danke, Herr Kollege, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. – Sie haben gerade erneut davon gesprochen, „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ gelte bei der Umsetzung des neuen Pflegebegriffs. Nun debattieren dieses Haus und die ganze gesundheitspolitische Welt schon seit circa zehn Jahren über den neuen Pflegebegriff. Die vorherigen Bundesregierungen haben bereits zwei eingesetzte Expertenbeiräte an dieser Frage verschlissen,

(Hilde Mattheis [SPD]: „Verschlissen“, das verbitten wir uns!)

die jeweils substanzielle Vorschläge gemacht haben, die einen neuen Pflegebegriff ausgearbeitet haben. Das liegt alles auf dem Tisch.

Meinen Sie nicht, dass jetzt langsam der Zeitpunkt wäre, auch einmal auf die Vorarbeiten zurückzugreifen, darauf zu vertrauen, dass sie sorgfältig sind, und ein kleines bisschen Schnelligkeit an den Tag zu legen, im Interesse der Menschen mit Pflegebedarf, ihrer Angehörigen und der Pflegekräfte, die schon seit längerer Zeit auf eine Anpassung der Leistungen warten?

(Beifall des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU): (D)

Liebe Kollegin, ich weiß, dass es für eine Linke viel verlangt ist, wenn ich sage: Vertrauen Sie auf das, was diese Bundesregierung hier in großer Ausgewogenheit und mit viel Sorgfalt leistet. Wir werden dieses Gutachten abwarten. Es geht um alles. Wir geben über 2 Milliarden Euro zusätzlich aus. Es muss sichergestellt werden, dass dieses Geld am Schluss bei den Pflegebedürftigen respektive bei den pflegenden Personen ankommt und nicht sonst irgendwo landet. Es muss auch in Ihrem Interesse sein, meine Damen und Herren, dass das gelingt. Trauen Sie uns!

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sollten wir das diesmal bekommen? Sie regieren doch schon seit Jahren!)

Das wird so kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Aus Zeitgründen kann ich das, was ich zur Sterbehilfe und Palliativmedizin sagen wollte, leider nicht ausführen. Aber es gibt bestimmt noch genügend andere Gelegenheiten, das zu diskutieren.

Ich möchte noch einmal ganz klar unterstreichen: Diese Bundesregierung hat auch im Gesundheitsbereich einen guten Start hingelegt.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

Vielen Dank. – Herr Kollege Nüßlein, es gibt sicher noch viele Gelegenheiten, die anderen Themen anzusprechen. Aber wir danken Ihnen jetzt insbesondere, weil Sie heute an Ihrem Geburtstag zu uns gesprochen haben. Dazu herzlichen Glückwunsch vom gesamten Haus!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt die Kollegin Pia Zimmermann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Pia Zimmermann (DIE LINKE):

Danke schön. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal auch von mir noch herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, Herr Dr. Nüßlein!

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Vielen Dank!)

Meine Damen und Herren, gute Pflege ist individuell, sie ist selbstbestimmt, und sie muss sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren.

(Beifall der Abg. Kathrin Vogler [DIE LINKE])

Gute Pflege ist vollumfänglich und beinhaltet gesellschaftliche Teilhabe.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Gute Pflege wird von ausgebildetem Personal erbracht – unter guten Arbeitsbedingungen und bei guter Bezahlung. Und: Gute Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und ein Menschenrecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund möchte ich auf die von Herrn Minister Gröhe vorgestellten Vorhaben im Pflegebereich eingehen.

Durch eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung wollen Sie etwa 3,6 Milliarden Euro jährlich mehr einnehmen. Wenn ich aber betrachte, was Sie damit alles umsetzen wollen, dann muss ich sagen, dass Sie heute schon jeden Euro mindestens zweimal ausgegeben haben. Der Löwenanteil der Mehreinnahmen kommt gar nicht als verbesserte Pflegeleistung bei den Menschen mit Pflegebedarf an:

Ein Drittel der Summe benötigen Sie für schon bestehende Leistungen, um sie der allgemeinen Preisentwicklung anzupassen – mindestens, wenn nicht sogar deutlich mehr! Die Höhe müsste allerdings geprüft werden. So sieht es auch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz von 2008 vor.

Doch was planen Sie? Sie zäumen das Pferd von hinten auf. Sie prüfen erst gar nicht, wie viel für den Ausgleich der Kostenentwicklung zu veranschlagen ist. Sie legen einfach irgendeinen Betrag fest. Das ist Politik nach Kassenlage auf dem Rücken der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen, und das ist mit uns Linken nicht zu machen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiteres Drittel wollen Sie bei der Deutschen Bundesbank in einem Fonds für die geburtenstarken Jahrgänge zurücklegen. Meine Damen und Herren, wie geht denn so etwas? Das Geld benötigen wir jetzt dringend in der Pflege. Wir können es doch nicht einfach zurücklegen und dort schmoren lassen.

(Beifall bei der LINKEN – Karin Maag [CDU/CSU]: Es schmort nicht!)

Herr Minister Gröhe, Sie sehen: Es bleibt von dem Geld, das Sie mehr einnehmen, gar nicht so viel übrig. Sie versprechen den Menschen Leistungsverbesserungen in der häuslichen und ambulanten Pflege sowie im stationären Bereich, von denen Sie heute schon wissen, dass Sie sie überhaupt nicht einhalten können.

Bei alledem verwundert es nicht, dass Sie, Herr Gröhe, die Familie als Deutschlands Pflegedienst Nummer eins bezeichnen.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Das ist sie doch auch!)

Das stimmt natürlich. Die Familie ist nicht nur der größte Pflegedienst, sondern auch der kostengünstigste. Genau da wollen Sie ansetzen.

Selbstverständlich müssen die Angehörigen, die zu Hause pflegen wollen, und die zu Pflegenden, die zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt werden wollen, (D) bestmögliche Unterstützung haben. Aber die Betonung liegt auf „wollen“; das darf nicht aus finanzieller Not heraus passieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Anders gesagt: Bei guter und selbstbestimmter Pflege darf es Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht geben. Herr Dr. Nüßlein, wenn Sie das „Gleichmacherei“ nennen, soll mir das recht sein;

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Schlechtmacherei!)

wenn Sie es umsetzen würden, wäre es mir noch mehr recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gute Pflege ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie darf nicht von privaten Zusatzversicherungen abhängig sein. Deshalb können Sie den sogenannten Pflege-Bahr auch gleich wieder einmotten.

(Beifall bei der LINKEN – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Können wir auch abschaffen! Sehen wir genauso!)

Diese private Zusatzversicherung bedient im Wesentlichen die Versicherungswirtschaft und bringt den Versicherten kaum Leistungen. Ich vermute, Sie haben das schon selbst gemerkt. So erkläre zumindest ich mir das Absenken der staatlichen Förderung im Haushalt 2014

Pia Zimmermann

(A) für ebendiese Versicherung von 100 Millionen Euro auf 33 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die eingangs von mir benannten Punkte ernst nehmen und eine gute, individuelle und selbstbestimmte Pflege für alle wollen, wenn Sie möchten, dass Pflegeberufe wieder Spaß machen und ein auskömmliches Einkommen bringen, wenn Sie den neuen Pflegebegriff mit Leben füllen wollen, und zwar sofort, dann gibt es nur eine Antwort auf all diese Fragen: die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle, unabhängig von Berufsgruppe und Selbstständigkeit, entsprechend dem jeweiligen Einkommen einzahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gute umfassende Pflege ist ein Menschenrecht. Sie haben die Verantwortung, dies auch zu gewährleisten. Handeln Sie endlich im Interesse der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und des Pflegepersonals.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Petra Hinz ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Petra Hinz (Essen) (SPD):

Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin! Ich habe mir gewünscht, dass Sie heute die Sitzung leiten. Mit der ehemaligen Ministerin im Rücken kann es nur positive Inspirationen geben.

(Tino Sorge [CDU/CSU]: Dann soll mal einer sagen, die Wünsche gehen nicht in Erfüllung!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mit einem Zitat von Johann Wolfgang von Goethe beginnen. Ich spare es mir einfach. In den zurückliegenden Tagen der Debatte über den Haushalt ist mir aufgefallen, dass wir von der Opposition keine Gegenvorschläge, sondern

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Haben Sie gerade nicht zugehört, oder was?)

immer wieder gehört haben – um Ihre Worte zu verwenden –: Null Bock. Und: Sie haben noch nichts auf den Weg gebracht. – Herr Minister Gröhe hat es gerade deutlich gemacht: Gerade im Bereich Gesundheit und Pflege versuchen Sie, Angstszenarien aufzubauen.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Das ist die Situation in den Kliniken in Deutschland! Gehen Sie mal rein ins Krankenhaus!)

In dieser Zeit, wo wir seit Anfang des Jahres dabei sind, den Koalitionsvertrag umzusetzen, und den ersten Haushalt der Koalition einbringen und debattieren, erwarten Sie schon die Bilanz, die wir Ihnen Ende 2017 vorstellen werden. Das verstehe ich nicht unter konstruktiver Zusammenarbeit. (C)

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auch Folgendes deutlich zu machen: Mein Kollege Karl Lauterbach hat in seinem Wortbeitrag darauf hingewiesen, dass man dafür und dagegen sein kann. Man kann deutlich machen, dass man für den Ansatz im Haushalt oder dagegen ist. Man kann deutlich machen, dass der Ansatz zu niedrig oder zu hoch ist. Darüber kann man sich inhaltlich streiten. Wenn aber hier ein Dialog in der Art stattfindet, dass zuerst ein Redner Behauptungen aufstellt, darauf aus der Regierungskoalition entgegnet wird und der nächste Redner darüber hinwegredet, frage ich: Was bringt eine Debatte im Deutschen Bundestag, wenn es nur darum geht, vorgefertigte Meinungen vorzutragen, und das, was mit unserem ersten Haushalt eingebracht wird, nicht zur Kenntnis genommen wird? Für die Unterstellung, dass wir nicht an die Pflegenden, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten, und die zu Pflegenden denken und dass wir nicht daran arbeiten wollen, dass es in diesem Bereich eine Verbesserung gibt, müssen Sie erst einmal den Beweis liefern. Ich finde diese Herangehensweise, die wir in den letzten Tagen – nicht grundsätzlich, in einzelnen Debattenbeiträgen aber schon – erlebt haben, nicht sehr konstruktiv und zielführend. Das ist für die Menschen draußen sicherlich sehr verwirrend.

Zur Frage der Kostensteigerung. Sie haben, als es um den Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds ging, unterschiedliche Worte gewählt. Sie haben uns vorgeworfen, dass wir den Gesundheitsfonds plündern werden oder dass sich – darauf sind Sie, Herr Minister, gerade eingegangen – dadurch möglicherweise Kostensteigerungen im Gesundheits- oder im Pflegebereich ergeben. Wir sollen und müssen ehrlich sein – Frau Zimmermann, Sie haben darüber gerade gesprochen: In der Tat: Pflege kostet Geld. Wir müssen hier eine Debatte führen, wie viel Geld es uns noch kosten wird; denn Pflege gibt es nicht zum Nulltarif. Wir reden über Pflegebedürftige, und wir reden über Pflegende. (D)

(Beifall der Abg. Hilde Mattheis [SPD])

Ja, wir reden aber auch über die Menschen, die es ehrenamtlich machen. Ich weiß, wovon ich rede: Es gibt Situationen, in denen man seine Lebensplanung umstellt, um einen Familienangehörigen pflegen zu können. All das gibt es, und dem wollen wir in den nächsten vier Jahren Rechnung tragen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich komme zur Frage der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Ja, es muss schnell passieren, aber auch da haben wir einen Zeitplan, der festlegt, wann die Gutachten und die Ergebnisse vorgelegt werden.

Ja, wir wollen eine Qualifizierung im Bereich der Dienste und der Einrichtungen. Ja, wir wollen, dass die Pflegearbeit professionalisiert wird. Dafür werden entsprechend Mittel bereitgestellt.

Ja, wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert wird. Frau Präsidentin, Sie haben in Ih-

Petra Hinz (Essen)

(A) ren Jahren als Gesundheitsministerin dafür gesorgt, dass man in der Situation, dass ein Pflegefall eintritt, wenigstens in den ersten zehn Tagen freigestellt wird, um die ersten Maßnahmen durchführen zu können.

Als Haushälterin möchte ich natürlich auch auf die Rahmendaten des Haushalts eingehen. Es ist in der Tat der erste Haushalt nach Rösler und Bahr. Ich mache mir da gar nichts vor: In dem Haushalt, der jetzt zu beraten ist, können natürlich nicht all die Dinge enthalten sein, die wir im Koalitionsvertrag verabredet haben. Maßstab werden die folgenden Haushaltsberatungen sein. In der Tat belaufen sich die Gesamtausgaben für Pflege und Gesundheit auf 11 Milliarden Euro. Das sind rund 3,7 Prozent des Gesamthaushaltes.

Ja, es stimmt: Ein großer Teil unseres Etats ist aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen gebunden. Umso wichtiger ist es, erstens die gesetzlichen Bedingungen zu erfüllen und zweitens die Möglichkeiten zu nutzen, die die Mittel für gesundheitspolitische Maßnahmen in Höhe von 78,6 Millionen Euro bieten, über deren Verwendung wir entscheiden. Auch wenn es nur ein kleiner Anteil des Etats ist, sollten wir darüber reden.

Wir stellen auch Mittel für Prävention und Aufklärung zur Verfügung. Hier geht es unter anderem um Aufklärung im Aids- und Drogenbereich. Hier finden sich auch die Pflegekampagnen wieder; es ist schon angesprochen worden. Hinzu kommen die Bereiche Forschung und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir haben in unserem ersten Berichterstattergespräch den Minister gebeten, uns alle Maßnahmen, Aufgaben (B) und Finanzen im Bereich der Querschnittsarbeit darzulegen. Es geht darum, deutlich zu machen, dass Gesundheit und Pflege – wir haben es gerade von der Kollegin Schwesig gehört, die sich auch mit der Pflege beschäftigt – Querschnittsaufgaben sind. Wir werden daran insgesamt arbeiten.

Ich möchte einen Punkt besonders hervorheben, und zwar die Förderung der Kindergesundheit. Ja, es war ein Fehler des damaligen Gesundheitsministers, das entsprechende Programm auslaufen zu lassen, ohne eine Kompensation zu leisten, ohne andere Konzepte, ohne Alternativen auf den Tisch zu legen und entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Umso wichtiger ist das jetzige Signal, das wir aussenden, indem wir 500 000 Euro für die Förderung der Kindergesundheit einstellen.

(Beifall der Abg. Karin Maag [CDU/CSU])

Was im Einzelnen dahintersteckt, haben die Fachkolleginnen und -kollegen diskutiert. Wir warten jetzt auf die Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitssurveys. Der Bericht wird im Mai dieses Jahres vom Robert-Koch-Institut vorgestellt. Daran muss weiteres Handeln anknüpfen.

„Gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung“ – unter dieser Überschrift finden wir zwölf weitere Maßnahmen. Ich möchte nur drei ansprechen, und zwar die Aufklärung zur Organspende, für die 7,5 Millionen Euro eingestellt werden, die Aufklärungskampagne zur Steigerung der Durchimpfung, für die 3 Millionen Euro eingestellt werden, und die Kampagne zur Gesundheit von (C) Kindern und Jugendlichen, für die 2,1 Millionen Euro eingestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufstockung der Mittel für die Aufklärung zur Organspende geschieht vor dem Hintergrund – das muss man so ansprechen, wie es tatsächlich ist –, dass in dem Bereich unverantwortlich gehandelt wurde. Wir wollen wieder für die Organspende werben. Das, was in dem Bereich geschehen ist, ist ein Skandal, und man muss es ansprechen.

(Beifall der Abg. Bärbel Bas [SPD])

Ein anderer Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist der Bereich Aids. Die Mittel für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Erkennung und Bekämpfung von Aids werden in unserem Haushalt nicht gekürzt. Im Gegenteil: Die Mittel für diesen Bereich werden stabilisiert. Wir werden sehen, welche weiteren Maßnahmen wir brauchen, um hier voranzukommen.

Frau Professor Dr. Pott von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat uns in unserem Berichterstattergespräch sehr eindringlich und nachhaltig die Arbeit des Instituts dargelegt und deutlich gemacht: Trotz der zurückgehenden Infektionszahlen müssen wir noch mehr Mittel für die Aufklärung in diesem Bereich bereitstellen.

(Beifall der Abg. Karin Maag [CDU/CSU])

Ich komme zu einem Herzensanliegen von mir: die Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“. Wir müssen uns fragen, wie wir (D) künftig die Finanzierung der Stiftung sicherstellen wollen. Eigentlich hätte bereits der damalige Gesundheitsminister Bahr etwas zur Lösung beitragen müssen.

Wir werden uns diesem Thema jetzt verstärkt stellen. Ich erinnere an den Film *Blutgeld,* und ich erinnere daran: Es geht um 1 500 Bluter, die in den 1980er-Jahren mit HIV infiziert wurden. Inzwischen leben nur noch 400 Betroffene. Ihnen gegenüber haben wir eine gesellschaftliche Verpflichtung, der wir nachkommen müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Harald Weinberg [DIE LINKE])

Ich spreche das so direkt an, weil wir in der Tat gemeinsam an einer Lösung für die Betroffenen arbeiten müssen. Wir dürfen uns nicht wegducken. Alle Ebenen – Bund, Länder, DRK, aber auch die Pharmaindustrie – müssen einen Beitrag leisten. Wir werden alles dafür tun, um eine Regelung für die Zeit nach 2017 zu erarbeiten. Es kann nicht sein, dass dieses Thema immer wieder im Rahmen von Haushaltsdebatten aufgegriffen werden muss.

Ich wollte noch etwas zum Thema internationale Zusammenarbeit sagen, aber dafür reicht meine Redezeit nicht. Frau Präsidentin, ich hoffe aber, dass Sie mir noch Gelegenheit geben, Dank zu sagen.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen, den Mitberichterstattern Frau Deligöz, Frau Lötzsch und Herrn Heiderich, und aus meinem Fachbereich insbesondere meinem Kollegen Burkhard Blienert. Mein Dank

Petra Hinz (Essen)

(A) gilt allen Kolleginnen und Kollegen aus der Facharbeitsgemeinschaft und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Institute, die uns im Rahmen des Berichterstattergesprächs Rede und Antwort gestanden haben. Mein Dank gilt auch dem Finanzministerium.

Zu Beginn meiner Rede wollte ich eigentlich ein Zitat bringen. Zum Schluss meiner Rede möchte ich mit dem folgenden Zitat des Heilpraktikers Erhard Blanck dem Gesundheitsministerium einen Wahlspruch, und zwar rezeptfrei, ans Herz legen:

> Wir sollten alles für die Gesundheit tun. Wir haben ja sonst nichts zu tun.

Sehr geehrter Herr Minister Gröhe, vielen Dank für das erste Berichterstattergespräch. In der Tat: Die Messlatte wird der Haushalt des Jahres 2015 sein. In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute und konstruktive Beratung – für die Menschen und für die Gesundheit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt das Wort der Kollegin Elisabeth Scharfenberg.

Elisabeth Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! Herr Laumann, schön, dass auch Sie da sind. Es ist Zeit, Tacheles zu reden über die Pflegepolitik dieser Koalition. Anders als (B) Sie uns seit Tagen glauben machen möchten, haben wir keinen Anlass zur Freude. Ihre pflegepolitischen Aktivitäten und Ihre Streitigkeiten sind eher Anlass zur Enttäuschung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Was für Streitigkeiten? – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Worüber streiten wir denn? Sagen Sie uns das!)

Ja, Sie wollen viel Geld für die Pflegereform in die Hand nehmen. Das ist auch dringend notwendig. Sie hatten eigentlich genug Zeit, in den unionsgeführten Bundesregierungen zentrale Reformen anzupacken, aber das ist nicht geschehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Geld für die Pflege – ja, aber mehr Geld allein ist kein Wert an sich. Wir sind es den Pflegebedürftigen und den Versicherten schuldig, genau zu schauen, was mit dem Geld eigentlich passieren soll; denn die müssen das schließlich alles bezahlen.

Vor allem sollte man, gerade kurz vor Ostern, nicht über ungelegte Eier gackern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für die erste Stufe der Pflegereform liegt uns seit gestern ein Gesetzentwurf vor. Für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wird da schon mal kein Geld verwendet. Am Dienstag haben Sie, Herr Gesundheitsminister Gröhe, (C) auf einer Pressekonferenz laut verkündet, dass nun die Erprobung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs beginnt. Eigentlich, so haben Sie gesagt, beginnt damit ja schon die Einführung des Pflegebegriffs. – Herr Gröhe, was beginnt denn mit der Erprobung? Das stimmt doch einfach nicht!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erprobung einer Sache ist doch nicht gleichbedeutend mit ihrer Einführung. Sie gackern nur. Ich sage Ihnen: Dieses Ei ist noch lange nicht gelegt.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor 2017, das haben Sie selbst gesagt, rechnen Sie nicht mit der Umsetzung des Pflegebegriffs. Das sind aber fast noch drei Jahre! Warum denn eine weitere Erprobung? Die könnte längst abgeschlossen sein. Vier Jahre haben Sie in der schwarz-gelben Koalition einfach verplempert und nichts davon auf den Weg gebracht. Wie erklären Sie den Menschen, dass sie weiter warten müssen? Gerade Menschen mit einer Demenz oder einer geistigen Behinderung bekommen heute oft keine oder nur unzureichende Leistungen von der Pflegeversicherung. Mit dem neuen Pflegebegriff soll der Pflegebedarf dieser Menschen endlich objektiv festgestellt werden. Sie sollen endlich einen festgeschriebenen Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Das ist bisher nicht der Fall. Daran ändern auch die Leistungsverbesserungen, die Sie mit diesem Gesetzentwurf auf den Weg bringen wollen, nichts. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie: Warum schustern Sie am bestehenden System herum, an dem System, das Sie mit dem neuen Pflegebegriff grundlegend verändern wollen? So machen Sie die Einführung des neuen Pflegebegriffs nur noch schwieriger, übrigens auch immer teurer. Die Wahrheit ist: Sie schinden wieder einmal Zeit. Sie verteilen jetzt ein paar Wohltaten und halten sich damit ein Hintertürchen offen. Werden Sie am Ende des Tages den neuen Pflegebegriff doch noch ad acta legen?

Klar ist: Der neue Pflegebegriff ist nicht umsonst zu haben. Sollten Sie befürchten, dass der neue Pflegebegriff zu teuer wird, dann sollten Sie vielleicht jetzt über eine alternative Finanzierung nachdenken. Dazu fordere ich auch die SPD auf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der SPD, erinnern Sie sich doch an Ihre eigenen Konzepte, und setzen Sie sich für eine Pflege-Bürgerversicherung ein! Eine Pflege-Bürgerversicherung wäre solidarisch und gerecht. Durch die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und aller Einkunftsarten würden neue finanzielle Spielräume entstehen. So könnten wir den neuen Pflegebegriff auf zumutbare Weise finanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

(A) Zum Schluss: Lassen Sie endlich die Finger vom Pflegevorsorgefonds! Damit legen Sie den Beitragszahlern ein besonders faules Ei ins Nest.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Was denn jetzt? Ungelegte Eier oder gelegte?)

Das mag von außen ganz schön gefärbt sein; aber unter der Schale, wenn der Lack ab ist, Herr Spahn, fängt es ordentlich an zu stinken. Bis gestern hatte ich die Hoffnung, dass sich Herr Spahns Märchen vom Vorsorgefonds als goldener Topf nicht durchsetzt. Gestern hat uns leider die Realität eingeholt: Der Fonds steht tatsächlich im Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein großer Fehler!)

Alle Befürchtungen, die wir und zahlreiche Experten Ihnen seit Monaten vortragen, werden sich bestätigen. Dieser Fonds kann und wird nicht funktionieren. Er ist auch bei der Bundesbank nicht davor geschützt, zu anderen Zwecken missbraucht zu werden. Das konnten wir in einem Beitrag von Herrn Laumann lesen, der das ebenfalls bezweifelt. Das sagt übrigens auch die Bundesbank selbst, beispielsweise im Monatsbericht vom März. Herr Gröhe, ich frage Sie: Lesen Sie so etwas überhaupt? Das muss man doch wissen.

(B) Das Entscheidende ist: Der Fonds soll bis zum Jahr 2055 wieder leer sein. Das steht so im Gesetzentwurf. Und dann? Dann muss der Beitragssatz natürlich wieder steigen. Das scheint zu Ihnen überhaupt nicht durchzudringen. Wir wissen doch schon heute, dass die Zahl der Pflegebedürftigen etwa ab 2060 leicht sinken wird. Es wird aber auch weniger junge Menschen geben, die Beiträge zahlen. Die Formel ist unterm Strich doch ganz einfach: Weniger junge Menschen zahlen für mehr alte Menschen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Eben! Richtiges Ergebnis! Falsche Schlussfolgerung!)

Also kann der Beitragssatz nicht sinken. Der Beitragssatz wird dann konstant auf hohem Niveau bleiben. Dieser Fonds ist nicht nachhaltig und nicht generationengerecht. Er ist ein einziger Bluff.

Herr Minister, wenn Sie den neuen Pflegebegriff wirklich wollen – das bezweifle ich, ehrlich gesagt, inzwischen –, dann können wir uns diesen Fonds nicht leisten, dann brauchen wir eine solidarische Bürgerversicherung. Steuern Sie um! Noch haben Sie die Zeit dazu.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Maria Michalk ist jetzt die nächste Rednerin für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Maria Michalk (CDU/CSU): (C)

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, in einer Gesundheitsdebatte, erst recht in den Haushaltsberatungen, ist der Hauch von Zynismus, der sich hier im Raum ein bisschen verbreitet hat, nicht angebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Angesichts des Verlaufs der Debatte ist es mir wichtig, auf Folgendes hinzuweisen: Das System des Gesundheitswesens in Deutschland beinhaltet eine Einnahmen- und Ausgabenpolitik, getragen vom Gesundheitsfonds und den Krankenkassen. Das, was für den Haushalt relevant ist, ist der Steuerzuschuss. Die Einnahmen und Ausgaben im deutschen Gesundheitswesen sind fast genauso hoch – das ist eine Milliardensumme – wie unser gesamter Bundeshaushalt. Das muss hier einfach einmal gesagt werden.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen wir alle!)

– Aber das hat niemand so gesagt. Es ist der Eindruck erweckt worden, als ob wir durch Kürzungen bei Zuschüssen oder nicht ausreichende Aufwüchse bei Titeln im Entwurf des Haushaltes des Gesundheitsministeriums den Herausforderungen der Zukunft und der aktuellen Situation nicht Rechnung tragen.

Hier macht sich ein falscher Eindruck breit. Deshalb ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass in der haushaltseinführenden Rede unseres Bundesfinanzministers (D) ganz deutlich zur Sprache gekommen ist, dass dieser strukturell ausgeglichene Haushalt mit dem Blick auf das nächste Jahr dank guter politischer Rahmenbedingungen möglich geworden ist,

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dank des Wirtschaftens der Sozialkassen!)

aber vor allem, weil die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wirklich hervorragend ist.

Der stärkste Impuls für diese wirtschaftliche Entwicklung kommt aus der Binnennachfrage. Zur Binnennachfrage zählt auch die Nachfrage nach Leistungen im deutschen Gesundheitswesen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sollten würdigen, dass der eine oder andere Bürger oder die eine oder andere Bürgerin gemerkt hat, dass man nicht nur zum Doktor gehen sollte, wenn man Schmerzen hat, sondern dass auch Prophylaxe wichtig ist, dass man präventive Beobachtungen vornehmen oder zur Vorsorge gehen sollte.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie dazu getan?)

Letztlich sollte man den kleinen Doktor, den jeder in sich trägt, arbeiten lassen, damit nicht erst dann Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden, wenn sie akut gebraucht werden. Dafür haben wir zwar ein

Maria Michalk

(A) hervorragendes Gesundheitswesen in Deutschland; aber es ist auch wichtig, dass wir präventive Maßnahmen und Vorsorge nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin Michalk, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Klein-Schmeink?

Maria Michalk (CDU/CSU):

Gerne.

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie beschäftigen sich ja gerade ausführlich mit dem Thema Prävention. Ist Ihnen bewusst, dass gerade in den letzten drei Jahren unter Schwarz-Gelb die Aufwendungen für Prävention drastisch reduziert wurden, dass also gerade das, was Sie als wichtiges Ziel benannt haben, nicht erreicht ist?

Maria Michalk (CDU/CSU):

Liebe Frau Kollegin, Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir in der letzten Legislaturperiode ein Präventionsgesetz auf den Weg gebracht hatten, in dem vorgesehen war, dass die Mittel für präventive Maßnahmen auf 500 Millionen Euro steigen.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist es denn?)

(B) Durch den Bundesrat wurde dies dann doch nicht zum Gesetz. Ich kann mich erinnern, dass auch Sie nicht ganz unbeteiligt daran waren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens wissen wir, dass – dies habe ich am Anfang angesprochen – der einzelne Bürger erkannt hat, dass er auch selber etwas tun muss. Viele tun etwas; das muss man lobend erwähnen. Das schlägt sich nicht im Haushalt nieder, aber in der gesamtwirtschaftlichen Bilanz. Deshalb sprechen wir auch von der Gesundheitswirtschaft. Diese ist Bestandteil unserer gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung. – Ich bin noch nicht fertig. Das ist die Antwort auf Ihre Frage. – Der eine oder andere Bürger fährt in seinem zweiten Urlaub im Jahr vielleicht auch einmal in eine Kureinrichtung und wird insofern präventiv tätig. Das finden wir richtig. Ich glaube, das wird in Zukunft vermehrt der Fall sein. Die gesamte Ausgabensystematik in der Gesundheitswirtschaft, wenn ich diesen Begriff noch einmal nennen darf, ist ein wachsender Prozess, und das ist gut so.

Ich will auf einen anderen Aspekt näher eingehen, der hier schon eine Rolle gespielt hat: die demografische Entwicklung. Die Menschen werden immer älter und wollen möglichst lange vital und mobil bleiben. Sie nutzen bessere Behandlungsmethoden, Medikamente, neue Diagnoseverfahren und die Medizintechnologien, um bis ins hohe Lebensalter mehr Lebensqualität zu haben. Gleichzeitig sind die Krankheitsbilder im Alter komplexer; die Behandlungsbedarfe sind es dadurch auch. Darauf müssen wir uns einstellen, auch in der Pflege; das (C) ist schon zur Sprache gekommen. Entsprechend lenken wir die Finanzströme. Wir justieren das immer wieder neu, manchmal auch sehr kleinteilig. Ich denke da an § 87 a im SGB V.

Wir erhoffen uns aus der breiteren Versorgungsforschung weitere Erkenntnisse und Optionen, um an genau diesen vielen kleinen Schrauben zu drehen. Im Gesundheitswesen ist es nicht so, dass man einmal den großen Wurf macht und dann zehn Jahre Ruhe hat. Dafür ist unser System viel zu komplex und die Lebenswirklichkeit der Menschen zu unterschiedlich.

Ich komme auf zwei Entwicklungen zu sprechen, einmal aus der Versichertensicht und einmal aus der Leistungserbringersicht. Wer krank ist, will natürlich schnell Hilfe bekommen und einen Arzt aufsuchen; darauf haben wir in der letzten Koalition mit der feingliedrigen Bedarfsplanung reagiert. Bei Unklarheiten im Krankheitsbild möchte man schnell einen klärenden Termin bei einem Facharzt bekommen; wir antworteten mit der Vierwochenfrist. Im Pflegefall will man, dass die Einstufung in die Pflegestufe relativ rasch erfolgt; wir antworteten mit einer Frist gegenüber dem MDK. – Diese Liste könnte man fortsetzen.

Was die Leistungserbringerseite angeht, wissen wir, dass es nicht mehr den Doktor gibt, der 20 Stunden am Tag die Arbeit in seiner Praxis erledigt und Hausbesuche absolviert. Die Medizin wird weiblicher. Deshalb ist die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie viel stärker in den Fokus zu nehmen als vielleicht in den vielen Jahren zuvor; wir antworteten auf diese Entwicklung (D) durch eine modifizierte Vertretungsmöglichkeit, aber natürlich haben wir da noch mehr zu tun. Was die Apotheker auf dem Land betrifft, haben wir gemerkt, dass es sich für sie nicht lohnt, einen Nachtdienst anzubieten; wir haben darauf mit einer Nachtdienstpauschale reagiert. Da kann doch niemand sagen, wir würden auf die aktuelle Entwicklung nicht reagieren. Alles ist im Fluss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kritische Analyse ist immer eine Momentaufnahme. Sie ist wichtig, damit wir das Gesamtziel im Auge behalten. Das Gesamtziel ist und bleibt, für alle Menschen in unserem Land unabhängig vom Alter die Angebote im Gesundheitswesen entsprechend der neuesten medizinischen Entwicklung sicherzustellen.

Herr Kollege Weinberg, auch ich will Ihnen antworten: Wenn Ihre These stimmen würde, dann wären die Aussagen des MLP-Gesundheitsreports 2014 falsch. Denn 80 Prozent der Menschen in diesem Land sagen: Das Gesundheitswesen in Deutschland ist gut bis sehr gut.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird sich aber bald ändern, wenn Sie so weitermachen!)

Das sollte man nicht geringschätzen. Dabei geht es nämlich um Vertrauen, das die Menschen haben: in Ärzte, Krankenhäuser, Pflegekräfte, Laboranten und Hebammen, aber auch in Orthopäden, Augenoptiker und Zahn-

(A) techniker. Warum ist das so? Das ist so, weil wir ein sehr gutes Ausbildungssystem haben. Wir geben den Menschen eine verpflichtende Weiterbildung auf. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Wir lassen nicht durch Wind aus Brüssel an unserem bewährten Ausbildungssystem rütteln, weder dann, wenn es um Pflegekräfte geht, noch dann, wenn es, wie aktuell, um die Handwerksmeister geht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin Michalk, denken Sie bitte an die Redezeit.

Maria Michalk (CDU/CSU):

Zum Schluss möchte ich sagen: Wir werden bei Modellprojekten bleiben. Sie haben sie kritisiert. Ich finde, sie sind richtig. Neben den Modellprojekten, die im Pflegebereich laufen, haben wir seit dem 1. April dieses Jahres übrigens auch ein männliches Modellprojekt, liebevoll „ARMIN“ genannt, in dessen Rahmen in enger Kooperation mit allen Leistungserbringern getestet wird, ob die Wirkstoffverordnung zu einer qualitativ besseren Leistungserbringung im Interesse der Versicherten führt. Wir sind auf das Ergebnis in fünf Jahren gespannt. Ich wünsche mir schon heute, –

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin Michalk!

(B)

Maria Michalk (CDU/CSU):

– dass der Gesundheitsausschuss ganz schnell für die Umsetzung sorgt und dies in Gesetzesform gießt. Das zeigt, dass wir nicht nur auf die jetzige Legislaturperiode schauen, sondern auch in die Zukunft.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächster Redner in der Debatte ist der Kollege Burkhard Blienert, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Burkhard Blienert (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Bundesminister Gröhe! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einen direkten Blick auf den Haushalt werfen. Wir haben viel über die Pflege und andere Bereiche gehört. Diese Themen werden uns an anderen Tagen noch beschäftigen. Heute geht es erst einmal um die Zahlen des Haushalts des Bundesgesundheitsministeriums. Hinter diesen Zahlen verbergen sich erste Vorstellungen von unserer Gesundheitspolitik. Dabei geht es um die alten und neuen gesundheitspolitischen Herausforderungen, die wir in nächster Zeit bewältigen müssen. Es wird deutlich, dass wir uns wieder auf dem richtigen Weg, auf dem Weg einer präventiven Gesundheitspolitik, befinden (C)

(Beifall bei der SPD)

und dass auch ein verhältnismäßig kleiner Haushalt eine große Wirkung entfalten kann.

Wir müssen uns natürlich die Frage stellen: Was macht gute Gesundheitspolitik aus, wann ist sie erfolgreich und nachhaltig? Unserer Ansicht nach ist das dann der Fall, wenn das Prinzip gilt: erst Gesundheit bewahren und dann, wenn notwendig, Krankheiten heilen. Das Merkmal für nachhaltige Gesundheitspolitik ist daher: Sie muss vorsorgen, sie muss auf Gesundheitsgefahren hinweisen und über Gesundheitsrisiken aufklären, und sie muss Menschen weitestgehend vor Krankheit bewahren. Vorsorgende Gesundheitspolitik ist damit auch ein Teil des vorsorgenden Sozialstaates. Sie muss daher eng mit der Bildungs- und Familienpolitik wie auch mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

An dieser Stelle erinnere ich schon daran: Prävention und Gesundheitsförderung spielen sich in Lebenswelten wie der Kita, der Schule, dem Betrieb, aber auch im Pflegeheim ab. Der kommunalen Gesundheitsvorsorge wird dabei in nächster Zeit eine größere Bedeutung zukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Prävention ist daher ein zentraler Bereich unserer Gesundheitspolitik. Prävention ist keine Einbahnstraße. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Prävention muss alle Teile der Gesellschaft erreichen.

Ich möchte einige Beispiele dafür nennen, vor welchen Herausforderungen wir stehen: Erst vor kurzem gab es wieder Meldungen über die wachsende Drogenproblematik an der deutsch-tschechischen Grenze. Insbesondere Jugendliche, teilweise jünger als 16 Jahre, greifen immer häufiger zur Modedroge Crystal, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Für relativ wenig Geld ein Maximum an Leistungsfähigkeit kaufen, das ist der Wunsch der Jugendlichen. Die enormen Risiken und gefährlichen Nebenwirkungen werden ignoriert. Hier müssen wir handeln. Hier muss Aufklärungsarbeit geleistet werden – hier müssen Projekte über die Gefahren informieren –, und den Betroffenen muss geholfen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sehen wir uns das Feld der Onlinesucht an. Jeder fünfte Jugendliche in Deutschland ist computerabhängig oder zumindest gefährdet. Meistens betrifft es die Jungs. Onlinespiele, soziale Netzwerke, all dies gehört bei vielen Jugendlichen zur täglichen Freizeitbeschäftigung. Hier ein Post und dann noch schnell in den Chat, das ist normal. Die Übergänge zwischen Freizeitgestaltung und Sucht sind oftmals fließend und nur schwer erkennbar. Außerdem gibt es noch eine große Unsicherheit in der Gesellschaft, ab wann wir jemanden als onlinesüchtig

Burkhard Blienert

(A) bezeichnen müssen. Von 30 Stunden pro Woche ist häufig die Rede. Aber stimmt das tatsächlich? Und was passiert dann? Wo ist Hilfe, wie sieht die Hilfe aus? Was machen die Angehörigen, die oftmals erst dann etwas mitbekommen, wenn das Kind sprichwörtlich online verschwunden ist? Sinnvolle und vorsorgende Gesundheitspolitik kann auch vor dieser besorgniserregenden Entwicklung nicht die Augen verschließen. Auch hier müssen Beratungsangebote gesichert und ausgebaut werden. Eltern und Jugendliche brauchen Anlaufstellen, die niedrigschwellig helfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Diagnose wäre damit klar. Stimmt auch die Therapie? Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushalt setzt die Große Koalition den Schwerpunkt im Bereich der Prävention. Über 43 Millionen Euro werden für Präventions- und Aufklärungsarbeit eingestellt, Geld, das dringend für die Sicherstellung von Projekten zum Beispiel in der Sucht- und Drogenprävention benötigt wird. Hier muss auch gesagt werden: Schon vor 2009 hat Gesundheitsministerin Ulla Schmidt viele richtige und wichtige Modellprojekte aufgelegt.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten vier Jahren sind viele Projekte leider ausgelaufen; wir haben dies in der letzten Wahlperiode zu Recht immer wieder kritisiert.

Präventionsangebote kosten Geld, das sich aber lang-(B) fristig auszahlt. Deshalb sind im Haushalt für die Arbeit gegen Drogen- und Suchtmittelmissbrauch über 12 Millionen Euro eingestellt. Wir werden auch eine Dreiviertelmillion für Computer- und Onlinesucht-Prävention zur Verfügung stellen. Auch den Bereich der Glücksspiele müssen wir im Auge behalten. Glücksspielsucht ist ein ernstzunehmendes Problem in unserer Gesellschaft.

Nur eine Zahl hierzu: Allein die Belastungen der Krankenkassen aufgrund der Behandlung belaufen sich auf eine halbe Milliarde Euro. Auch das müssen wir noch stärker in den Blick nehmen. Auch institutionell verbessern wir die Präventionsarbeit. Mit 4 Millionen Euro mehr statten wir die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus. Das sind im Vergleich zu 2013 knapp 25 Prozent mehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Prävention hat viele Facetten. Sie ist für vorsorgende Gesundheitspolitik unablässig und kostet Geld. Gesundheitsrisiken sind abhängig von Lebensgewohnheiten und Umwelteinflüssen, aber auch vom sozialen Status. Richtige Präventionsarbeit muss hierauf reagieren. Es ist an uns, das alles nicht aus den Augen zu verlieren. Neue Entwicklungen müssen in der Gesundheitsvorsorge mitgedacht und aufgenommen werden. Fakt ist aber auch: Politik kann nicht alles regeln. Manches kann aber nur durch Politik befördert werden.

Vorsorge beginnt natürlich im Denken und Handeln (C) jedes Einzelnen. Deshalb müssen wir mit unseren Beratungsangeboten dort ansetzen, wo wir die Menschen finden und abholen können, damit wir niemanden aus dem Blick verlieren. Mit diesem ersten Haushalt der Großen Koalition untermauern wir dies.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank, Herr Kollege Blienert. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu Ihrer ersten Rede hier im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Die Kollegin Karin Maag hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karin Maag (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei Gesamtausgaben von 11 Milliarden Euro sind für die eigentlich gesundheitspolitisch relevanten Aufgaben insgesamt 78 Millionen Euro veranschlagt.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Von diesen Ausgabentiteln mit einem Gesamtvolumen (D) von 78 Millionen Euro liegen mir weiterhin natürlich vor allem die Ausgabentitel für die Aids- und die Drogenaufklärung am Herzen. Mit der Mittelaufstockung auch der vergangenen Jahre, Herr Kollege, wurde die Reichweite der Maßnahmen erhöht und der zielgruppenspezifische Ansatz verbessert, und da bleiben wir weiterhin eng dran.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch die Mittel für die Forschung in diesem Bereich in Höhe von 1,6 Millionen Euro wurden wieder gut angelegt. Ein Beispiel für den Bereich Aids: Wir sprechen hier in mittlerweile rund 20 Fällen – das hört sich wenig an, ist aber eine bahnbrechende Verbesserung – von funktioneller Heilung; das heißt, diese Menschen sind praktisch virusfrei, ohne spezielle Medikamente. Hier ist das Geld also wirklich toll angelegt.

Frau Hinz, ich bin mit Ihnen absolut einer Meinung: 2014, spätestens aber 2015 müssen wir die Mittel für die Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ aufstocken. Das haben Sie vollkommen richtig gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Harald Weinberg [DIE LINKE])

Die Renten sind bis maximal 2017 finanziert, und es muss jetzt einfach zu einer Anschlussfinanzierung kommen. Hier bin ich auf Ihrer Seite.

Karin Maag

(A) Mit unserem neuen Koalitionspartner werden wir an dem, was wir bisher gemacht haben, anknüpfen. Wir werden für die Menschen, die Versicherten, die Patienten da sein und sie in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Mit dem 14. Änderungsgesetz zum SGB V – das wurde schon erwähnt – haben wir sofort begonnen, bei der Arzneimittelversorgung nachzusteuern. In diesem Zusammenhang ist mir wichtig: Wir haben den G-BA beauftragt – das ist im Sinne der Patienten –, eine Substitutionsliste zu erstellen, um die Medikamentenversorgung der Patienten zu verbessern.

Aktuell steht die Neuordnung der GKV-Finanzen an. Herr Lauterbach hat es erwähnt: Die Finanzreserven lagen 2013 bei rund 30 Milliarden Euro. Die Krankenkassen und der Gesundheitsfonds haben allein im letzten Jahr einen Überschuss von 1,7 Milliarden Euro erzielt.

Dies war möglich, obwohl wir mit der Abschaffung der Praxisgebühr eine finanzielle Entlastung erreicht haben, die Finanzmittel für die Krankenhäuser erhöht haben und den Apothekennotdienst deutlich besser vergüten. Wir senken deshalb den allgemeinen Beitragssatz zum 1. Januar 2015 auf künftig paritätisch finanzierte 14,6 Prozent. Darüber hinaus wird es einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag geben. Wie hoch er ausfallen wird, kommt darauf an, wie wirtschaftlich eine Kasse arbeitet. Jedenfalls sind rund 20 Millionen Versicherte Mitglieder von Kassen, die schon jetzt mit einem niedrigeren Beitrag auskommen könnten. Ich bin mir sicher, dass diese Kassen ihre Versicherten an den finanziellen Reserven teilhaben lassen.

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur, aber vor allem auch ältere und kranke Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde. Deshalb verbessern wir weiterhin die Rahmenbedingungen der Pflege für die Betroffenen, die Familien und die Pflegeberufe. Wir sind davon überzeugt, dass wir uns das leisten können und müssen, vor allem weil es unserem christlichen Menschenbild entspricht. In diesem Zusammenhang ist auch der Vorsorgefonds zu sehen, in den 1,2 Milliarden Euro fließen. Damit sparen wir für die Zukunft. Ich gehöre der Generation der Babyboomer an. Wir stellen uns der Verantwortung für die Zukunft. Meine Generation wird mit diesen Mitteln dazu beitragen, dass unsere Pflege, also auch meine eigene, künftig finanziert werden kann. Das halte ich für einen zentralen und wichtigen Ansatz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eine besondere Herausforderung für uns alle ist in dieser Legislaturperiode die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung für alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort. Uns liegt vor allem die Grundversorgung am Herzen. Es ist alarmierend, dass in den nächsten zehn Jahren 42 Prozent der Hausärzte aus Altersgründen ausscheiden. Gerade die hausärztlichen Sitze in den ländlichen Regionen – es wird aber auch in den Großstädten langsam schwierig – sind schwer nachzubesetzen. Es ist mir ein Anliegen, dass wir insbesondere mit den für die universitäre Ausbildung zuständigen Ländern die Ausbildung so gestalten, dass das Berufsbild des Hausarztes bzw. das Berufsbild eines in der Grundversorgung tätigen Arztes auch in der Ausbildung regelhaft auftaucht. (C) Wir müssen auch die Weiterbildung anpassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist ein langwieriges Geschäft, neue Versorgungsinstrumente in die Regelversorgung im Lebensalltag zu implementieren. Ob die hausärztliche Versorgung jetzt mit dem 14. Änderungsgesetz bundesweit besser läuft, wird sich zeigen. Ich hoffe es, und wir arbeiten daran. Wir haben bereits 2011 die Bedarfsplanung und Vergütung flexibilisiert und regionalisiert. Das Umsetzungsverfahren hat viel Zeit in Anspruch genommen. 2013 war die Übergangsfrist zu Ende. Der G-BA hat 2012 die Bedarfsplanungs-Richtlinie erstellt. Die Ergebnisse sind noch nicht belastbar. Noch länger dauert die gesetzliche Reglung zur ambulanten fachärztlichen Versorgung. Diese neuen Regelungen müssen jetzt dringend mit Leben erfüllt werden. Angesichts der zähen Verhandlungen innerhalb des G-BA ist es mir ein persönliches Anliegen, die Position der Unparteiischen zu stärken. Sie müssen Verantwortung für den Prozess übernehmen, steuern und lenken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Frau Kollegin, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Karin Maag (CDU/CSU):
Ja. – Ich will noch den Innovationsfonds erwähnen. Wir haben mit einer Vielzahl an Selektivverträgen, Ärztenetzen, Medizinischen Versorgungszentren usw. die (D) unterschiedlichsten intra- und intersektoralen Kooperationsformen. Diese müssen der jeweiligen Situation, den Regionen und unterschiedlichen Krankheiten angepasst werden. Es ist mir wichtig, dass passgenaue Lösungen gefunden werden. Wenn die 225 Millionen Euro in die Förderung sektorenübergreifender Versorgungsformen fließen und es so zu Verbesserungen kommt, dann werden wir einige vernünftige Punkte in die Regelversorgung übernehmen können.

Ich denke, wir sind mit der Großen Koalition auf einem guten Weg. Wir haben heute einiges gehört, was uns wirklich weiterbringt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in vier Jahren einige zentrale Verbesserungen vorweisen können.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:
Vielen Dank. – Letzter Redner zum Einzelplan 15 ist der Kollege Helmut Heiderich, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Helmut Heiderich (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste auf der Tribüne! Als Haushälter muss man sich etwas mehr der finanziellen Seite zuwen-

Helmut Heiderich

(A) den. Deswegen möchte ich mich am Anfang mit den Vorwürfen von der linken Seite beschäftigen, die gestern in der Generaldebatte, aber auch vorhin geäußert worden sind. Es wurde behauptet, dieser Bundeshaushalt gefährde die Sozialkassen. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Linken, ich habe den Eindruck, dass Sie immer noch nicht so ganz begriffen haben, was eigentlich Sozialkassen sind. Sozialkassen werden von den Bürgern und den Unternehmen gefüllt. Je besser die wirtschaftliche Lage in einem Lande ist, desto besser geht es den Sozialkassen.

Heute Morgen wurde der aktuelle Bericht der Forschungsinstitute veröffentlicht. Diese Institute haben festgestellt, Deutschland steht vor einem weiteren Aufschwung und dafür verantwortlich ist dieser Bundeshaushalt. Mit dem Bundeshaushalt wird also die Situation der Sozialkassen verbessert. Das sollten Sie einmal öffentlich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will Sie bei dieser Gelegenheit zurückfragen: Wann hatten wir in Deutschland jemals 42 Millionen Beschäftige? Wann hatten wir jemals 29 Millionen Menschen, die in die Sozialkassen eingezahlt haben?

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Wie viele prekäre?)

Das ist ein Erfolg unserer Politik und stärkt die Sozialkassen. Das steht im Gegensatz zu dem, was Sie behaupten.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Heiderich, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weinberg?

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Gerne.

Harald Weinberg (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Kollege Heiderich, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Wir haben derzeit in Deutschland 134 Kassen. Wissen Sie, wie viele von denen im letzten Jahr auf die Rücklage zugreifen mussten, also das Jahr mit einer roten Zahl abgeschlossen haben? – Ich kann es Ihnen sagen: Es waren 104 von 134 Kassen. Das heißt, die Lage im Gesundheitsbereich und die Lage der Kassen selbst sind gar nicht so rosig, wie Sie es darstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Ich will Ihnen darauf antworten, dass es nicht auf die Anzahl der Kassen ankommt, sondern darauf, wie viele Versicherte betroffen sind. Wenn ich den Herrn Minister vorhin richtig verstanden habe, dann ist es so, dass aufgrund der Neuregelung der Versicherungsbeiträge die Hälfte der Versicherten in Deutschland geringere Beiträge zahlen wird als vorher. Die Lage ist also offensichtlich sehr gut, und dies zeigt, dass wir hier auf einem richtigen Weg sind. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie können es auch umgekehrt sehen: Immer dann, wenn es in Deutschland wirtschaftlich schwierig war, haben auch die Sozialkassen zu kämpfen gehabt. Das will ich am Beispiel des Gesundheitsfonds deutlich machen. Der Gesundheitsfonds, der ja 2004 eingeführt worden ist, hat eine relativ wechselhafte Geschichte. Am Anfang wurden 2,5 Milliarden Euro für versicherungsfremde Leistungen zur Verfügung gestellt. Das ist deutlich weniger als heute.

Mit der Erlaubnis des Präsidenten möchte ich eine Grafik hochhalten. Sie zeigt die Entwicklung des Zuschusses an den Gesundheitsfonds. In roter Farbe ist der Anstieg dargestellt, den er normalerweise hätte nehmen sollen. Im Jahr 2009 kam der wirtschaftliche Einbruch. Was ist dann geschehen? Die Bundesregierung hat aus konjunkturellen Gründen dem Gesundheitsfonds in den darauffolgenden Jahren – dies ist in anderen Farben dargestellt – zusätzliche Milliarden gegeben: 2009 zusätzlich 3 Milliarden Euro, 2010 zusätzlich 11 Milliarden Euro und 2011 zusätzlich 8 Milliarden Euro. Das Ministerium hat mir freundlicherweise ausgerechnet, dass weit über 30 Milliarden Euro mehr in den Gesundheitsfonds gegeben worden sind, als nach der Berechnung der versicherungsfremden Leistungen eigentlich notwendig gewesen wären. Das ist die Wahrheit zum Gesundheitsfonds. Wenn wir jetzt aus konjunkturellen Gründen etwas aus diesem Haushalt zurücknehmen, (D) dann ist das sozusagen ein Stück weit ein Ausgleich und nicht, wie Sie behaupten, die Gefährdung dieses Gesundheitsfonds.

Auf der anderen Seite müssen wir auch darauf achten – das sage ich auch einmal als Haushälter –, dass die Ausgaben mittel- und längerfristig mit dem Wachstum des BIP, mit dem Wirtschaftswachstum zur Deckung gebracht werden müssen. Das sollten wir immer bedenken, wenn wir hier über Einzelmaßnahmen und Einzelprojekte reden.

Es gibt in diesem Haushalt eine Reihe von neuen Schwerpunkten. Ich begrüße das außerordentlich. Es sind schon einige davon angesprochen worden. Ich begrüße auch, dass wir hier auf dem Weg zu einem Innovationsfonds sind, weil wir diesen mit den neuen Schwerpunkten verbinden können. Ich unterstreiche noch einmal ganz ausdrücklich: Es geht um die zusätzliche ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Wir wissen alle, dass das im Moment schwierig ist. Wir haben in den letzten Jahren einige Schritte unternommen und einige Verbesserungen eingeführt, aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Deswegen befürworte ich, dass wir mit diesem Innovationsfonds das Thema „Ärzteversorgung im ländlichen Raum“ aufgreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Aber ich empfehle auch, dass wir uns in gleicher Weise mit der Frage der stationären Versorgung in die-

Helmut Heiderich

(A) sen Räumen beschäftigen und damit, ob wir in Zukunft noch kommunale oder kirchliche Krankenhäuser haben wollen oder ob wir dahin kommen wollen, dass am Schluss nur noch drei oder vier große Gesundheitskonzerne die gesamte stationäre Versorgung in Deutschland übernehmen.

(Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das wollen wir nicht!)

Das ist eine Frage, über die wir diskutieren müssen. Das ist auch eine Frage, die wir mit diesem Innovationsfonds aus meiner Sicht angehen müssen.

Ich begrüße ausdrücklich auch, dass die Bundesregierung die Position eines Pflegebeauftragten geschaffen hat und dass wir mit der entsprechenden Ausstattung, die in diesem Haushalt vorgesehen ist, die Möglichkeit haben, diese wichtige Aufgabe – das ist eben ja schon mehrfach angesprochen worden – weiter zu stärken und zu vertiefen. Auch da brauchen wir einfach nur einen Blick auf das Tagesgeschehen zu werfen. Heute wurde eine Studie vorgelegt, in der steht, dass Deutschland mit einem Seniorenanteil von 20 Prozent und mit der geringsten Anzahl an Kindern in Europa dasjenige Land ist, das am stärksten von der demografischen Entwicklung betroffen sein wird. Deswegen müssen wir uns in dieser Richtung alle gemeinsam um Lösungen bemühen. Da mag es an der einen oder anderen Stelle Unterschiede in der Bewertung geben, aber wir müssen uns alle darüber im Klaren sein: Dieser Bereich der Pflege und der Pflegeversicherung ist eine der großen Aufgaben im Gesundheitshaushalt für die nächsten Jahre.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:
Herr Kollege.

Helmut Heiderich (CDU/CSU):
Ja, bitte schön.

Vizepräsident Johannes Singhammer:
Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Zimmermann?

Helmut Heiderich (CDU/CSU):
Ja, gerne.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Jetzt ist aber gut! Habt ihr alle kein Zuhause?)

Pia Zimmermann (DIE LINKE):
Vielen Dank, Herr Heiderich, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich wollte noch etwas zu dem Referentenentwurf sagen, weil Sie gesagt haben, dass in der zweiten Stufe der Pflegebegriff eingeführt werden soll. Da geht es ja darum, dass alle Einschränkungen, egal ob körperliche oder geistig-kognitive, auch unter diesen Pflegebegriff fallen. Jetzt haben Sie gesagt, Sie wollen 2016/2017 den Beitrag um 0,2 Prozentpunkte erhöhen und damit Mehreinnahmen von 2,4 Milliarden Euro erzielen. Meine Frage dazu ist: Der Bremer Gesundheitsökonom Heinz Rothgang hat gesagt, dass diese 2,4 Milliarden Euro im Jahr gar nicht ausreichen. Der Kollege ist ja erfahren. Er war ja auch in den Pflegeexpertenbeiräten mit dabei und hat das alles mit erarbeitet. Er sagt nun, es müssten mindestens 4 Milliarden Euro sein. Können Sie da zur Aufklärung beitragen? (C)

Helmut Heiderich (CDU/CSU):
Sie werden nicht erwarten, dass ich jetzt in der Kürze der Zeit die Meinungen des einen oder anderen Experten gegeneinander abwäge. Es ist völlig klar, dass immer die Frage ist, was man alles hineinrechnen will, und dass man sich natürlich unbegrenzt noch weitere Leistungen ausdenken kann. Aber wir müssen die Mittel, die wir haben, und die Anforderungen, die auf uns zukommen, miteinander in Einklang bringen. Die Pflegeversicherung war nie eine Vollversicherung. Wir haben von Anfang an gesagt, dass es sich hier um eine Teilhilfe bzw. Teilunterstützung handelt. So müssen wir in dem Aufgabenbereich, den Sie gerade erwähnt haben, fortfahren.

Lassen Sie mich in der letzten Minute, die mir noch zur Verfügung steht, auf einen anderen Punkt hinweisen. Ich begrüße, dass wir uns mit diesem Bundeshaushalt in die europäische Zusammenarbeit verstärkt einbringen; das wurde vorhin kurz angedeutet. Deutschland hat gegenüber Griechenland die Verpflichtung übernommen, das griechische Gesundheitssystem zu reformieren und in ein modernes Gesundheitssystem zu überführen. Dort stehen wir in der Verantwortung. Dafür müssen wir uns im Haushalt entsprechend ausstatten. Ich begrüße ausdrücklich, dass wir hier so aktiv sind.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Der Gesundheitshaushalt unterstützt die weitere Entwicklung des Gesundheitssystems in Deutschland. Wir stehen weltweit – auch darüber darf man vielleicht einmal ein Wort verlieren – im Vergleich zu vielen anderen Ländern an der Spitze, wenn es um die Leistungen geht, die wir unseren Bürgern gewähren. Dort wollen wir bleiben. Das heißt aber nicht, dass wir das Geld mit vollen Händen ausgeben können. Vielmehr müssen wir immer Anspruch und Möglichkeiten des Haushalts in Einklang bringen. Das hat die Koalition mit diesem Haushalt gut geschafft. So soll es in Zukunft weitergehen. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:
Vielen Dank, Herr Kollege Heiderich. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit haben wir die Rednerliste zum Einzelplan 15 – Gesundheit – beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

– Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Europäischen Überbrückungsmission in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR

(A)

RCA) auf Grundlage der Beschlüsse 2014/73/GASP sowie 2014/183/GASP des Rates der Europäischen Union vom 10. Februar 2014 und vom 1. April 2014 in Verbindung mit den Resolutionen 2127 (2013) und 2134 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 5. Dezember 2013 und vom 28. Januar 2014

Drucksachen 18/1081, 18/1095

– Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 18/1097

Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Erster Redner in dieser Aussprache ist der Kollege Christoph Strässer für die SPD-Fraktion, dem ich hiermit das Wort erteile.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christoph Strässer (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! „Kwibuka“ ist ein Wort aus der Sprache Kinyarwanda, einer der Landessprachen Ruandas. Dieses Wort bedeutet „erinnern“. Unter diesem Motto standen zu Beginn dieser Woche die Gedenkveranstaltungen anlässlich des Genozids in Ruanda vor 20 Jahren. Ich hatte mit drei anderen Kollegen aus diesem Hohen Hause die Gelegenheit, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Es war beeindruckend. Es war immer wieder die Botschaft an uns, die internationale Gemeinschaft, zu hören, dass so etwas wie in Ruanda nie wieder passieren darf. Ban Ki-moon, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat in seiner Rede klar und deutlich gesagt: Die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen, hat im Ruanda-Konflikt versagt. Zitiert wurde immer wieder der damalige Kommandeur der kanadischen Blauhelmtruppen, Roméo Dallaire, der zu Beginn des Genozids nach New York gefunkt hat: Ich brauche 4 000 bis 5 000 Soldaten. Dann kann ich den Mörderbanden Einhalt gebieten. – Nicht nur das ist nicht passiert. Die Truppen mussten sogar abgezogen werden, und das Drama nahm seinen Lauf.

(B)

Daran sollten wir im Zusammenhang mit der Situation und der Entwicklung in der Zentralafrikanischen Republik und dem Mandat denken, über das wir heute entscheiden, in einem Land, von dessen Existenz viele Menschen in Deutschland vor der aktuellen Krise – ich habe viele Gespräche geführt – gar nichts wussten, aber das nur am Rande.

Das Problem in der Zentralafrikanischen Republik ist völlig klar. Die humanitäre Lage ist dramatisch. Der humanitäre Zugang, also konkrete Hilfe für Menschen in Not, ist aufgrund der extrem fragilen Sicherheitslage außerordentlich erschwert.

(C)

Der VN-Beauftragte für humanitäre Hilfe, John Ging, hat am 16. Januar vor einem Völkermord gewarnt. Die gesamte Bevölkerung der Zentralafrikanischen Republik, also circa 4,6 Millionen Menschen, ist von der Krise betroffen. 2,5 Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, davon 1,6 Millionen Menschen aktiv auf Nahrungsmittelhilfe. Circa 1 Million Menschen sind im Moment auf der Flucht, davon 615 000 im eigenen Land, der Rest in den Nachbarländern, von denen wir wissen, dass die Situation dort ebenfalls sehr schwierig ist.

UNICEF berichtet frisch von der zunehmenden Aktivierung und Rekrutierung von Kindersoldaten in diesem Konflikt. Mittlerweile schätzt UNICEF, dass es 3 500 Kinder betrifft, die zum Einsatz genötigt werden. Amnesty International beklagt den mangelnden Einsatz der internationalen Gemeinschaft, die mangelnde Robustheit des Mandats. Médecins sans Frontières, also Ärzte ohne Grenzen, beklagen eine mangelnde und unzureichende Reaktion auf die humanitäre Krise.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen muss man sich, wie ich finde, wirklich anschauen, über was wir heute eigentlich reden. Wir reden heute über die Beteiligung der Bundeswehr in Form von 80 Soldatinnen und Soldaten sowie die Bereitstellung von strategischem Lufttransport für Transportleistungen nach Bangui.

Ich weiß, worüber diskutiert wird. Ich kenne die ganzen Diskussionen; die führen wir relativ intensiv. Es geht um die Frage: Ist eigentlich das Mandat, das wir anstreben, eine Militarisierung der Außenpolitik? Ich kann Ihnen nur sagen: Wir sind uns hier, glaube ich, völlig klar, dass wir nie in der Lage sein werden, solche Krisen alleine mit militärischen Mitteln zu lösen. Aber das behauptet auch keiner. Das Militär ist aber erforderlich – das sage ich ganz klar, und das fordern auch ganz viele Menschen von uns –, um den Zugang der humanitären Helfer in die Krisenregionen zu gewährleisten. Darum geht es und um nichts anderes. Wer dem nicht zustimmt, der sagt den Menschen in der Zentralafrikanischen Republik: Hilfe können wir euch nicht bieten, weil wir nicht bereit sind, Militär zu entsenden. Ich finde das absolut unakzeptabel und werbe deshalb für dieses Mandat.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ja, auch das ist richtig: Wenn wir über diesen Einsatz reden – das ist immer bei Militäreinsätzen so –, dann geht es um die Frage, ob Politik versagt hat. Wenn Militär eingesetzt werden muss, hat vorher Politik versagt. Das ist so. Auch das sollte man zur Kenntnis nehmen; denn nicht die Soldatinnen und Soldaten, die wir dahin schicken, verursachen diese Krise, sondern die hat andere Gründe und andere Ursachen.

Aber ich sage auch eines an dieser Stelle: Es ist richtig und wichtig, den Staatsaufbau, den Aufbau von Strukturen, den Zugang zu Gesundheit, Bildung, Wasser

Christoph Strässer

(A) und Nahrung zu ermöglichen. Das können die Soldatinnen und Soldaten nicht schaffen. Das ist die Aufgabe der Politik. Aber wir müssen uns vor Augen halten, dass, während wir diese Diskussion hier führen, in der Zentralafrikanischen Republik Menschen sterben. Dessen müssen wir uns bewusst sein; denn es geht um klare Aussagen zur Hilfe für Menschen in Not, es geht darum, dass Menschen humanitäre Hilfe in Anspruch nehmen können. Die humanitären Organisationen fordern uns im Übrigen dazu auf, dass wir diese Bereitschaft an den Tag legen und dass wir alles tun, damit geholfen wird. Um nichts anderes geht es, und das geht nicht anders als mit diesem Mittel.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich ein Zitat von Tobias Zick aus der *Süddeutschen Zeitung* vom Montag dieser Woche vortragen, das mich sehr überzeugt hat. Er hat im Kommentar Folgendes geschrieben:

> Die Lehren aus Ruanda – sie tauchen in diesen Tagen verlässlich in allerlei Trauerreden auf. Aber zugleich zeigt sich, dass die internationale Gemeinschaft, wenn es darauf ankommt, noch immer zum Gedächtnisschwund neigt. Es wäre wünschenswert, dass nun die Gedenkfeiern für die 800 000 toten Ruander nicht nur dazu anregen, bedauernd zurückzublicken, auf das Versagen vor 20 Jahren, sondern auch verantwortungsvoll nach vorn: auf das Schicksal der Menschen in Zentralafrika, in Südsudan und Syrien.

(B) Dem kann ich nur zustimmen. Unter diesem Aspekt bitte ich Sie alle nach Möglichkeit um Zustimmung zu diesem Mandat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Christine Buchholz, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Christine Buchholz (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Ich habe hier nicht den Ruf nach Soldaten gehört, sondern den Schrei nach Hilfe.“ So kommentierte Entwicklungshilfeminister Müller seinen Besuch bei Flüchtlingen in Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik. Ich wünschte, Frau von der Leyen, Herr Steinmeier, Herr Strässer, Sie würden Ihren Kollegen Müller ernster nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wollen, dass die Bundeswehr eine Militäroperation der EU in Zentralafrika unterstützt. Ich meine, dass dies keinen Beitrag zur Beseitigung des Elends leisten wird.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Die EU-Mission wird unter Führung der französischen Armee laufen. Diese führt bereits seit vier Monaten die Operation Sangaris in Zentralafrika durch. Ziel war die Entwaffnung muslimischer Séléka-Rebellen, die 2013 die Macht ergriffen hatten und Terror verbreiteten. Was hat das französische Eingreifen gebracht? Das Morden geht weiter, nur die Kräfteverhältnisse haben sich umgekehrt. Christliche Anti-Balaka-Milizen gewannen mit dem französischen Eingreifen die Oberhand. Sie machen ihrerseits Jagd auf Muslime. Heute sind fast alle Muslime auf der Flucht; viele wurden umgebracht. Die französische Armee konnte oder wollte das nicht stoppen. Darüber sollten Sie hier reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen tun Sie so, als könne sich die EU-Mission neutral zwischen alle Fronten stellen und so das Land befrieden.

(Christoph Strässer [SPD]: Das tun wir nicht!)

Ich halte das für falsch; denn die Situation ist sehr viel komplizierter:

(Beifall bei der LINKEN)

Zum einen ist die ehemalige Kolonialmacht Frankreich nicht neutral. Sie verfolgt auch dort wirtschaftliche Interessen. Denn so arm die Menschen in Zentralafrika sind, so reich ist das Land an Bodenschätzen: Diamanten, Gold, Uranerz und Holz.

Zum anderen sind auch die in Zentralafrika stationierten Truppen der AU, der Afrikanischen Union, die die (D) europäischen und deutschen Soldaten nach Ihrem Willen unterstützen sollen, nicht neutral. Ein Beispiel: Die Armeen Kongos und Ruandas standen bis vor kurzem selbst noch im Krieg miteinander. Sie kontrollieren unterschiedliche Zonen in Zentralafrika und beäugen sich misstrauisch. Die geplante EU-Mission in Zentralafrika läuft Gefahr, sich in einen innerafrikanischen Stellvertreterkonflikt zu verstricken. Dieses Problem wird auch die geplante UN-Mission im Herbst haben. Warum ignorieren Sie das?

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird noch komplizierter. Kamerun führt die AU-Friedensmission an. Doch die Journalistin Simone Schlindwein berichtete im März, dass AU-Soldaten aus Kamerun in Bangui „Tisch an Tisch Bier mit Anti-Balaka-Führern trinken.“ Die Anti-Balaka sind aber genau diejenigen, die die Pogrome gegen Muslime durchführen. Wie wollen Sie Anti-Balaka-Milizen entwaffnen, wenn Teile der verbündeten afrikanischen Truppen mit ihnen gemeinsame Sache machen?

(Christoph Strässer [SPD]: Kommen Sie doch mal zu den Menschen in der Zentralafrikanischen Republik, die nichts zu essen kriegen! Mann!)

Kommen wir zu den AU-Friedenstruppen des Tschad. Vor zwei Wochen haben tschadische Truppen von einem Laster aus mit Maschinenpistolen in einen Markt geschossen. Das sagt die UNO. 30 Tote und 300 Verletzte gehen auf das Konto der tschadischen Truppen. Nun

Christine Buchholz

(A) zieht sich der Tschad mit seinen 850 Soldaten aus der AU-Mission zurück. Die Bundesregierung und die EU haben aber mit dem Tschad ihre eigene Mission geplant. Was tun Sie jetzt?

Bislang widerspricht sich die Bundesregierung auch, wenn es um das Verhältnis zu den offiziellen Streitkräften der Zentralafrikanischen Republik geht. Das Auswärtige Amt hat auf unsere Anfrage geantwortet, es halte diese für einen Bestandteil einer möglichen Kooperation. Die UNO hat Ende März gesagt, diese Streitkräfte seien zu 80 Prozent mit Milizen der Anti-Balaka durchsetzt. Sie handeln nach dem Motto: Wir wissen zwar nicht, mit wem oder gegen wen wir eigentlich diese EU-Mission aufstellen; Hauptsache, die Bundeswehr ist dabei. Ich sage Ihnen: Das hat mit humanitärer Hilfe nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Lage in Zentralafrika ist nicht erst seit gestern katastrophal. Bereits 2013 baten Hilfsorganisationen in Zentralafrika um Unterstützung. Damals hat die Bundesregierung nicht reagiert.

(Christoph Strässer [SPD]: Was hätte sie denn machen sollen? Wie hätte sie denn helfen sollen?)

Nun wollen Sie endlich 10 Millionen Euro an Nothilfe nach Zentralafrika geben. Das ist auch gut. Doch gemessen am geschätzten Bedarf von rund 400 Millionen Euro ist es viel zu wenig.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen Ihnen: Verzichten Sie auf den Bundeswehreinsatz, der 12 Millionen Euro kostet. Nehmen Sie dieses Geld besser für die Nothilfe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Christoph Strässer [SPD]: Wer bringt die dahin, Frau Kollegin? Wer macht das denn?)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank, Frau Kollegin Buchholz. – Ich erteile jetzt das Wort für die CDU/CSU der Kollegin Anita Schäfer.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Anita Schäfer (Saalstadt) (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sturz der Regierung in der Zentralafrikanischen Republik vor einem Jahr hat mittlerweile zu einer Spirale wechselseitiger Vergeltung zwischen Christen und Muslimen geführt, bei der die ursprünglichen Motive hinter dem Putsch keine Rolle mehr spielen und stattdessen die religiöse Zugehörigkeit instrumentalisiert wird. Dabei geht es nicht um Glaubensfragen. Menschen werden getötet, weil sie zur falschen Volksgruppe gehören, die angeblich Unrecht an der anderen begangen hat. Wir kennen das von anderen Konflikten in der Region. Die jetzige Brutalität steht der in jenen Konflikten in nichts nach. Die Warnung vor einem neuen Ruanda liegt angesichts des Gedenkens vom Wochenende an die Opfer dieses Völkermordes vor 20 Jahren nahe. (C)

Ich glaube, das vielzitierte Versagen der internationalen Gemeinschaft von damals steht uns allen vor Augen, wenn wir die derzeitigen Berichte aus Zentralafrika verfolgen. Die falsche religiöse Aufladung der Auseinandersetzung könnte zudem über die Region hinauswirken. Schon rufen Islamisten weltweit zum Dschihad für Zentralafrika auf. Das Land gehört außerdem noch zum Operationsgebiet der Lord’s Resistance Army mit ihrer wirren Version eines fundamentalistischen Christentums, die für zahlreiche Gräueltaten in mehreren Nachbarstaaten verantwortlich ist.

Das alles sind Voraussetzungen für einen weiteren gescheiterten Staat, der grenzüberschreitende Instabilität verursacht, als Basis für Terroristen jeglicher Couleur dient und zum Flüchtlingselend auf unserem Nachbarkontinent beiträgt. Das darf auch uns in Europa nicht egal sein, nicht aus humanitären und nicht aus sicherheitspolitischen Gründen.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union war bislang der Hauptpartner der Zentralafrikanischen Republik in der Aufbauarbeit nach den früheren Friedensvereinbarungen zwischen 2007 und 2012. Der jetzige Konflikt zerstört auch das, was in den letzten Jahren an Fortschritten gemacht worden war. Leider wird über das sicherheitspolitische Engagement der EU immer nur dann öffentlich gesprochen, wenn es um Militäreinsätze geht, obwohl die das letzte und am seltensten eingesetzte Instrument sind. Dasselbe gilt für das bilaterale Engagement Deutschlands. In der Debatte um Einsätze geht dann die tägliche, viel weniger schlagzeilenträchtige Arbeit für zivile Konfliktprävention, Stabilisierung und Staatsaufbau völlig unter. (D)

Aber: Soldaten können auch notwendig sein, wie jetzt. Mit der Mission EUFOR RCA unterstützen wir die bereits laufenden Einsätze der Afrikanischen Union und Frankreichs. Es handelt sich dabei angesichts des Ausmaßes der Katastrophe um eine bescheidene Operation. Ziel ist die Sicherheit der Hauptstadt Bangui für eine Übergangszeit, um insbesondere den Truppen der AU-Mission MISCA eine stabile Basis für die Befriedung der ländlichen Gebiete zu geben. Nach spätestens sechs Monaten wird MISCA hoffentlich eine ausreichende Präsenz etabliert haben und im Herbst möglicherweise ihrerseits in eine UN-Mission überführt werden; eine solche hat der Sicherheitsrat soeben beschlossen.

Der deutsche Beitrag dazu ist vom Personal her gering, aber für den Erfolg entscheidend: neben der Beteiligung an den Hauptquartieren einerseits durch die Gestellung von Fähigkeiten zur luftgestützten Verwundetenevakuierung und andererseits durch die Finanzierung strategischer Lufttransportkapazitäten, die der zivile NATO-Dienstleister SALIS bereitstellt. Wir kommen damit unserer Verantwortung gegenüber unseren Partnern in der EU und der Solidarität mit unseren afrikanischen Nachbarn nach, wie wir es kürzlich auf dem EU-Afrika-Gipfel bekräftigt haben.

Anita Schäfer (Saalstadt)

(A) Meine Damen und Herren, hinzuzufügen wäre, dass eine solche Mission – ein Einsatz in Bataillonsstärke für sechs Monate – genau dem Profil entspricht, für das die EU-Battle-Groups geschaffen worden sind. In Zukunft sollten die Mitgliedstaaten verstärkt darauf hinwirken, dass dieses Instrument in solchen Fällen auch eingesetzt wird. Wäre das geschehen, dann wäre im Vorlauf dieses Einsatzes einiges vermieden worden, was nicht unbedingt zur Glaubwürdigkeit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beigetragen hat.

Es ist vollkommen nachvollziehbar, dass osteuropäische Mitglieder ihre anfänglichen Truppenzusagen angesichts der aktuellen Situation in der Ukraine reduziert haben. Ich habe hier kürzlich schon in anderem Zusammenhang erwähnt, dass wir die Ängste dieser Partner angesichts des russischen Vorgehens auf der Krim ernst nehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer sich direkt bedroht fühlt, wird seine knappen Kräfte eher nicht in Afrika einsetzen wollen. Umso schwieriger nachzuvollziehen ist, wenn dann nicht stattdessen diejenigen Truppen eingesetzt werden, die bereits für die EU-Battle-Groups in Bereitschaft stehen.

Angesichts aktueller Herausforderungen wird die gemeinsame Nutzung militärischer Ressourcen in Europa künftig noch wichtiger. Da kann es nicht nur bei Absichtserklärungen bleiben. Deutschland als Motor der europäischen Integration sollte da im Sinne der kürzlich diskutierten größeren sicherheitspolitischen Verantwortung durchaus einmal den Anstoß geben.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es besteht also noch Verbesserungsbedarf, aber die jetzt anstehende Mission ist aus den genannten Gründen richtig, und der deutsche Beitrag dazu wichtig. Ich hoffe, dass wir damit eine weitere Verschärfung der Lage in der Zentralafrikanischen Republik abwenden können und das Land diesen Konflikt überwindet. Dazu werden die EU und natürlich wir selbst weiterhin auch mit zivilen Mitteln beitragen, ob mit oder ohne öffentliche Aufmerksamkeit, sodass wir hoffentlich kein neues Ruanda erleben werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Frithjof Schmidt, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die humanitäre Lage in der Zentralafrikanischen Republik ist dramatisch. Das wissen wir alle. Die staatliche Infrastruktur ist in weiten Teilen des Landes zusammengebrochen. Täglich gibt es Berichte über Vertreibungen und Morde. Ethnische Unterschiede spielen dabei eher weniger eine Rolle als religiöse Zuordnung zum christlichen oder muslimischen Glauben. Aber (C) meist ist auch das eher ein Vorwand.

Frau Buchholz, kriminelle Banden und örtliche Warlords terrorisieren weite Teile des Landes. Es gibt meistens keine klaren Frontlinien und auch keine klar erkennbaren Gegner.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Was sollen da Soldaten machen?)

Das ist der Kern des Problems. Darauf geben Sie keine Antwort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Zurufe der Abg. Christine Buchholz [DIE LINKE])

Ich räume gerne ein, dass es nicht falsch ist, wenn wir uns angesichts dieser Situation eine gewisse politische Ratlosigkeit offen eingestehen. Die Eskalation der Gewalt in den letzten Monaten spricht da auf schreckliche Weise für sich. Es darf aber nicht zur Ausrede werden, nicht einzugreifen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Richtig!)

Aber die große Unübersichtlichkeit der Lage und viele offene Fragen stellen uns schon vor eine schwierige Entscheidung.

Der Konflikt droht sich weiter auszubreiten. Die Krise in Zentralafrika hat eine Sprengkraft, die die gesamte Region vom Tschad bis zum Norden des Kongo (D) destabilisieren könnte. Der Einsatz von Truppen der Afrikanischen Union und ihre Unterstützung durch Frankreich war daher richtig, reicht aber nicht aus. Deshalb ist es gut, dass die UNO jetzt ihre Verantwortung wahrnehmen will und heute ein Mandat beschlossen hat. Das ist eine gute Nachricht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Krise muss auf der Ebene der Vereinten Nationen behandelt werden. Wo sonst?

Wenn es ein UN-Mandat gibt, dann müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass die Anforderung an uns gestellt wird, das zu unterstützen. Eine dauerhafte UN-Peacekeeping-Mission ist angesichts der Situation in diesem Land dringend notwendig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nur so können mehr Stabilität und mehr Sicherheit für die Menschen in Zentralafrika erreicht werden; da hat die UNO recht. Es ist wichtig, dass diese Mission zustande kommt. Im September soll es so weit sein, und das ist nicht viel Zeit für die Umsetzung einer so schwierigen Mission. Deshalb ist eine Zwischenlösung für die nächsten sechs Monate absolut notwendig. Es ist richtig, dass die Europäische Union und Deutschland sich dabei engagieren, dabei helfen. Ich sage das, auch wenn heute

(A) noch nicht sicher ist, dass sie in diesem Zeitrahmen funktioniert.

Die Zentralafrikanische Republik gehört übrigens zur Gruppe der Afrika/Karibik/Pazifik-Staaten, die seit Jahrzehnten sogar eine Paritätische Parlamentarische Versammlung mit der Europäischen Union haben. Ich selber war dort mal fünf Jahre Mitglied. Es gibt für uns Europäer auch deshalb eine besondere politische Verpflichtung, der Bevölkerung dieses Partnerlandes beizustehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das bedeutet: In den nächsten sechs Monaten müssen die Voraussetzungen für die humanitäre Versorgung und die elementare Sicherheit auch durch Militär hergestellt werden. Es ist richtig, dass Deutschland trotz der unübersichtlichen Lage dabei hilft. Was aber nach der humanitären Nothilfe benötigt wird, ist ein langfristiges Entwicklungskonzept für Zentralafrika.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Stabilisierung der Sicherheitslage muss mit einem Konzept des zivilen Wiederaufbaus verbunden werden.

Dass Minister Müller nun 10 Millionen Euro an Soforthilfe für das Land und die zentralafrikanischen Flüchtlinge zur Verfügung gestellt hat, das ist sehr zu begrüßen. Aber angesichts der katastrophalen Lage ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das kann nur ein
(B) erster Schritt sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der UN-Nothilfekoordinator beziffert den Bedarf des Landes gegenwärtig auf fast 550 Millionen US-Dollar. Wir können und wir müssen bei der zivilen Hilfe sehr viel mehr tun. Wir erwarten hier weitere Initiativen der Bunderegierung.

Der militärische Beitrag Deutschlands, über den wir heute zu entscheiden haben, ist dabei nur ein, wenn auch notwendiges Element, das helfen soll, die Voraussetzungen für zivile Hilfe zu stabilisieren.

(Roderich Kiesewetter [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Meine Fraktion wird dem Antrag der Bundesregierung auf Mandatierung der Bundeswehr für diesen Einsatz deshalb mit großer Mehrheit zustimmen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die SPD spricht jetzt der Kollege Karl-Heinz Brunner.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD): (C)

Sehr verehrter Herr Präsident! Frau Bundesminister von der Leyen! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ist es nicht bittere Ironie der Geschichte, wenn Ban Ki-moon, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, auf dem Weg zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Genozids in Ruanda in der Zentralafrikanischen Republik haltmachen muss, um die dortigen Konfliktparteien eindringlich zu ermahnen? Er sagte:

Wiederholen Sie nicht die Fehler der Vergangenheit, ziehen Sie die Lehren daraus.

Ihnen, Kollegin Buchholz, will ich sagen: Wiederholen Sie nicht die Fehler der Vergangenheit, ziehen Sie die Lehren daraus. – Sie haben noch bis zum Ende dieser Debatte, bis zur namentlichen Abstimmung, Zeit, den richtigen Weg zu finden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Zurufe der Abg. Christine Buchholz [DIE LINKE] und Stefan Liebich [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, das vor wenigen Tagen auch im Hohen Hause beschworene Credo „Nie wieder Ruanda! – Nie wieder Völkermord!“ droht ausgerechnet im Jahr der Erinnerung, dem Jahr der Mahnung, zu einer Farce zu werden. Ethnisch-religiöse Säuberungen, Massenmorde ohne Sinn und Verstand sind in der Zentralafrikanischen Republik traurige Realität. Bewaffnete Truppen, nein, Horden von Christen und Muslimen stehen sich mit nur dem einen Ziel gegenüber, die jeweils anderen zu vernichten. Unaussprechliche Gräueltaten, bei denen ohne Grund in Menschenmengen geschossen wird, wodurch jene getroffen werden, die sich nicht (D) wehren, die nicht um ihr Leben laufen können, die schutzlos sind: Kinder, Alte, Behinderte, Frauen, Schwangere.

Kolleginnen und Kollegen, ein Land, eine Gesellschaft, läuft dort Amok; es droht in kompletter Anarchie zu versinken, es befindet sich im freien Fall. Nicht nur, weil die Milizen dort schlecht organisiert sind, sondern auch, weil ihnen die Koordination fehlt, ist ein Völkermord im Augenblick noch unwahrscheinlich.

Ja, meine Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich täuschen, ich möchte mich auch gern täuschen, wenn ich Parallelen zu Ruanda, zu Srebrenica, zu Bosnien-Herzegowina herstelle.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Nein, das sind sehr verschiedene Sachen!)

Doch als jemand, der in seinem Leben selbst erleben musste, was aus Hass gegenüber anderen Religionen und Ethnien und aus Rassenwahn geschieht, bin ich zutiefst davon überzeugt, dass wir Einhalt gebieten müssen, dass wir nicht neutral sein können, sondern Farbe bekennen müssen. Ich bin überzeugt, dass es Auftrag und Pflicht der internationalen Gemeinschaft ist, wenn schon die bisherige Gewalt nicht verhindert werden konnte, eine weitere Eskalation zu verhindern.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wenn wir wirklich eine Wertegemeinschaft sein wollen, dann müssen wir dazu stehen, und dies nicht nur bei Sonntagsreden, dann

Dr. Karl-Heinz Brunner

(A) dürfen wir nicht wie 1994, als die Blauhelme aus Ruanda abgezogen und Hunderttausende ihrem Schicksal überlassen wurden, nicht wie 1995 in Srebrenica, als die Blauhelme zusahen, wie 8 000 Bosniaken niedergemetzelt wurden, die Augen verschließen. Wenn wir unsere Werte ernst nehmen, dann braucht es unseren Einsatz, und zwar jetzt eines kleinen, den die Menschen dort benötigen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

einen Einsatz für die Afrikanische Union, die dringend unsere Hilfe braucht, einen Einsatz, um die französischen Soldaten, die bereits dort sind, dabei zu unterstützen, Gewalt zu beenden, einen Einsatz, um zu helfen, demokratische Strukturen zu schaffen und die Wahlen im Jahr 2015 vorzubereiten. Die Verantwortung, die Zivilisten zu schützen, ist Leitgedanke unseres Handelns und damit der militärischen Überbrückungsmission, deren Fokus auf medizinischer Versorgung und Lufttransport liegt.

Anders als 1995 in Rest-Jugoslawien, anders als beim Bürgerkrieg in Syrien sind sich dieses Mal die Afrikanische Union, die Vereinten Nationen, die etwa vor einer Stunde im Sicherheitsrat der Peacekeeping Mission zugestimmt haben, und die Europäische Union einig, dass Hilfe unmittelbar, jetzt und umfassend notwendig ist, um das Morden zu stoppen und das Land wieder zu stabilisieren. Nutzen wir diese Einigkeit als wichtiges Zeichen, als Zeichen einer Wertegemeinschaft, die dem sinnlosen Morden die Stirn zeigt.

(B) Unser Versprechen im Rahmen des EU-Afrika-Gipfels vergangene Woche, an einem Afrika der Chancen mitzuwirken, ist nur glaubhaft, wenn wir jetzt unseren Willen und unsere Entschlossenheit zeigen, der afrikanischen Bevölkerung in einer ihrer dunkelsten Stunden mit allen Mitteln beizustehen. Afrika braucht afrikanische Lösungen. Afrika braucht auch afrikanische Chancen. Auch Zentralafrika! Gerade deshalb dürfen wir Zentralafrika nicht seinem Schicksal überlassen. Das sind wir den Menschen schuldig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind wir aber auch uns schuldig, wenn wir Worte wie „Nie wieder Auschwitz!“, „Nie wieder Ruanda!“, „Nie wieder Srebrenica!“ nicht zu leeren Worthülsen werden lassen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, dem Ersuchen der Bundesregierung auf Entsendung im Rahmen eines Übergangsmandats zuzustimmen. Ich glaube, die Menschen in Afrika haben es verdient, unseren Beistand zu erhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner ist der Kollege Roderich Kiesewetter, CDU/CSU.

(C) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der CDU/CSU stimmt dem Antrag für das Mandat in Zentralafrika zu; das haben wir schon Anfang der Woche deutlich gemacht. Lassen Sie mich drei aus meiner Sicht sehr wesentliche Punkte noch einmal herausstellen.

Erstens. Es geht auch um die deutsche Verantwortung innerhalb der Europäischen Union. Es geht um unser Engagement innerhalb der Europäischen Union. Ich bin der Kollegin Anita Schäfer ausgesprochen dankbar, dass sie einen ganz wichtigen Punkt angesprochen hat. Wir brauchen zurzeit angesichts der Entwicklungen östlich der EU und auch in unserer südlichen Nachbarschaft eine absolut handlungsfähige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, und wir brauchen eine NATO, die auf Rückversicherung setzt. Anita Schäfer hat eines deutlich gemacht: Wir müssen unsere Partner in der EU überzeugen, dass sie Kräfte für einen Einsatz in Afrika zur Verfügung stellen. Das geht nur, wenn wir Deutsche nicht an der Seite stehen, sondern uns aktiv beteiligen. Deshalb stimmen wir dem Mandat zu.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

(D) Zentralafrika hat über 4,5 Millionen Einwohner, über die Hälfte davon ist auf humanitäre Hilfe angewiesen, über 1 Million Menschen sind täglich auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen, 600 000 Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht, und 300 000 Menschen haben ihr Land bereits verlassen. Das darf uns nicht kalt lassen, jedenfalls nicht so kalt, wie es die Linken in diesem Fall lässt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Das lässt uns überhaupt nicht kalt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin auch den Grünen sehr dankbar. Was der Kollege Schmidt gesagt hat, kann die Mehrheit des Hauses mittragen.

Das führt mich zu meinem zweiten Punkt. Es geht um das Afrika-Konzept. Wir als Bundestag sind in der Lage, sehr kurzfristig zu handeln. Wir haben dieses Mandat innerhalb einer Woche beraten. Die Minister von der Leyen, Steinmeier und Müller

(Zurufe von der LINKEN)

haben mit ihrer Ankündigung eines neuen weiterentwickelten Afrika-Konzepts klargemacht, dass wir auch strategisch handeln wollen. Diese Bundesregierung nimmt Afrika ernst. Das muss uns auch heute bewusst sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE

Roderich Kiesewetter

(A) GRÜNEN – Zuruf der Abg. Christine Buchholz [DIE LINKE])

Dieses Ernstnehmen zeigt sich auch daran, dass unsere Bundeskanzlerin beim EU-Afrika-Gipfel klare Worte gefunden hat. Wenn unsere Bundeskanzlerin, wenn unsere Regierung, wenn unser Bundestag deutlich macht, dass wir als Europäische Union in Afrika handlungsfähig sein müssen, dann werden auch andere Staaten überzeugt werden und uns folgen. Wir müssen hier gemeinsam Verantwortung tragen. Deutschland kann das nicht alleine. Wir wollen aber auch nicht, dass einzelne Staaten vorpreschen und ausschließlich militärische Lösungen erreichen. Deshalb brauchen wir ein zivil-militärisches Konzept mit diplomatischen Mitteln, mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit. Ich glaube, dieses Ziel müssen wir in dieser Legislaturperiode unbedingt erreichen. Wir brauchen ein zivil-militärisches Afrika-Konzept, das auf einer breiten Grundlage steht und auch die Zivilgemeinschaft einbindet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ganz entscheidend ist aus meiner Sicht auch: Die Europäische Union engagiert sich mit zehn Missionen zivil-militärisch in Afrika, die Vereinten Nationen engagieren sich mit neun Missionen in Afrika, in denen insbesondere die Afrikanische Union, also afrikanische Staaten, Verantwortung tragen. Das macht 19 Missionen. Es ist unsere Aufgabe, die dort engagierten Staaten, die dort engagierten Gesellschaften aus Afrika zu unterstützen und zu befähigen, dass sie mit diplomatischen Mitteln,
(B) mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit und, wo angebracht, auch mit militärischen Mitteln zur Konfliktlösung beitragen können. Hier sehen wir unsere Ertüchtigungsaufgabe. Das ist keine rein militärische Aufgabe. Dieses Afrika-Konzept sollten wir auch in der Europäischen Union vertreten, damit auf Basis eines Gesamtkonzeptes diese 19 verschiedenen Missionen von EU und Vereinten Nationen koordiniert werden.

Ich komme zu meinem abschließenden Punkt, zum regionalen Zusammenhalt. Der Kollege Bartels, die Kollegin Wagner, der Kollege Juratovic und ich hatten vergangene Woche die Ehre, für den Deutschen Bundestag bei der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Athen sein zu dürfen. Wir haben die Gelegenheit genutzt und mit der Hohen Repräsentantin über das Umfeld von Zentralafrika gesprochen. Dabei sind zwei Dinge deutlich geworden:

Erstens. In Mali leben 4 Millionen Malier mit einem europäischen Pass. Sie sind französische Staatsbürger. Wir wollen, dass diese dort eine Perspektive haben.

Der zweite Punkt ist Libyen. Es reicht nicht aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns um Mali und die Zentralafrikanische Republik kümmern. Wir haben Frau Ashton ermutigt, mit Blick auf Libyen stärker nach Lösungen zu suchen. Wenn wir an einem Afrika-Konzept arbeiten, dann geht es auch darum, dass wir verhindern, dass Libyen ein Rückzugsort für Islamisten wird, ein Rückzugsort für ausländische Kämpfer, ein Rückzugsort für Terroristen und ein Ort, an dem Proliferation (C)
an der Tagesordnung ist, also der Verkauf und die Verteilung von Waffen, und zwar nicht nur von Kleinwaffen, sondern auch von schweren Waffensystemen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für diese Region. Der Einsatz, über den wir heute entscheiden, ist ein Baustein, allerdings ein sehr wesentlicher.

Ich werbe um Ihre Unterstützung und fordere die Kollegen der Linken auf, ihre Position zu überdenken und diese Menschen nicht zu vernachlässigen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Abschließender Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dr. Reinhard Brandl, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist der letzte Debattenbeitrag vor der namentlichen Abstimmung. Ich darf bitten, auch diesem Redner zuzuhören und den Geräuschpegel im Plenum zu verringern.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die katastrophale humanitäre Situation in Zentralafrika, nahe am Völkermord, beschäftigt uns schon seit Monaten. Ich möchte nicht verhehlen, dass ich ebenso wie viele andere Kollegen in dieser Zeit hin- und (D)
hergerissen war von der Frage, ob und, wenn ja, wie wir den Menschen dort helfen können. Wir haben das auch innerhalb der CSU sehr intensiv diskutiert und abgewogen.

Auf der einen Seite war Zentralafrika bisher nicht im Fokus unserer Außenpolitik. Anders als zum Beispiel in Mali, im Südsudan oder im Sudan haben wir in dem Land relativ wenig Erfahrung, und wir haben auch kein detailliertes Lagebild.

Auf der anderen Seite kann die internationale Gemeinschaft auch nicht einfach zusehen, wenn sich ein Land Stück für Stück auf einen Völkermord zubewegt. Dann geht es auch nicht mehr darum, wer welche Interessen oder wer welche Erfahrung in welchem Land hat, sondern es geht dann ganz konkret darum, die Menschen vor Ort vor Mord, Totschlag, Plündereien und Vergewaltigungen zu schützen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und die Europäische Union mit Deutschland haben in den letzten Wochen um eine Lösung gerungen. Ich finde, sie haben auch vor dem Hintergrund der Entscheidung, die heute vor etwa einer Stunde im UN-Sicherheitsrat getroffen wurde, eine gute Lösung gefunden. Dort wurde die Einrichtung einer VN-Friedensmission, die die gesamte Bandbreite von zivilen und militärischen Instrumenten zur Krisenbewältigung abdeckt, beschlossen. Die Mission wird wesentlich von den Nachbarländern,

(A) also von Ländern der Afrikanischen Union, getragen. Sie wird unter anderem Folgendes zum Ziel haben: Schutz der Zivilbevölkerung, Entwaffnung, Wiedereinführung des Rechtsstaats, Wiederherstellung der territorialen Integrität, Einrichtung von humanitären Korridoren, Hilfe beim Wiederaufbau usw.

Bis diese VN-Mission aufwächst und tatsächlich in Gang kommt, wird die Europäische Union sechs Monate überbrücken, um die Bevölkerung zu schützen und die humanitäre Notlage abzumildern. Diese Überbrückungsmission ist nur ein Teil des Engagements der Europäischen Gemeinschaft, das auch humanitäre Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet.

Ich sehe gerade in der ersten Reihe unseren Entwicklungshilfeminister Müller. Er war vor etwa zehn Tagen in Zentralafrika, hat sich vor Ort ein Bild von der Lage gemacht

(Zuruf von der LINKEN: Demnach brauchen wir dort keine deutschen Soldaten!)

und hat Soforthilfe in Höhe von etwa 10 Millionen Euro für die Bereiche Nahrungsmittel, Wasseraufbereitung und Verbesserung der hygienischen Zustände zugesagt. Ich finde, auch das ist ein starkes Zeichen von Deutschland und dem BMZ.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Besser als Soldaten!)

(B) Wir stimmen jetzt über den Beitrag der Bundeswehr zu dieser Überbrückungsmission ab. Es geht dabei im Wesentlichen um ein Flugzeug, sozusagen eine fliegende Intensivstation, das in Köln stationiert ist und im Falle des Falles, wenn es zu schweren medizinischen Notfällen vor Ort kommt, nach Bangui fliegt, dort etwa drei Stunden verbleibt und dann die Verletzten in Krankenhäuser bringt. Um solche Rettungsmaßnahmen zu koordinieren, werden wir einige Personen vor Ort, vor allem am Flughafen, einsetzen.

(Zuruf der Abg. Christine Buchholz [DIE LINKE])

Die Mandatsobergrenze liegt bei 80 Soldaten. Der Beitrag ist nicht groß, aber ohne diesen Beitrag wäre die gesamte Überbrückungsmission nicht zustande gekommen. Es ist nicht nur ein Beitrag Deutschlands und Frankreichs, sondern ein gemeinschaftlicher Beitrag der Europäischen Union. Ich möchte Ihnen einmal vorlesen, welche Länder ähnliche Beiträge wie wir zu dieser Mission leisten: Neben Deutschland und Frankreich sind es Portugal, Großbritannien, Schweden, Polen, Estland, Litauen, Lettland, Finnland, Griechenland, Georgien, Spanien, Luxemburg und Italien. Dazu kommt Einzelpersonal aus anderen Ländern.

Meine Damen und Herren, diese Mission ist ein starkes Zeichen dafür, dass die Europäische Gemeinschaft, wenn es um humanitäre Notlagen geht, zusammensteht und bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD) (C)

Wir wollen einen Teil dieser Verantwortung übernehmen. Wir werden unseren Teil dazu beitragen. Deswegen bitte ich Sie jetzt gleich um Zustimmung zu diesem Mandat.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Es war noch eine Zwischenfrage des Kollegen Petzold angemeldet.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das geht ja jetzt nicht mehr! Der Redner ist ja gar nicht mehr da!)

Ich darf sagen: Wir haben auch noch ein bisschen Zeit,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein!)

und zwar deshalb, weil die akustische Information der Kolleginnen und Kollegen über die namentliche Abstimmung derzeit nicht hinreichend funktioniert. Wir brauchen also noch ein bisschen Zeit, um alle Kolleginnen und Kollegen davon in Kenntnis zu setzen, dass es jetzt gleich zur namentlichen Abstimmung kommt. Insofern sollte, denke ich, der Kollege Petzold seine Anmerkung noch machen dürfen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Der kann doch gar keine Frage mehr stellen! Es ist doch gar keiner mehr da! Wie soll denn das gehen? An wen denn? – Gegenruf des Abg. Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Kurzintervention!) (D)

Harald Petzold (Havelland) (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident, auch wenn die Frage kein Lückenbüßer sein soll. – Ich möchte den Kollegen Brandl bitten, noch einmal darzustellen, wie ich mir vor dem Hintergrund der humanitären Hilfe, die geleistet werden soll, den Verwundetentransport vorstellen soll. Welche Personengruppen sollen denn tatsächlich transportiert werden? Wie viele Kinder und vor allen Dingen wie viele verwundete Frauen sollen von den Transporten tatsächlich erfasst werden?

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Brandl, wollen Sie dazu noch einmal Stellung nehmen?

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Gerne. – Verehrter Herr Kollege, vielen Dank für die Frage.

Es geht, wie bei jedem Einsatz, darum, dass für die Mission, für die dort eingesetzten Soldaten eine Rettungskette zur Verfügung steht. Einfache Verletzungen können vor Ort in Krankenhäusern behandelt werden. Bei schwereren Verletzungen steht dann unser strategischer Air MedEvac zur Verfügung. Je nachdem, ob es die Lage und die Kapazitäten vor Ort ermöglichen, kann

Dr. Reinhard Brandl

(A) diese Rettungskette aber auch für andere Personengruppen genutzt werden. Das ist ein guter und wichtiger Beitrag. Wir wissen, dass es gerade für die Soldaten wichtig ist, dass die Rettungskette funktioniert. Ich bin froh, dass wir diesen Beitrag, einen guten deutschen Beitrag, leisten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 18/1095 zu dem Antrag der Bundesregierung zur Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Europäischen Überbrückungsmission in der Zentralafrikanischen Republik.

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 18/1081 anzunehmen. Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung namentlich ab. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, bei der Stimmabgabe, wie üblich, sorgfältig darauf zu achten, dass die Stimmkarten, die Sie verwenden, Ihren eigenen Namen tragen.

Ich bitte jetzt die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Ich darf um (B) eine kurze Anzeige bitten, ob alle Plätze an den Wahlurnen besetzt sind. – Gibt es noch eine Abstimmungsurne, die nicht besetzt ist? – Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die namentliche Abstimmung über diese Beschlussempfehlung.

Darf ich nachfragen, ob noch ein Mitglied des Hauses anwesend ist, das seine Stimme abgeben möchte, aber noch nicht abgegeben hat? – Sind alle, die abstimmen wollen, auch schon hier im Plenarsaal? – Gibt es noch irgendjemanden, der seine Stimme nicht abgegeben hat? – Ich sehe jetzt niemanden mehr, der noch nicht die Möglichkeit gehabt hätte, seine Stimme abzugeben. Ich gehe deshalb davon aus, dass alle auch die akustischen Hinweise und Benachrichtigungen mittlerweile vernommen haben. – Der Kollege Ströbele möchte seine Stimme noch abgeben. Stimmt das?

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe die falsche eingeworfen!)

– Sie haben die falsche eingeworfen? Das werden wir dann nachher klären.

Dann schließe ich hiermit die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.[1)]

[1)] Ergebnis Seite 2538 C

(C) Wir setzen die Haushaltsberatungen fort und kommen nun zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.**

Das Wort hat die Bundesministerin Andrea Nahles.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 11 ist ein großer Block. Wir reden hier heute über richtig viel Geld.

(Unruhe)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Frau Ministerin, einen Moment bitte! – Darf ich noch einmal um Ruhe bitten hier im Haus? Das ist ein sehr wichtiger Haushalt, und ich bitte um die notwendige Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Vielen Dank. – Wir reden hier heute über viel Geld: 122 Milliarden Euro, deutlich mehr als ein Drittel des Gesamtetats. Auch in diesem Jahr stellt dieser Einzelplan den mit Abstand umfangreichsten Einzeletat dar. In diesem Etat liegt eine wichtige Botschaft. Diese Zahlen (D) drücken aus, was unsere Gesellschaft zusammenhält: Wir schaffen soziale Sicherheit, und wir schaffen vor allem auch Teilhabe. Das drückt sich ganz konkret in den vielen Maßnahmen und Initiativen aus, die wir hier finanzieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Zuschüsse zur Rentenversicherung steigen auf 90,1 Milliarden Euro – mit dabei: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung –, 31,5 Milliarden Euro fließen in die Arbeitsförderung und in die Grundsicherung, in das Arbeitslosengeld II, und 1,5 Milliarden Euro leisten wir zur sozialen Entschädigung.

Wir halten den Menschen den Rücken frei, wenn sie arbeitslos werden, und wir halten ihnen den Rücken frei, wenn sie durch eine anhaltende Krankheit aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen. Das gilt natürlich auch im Alter, wenn sie in Rente gehen. Daneben schaffen wir aber auch Chancen für Junge, zeigen Anerkennung für geleistete Arbeit und üben Solidarität. – Das alles steckt hinter diesen Zahlen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein Punkt steht dabei natürlich im Zentrum, nämlich die Arbeit. Arbeiten heißt für die Menschen, etwas leisten zu können und dafür dann auch verdiente Anerkennung zu bekommen. Dies für möglichst viele zu er-

(A) reichen, ist unser Ehrgeiz. Es ist das zentrale Anliegen der Bundesregierung, denen, die Arbeit suchen, die Chance zu geben, Arbeit zu bekommen, für die, die hart arbeiten, einen fairen Lohn zu gewährleisten, denen, die besonders lange gearbeitet haben, keine Abschläge zuzumuten, und denen, die Kinder großziehen, diese Leistung auch bei der Rente anzuerkennen. Das alles gehen wir an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich verweise darauf, dass wir trotz sinkender Arbeitslosenzahlen die Mittel für die Betreuung und Vermittlung von Menschen, die Arbeit suchen, nicht absenken. Wir haben vielmehr eine zusätzliche Mittelübertragung von 350 Millionen Euro erreicht, die bereits in dieser Woche in den Jobcentern vor Ort angekommen ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit – das ist mir ein persönliches Anliegen – bemühen wir uns, bei jungen Leuten Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Ich war vor einigen Wochen bei Airbus in Hamburg und habe dort einen jungen Mann getroffen, der Flugzeugteile verschraubte. Er hatte ordentlich zu tun. Man muss sich als Passagier – ich fliege ja häufig – darauf verlassen können, dass er seine Arbeit ordentlich macht.

Als er mir seine Geschichte erzählte, erfuhr ich, dass es nicht selbstverständlich war, dass er dort seine Ausbildung machen konnte und eine Arbeit erhalten hat; denn
(B) er war in der Schule keine große Leuchte, wie man so sagt, und hat nur mit Mühe den Schulabschluss geschafft. Wenn sich nicht Leute um ihn gekümmert hätten, dann wäre er vielleicht nicht in Arbeit gekommen, sondern möglicherweise in einer Warteschleife oder in irgendeinem Gelegenheitsjob gelandet.

Darum geht es: Unser Schwerpunkt soll sein, dass sich gerade im Übergang von der Schule in den Beruf mehr gekümmert wird, damit wir nicht reihenweise, wie das in den 2000er-Jahren leider zu oft passiert ist, junge Menschen verlieren, die dann keine Ausbildung machen. Jeder junge Mensch in Deutschland muss eine Ausbildung machen können und auch machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Frau Bundesministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Zimmermann?

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Bitte.

Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE):

Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, Frau Ministerin. – Wir haben heute die Liste bekommen, auf der steht, wie viel Geld an die einzelnen Jobcenter geht. Wenn ich mir meinen Wahlkreis Zwickau anschaue, dann sehe ich, dass in diesem Jahr 796 000 Euro (C)
zusätzlich dorthin fließen.

In meinem Wahlkreis gibt es 9 841 erwerbslose Menschen. Ich habe das einmal heruntergerechnet und bin dabei von durchschnittlich 10 000 Euro ausgegangen; das ist ja die Annahme für Weiterbildungsmaßnahmen innerhalb der Arbeitsmarktpolitik. Damit würden davon 79 Menschen profitieren. 79 Menschen in Zwickau können von Ihren 350 Millionen Euro profitieren: Sehen Sie das als ein gutes Verhältnis an?

(Katja Mast [SPD]: Jahrelang gab es Kürzungen, jetzt wird erhöht!)

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Sie stellen das jetzt so dar, als ob das nur für 79 Personen insgesamt eine Chance auf eine Erwerbsbeteiligung eröffnet. Das sind aber zusätzliche Mittel.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben Jahre der Kürzungen hinter uns. Nach diesen Jahren der Kürzungen haben wir jetzt zusätzliche Mittel aufgebracht, und ich glaube, dass sich die 79 Leute in Ihrem Wahlkreis, die jetzt zusätzlich eine Chance bekommen, sehr darüber freuen werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Was das Thema Schule angeht, möchte ich Verbesserungen in der Kooperation erreichen, um mehr jungen Menschen eine Chance zu geben. Das bedeutet zum Beispiel, dass sich die Schule auch nach der Beendigung der (D)
Schulzeit dafür mit verantwortlich fühlt, was aus den jungen Leuten wird.

Ich möchte, dass die Ämter alle an einem Strang ziehen, wenn es um die Betreuung von jungen Menschen geht, und dass sich die Ämter nicht in Zuständigkeitsfragen verschleißen. Es geht darum, dass kein Jugendlicher zurückbleiben darf.

Das Ganze hat auch einen Namen. Wenn man das nämlich gut organisiert – und das tun einige, zum Beispiel in Hamburg –, dann nennt sich das Jugendberufsagentur.

(Gustav Herzog [SPD]: In Kaiserslautern auch!)

Ich möchte, dass wir überall in Deutschland diese Kooperation hinbekommen, dass alle zum Wohle der Menschen an einem Strang ziehen. Das kann auch anders organisiert werden als das Beispiel Hamburg. Das ist vollkommen klar. Es ist nur *ein* gutes Modell. Aber dass es überall dieser Anstrengung bedarf und dass wir helfen müssen, die Kooperation zu verbessern, halte ich für ein sehr wichtiges Ziel, und das packen wir an. Da haben wir einen Schwerpunkt gesetzt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften dem Ausbildungspakt neuen Schwung verleihen. Das ist auch nötig. Denn wir haben diese Woche

Bundesministerin Andrea Nahles

(A) erlebt, dass die Bereitschaft, auszubilden, nachgelassen hat. Es gibt zu wenig Betriebe, die ausbilden. Neue Motivation zu schaffen und nach den Ursachen für die nachlassende Bereitschaft zu fragen, ist, glaube ich, eine gute Aufgabe für den Ausbildungspakt.

Wir wollen den Ausbildungspakt auch auf das Thema Weiterbildung erweitern. Ich glaube, dass die Erstausbildung und weitere Qualifizierungsschritte immer besser miteinander verzahnt werden müssen. Das müssen wir gemeinsam in den Blick nehmen, und das werden wir auch tun.

Zu viele Jugendliche bleiben in Deutschland ohne Abschluss. Auch das ist ein Befund, der wieder aktuelle Nahrung bekommen hat. Deswegen bitte ich auch in diesem Zusammenhang, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Denn es gibt Angebote, zum Beispiel das Spätstarterprogramm mit 100 000 Plätzen. Es gibt bestimmt einige junge Leute zwischen 25 und 27 Jahre, die sagen: Es war ein Fehler, dass ich keine Ausbildung gemacht habe. Ich nutze jetzt die Möglichkeit: Ich drücke in fortgeschrittenem Alter noch die Schulbank und versuche, das wettzumachen. – Dafür gibt es viele Angebote.

Ich fordere alle, die zuhören, auf: Nutzen Sie die Möglichkeiten! Ergreifen Sie die zweite Chance! Wir bieten dafür genügend Möglichkeiten. Es wird Ihnen nutzen. Es ist erwiesen: Wer eine Ausbildung hat, ist viel besser vor Arbeitslosigkeit gefeit. Wer keine Ausbildung hat, gehört leider zu den Ersten, die aus den Betrieben fliegen. Deswegen ist das ein so wichtiger Punkt.

(B) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Neben der Jugendarbeitslosigkeit, die wir, wie Sie merken, zum Schwerpunkt machen wollen, ist das bedrückendste Thema die Frage: Wie können wir die Zahl der Langzeitarbeitslosen reduzieren? Wir sind hier, offen gesagt, seit einiger Zeit in einer gewissen Stagnation. Wir haben eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Bei den Langzeitarbeitslosen bewegt sich noch zu wenig.

Wir müssen, glaube ich, genauer hinschauen, wenn es um die 1 Million Langzeitarbeitslose geht. Diese Gruppe ist sehr unterschiedlich zusammengesetzt. Darin sind Menschen, die länger als vier Jahre arbeitslos sind. Fast die Hälfte der Langzeitarbeitslosen sind länger als vier Jahre arbeitslos. Es ist klar, dass sehr viel mehr Betreuung notwendig ist und dass wir mehr Aufwand und Kommunikation betreiben müssen – übrigens auch mit den Arbeitgebern –, um diesen Menschen eine Chance zu geben. Über 100 000 Langzeitarbeitslose sind schwerbehindert. Für sie bedarf es einer besonderen Förderung. Nicht zuletzt können wir zunehmend erkennen, dass langzeitarbeitslose Menschen psychische Beeinträchtigungen aufweisen. Auch hier fehlen aus meiner Sicht noch passgenaue Angebote.

Eine andere Gruppe von Langzeitarbeitslosen – sie umfasst einige Hunderttausend Menschen – hat mit entsprechender Unterstützung eine gute Chance auf eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Für diese Gruppe wird es auf jeden Fall ein Angebot im Rahmen des neuen ESF-Programms geben. Wir werden gezielt Akquise bei Arbeitgebern betreiben, um genau für diese (C) Menschen eine Brücke zu bauen.

Klar ist auch: Das ESF-Programm ist nur *ein* Förderansatz. Es werden noch weitere Maßnahmen hinzukommen. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen – auch solche, die über das ESF-Programm hinausgehen –, um Perspektiven für Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit zu schaffen. Ich sage ausdrücklich, dass dies ein persönlicher Schwerpunkt meiner Arbeit in den nächsten Jahren sein wird. Wann, wenn nicht jetzt, wo der Arbeitsmarkt aufnahmefähiger als in den vergangenen Jahrzehnten ist, wollen wir es schaffen? Jetzt ist die Zeit, um für diese Gruppe neue Brücken in den Arbeitsmarkt zu bauen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich habe eben schon die Gruppe der Langzeitarbeitslosen mit Behinderung erwähnt. Dies ist eine besondere Gruppe. Für mich ist es ein persönliches Anliegen, dass wir die Inklusion dieser Menschen im Alltag erreichen. Die Inklusion ist zwar schon – Gott sei Dank – im Bewusstsein der Gesellschaft verankert, aber sie muss auch in den Betrieben, in den Schulen und überall dort, wo gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung noch nicht selbstverständlich ist, erreicht werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden mit dem Teilhabegesetz einen großen Schritt machen. Wir werden im Jahr 2015 einen Schwerpunkt unserer Arbeit auf dieses Gesetz legen. Es wird dann, so hoffe ich, 2016 im Gesetzblatt stehen. Die Ge- (D) setzgebung ist die eine Seite. Die andere Seite sind ganz praktische Aspekte, die zeigen, wie bereichernd es sein kann, Menschen mit Behinderung zu integrieren.

Ich habe kürzlich Fraport, die Betreibergesellschaft am Frankfurter Flughafen, besucht und mit einer Frau gesprochen, die dort seit 16 Jahren arbeitet und voll integriert ist. Sie ist eine richtige Stimmungskanone. Was ihren Arbeitsplatz von dem Arbeitsplatz der anderen unterscheidet, ist, dass sie an ihrer Tastatur eine Braille-Zeile hat; denn sie ist blind. Dieses Beispiel zeigt mir: Wenn sich Unternehmen öffnen, dann sind behinderte Arbeitnehmer eine Bereicherung. Dieses Thema sollten wir in den nächsten Monaten nach vorne bringen und ins Zentrum unserer Bemühungen rücken. Ich glaube, dass Menschen mit Behinderung viel Potenzial haben, das wir aber noch nicht nutzen. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die jungen Menschen brauchen einen guten Start ins Arbeitsleben. Dazu bedarf es guter Arbeitsbedingungen und guter Löhne. Mit dem Tarifpaket schaffen wir die Voraussetzungen, um die Arbeitsbedingungen und die Rahmenbedingungen für gute Löhne in Deutschland deutlich zu verbessern.

Wir haben natürlich auch eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, die nicht mehr im Erwerbsleben ste-

Bundesministerin Andrea Nahles

(A) hen. Ihre Lebensleistung muss mit einer verlässlichen Rente anerkannt werden. Das schaffen wir mit dem Rentenpaket, das wir vorgelegt haben. Wir reden hier über große Summen. Millionen Menschen tragen zum Funktionieren des Sozialstaats bei; gleichzeitig profitieren Millionen Menschen davon. Das ist der Pakt, der in diesem Land seit Jahrzehnten im Rahmen unserer sozialen Marktwirtschaft sehr gut funktioniert. Das soll so bleiben, und das werden wir sichern, auch mit dem Einzelplan 11 für das Jahr 2014.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer: (C)
Vielen Dank, Frau Ministerin.

Bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, darf ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über die Empfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung mit dem Titel „Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Europäischen Überbrückungsmission in der Zentralafrikanischen Republik“ bekannt geben: abgegebene Stimmen 576. Mit Ja haben gestimmt 514, mit Nein haben gestimmt 59, Enthaltungen 3. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	576;
davon	
ja:	514
nein:	59
enthalten:	3

Ja

CDU/CSU

Stephan Albani
Katrin Albsteiger
Artur Auernhammer
Dorothee Bär
Norbert Barthle
(B) Julia Bartz
Günter Baumann
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Dr. Christoph Bergner
Ute Bertram
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Alexandra Dinges-Dierig
Alexander Dobrindt
Michael Donth
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Jutta Eckenbach
Dr. Bernd Fabritius
Hermann Färber
Uwe Feiler
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Thorsten Frei
Dr. Astrid Freudenstein
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Cemile Giousouf
Josef Göppel
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grotelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund
Oliver Grundmann
Monika Grütters
Dr. Herlind Gundelach
Fritz Güntzler
Olav Gutting
Christian Haase
Florian Hahn
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Stefan Heck
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Uda Heller
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Ansgar Heveling
Peter Hintze
Christian Hirte
Dr. Heribert Hirte
Robert Hochbaum
Alexander Hoffmann
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Dr. Hendrik Hoppenstedt
Margaret Horb
Bettina Hornhues
Charles M. Huber
Anette Hübinger
Hubert Hüppe
Thomas Jarzombek
Sylvia Jörrißen
Andreas Jung
Dr. Franz Josef Jung
Xaver Jung
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Steffen Kanitz
Alois Karl
Anja Karliczek
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Hartmut Koschyk
Kordula Kovac
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Roy Kühne
Günter Lach
Uwe Lagosky
Dr. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Barbara Lanzinger
Dr. Silke Launert
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Andreas Lenz
Philipp Graf Lerchenfeld
Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Wilfried Lorenz (D)
Dr. Claudia Lücking-Michel
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Thomas Mahlberg
Dr. Thomas de Maizière
Gisela Manderla
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Reiner Meier
Dr. Michael Meister
Jan Metzler
Maria Michalk
Dr. h.c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Marlene Mortler
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Carsten Müller (Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Dr. Andreas Nick
Michaela Noll
Helmut Nowak
Dr. Georg Nüßlein
Wilfried Oellers

Vizepräsident Johannes Singhammer

(A)
Florian Oßner
Dr. Tim Ostermann
Henning Otte
Ingrid Pahlmann
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Martin Pätzold
Ulrich Petzold
Sibylle Pfeiffer
Ronald Pofalla
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Annette Schavan
Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Jana Schimke
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Heiko Schmelzle
Christian Schmidt (Fürth)
Gabriele Schmidt (Ühlingen)
Patrick Schnieder
(B)
Dr. Andreas Schockenhoff
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Dr. Klaus-Peter Schulze
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Christina Schwarzer
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Tino Sorge
Jens Spahn
Dr. Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Peter Stein
Erika Steinbach
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Rita Stockhofe
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Karin Strenz
Thomas Stritzl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Sabine Sütterlin-Waack
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Astrid Timmermann-Fechter
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith
Thomas Viesehon
Michael Vietz
Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Nina Warken
Kai Wegner
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Marian Wendt
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar G. Wöhrl
Barbara Woltmann
Heinrich Zertik
Emmi Zeulner
Dr. Matthias Zimmer
Gudrun Zollner

SPD

Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Heinz-Joachim Barchmann
Dr. Katarina Barley
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Lothar Binding (Heidelberg)
Burkhard Blienert
Willi Brase
Dr. Karl-Heinz Brunner
Edelgard Bulmahn
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Petra Crone
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Sabine Dittmar
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Michaela Engelmeier-Heite
Dr. h.c. Gernot Erler
Saskia Esken
Karin Evers-Meyer
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Elke Ferner
Christian Flisek
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Ulrike Gottschalck
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Wolfgang Gunkel
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Gabriela Heinrich
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Matthias Ilgen
Christina Jantz
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Christina Kampmann
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Marina Kermer
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Anette Kramme
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Helga Kühn-Mengel
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Hiltrud Lotze
Kirsten Lühmann
Dr. Birgit Malecha-Nissen
Caren Marks
Katja Mast
Dr. Matthias Miersch
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Bettina Müller
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Ulli Nissen
Thomas Oppermann (C)
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Aydan Özoğuz
Markus Paschke
Christian Petry
Jeannine Pflugradt
Sabine Poschmann
Joachim Poß
Florian Post
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Dr. Simone Raatz
Martin Rabanus
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Bernd Rützel
Johann Saathoff
Annette Sawade
Dr. Hans-Joachim Schabedoth
Axel Schäfer (Bochum)
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder (Schwandorf)
Udo Schiefner
Dr. Dorothee Schlegel
Ulla Schmidt (Aachen)
Matthias Schmidt (Berlin) (D)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Ursula Schulte
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Stefan Schwartze
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Carsten Sieling
Rainer Spiering
Norbert Spinrath
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Wolfgang Tiefensee
Carsten Träger
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Andrea Wicklein
Dirk Wiese
Gülistan Yüksel
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

Vizepräsident Johannes Singhammer

(A)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Annalena Baerbock
Volker Beck (Köln)
Agnieszka Brugger
Ekin Deligöz
Katharina Dröge
Harald Ebner
Dr. Thomas Gambke
Matthias Gastel
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Dieter Janecek
Uwe Kekeritz
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Steffi Lemke
Peter Meiwald
Irene Mihalic
Beate Müller-Gemmeke
Özcan Mutlu
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Ulle Schauws
Dr. Frithjof Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Dr. Julia Verlinden
Doris Wagner
Beate Walter-Rosenheimer
Dr. Valerie Wilms

Nein

SPD

Klaus Barthel
Petra Hinz (Essen)
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)

DIE LINKE

Jan van Aken
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Diana Golze
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Dr. André Hahn
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Sigrid Hupach
Ulla Jelpke
Susanna Karawanskij
Kerstin Kassner
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Lötzsch
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Dr. Alexander S. Neu
Thomas Nord
Petra Pau
Harald Petzold (Havelland)
Richard Pitterle
Martina Renner
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Dr. Kirsten Tackmann
Azize Tank
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Birgit Wöllert
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann (Zwickau)

(C)

Enthalten

SPD

Marco Bülow

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Monika Lazar
Hans-Christian Ströbele

(B)

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Knapp!)

Wir fahren fort mit diesem Tagesordnungspunkt. Ich erteile das Wort als nächster Rednerin der Kollegin Dr. Gesine Lötzsch, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Lötzsch (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Nahles, Sie haben zu Recht darauf verwiesen, dass der Einzelplan „Arbeit und Soziales“ mit Ausgaben von über 122 Milliarden Euro fast die Hälfte des gesamten Bundeshaushaltes ausmacht und somit der größte Einzelplan ist. Die Bundesregierung verweist immer sehr gern auf diese Zahlen, um zu beweisen, wie sozial sie doch sei. In der Debatte am Dienstag – Sie werden sich vielleicht erinnern – haben einige Kollegen von der Union die Meinung vertreten, wir als Linke wären erst zufrieden, wenn der Sozialetat 100 Prozent des Bundeshaushaltes ausmachen würde. Ein besonders Pfiffiger aus der Union widersprach dann und sagte: Nein, es müssten 110 Prozent sein. – Ich will Ihnen nur sagen: Mit dieser Auffassung sind Sie völlig auf dem Holzweg.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So was von!)

Denn die Größe des Etats sagt noch nichts über die Art der Politik aus. Ein großer Sozialetat zeigt doch auch, wie hoch der Reparaturbedarf innerhalb unserer Gesellschaft ist.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Sie sind jetzt dafür, den Sozialstaat abzuschaffen?)

Ich will Ihnen das an einem Beispiel erläutern. Nehmen wir einmal die sogenannten Aufstocker. Sie wissen es alle: Das sind Menschen, die von ihrem Lohn ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Heute ging durch die Medien ein, wie ich nur sagen kann, absurdes Urteil des Arbeitsgerichtes in Cottbus.

(Katja Mast [SPD]: Das ist es in der Tat!)

Ich habe es mit Empörung aufgenommen. Ich hoffe, Sie auch.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das Jobcenter in Cottbus hatte nämlich völlig zu Recht geklagt, weil es Minilöhne aufstocken musste. Der Sachverhalt: Ein Anwalt zahlte in seiner Kanzlei einen Stundenlohn von 1,54 Euro für die eine Dame und von 1,65 Euro für die andere.

(Katja Mast [SPD]: Das ist ein Skandal!)

Dr. Gesine Lötzsch

(A) Das Arbeitsgericht, man höre und staune, wies nun die Klage des Jobcenters ab, und zwar mit der Begründung, dass die Beschäftigten schließlich mit dieser geringen Bezahlung einverstanden gewesen seien, um auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen zu können.

(Katja Mast [SPD]: Deshalb machen wir jetzt einen Mindestlohn!)

Warum erzähle ich Ihnen das? Ich finde, dieser Fall ist eine überzeugende Begründung dafür, warum es beim Mindestlohn keine Ausnahmen für Langzeitarbeitslose geben darf.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt einfach zu viele Arbeitgeber, die schlechte Löhne zahlen und die die Mitarbeiter zum Amt schicken, damit dieses dann ihre Löhne aufstockt. Das ist unsozial und ungerecht. Es ist nicht nur ungerecht gegenüber den Arbeitnehmern, sondern auch gegenüber den Arbeitgebern, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ordentliche Löhne zahlen. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Augenblick ist es so, dass die Steuerzahler in jedem Jahr rund 10 Milliarden Euro aufbringen müssen, um solche Löhne aufzustocken, damit diese Menschen auch die notwendigsten Dinge, die sie zum Leben brauchen, finanzieren können. Wir finden es gut, dass endlich
(B) ansatzweise eine langjährige Forderung der Linken, nämlich die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, aufgegriffen wurde und demnächst hier im Bundestag beschlossen wird. Das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Martin Rosemann [SPD]: Das geben Sie zu!)

Auch wenn wir viele Punkte kritisieren, was ich ja eben schon getan habe, können wir doch mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass unsere Arbeit in der Opposition ihre Wirkung eben nicht verfehlt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Einführung des Mindestlohnes von 8,50 Euro, wie es von der Regierung vorgesehen ist, wird nach der Studie eines Forschungsunternehmens die staatlichen Haushalte um ungefähr 7 Milliarden Euro im Jahr entlasten. Das ist die gute Meldung. Die schlechte Meldung ist, dass die 8,50 Euro Mindestlohn pro Stunde eben nicht bei allen ausreichen, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Alleinerziehende können von 8,50 Euro ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Allein die Wohnkosten fressen alles auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist unsere Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro so wichtig. Wir wollen, dass die Menschen von ihrer eigenen Arbeit leben können, und zwar anständig.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: 15 Euro! – Albert Weiler [CDU/CSU]: 20 Euro! 25 Euro!) (C)

Frau Nahles, seit einigen Monaten werben Sie für Ihr Rentenpaket. Dafür haben Sie am Parlament vorbei mal eben 1,5 Millionen Euro locker gemacht. Aber das will ich hier nicht mehr auswalzen. Viel schlimmer ist, dass Sie für etwas geworben haben, was noch gar nicht beschlossen ist und was von Ihrem Koalitionspartner, der CDU/CSU, heftig attackiert wird. Einige Menschen haben Ihre Werbekampagne zu ernst genommen, und das mit fatalen Folgen; denn wer jetzt seine Rente ab 63 beantragt, bekommt sie nach den alten Regeln, also mit Abschlägen.

(Kerstin Griese [SPD]: Das ist aber logisch!)

Ich finde, das ist etwas, was Politik überhaupt nicht machen darf, nämlich den Menschen etwas vorgaukeln und sie zu fatalen Beschlüssen verleiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend noch ein Wort zur Mütterrente. Ich finde, die Ungleichbehandlung von Müttern und Kindern aus Ost und West ist nicht hinnehmbar. Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, warum Kinder bzw. die Erziehungsleistungen im Osten bzw. in der damaligen DDR weniger wert sein sollen als im Westen. Der Unterschied beim Rentenpunkt – 28,61 Euro West und 26,39 Euro Ost – ist durch nichts gerechtfertigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden in diesem Jahr noch viel über die deutsche Einheit sprechen. Wir haben – das wurde schon mehrmals gesagt – ein Gedenkjahr. Ich finde, 25 Jahre müssten wirklich ausreichen, um die Unterschiede zwischen Ost und West zu beseitigen. (D)

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Das gilt auch für Ihre Partei!)

Wir sollten bei der Mütterrente damit anfangen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die CDU/CSU erteile ich als nächstem Redner das Wort dem Kollegen Karl Schiewerling.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rahmenbedingungen, unter denen wir über den Bundeshaushalt und insbesondere den Haushalt für Arbeit und Soziales diskutieren, sind denkbar gut. Wir haben Rekordbeschäftigung und stetig sinkende Arbeitslosenzahlen sowie Rekordüberschüsse in den Kassen der Sozialversicherung zu verzeichnen. Das alles ist kein Zufall. Wir haben in den letzten acht Jahren eine intelligente Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik unter Leitung der Union betrie-

Karl Schiewerling

(A) ben. Wir haben die Grundlagen dafür geschaffen, dass wir uns Dinge erlauben können – wir schließen Gerechtigkeitslücken –, an die wir vor acht Jahren noch nicht einmal gedacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Beste ist: Das Frühjahrsgutachten, das heute vorgestellt wurde, bestätigt, dass die gute konjunkturelle Entwicklung anhält. Das ist die beste Botschaft; denn wir können uns all diese sozialpolitischen Maßnahmen nur erlauben, solange die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Wenn sie nicht stimmen, können wir in der Sozialpolitik nichts machen. Ich glaube, dass die Grundlagen dafür gut sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist aus Sicht der Union kein Instrument zur Umverteilung, sondern hat den Prinzipien der Personenwürde, der subsidiären Hilfe und der Solidarität zu folgen. Es geht um Chancen, Teilhabe und Leistungsgerechtigkeit. Die Arbeitsmarktpolitik ist von zentraler Bedeutung, weil es darum geht, für faire Bedingungen am Arbeitsmarkt zu sorgen. Die beste Sozialpolitik ist, Menschen in Arbeit zu bringen. Dafür müssen wir alles tun, und dafür werden wir alles tun.

Im Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik steht die Tarifautonomie. Arbeitgeber und Gewerkschaften entscheiden über die Arbeitsbedingungen. Die Spielregeln werden durch den Staat festgelegt. Ich freue mich sehr, dass dies unstrittig ist; denn das ist Teil unserer freiheitlichen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir
(B) wollen die Tarifautonomie stärken. Deswegen werden wir ein Tarifvertragsgesetz verabschieden, das es in Zukunft erleichtert, abgeschlossene Tarifverträge, die eine große Bedeutung haben, weil sie berechtigten öffentlichen Interessen dienen, für allgemeinverbindlich zu erklären. Damit werden wir für mehr Ordnung, von den Tarifpartnern beschlossen, auf dem deutschen Arbeitsmarkt sorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich freue mich, dass wir neben den 14 Branchen, für die jetzt das Arbeitnehmer-Entsendegesetz gilt, die Möglichkeit eröffnen, dass auch andere Branchen dort unterkommen. Das ist wichtig, weil es nicht wenige Arbeitnehmer gibt, die jetzt aus osteuropäischen und anderen Ländern zu uns kommen und faire Bedingungen auf unserem Arbeitsmarkt vorfinden sollen. Dafür ist das Arbeitnehmer-Entsendegesetz da. Das ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Gerechtigkeit auch auf dem Arbeitsmarkt, getragen von den Tarifvertragsparteien.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden den flächendeckenden Mindestlohn beschließen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

zum ersten und auch zum letzten Mal im Deutschen Bundestag, weil dies danach eine Tarifkommission, bestehend aus Arbeitgebern und Gewerkschaften, machen wird. Arbeitgeber und Gewerkschaften wissen am besten, wie die Bedingungen in ihrer Region oder Branche sind, und haben den besten Überblick über den Arbeitsmarkt. Die werden die Entscheidungen treffen. Ich finde es auch gut, dass diese Tarifkommission sich genau anschaut, welche Auswirkungen der Mindestlohn auf die Beschäftigung haben wird; denn wir wissen letztendlich noch nicht genau, wie der Mindestlohn und das Tarifpaket unter dem Strich wirken. Die Tarifpartner sind dafür die richtigen Ansprechpartner, und sie können gute Zuarbeit zu der ohnehin geplanten Überprüfung unseres Tarifpakets leisten. Ich halte das für einen guten und für einen wichtigen Schritt. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der Sozialstaat fußt auf stabilen Familienstrukturen und auf Erwerbsarbeit. Der Sozialstaat braucht gute Rahmenbedingungen. Wir wollen insbesondere deswegen denjenigen, die jetzt arbeitslos sind – die Bundesarbeitsministerin hat, wie ich finde, anhand beeindruckender Beispiele darauf hingewiesen, wo die Hilfen jetzt anzusetzen sind –, zielgerichtet helfen, wieder in Beschäftigung zu kommen. Etwa 3 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Darunter sind sehr viele, die sehr lange arbeitslos sind. Wir wissen, dass sie es besonders schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesarbeitsministerin das, was in der letzten Legislaturperiode bereits begonnen wurde, nämlich eine intensive Eins-zu-eins-Betreuung zunächst als Experimentum, jetzt in eine Regelförderung überführen will, damit wir noch mehr Menschen konkret helfen können, wieder in Beschäftigung zu kommen. Dabei wollen wir auch die Arbeitgeber beraten und begleiten; denn manche Schritte, die dann erfolgen müssen, wenn die Betroffenen im Betrieb sind, sind nicht ganz so einfach. Aber durch gute wechselseitige Hilfestellung werden wir das erreichen. Ich halte das für einen wichtigen und für einen guten Schritt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Frau Lötzsch, ich teile Ihre Auffassung nicht. Wenn wir das Tarifgesetz, in dem auch der Mindestlohn geregelt ist, jetzt beschließen werden und für Langzeitarbeitslose für die Dauer eines halben Jahres der Mindestlohn von 8,50 Euro möglicherweise unterschritten wird, dann kann man das, wie Sie es machen, unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit diskutieren.

(Zurufe von der LINKEN: Ja!)

– Ja, das kann man machen. – Aber ist es denn gerechter, wenn ich Menschen einen Arbeitsplatz vorenthalte, weil die Löhne zu hoch sind? Ich sage Ihnen: Unser Ziel ist, Langzeitarbeitslose in Beschäftigung zu bringen. Wenn sie zunächst einmal ein halbes Jahr lang nicht den Mindestlohn bekommen, aber eine Berufsperspektive erhalten, dann soll uns dieser Schritt viel wert sein; denn es geht um Gerechtigkeit für die Menschen, die der Hilfe besonders bedürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir begrüßen ausdrücklich, dass wir konsequent in den Bereich der beruflichen Bildung einsteigen und dass

Karl Schiewerling

(A) das Bundesarbeitsministerium jetzt insbesondere denen helfen will, die keine Berufsausbildung haben. Etwa 1,4 Millionen Menschen sind es, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, die weder eine Schul- noch eine Berufsausbildung haben. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt keine Perspektive haben, wenn wir ihnen nicht konsequent helfen. Hier greift das Prinzip „Fordern und Fördern“. Alle sind gefragt.

Das ist gewiss kein einfacher Weg, auch nicht für die Menschen, die davon betroffen sind. Aber es ist ein lebensnotwendiger Weg für die Menschen, die in dieser Situation sind. Denn unser Ziel muss es sein, dass sie eines Tages mit ihrer eigenen Hände und ihres eigenen Kopfes Arbeit den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien verdienen können, um eine Grundlage für ihr Leben zu haben.

Wir vermeiden über diesen Weg jene Spirale, die im Prinzip zwangsläufig in die Abhängigkeit vom sozialen Transfersystem führt. Wir müssen den Betroffenen also in dieser Situation tatkräftig unter die Arme greifen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir halten es auch für notwendig, den Blick auf die Menschen zu richten, die der besonderen Unterstützung bedürfen, nämlich auf die Menschen mit einer Behinderung. Wir teilen ausdrücklich die Auffassung: Hier gibt es viele Potenziale, die wir wecken und stärken müssen.

Wir begrüßen auch sehr, dass wir in der letzten Legislaturperiode begonnen haben, jungen Menschen in anderen Ländern, etwa in Spanien oder in Griechenland, die
(B) Möglichkeit zu eröffnen, nach Deutschland zu kommen und hier eine Berufsausbildung zu machen. Wir sehen, dass es da im Augenblick sogar Engpässe gibt, weil die Nachfrage plötzlich so gestiegen ist, dass wir finanziell an unsere Grenzen gestoßen sind. Im Hinblick auf diejenigen, die jetzt in Spanien oder anderswo auf gepackten Koffern sitzen und darauf warten, dass sie mit ihrer Berufsausbildung in Deutschland endlich beginnen können, kann ich sagen: Wir wollen alles Notwendige versuchen, diesen finanziellen Engpass zu beseitigen, damit sie eine berufliche Perspektive bekommen.

Aber ich sage genauso deutlich: Wenn es um den Fachkräftemangel geht – das, was ich beschrieben habe, ist ja ein Teil der Diskussion um den Fachkräftemangel –, müssen wir den Blick auch auf diejenigen Menschen richten, die in unserem Land leben; sie dürfen wir nicht außer Acht lassen. Ich denke an die Arbeitslosen, an die Frauen, die in Erwerbsarbeit zurückwollen, an Menschen mit einer Behinderung, an Ältere, die wieder an ihren Arbeitsplatz zurückwollen. Wir müssen die notwendigen Wege konsequent gehen, um den Fachkräftebedarf auch aus den eigenen Reihen zu decken. Denn auch hier gibt es Menschen mit Begabungen und Fähigkeiten, die wir auf unserem Arbeitsmarkt dringend benötigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Birgit Wöllert [DIE LINKE])

Ein etwas kritischer Punkt, der im Augenblick heftig diskutiert wird, ist die Eingliederungshilfe. Wir kennen die Diskussion im Hinblick auf die Kommunen, die sich dazu im Augenblick abspielt. Ich will Ihnen sagen, dass wir gerne sähen, dass von diesem Haus die Botschaft ausgeht: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Unser Anliegen besteht darin, den Menschen, die behindert sind, zu helfen. Ihre Rahmenbedingungen wollen wir verbessern. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In einem zweiten Schritt reden wir darüber, wie die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen sind. Wir stehen hier zu unserem Wort. Ich denke, dass entsprechende Lösungswege gefunden werden.

Wenn wir in diesem Haushalt – das sei noch dazugesagt – 5,5 Milliarden Euro für die Grundsicherung im Alter veranschlagt haben, dann bedeutet auch das eine maßgebliche Entlastung für die Kommunen.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Richtig!)

Ich halte es für notwendig, einmal in aller Deutlichkeit zu sagen, dass wir hier bereits einen wichtigen Schritt gegangen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Versprochen haben Sie etwas anderes!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können vieles in der Sozialpolitik bewegen, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Es ist richtig: Wir wollen das Rentenpaket anpacken. In diesem Bundeshaushalt sind knapp 12 Milliarden Euro zur Finanzierung der sogenannten Mütterrente – Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, wird auf ihr Rentenkonto ein Rentenpunkt mehr gutgeschrieben – vorgesehen. Ich finde, das ist ein wichtiger und guter Beitrag. Dies deutet darauf hin – ich verweise darauf, dass dafür gerade einmal 6 Milliarden Euro real ausgegeben werden –, dass der Staat schon einiges an Steuermitteln bereitstellt, um diese Renten zu finanzieren. (D)

Der allgemeine Zuschuss zur Rentenversicherung steigt zudem um 1,5 Milliarden Euro. Dieser Schritt ist deswegen notwendig, weil wir den Rentenversicherungsbeitrag nicht abgesenkt haben; vielmehr zahlen Arbeitgeber und Versicherte unveränderte Beiträge zur Rentenversicherung. Da zudem mehr und höhere Gehälter gezahlt werden, steigen auch die Mittel, die in die Rentenversicherung fließen. Deswegen muss sich auch der Bund mit einem höheren Zuschuss an der Stärkung der Rentenversicherung beteiligen.

All dies wird dazu führen, dass wir die Situation der Rentenkassen über einen längeren Zeitraum stabil halten und damit eine gute Grundlage für die Finanzierung unseres Rentenpakets erwirtschaften.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Karl Schiewerling

(A) Ich will einen letzten Gedanken nennen, der wichtig und zentral ist. Wir haben Anfang dieses Jahrhunderts erlebt, wie das wirtschaftspolitische Pendel aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Situation sehr stark in eine Richtung ausgeschlagen ist: hin zur Flexibilität in allen Bereichen.

Es ist völlig klar: Wir haben jetzt eine gute wirtschaftliche Situation, und das Pendel schlägt zurück. Wir müssen allerdings aufpassen – das sage ich aus Sicht der Union sehr deutlich –, dass wir jetzt nicht wieder ins genaue Gegenteil verfallen. Zentral bei der sozialen Marktwirtschaft ist, dass wir wirtschaftliche Vernunft und soziale Notwendigkeit in einen vernünftigen Ausgleich bringen. Die soziale Marktwirtschaft gibt dazu die richtigen und die notwendigen Antworten, und der Haushalt der Bundesarbeitsministerin für das Jahr 2014 wird dem auch gerecht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank, Herr Kollege Schiewerling. – Nächste Rednerin ist für Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Ekin Deligöz.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mit der Rente an. Das derzeitige Aushängeschild Ihres Hauses ist Ihr Rentenpaket. Das kann man auch sehen: Es gab dazu rechtzeitig Werbeplakate und eine
(B) ganze Kampagne.

(Zuruf der Abg. Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Ministerin, da ich jetzt die Berichterstattung in diesem Bereich übernommen habe, fange ich damit an: Diese Kampagne ist und bleibt politisch indiskutabel und haushaltsrechtlich absolut bedenklich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Mir ist jetzt zu Ohren gekommen, dass Sie in Ihrem Haus eine weitere Kampagne planen, nämlich zum Mindestlohn – noch bevor dieser Haushalt beschlossen wird. Ich kann dazu nur sagen: Es ist völlig okay, dass wir in Deutschland keinen Shutdown wie in Amerika haben, aber wir haben Regeln, und wir haben auch Regeln beim Haushalt. Wir sind jetzt in den Verhandlungen. Es hat etwas mit Respekt vor dem Parlament und vor den Haushältern zu tun, dass man sich an diese Regeln hält und nicht gutsherrenartig über Mittel für Öffentlichkeitsarbeit befindet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE])

Aber kommen wir zur Sache selber. Das Rentenpaket belastet den Einzelplan 11 durch die zurückgenommene Beitragssatzsenkung schon jetzt mit rund 1,5 Milliarden Euro. Dazu werden die Belastungen der Beitragszahler selbst kommen sowie die Belastungen der Länder- und Kommunalhaushalte, die wir noch gar nicht beziffern können. Die Leistungsausweitung selber kostet 9 Milliarden Euro jährlich. Herr Kollege Schiewerling, ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe. Das Problem ist: Die Mittel kommen nicht aus den Steuermitteln, sondern sie kommen von den Beitragszahlern. Die werden das gegenfinanzieren. Das Risiko einer Frühverrentungswelle etwa – wir haben im Haushaltsausschuss gehört, wozu das alles führen kann – ist bei diesen Kosten noch gar nicht berücksichtigt. Es gibt schon jetzt Zahlen, nach denen sich das Ganze bis zum Jahr 2030 auf 175 Milliarden Euro summieren wird. Das Ganze ist nicht sachgerecht finanziert. Das Schlimmste ist: Es geht definitiv nicht die drängendsten Probleme unserer Gesellschaft an. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das für Sie ein bisschen konkretisieren. Sie haben, Frau Ministerin, jetzt und auch bei einer anderen Debatte zum Rentenpaket von der Anerkennung von Lebensleistung gesprochen. Armut in Deutschland ist im Augenblick jung und weiblich. Sie trifft die alleinerziehende Mutter, und sie trifft Eltern von Kindern. Armut in Deutschland wird älter, bleibt aber weiblich. Viele von den Frauen, die in Armut hinein älter werden, werden 45 Beitragsjahre nicht erreichen, weil sie Kinder erzogen oder jemanden gepflegt haben oder aus anderen Gründen nicht durchgängig gearbeitet haben.

Sie werden aber wohl auch leider nichts von Ihrer Mütterrente haben, weil in dem Moment, wo sie Sozialleistungen in Anspruch nehmen, etwa Grundsicherung (D) beziehen, Witwenrente bekommen oder auch nur Wohngeld erhalten, diese Leistungen gegengerechnet werden. Das heißt, sie werden mit Nullkommanullnull aus Ihrem Paket herausfallen. Und wer redet hier von der Anerkennung von Lebensleistung?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer redet hier von der Verantwortung gegenüber diesen Frauen? Auch sie haben eine Anerkennung verdient. Wir Grüne sind für eine Garantierente, weil wir die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit ernst nehmen.

Wenn ich mir Ihr Paket angucke, dann muss ich feststellen: Die Lebensleistungsrente wird auf der Zeitschiene erst einmal verschoben, wenn sie in dieser Wahlperiode überhaupt noch kommt. Leistungen im Falle von Erwerbsminderung, Rehabilitationsleistungen – das alles kommt doch vorn und hinten nicht hin. Genau diese Menschen werden bei Ihnen leer ausgehen. Deren Kinder wiederum werden das Ganze gegenfinanzieren.

(Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Bitte schön, Herr Kollege.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Ich sehe, dass die Zwischenfrage schon gestattet worden ist. Deshalb haben Sie das Wort, Herr Kollege.

(A)

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an den Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD] gewandt: Lassen Sie es lieber, Herr Kollege! Das geht nicht gut für Sie!)

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Liebe Frau Pothmer, die Debatte ist ein bisschen langweilig. Deswegen muss ich ein bisschen Würze hineinbringen.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich fand meine Rede nicht langweilig.

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Liebe Frau Kollegin Deligöz, vielen Dank, dass Sie mir die Zwischenfrage gestatten. – Meine Frage lautet wie folgt: Können Sie mir zustimmen, dass die Legislaturperiode nicht 100 Tage, sondern vier Jahre dauert und dass die Große Koalition genau die Probleme, die Sie angesprochen haben, zum Beispiel die solidarische Lebensleistungsrente, als weiteres Rentenpaket in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hat?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von welchem Geld denn?)

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Kollege, es wäre schön, wenn ich sagen könnte: Ja, Sie haben noch drei Jahre Zeit.

(B)

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wenn die in den drei Jahren noch einmal so viel Geld ausgeben?)

Aber das, was Sie hier machen, ist leider keine Ausnahme. Sie bedienen sich der Beitragsgelder nicht nur im Rentensystem, sondern auch im Gesundheits- und Pflegebereich; das hat Methode. Deshalb kann man feststellen: Sie konsolidieren den Haushalt, indem Sie einfach Mittel aus den sozialen Sicherungssystemen herausnehmen, um gut dazustehen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb glaube ich Ihnen das nicht. Sie sind in diesem Fall nicht glaubwürdig.

Ich nenne ein anderes Beispiel: Angesichts dessen, dass Sie im Moment so viel Geld verfrühstücken, wissen wir doch beide, dass uns dies früher oder später auf die Füße fallen wird. Wir werden es gegenfinanzieren müssen. Dann haben Sie nur zwei Alternativen: Entweder Sie nehmen es aus dem Bundeshaushalt – dann können Sie Ihre Konsolidierung nicht weiterführen – oder aus den Beitragsgeldern. Das werden dann die Kinder der Mütter finanzieren müssen.

(Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD] nimmt wieder Platz)

– Ich bin noch nicht ganz fertig.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Sie beantworten die Frage nicht!)

Sie werden den Unterhalt für ihre Mütter gewährleisten müssen, und sie werden erhöhte Beiträge und Steuern zahlen müssen. Das wird die Konsequenz Ihrer Politik sein. Mir fehlt der Glaube, dass es in den nächsten drei Jahren viel besser werden wird. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zurück. Sie haben sich überall in den Sozialversicherungssystemen bedient. In einem Bereich schlagen Sie nicht zu. Das ist der Arbeitsmarkt. Warum? Weil dort die Bundesmittel schon ausgeschöpft sind. Sehen Sie sich einmal die Rücklagen an, die es in der Bundesagentur gibt. Es gibt gerade einmal eine Rücklage von 2,5 Milliarden Euro, also einen kleinen Puffer. Wenn es nur eine leichte Eintrübung am Arbeitsmarkt gibt – ich weiß, Sie gehen davon aus, dass alles super werden wird –, dann werden wir in diesem Land weder ausreichend Kurzarbeitergeld zahlen können noch anderweitig adäquat darauf reagieren können. Sie beuten die Mittel der Sozialkassen bzw. der Sozialversicherung auf Kosten der Menschen aus. Sie nehmen uns damit die Handlungsfähigkeit im Falle einer Krise bzw. sogar im Falle eines Ansatzes einer Krise. Eine höhere Rücklage wäre notwendig, um überhaupt reaktionsfähig zu sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehen wir uns Ihre Sozialpolitik an. Die Eingliederungshilfe wird auf die ganz lange Bank geschoben. Den Kommunen wird eine Kompensation zugesagt, und dann werden sie gleich damit getröstet, dass es in diesem Jahr leider nichts wird und sie vielleicht im nächsten Jahr kommen wird.

(D)

(Kerstin Griese [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Schauen wir uns die Bereiche Arbeitsmarkt, Armutsbekämpfung und Inklusion an. Hier müssen wir feststellen: Da ist leider nicht viel dahinter. Ehrlich gesagt, Frau Ministerin, war ich von Ihrer Antwort auf die Frage der Kollegin Zimmermann von den Linken enttäuscht.

(Kerstin Griese [SPD]: Sie hat doch ausführlich geantwortet!)

Frau Zimmermann hat zwar eine komplizierte und detaillierte Frage gestellt, aber der Grundtenor war doch: Was tun Sie gegen eine 1 Million Langzeitarbeitslose in diesem Land? Ihre Antwort: „Aber 79 haben etwas davon“ reicht nicht aus. Als Ministerin müssen Sie Konzepte vorlegen. Als Ministerin müssen Sie uns sagen, welche Ideen Sie haben. Sie dürfen sich nicht mit detailreichem Klein-Klein auseinandersetzen. Wir wissen, dass das, was im Haushaltsentwurf steht, hinten und vorne nicht ausreichen wird.

Kommen wir zu einem anderen Programm, zu MobiPro-EU. Wie groß war die Freude – zugegebenermaßen vorwiegend von Ihrer Vorgängerin und der Kanzlerin –, als sie dieses Programm mitten im Wahlkampf nach außen getragen haben! Haben wir nicht Europa damit versprochen, dass wir Jugendliche ausbilden werden? Heute bekam ich die Antwort: Lediglich ein Bruchteil der Anfragen wird beantwortet. Eigentlich müssten Sie doppelt so viele Mittel zur Verfügung stellen, um auch nur im

Ekin Deligöz

(A) Ansatz einem Teil der Anfragen, die es gibt, überhaupt entsprechen zu können.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Das zeigt doch, wie toll das Programm ist!)

Sie kündigen im Internet großartig an: „The Job of my Life.“ Heraus kommt ein „No Job of my Life“; denn nur ein Bruchteil der Menschen, die sich dafür interessieren, wird davon etwas haben.

Frau Ministerin, es liegt an Ihnen, ob dies der Job Ihres Leben wird. Im Moment sehen wir leider keine Ansätze dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die Sozialdemokraten erteile ich das Wort dem Kollegen Ewald Schurer.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ewald Schurer (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich eine alte und gute Übung aufnehmen und mich auch im Namen der Berichterstatter der Fraktionen beim BMAS für die guten und rechtzeitig bereitgestellten Unterlagen bedanken, durch die wir überhaupt erst beratungsfähig sind. Ich möchte auch den Berichterstattern für den bisher gepflegten guten Stil, Dialoge zwischen Opposition

(B) und Koalition zu führen, meinen Dank aussprechen.

Meine Rede beginnt damit, dass ich wiederholen darf, was die Frau Ministerin gesagt hat: Wir haben einen Haushalt mit einem Volumen von 122,3 Milliarden Euro. Das sind 41 Prozent des gesamten Etats des Bundes – eine Größenordnung, die, von der Quantität her, für sehr viel spricht. Er enthält folgende Bausteine – sie wurden schon genannt –: 88,5 Milliarden Euro an Zuschüssen für die Rentenversicherung und – nicht zu vergessen – für die Grundsicherung im Alter, 31,5 Milliarden Euro für die Arbeitsförderung, 1,5 Milliarden Euro für die Entschädigung von Kriegsopfern und immerhin 0,8 Milliarden Euro für die Beförderung von Menschen mit schweren Behinderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter all diesen Kapiteln und Titeln stehen immer auch Inhalte; das ist von der Frau Ministerin schon so intoniert worden. Ich will drei Beispiele herausgreifen:

Eine über Jahre von den kommunalen Spitzenverbänden erhobene Forderung an den Bund war, die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung komplett zu übernehmen. Der Koalition, SPD und Union, ist es nun gelungen, mit dem Entwurf die Voraussetzungen dafür zu schaffen, künftig die Kommunen an dieser Stelle zu 100 Prozent zu entlasten. Ich finde, das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Des Weiteren haben wir bei den Mitteln gemäß SGB II, wie schon angesprochen, endlich für eine Trendumkehr gesorgt, nachdem es hier in den letzten Jahren – das darf ich kritisch in Richtung der Freundinnen und Freunde von der Union sagen – zu einer relativ starken Ausholzung gekommen ist. Mit den Mitteln in Höhe von viermal 350 Millionen Euro, sprich 1,4 Milliarden Euro, werden wir – auch wenn es hier schon Kritik gab – in der Lage sein, die Vermittlung von langzeitarbeitslosen Menschen in den Arbeitsmarkt in vielen Fällen deutlich zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein wesentlicher Schritt, ein erster Punkt, bei dem es aber nicht bleiben darf; wir müssen diese Leistungen verstetigen. Wir müssen die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen qualitativ und quantitativ ein wenig aufmörteln.

Ich spreche nun ein Programm an, das in der Öffentlichkeit sehr viel Kritik, aber auch Lob bekommen hat, nämlich das Sonderprogramm MobiPro-EU. Es ist der Versuch, einen solidarischen Beitrag zur Ausbildung von jungen Menschen und Fachkräften aus europäischen Ländern, vornehmlich aus Mittelmeerstaaten, zu leisten. Das Programm ist erfolgreich. Im Augenblick gibt es aufgrund der großen Nachfrage einen technischen Stopp; aber das Programm wird in der Substanz weitergeführt, so meine Information.

Ich möchte an dieser Stelle auf etwas hinweisen, das keine Selbstverständlichkeit ist: Jenseits aller Streitigkeiten über die Ausgestaltung des Rentenpakets gibt es in der Öffentlichkeit Respekt dafür – auch ich will mei- (D) nen Respekt und meine Anerkennung aussprechen –, dass die Ministerin und ihr Haus in der Lage waren, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das gesamte Rentenpaket nach kurzer Zeit verabschiedet werden kann – wir werden bis Mitte oder Ende Mai darüber beraten und es dann verabschieden – und schon zum 1. Juli 2014 in Kraft treten kann. Das ist für die Koalition, wie ich finde, ein sehr großer Erfolg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich komme jetzt auf ein Thema zu sprechen, das meines Erachtens im Augenblick neben dem Thema Mindestlohn im Brennpunkt steht: die Debatte um die Rente mit 63. Frau Deligöz, Sie haben gerade im Zusammenhang mit dem Rentenpaket von einer Kampagne der Bundesregierung gesprochen; das war aber nur eine kleine Informationskampagne. Ich vernehme, dass es draußen in der Öffentlichkeit eine Kampagne gibt, für die die sogenannte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gerade Millionen von Euro einsammelt. Überall im Lande wird mit wirklich bitteren polemischen Thesen versucht, das Vorhaben der Rente mit 63 zu zerschießen, aber ohne Erfolg; denn die jüngsten Umfragen besagen, dass sogar die große Mehrheit der jungen Menschen sagt: Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, der oder die verdient eine uneingeschränkte Rente mit 63.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ewald Schurer

(A) Die Rente mit 63 ist ein riesiger Erfolg für uns. Die Kampagne dagegen ist ein Misserfolg für die Protagonisten des alten ordo- oder neoliberalen Geistes – die stecken meines Erachtens in erster Linie hinter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Oder heißt sie vielleicht Initiative Alte Soziale Marktwirtschaft? Ich bringe das bewusst ein bisschen durcheinander; denn ich sehe da keine inhaltliche Substanz. Für mich ist das eine große Kampagne, bei der versucht wird, mit Missinformation gegen den Sozialstaat zu Felde ziehen und die öffentlichen Systeme wie etwa die gesetzliche Rente im Lande zu diskreditieren.

Das geschieht vor dem Hintergrund, dass wir sozusagen gestern eine weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hatten: 2008, 2009 und 2010 wurden Billionen von Euro auf ökonomischer Ebene vernichtet. So haben Millionen von Menschen in Großbritannien ihre Alterssicherung, die in Pensionsfonds angelegt war, verloren. Nun tun diese Protagonisten so, als sei nichts gewesen. Die Krise war ein Blattschuss für die privaten Versorgungssysteme, die damals durch die Geschäfte von Lehman Brothers und Co. den Bach runtergegangen sind. Vor diesem Hintergrund finde ich es unsittlich und unseriös, so zu argumentieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Ich komme auf die Substanz zu sprechen, die für mich ein ganz wichtiger Punkt ist. Laut Berechnungen des BMAS hatten – unter Berücksichtigung der bisherigen Gesetzmäßigkeit bei der Rente – 150 000 Menschen die
(B) Absicht, mit 63 Jahren, aber mit Abschlägen, in Rente zu gehen. Durch die neuen Gesetzmäßigkeiten kämen bis zu 50 000 Menschen dazu. Es geht also insgesamt um rund 200 000 Menschen. Es sind also keine Millionen, wie es die Kampagnenführer, die ich genannt habe, suggerieren. Es ist ersichtlich, dass sie provozieren wollen. Wir wissen: Wenn die Rente mit 63 kommt, dann wird uns das im ersten Jahr 900 Millionen Euro kosten.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass es in unserem Land eine große Zustimmung für die Rente mit 63 gibt, und das trotz der zum Teil demagogischen Kampagnen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen, dass ich es schade finde, dass auch Leitmedien in unserem Lande wie *Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung* und andere ständig und ohne jegliche Korrektur von der Initiative Alte/Neue Soziale Marktwirtschaft abschreiben und so die Kampagne weiterführen.

Richtig ist: 80 Prozent der Menschen in unserem Lande sind für die Rente mit 63. Selbst zwei Drittel der jungen Menschen sagen – ich wiederhole mich –: Das ist verdient und nicht geschenkt. Richtig ist, dass auch andere Bestandteile des Rentenpaketes traumhafte Zustimmungswerte von zum Teil 70, 80 oder 90 Prozent erhalten. Die Menschen haben ihre eigene Auffassung von Ökonomie, die von ihrer Lebenserfahrung oder von ihrer individuellen Lebensleistung abhängig ist.

(Beifall bei der SPD – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtiger wird es dadurch nicht!)

Lassen Sie mich auf einen weiteren wichtigen Punkt zu sprechen kommen. Um zur Versachlichung beizutragen, wäre es wichtig, sich die aktuelle Situation im Lande hinsichtlich der Verrentung anzuschauen, um das Programm „Rente mit 63“ in die gesellschaftliche Realität einbetten zu können. Nach den Werten der Hans-Böckler-Stiftung – sie greift auf die Daten der Deutschen Rentenversicherung und auf die des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg zurück – liegt der Altersdurchschnitt bei der Verrentung im Bereich Hoch- und Tiefbau bei 57,6 Jahren und bei Maschinisten – dies sind immerhin ein paar Hunderttausend – bei 59,6 Jahren. Bei Elektroberufen – hier arbeiten Millionen von Beschäftigten – liegt der Durchschnittswert heute bei 60,1 Jahren und bei Kaufleuten im Handels- und Warenbereich bei 61,1 Jahren. In den Sozial- und Erziehungsberufen ist der Wert mit 62,9 Jahren am höchsten. – Nur wer diese Werte kennt, kann überhaupt erst einschätzen, worüber wir reden. Das tun die Protagonisten, die ich genannt habe, nicht. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:
Herr Kollege Schurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kurth?

Ewald Schurer (SPD):
Natürlich.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Herr Schurer, Sie haben das reale Renteneintrittsalter (D)
in bestimmten Branchen aufgezählt. Die Werte lagen bei ungefähr 60 Jahren, teilweise sogar darunter. Ich frage Sie: Ist es nicht richtig, dass genau die Personen, die zu den genannten Zeitpunkten in Rente gehen müssen, überhaupt nichts von der Rente mit 63 haben, da sie ja erkennbar vor dem 63. Lebensjahr in Rente gehen? Es ist doch so, dass sie trotzdem erstens über ihre Beitragszahlungen und zweitens durch das niedrigere Rentenniveau, das Ihr Paket bewirkt, dafür zahlen müssen. Finden Sie das gerecht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ewald Schurer (SPD):
Ich finde es schade, dass Sie bei dem Spiel mitmachen, einzelne Gruppen innerhalb der Rentenversicherung gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich benenne es doch nur!)

Die Kritik der Grünen ist relativ unstet: Teilweise strapazieren Sie die Werte der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, teilweise kommen Sie mit einem Gerechtigkeitskodex daher.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Quatsch! Sie haben doch die Zahlen genannt! Das sind doch Ihre Zahlen!)

Ewald Schurer

(A) – Das ist meine Antwort. – Die Rente mit 63 kann in der Tat nicht alle Widersprüche innerhalb des Rentensystems auflösen,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie schaffen neue! Das ist das Problem!)

aber sie ist eindeutig ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit für jene Menschen, die nach 45 Beitragsjahren ihre Rente selbst erwirtschaftet haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Baustein, zur Mütterrente. An die Freundinnen und Freunde der Union gerichtet, sage ich: Ich wünsche mir, dass jetzt nicht so viele Kolleginnen und Kollegen von der Unionsfraktion wie wild durch die Gegend hoppeln – Ostern steht vor der Tür – und in den Medien und überall sonst aufgeregt sagen: Das mit der Rente mit 63 geht nicht. Es ist einfach eine Tatsache, dass wir Sozialdemokraten dem Projekt der Mütterrente geschlossen, denke ich, zustimmen werden,

(Zurufe von der CDU/CSU: Sehr gut!)

obwohl es sich bei diesem sozialpolitisch induzierten Projekt – sprich: gewollten Projekt – um eine rein versicherungsfremde Leistung handelt.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Da haben Sie recht! – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum stimmt ihr dann zu?)

(B)

Die Gelder dafür kommen erst einmal aus der Rücklage der Deutschen Rentenversicherung und müssen später – wir Sozialdemokraten glauben, in der nächsten Legislaturperiode – auf Dauer steuerlich refinanziert werden. Darüber kann man reden. Meine Bitte ist: Sorgt innerhalb des eigenen Ladens für ein bisschen Ordnung. Wir Sozialdemokraten sagen: Jawohl, die Mütterrente ist verdient. Ein weiterer Rentenpunkt für vor 1992 geborene Kinder ist verdient. Dazu stehen wir Sozialdemokraten. Macht in der Union aber bitte nicht den Fehler, alles frei laufen zu lassen. Wir haben in der Opposition schon genügend Desorientierte; das ist bei der Opposition zum Teil reine Sekundärargumentation. Das reicht doch schon.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Das ist nicht hilfreich! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Teile der Opposition!)

Zur Erwerbsminderungsrente: 180 000 Menschen waren 2012 davon betroffen. Die Zurechnungszeit wird um immerhin zwei Jahre erhöht, gerechnet wird also bis zum 62. statt bis zum 60. Lebensjahr. Das ist für Menschen, die auf diese Rente angewiesen sind, eine gute Geschichte.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ein Tropfen auf den heißen Stein!)

Wir werden auch den Rehadeckel anheben.

(C) Noch eine letzte Aussage – Frau Präsidentin, wenn Sie erlauben –: In der Rentendebatte hat man manchmal den Eindruck, dass es nur um Kosten geht. Ich sage dazu: Die Rente wird auch künftig durch Beiträge, ergänzt durch eine Steuerfinanzierung, gesichert werden. Auch in 10, 20 und 30 Jahren wird es die gesetzliche Rente als großen Baustein der Alterssicherung der Menschen immer noch geben und geben müssen. In der Rentendiskussion wird oft der Fehler gemacht, zu glauben, dass es sich bei der Rente nur um Kosten handelt. Das sind aber nicht nur Kosten. Die Rente ist im Zusammenhang mit der Wertschöpfung der Volkswirtschaft zu sehen. Sie bemisst sich an den Produktivitätsfortschritten der Volkswirtschaft, denn daran orientiert sich – nach Möglichkeit – die Lohnpolitik. So trägt die Rente volkswirtschaftlich – makro- und mikroökonomisch – zur Bereicherung bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Bei der Ausschüttung der Rente handelt es sich um Milliardenwerte, über die durch Konsum und Leistung Menschen, die noch im Arbeitsleben stehen, beschäftigt werden. Deshalb ist es ein großer humanistischer Fehler, zu glauben, dass wir, wenn wir über die Sozialversicherungssysteme reden, nur über Kosten reden. Das stimmt nicht. Diese Milliarden, bei denen es um verschiedene Rentenbestandteile geht, fließen wieder in die Wirtschaft und sind für die Ökonomie und für die Zukunft des Landes fundamental. Insofern trägt der Haushalt 2014 zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Sicherheit der Menschen in der Zukunft bei.

(D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Sabine Zimmermann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber, geschätzter Herr Schiewerling!

(Beifall bei der CDU/CSU – Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Danke! Das wird gefährlich oder teuer!)

– Herr Schiewerling, hören Sie mir einmal zu. Meine Zeit läuft sonst weg. – Sie klopfen sich hier immer schön auf die Schulter – das tun viele von der CDU/CSU, aber auch von der SPD –, wie toll auf dem Arbeitsmarkt alles läuft, auch bezogen auf die letzten Jahre.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Wenn etwas gut läuft, dann muss man es auch sagen! – Kerstin Griese [SPD]: Tue Gutes und rede darüber!)

Sie sagen immer gerne, wie viele Menschen in den letzten Jahren in Arbeit gekommen sind. Soll ich Ihnen ein-

Sabine Zimmermann (Zwickau)

(A) mal ein paar andere Zahlen nennen? Wir haben in den letzten Jahren einen enormen Wandel am Arbeitsmarkt erlebt. Wir haben insgesamt 2,6 Millionen Menschen, die einen Zweitjob brauchen.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Haben, nicht brauchen! Das ist ein Unterschied, Frau Kollegin!)

Wir haben 1,4 Millionen Menschen, die aufstocken müssen. Wir haben 7,5 Millionen Menschen, die einen Minijob haben.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Die sind nicht alle arm!)

Wir haben fast 800 000 minijobbende Rentner. Jetzt sagen Sie mir nicht, die haben zu viel Zeit und wollen deshalb noch arbeiten.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Nein, weil sie etwas dazuverdienen wollen!)

Nein, sie haben kein Geld. Deswegen müssen sie zusätzlich noch einen Minijob machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben 2 Millionen Kinder, die bei uns in Deutschland in Armut leben. Das ist doch beschämend.

Ich will Ihnen noch einige Zahlen nennen, Herr Schiewerling: Wir haben 1,1 Millionen langzeitarbeitslose Menschen, Tendenz steigend.

(B) (Kai Whittaker [CDU/CSU]: Tendenz fallend, Frau Kollegin!)

Wir haben 183 000 Menschen, die behindert sind und arbeitslos sind, Tendenz in den letzten Jahren steigend. Wir haben 650 000 arbeitslose Menschen, die über 55 Jahre alt sind, Tendenz steigend. Deshalb muss ich Ihnen ehrlich sagen: Die Bilanz, die Sie hier immer ziehen, entspricht nicht der Realität. Die richtige Bilanz ist die, die ich Ihnen jetzt genannt habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu hat auch die Agenda 2010, meine Damen und Herren von der SPD, einen Beitrag geleistet.

(Katja Mast [SPD]: Genau!)

Wir beraten heute – es ist schon öfter gesagt worden – das Herzstück des Haushaltes, den Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Hier geht es nicht um Wohltaten, über die die Begünstigten sich freuen dürfen oder für die sie dankbar sein müssen. Dieser Haushalt zeigt, wie ernst Sie es mit der sozialen Gerechtigkeit bei uns in Deutschland meinen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Richtig!)

Da ist zum Beispiel die langzeitarbeitslose Textilarbeiterin aus Sachsen, die Hoffnung hat, aus den Geldern der Arbeitsmarktförderung eine Weiterbildung bezahlt zu bekommen und dann hoffentlich auch Arbeit zu finden. Da sind die Friseurin aus dem Ruhrgebiet und die Kellnerin in Mecklenburg-Vorpommern, beide arbeiten zu Niedriglöhnen und stocken zusätzlich mit Hartz IV auf. Da sind auch die über 460 000 Rentnerinnen und Rentner, deren Alterssicherung so niedrig ist, dass sie diese durch Sozialleistungen aufstocken müssen. Mit diesem Etat werden keine Wohltaten finanziert, sondern dringende Unterstützungs- und Hilfeleistungen, die oft nicht einmal ausreichen. Das ist beschämend. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Im Jahr 2010 beschloss die damalige schwarz-gelbe Koalition ein Kürzungspaket, das auch heute noch den Haushalt prägt. Um nur einiges zu nennen: Die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Beziehende wurden abgeschafft, das Elterngeld auf Hartz-IV-Leistungen angerechnet, Gelder der Arbeitsmarktförderung in Millionenhöhe wurden zusammengestrichen, und Kosten wurden auf die Kommunen abgewälzt. Zählt man all diese Kürzungen zusammen, kommt unter dem Strich heraus, dass der Haushalt in dem Bereich eigentlich um 13 Milliarden Euro höher sein müsste. Aber so hoch ist er nicht.

Die Kollegin Bettina Hagedorn von der SPD hat damals in den Haushaltsberatungen gesagt – ich möchte sie zitieren –:

> Dieser Einzelplan des Bundeshaushalts wird wie kein anderer Etatbereich geprägt … von den unsozialen, milliardenschweren Kürzungen zulasten von Langzeitarbeitslosen und von dem Abschied aus einer verlässlichen aktiven Arbeitsmarktpolitik …

Sie sagte weiter, an die Regierung gerichtet:

> Sie haben das große Ganze aus dem Blick verloren, sowohl bei der sozialen Gerechtigkeit als auch bei der Konsolidierung des Haushaltes. (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das, was Sie damals gesagt haben, ist richtig. Aber es ist falsch, dass Sie heute davon nichts mehr hören wollen, liebe Kollegin Mast.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Haushalt schreibt die falsche Politik der Vergangenheit einfach fort. Er ist sozial ungerecht. Er verwehrt vielen Menschen die Möglichkeit, ihre Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. Nehmen wir als Beispiel die Arbeitsmarktpolitik. Hier hat es in den zurückliegenden Jahren einen regelrechten Kahlschlag gegeben. Im Bereich Hartz IV wurden die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik fast halbiert.

Was bedeutet das für die arbeitslose Textilarbeiterin aus Sachsen, die gerne eine Weiterbildung zur Mechatronikerin machen will? Dies ist eigentlich eine tolle Idee, denn dieser Beruf gehört zu den Mangelberufen, wie die Bundesagentur für Arbeit feststellt. Ihr Problem ist jedoch, dass sie keinen Rechtsanspruch auf eine Qualifizierung hat. Die Mittel sind knapp. Statt einer neuen Berufsausbildung bekommt sie eine kurzfristige Maßnahme. Das ist billiger, und sie verschwindet aus der Statistik. Das ist leider die bittere Realität, liebe Frau Ministerin Nahles.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Im Bereich von Hartz IV sind 2013 nur noch 55 000 Erwerbslose in einer Maßnahme für eine berufliche Weiterbildung gefördert worden. Vor drei Jahren waren es noch 85 000. Ähnlich schlimm sieht es im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung aus. Die Quittung für diesen Kahlschlag bekommen wir Jahr für Jahr mit der steigenden Zahl an langzeitarbeitslosen Menschen. Das von der Bundesarbeitsministerin angekündigte neue Programm für Langzeitarbeitslose ist hier allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich hatte vorhin eine Frage dazu gestellt. Auch die Ausgaben für Personal in den Jobcentern will die Koalition weiterhin deckeln. Dabei wissen wir doch, wie wichtig eine gute individuelle Betreuung bei der Vermittlung ist. Deswegen muss der Personaletat aufgestockt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nein, diese Koalition will keine Wende in der Arbeitsmarktpolitik.

Ich komme zum Schluss. Es ließen sich noch zahlreiche Beispiele aufzählen, die zeigen, dass dieser Haushalt sozial ungerecht ist. Sie sagen immer zu uns: Wir müssen einen ausgeglichenen Haushalt haben. – Aber dann müssen Sie bitte schön auch sagen, dass die Erwerbslosen, die Alleinerziehenden sowie die Rentnerinnen und Rentner die Zeche dafür zahlen sollen. Sagen Sie auch gleich dazu, dass Sie ruhig zuschauen, wenn die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land immer weiter auseinandergeht.

(B)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Zimmerman.

Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren, Ihnen fehlt der Wille und der Mut, die Reichen zu besteuern. Das sieht man wieder einmal ganz deutlich.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Wie gut, dass Ihnen das noch eingefallen ist! Sonst hätte ja auch etwas gefehlt!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Stephan Stracke hat für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe manchmal den Eindruck, diese Debatten sind, zum Teil jedenfalls, nämlich was die Opposition angeht, durch einen Wahrnehmungsschleier gekennzeichnet.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie etwas gegen Schleier?)

Richtig ist, dass die deutsche Wirtschaft blendend dasteht. Unser Land ist eines der wettbewerbsfähigsten und innovativsten weltweit. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. 42 Millionen Menschen sind in Deutschland erwerbstätig. Wir haben ein Allzeithoch erreicht. Das ist grundsätzlich prima. Das sollten wir auch so sagen und es nicht schlechtreden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Kerstin Griese [SPD])

Einer der Gründe, warum dies so ist, besteht darin, dass wir auf Produktion statt auf Spekulation gesetzt haben.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Ja!)

Anders als andere Länder, die sich beispielsweise gnadenlos verzockt haben, weil sie gesagt haben: „Wir wollen den Weg in eine Dienstleistungsgesellschaft gehen; wir setzen auf Banken“, haben wir immer darauf geachtet, nicht einseitig zu werden. Wir haben darauf geachtet, einen stabilen industriellen Kern zu haben. Das ist die Keimzelle und der Ausgangspunkt dafür, dass wir heute so gut dastehen. Genau diesen Weg wollen wir gemeinsam weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Rosemann [SPD]: Gerhard Schröder war es!)

Ein weiterer Grund, warum wir gut dastehen, ist unsere Marktwirtschaft, die eine soziale ist. Wir wissen, auch aus eigener leidvoller Erfahrung, dass Märkte immer einer Begrenzung bedürfen und dass entsprechende Leitplanken gesetzt werden müssen, weil der Zusammenhalt in einer Gesellschaft ansonsten massiv auf dem Spiel steht. Mit unserer sozialen Marktwirtschaft sind wir gut gefahren. Unser Erfolgsrezept dabei lautet Sozialpartnerschaft. (D)

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Sozialpartnerschaft sorgt dafür, dass flächendeckend gute und faire Löhne gezahlt werden und dass es in den Betrieben gute Arbeitsbedingungen gibt. Dazu müssen wir die Sozialpartner immer wieder ermahnen. Wir müssen ihnen deutlich machen: Da steht ihr in der Verantwortung. – Wir setzen auf die Kraft der Tarifvertragsparteien.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen auch das Interesse der Tarifvertragsparteien am Abschluss von Tarifverträgen hochhalten. Deswegen führen wir beispielsweise eine vereinfachte Allgemeinverbindlichkeitserklärung ein.

Ein weiterer Grund, warum wir gut dastehen, ist, dass unser Staat seine Rolle als aktiver Staat versteht. Darauf können sich die Menschen gerade in Krisenzeiten verlassen. Der Bund hat Milliarden von Euro aufgewendet und in Konjunkturprogramme zur Stärkung und Sicherung des Arbeitsmarktes investiert. Das hat dazu geführt, dass die meisten Arbeitsplätze sicher durch die Krise gebracht wurden. Unsere Unternehmen waren sich ihrer sozialen Verantwortung, gerade in Krisenzeiten, bewusst. Deswegen sage ich ausdrücklich Dankeschön an die Familienbetriebe und die Unternehmerinnen und Un-

Stephan Stracke

(A) ternehmer, die in Krisenzeiten gesagt haben: Wir setzen auf unsere qualifizierten Arbeitskräfte und setzen sie nicht frei; wir wollen keine Entlassungswelle. – Davon profitieren wir jetzt, nachdem wir aus der Krise herausgekommen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ewald Schurer [SPD])

Das ist der Erfolg der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Höchste Produktivität, innovative Ideen und Kreativität zeichnen sie aus. Dieser Erfolg muss sich auch in der Höhe der Löhne widerspiegeln.

(Katja Mast [SPD]: Genau!)

Das stärkt die Binnennachfrage als eine der Stützen der konjunkturellen Entwicklung in diesem Land.

Die Folge ist, dass wir eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen haben und mit Überschüssen in unseren sozialen Sicherungssystemen reich gesegnet sind;

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Sie gleich wieder ausgeben!)

sie sind krisenfest.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was ist mit der demografischen Entwicklung?)

Das Volumen beträgt insgesamt 800 Milliarden Euro pro Jahr. Die Menschen sind damit in den letzten Jahren gut gefahren, weil sie sich sicher sein konnten, dass sie durch unsere sozialen Sicherungssysteme gegen zentrale (B) Lebensrisiken abgesichert sind, und weil sie sich darauf verlassen konnten, dass ihnen in Not geholfen wird. Genau das wollen wir fortsetzen.

Ausdruck dessen ist der Haushalt der Bundesarbeitsministerin. Er ist mit einem Volumen von 122 Milliarden Euro der größte Ausgabenblock – sie hat es bereits erwähnt – und macht rund 40 Prozent des gesamten Bundeshaushalts aus. Dies sind im Übrigen 3 Milliarden Euro mehr als im letzten Jahr. Das zeigt: Wir übernehmen die Verantwortung, die wir als starker Sozialstaat haben, sehr bewusst, und wir machen eine Politik für eine hohe Beschäftigungsquote. Die Arbeitslosenquote hat sich seit 2005 halbiert. Besonders erfreulich ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Dank unserer Reform!)

Hier stehen wir europaweit hervorragend da. Unser Ansporn muss es sein, die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt zu bekämpfen und sie gänzlich zu überwinden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Kerstin Griese [SPD])

Dabei setzen wir auf einen Dreiklang von Vollbeschäftigung, guter Arbeit und sozialer Sicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben es in Bayern vorgemacht: Der bayerische Arbeitsmarkt ist Monat für Monat Klassenbester, die Arbeitslosenquote Bayerns liegt 3 Prozentpunkte unter (C) dem Bundesdurchschnitt. Der Erfolg spricht bayerisch. Deshalb ist auch der FC Bayern München Deutscher Meister.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Es gibt Gründe, warum wir insgesamt gut dastehen.

(Katja Mast [SPD]: Ja, ja! – Kerstin Griese [SPD]: Jetzt haben Sie es sich aber verdorben!)

Wir wissen aber auch: Nichts ist in Stein gemeißelt, wir dürfen uns auf den Erfolgen nicht ausruhen.

(Katja Mast [SPD]: Sie reden für die Bundesrepublik Deutschland, Herr Stracke!)

Deswegen ist der FC Bayern München dabei, sich in der Champions League weiter fortzuentwickeln und auch in diesem Jahr das Triple zu holen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Ist das der Verein der Steuerhinterzieher?)

Aber das soll nur beispielhaft dafür stehen, was Erfolg in diesem Land ausmacht. Diejenigen, die sich anstrengen, die sollen auch ihren entsprechenden Lohn haben. Unser größter Schatz sind die hervorragend qualifizierten Arbeitskräfte mit ihrem Wissen und Können. Sie erarbeiten tagtäglich den Wohlstand in dieser Republik. Diesen größten Schatz gilt es entsprechend zu pflegen. Deswegen ist uns die Fachkräftesicherung ein wichtiges Anliegen, sie ist unser zentrales Ziel in der Arbeitsmarktpolitik. (D) Die unionsgeführte Bundesregierung hat im Juni 2011 ein langfristig angelegtes, wirksames Konzept zur Sicherung der Fachkräftebasis angestoßen, und wir sind erfolgreich.

(Beifall des Abg. Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU])

In den Betrieben hat ein Umdenken stattgefunden, was die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer angeht. Die Betriebe haben die Erfahrung gemacht: Wir müssen auch auf ältere Arbeitnehmer setzen. – Wertschätzung schafft eben auch Wertschöpfung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist es, was wir betonen wollen und den Unternehmen auch anraten: Schätzt auch die Wertschöpfung eurer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, egal welcher Altersgruppe! Als sichtbares Ergebnis davon hat sich die Erwerbstätigenquote bei den Älteren zuletzt auf 64 Prozent erhöht. Das ist ein Riesenerfolg. Wir sind damit nämlich schon deutlich über dem EU-Ziel für 2020, das bei 60 Prozent liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen alle: Wir sind, gerade was die Beschäftigung Älterer angeht, noch lange nicht am Ziel. Aber wir sind auf dem richtigen Weg. Hier sind die Unternehmen gefordert, große Schritte zu tun und nicht nur Klein-Klein. Wir unterstützen sie, beispielsweise indem wir

Stephan Stracke

(A) jetzt den Rehadeckel der demografischen Entwicklung anpassen. Das ist auch ein Schritt dazu, dass wir nicht immer nur über die Rente ab 67 reden, sondern auch tatsächlich das Arbeiten bis 67 ermöglichen. Alles andere würden die Menschen auch als Rentenkürzung erfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Das betrifft die Rehabilitation, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deswegen haben wir in den letzten Jahren als unionsgeführte Bundesregierung viel Geld in die Hand genommen, um die Länder, um die Kommunen dabei zu unterstützen, in entsprechende Betreuungsmöglichkeiten zu investieren. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Deswegen gibt es in Zukunft eine Lohnersatzleistung für zehn Tage, um spezifische Pflegesituationen zu organisieren.

Einer der Kernpunkte ist Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen. Keiner darf verloren gehen, jeder verdient eine zweite oder gar dritte Chance. Dass Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat, kommt eben auch daher, dass wir in Deutschland ein so gutes – duales – Berufsausbildungssystem haben. Dies gilt es zu sichern,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

auch vor Überlegungen, die derzeit auf der europäischen Ebene stattfinden. Hier müssen wir klar sagen: Das wollen wir nicht.

(B) Zum anderen ist es gut, dass hier der Ausbildungspakt in veränderter Form fortgesetzt wird; die Bundeskanzlerin hat das zuletzt beim Handwerkstag mit angekündigt. Es ist gut, dass wir in diese Richtung gehen.

Wir müssen aufpassen, dass wir keine falschen Anreize setzen für diejenigen, die sagen: Ich gehe lieber in einen Beruf, der einem gesetzlichen Mindestlohn unterliegt, und nicht in eine Ausbildung. Deswegen unternehmen wir hier die richtigen Dinge in diese Richtung.

Wohlstand zu erhalten, gelingt uns nur, wenn der Fachkräftebedarf insgesamt gedeckt ist. Dazu gehört auch, dass wir die Jobchancen für Langzeitarbeitslose entsprechend erhöhen. Der deutsche Arbeitsmarkt ist hier in großem Maße aufnahmefähig, und wir stellen vonseiten des BMAS auch viel Geld für die Eingliederung zur Verfügung. Wir müssen aber aufpassen, dass dieses Geld auch tatsächlich bei den Betroffenen ankommt.

Bayern hat bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote erreicht. Wir kommen jetzt an den Kernbestand der Arbeitslosen. Deswegen müssen wir genau aufpassen, wie wir jetzt mit Langzeitarbeitslosen umgehen. Sie weisen oftmals schwere und mehrfache Vermittlungshemmnisse auf, weshalb wir hier die notwendigen Mittel brauchen. Ich weiß, dass aufgrund der entsprechenden Verteilungsmechanismen nicht sichergestellt ist, dass die notwendigen Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, sondern diejenigen bestraft werden, die besonders erfolgreich sind. Wir haben das allerdings im

(C) Koalitionsvertrag entsprechend festgelegt und werden das auch angehen.

All das zeigt: Wir setzen auf Vollbeschäftigung, auf gute Arbeit und auf gute soziale Sicherungssysteme in diesem Land. Lassen Sie uns zusammen mit unserer Bundesarbeitsministerin die Themen gemeinsam angehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Brigitte Pothmer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Nahles, Sie wissen, ich bin eine glühende Unterstützerin des gesetzlichen Mindestlohnes und stehe bei der Durchsetzung dieses Projektes nun wirklich auf Ihrer Seite,

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Seit’ an Seit’!)

aber ich würde Ihnen gerne einmal sagen: Sie sind nicht nur die Ministerin für die Arbeitsplatzbesitzerinnen und -besitzer, sondern Sie sind auch die Ministerin für die Arbeitslosen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Sosehr ich Ihr Engagement bei der Durchsetzung des Mindestlohnes schätze, so enttäuscht bin ich doch über den wirklichen Mangel an Engagement, wenn es um die Belange von Arbeitslosen und Abgehängten geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kerstin Griese [SPD]: Da haben Sie ihre Rede nicht gehört!)

– Liebe Frau Griese, Sie wollen mir doch nicht im Ernst sagen, dass eine solche Rede diesen Mangel wirklich beseitigen könnte.

(Kerstin Griese [SPD]: Sie hat das klar und deutlich gesagt!)

So bescheiden kann wirklich nur die SPD sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kerstin Griese [SPD]: Das ist aber billig!)

Ich weiß, das ist ein schwerer Vorwurf, aber ich finde, er ist leicht begründbar: In der letzten Legislaturperiode, Frau Ministerin, haben Sie gemeinsam mit uns den schwarz-gelben Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik kritisiert.

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Was? – Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an den Abg. Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU] gewandt: Herr Fischer ist auch da!)

Zu Recht, kann ich nur sagen. Das Problem ist aber, dass diese Kritik bis heute nichts an Berechtigung eingebüßt

Brigitte Pothmer

(A) hat. Sie wissen ganz genauso gut wie ich: Wenn wir jetzt nicht in die Qualifizierung von Arbeitslosen investieren, dann werden wir sie ein Leben lang alimentieren. Das ist ein Drama für die Betroffenen, das ist teuer, und das ist schlecht für die Volkswirtschaft. Ich nenne jetzt nur noch einmal das Stichwort Fachkräftemangel.

In der Opposition haben Sie 2013 mit genau dieser Begründung 1,6 Milliarden Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik gefordert. Heute sind das noch 350 Millionen Euro. Frau Nahles, es ist Ihre Aufgabe, uns zu erklären, welche arbeitsmarktpolitischen Wunder sich in der Zwischenzeit ereignet haben sollen, dass das Geld jetzt plötzlich nicht mehr notwendig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese 350 Millionen Euro, die im Laufe der Legislaturperiode angeblich auf 1,4 Milliarden Euro aufwachsen sollen, sind wirklich eine fiktive Summe, die nur auf dem Papier steht.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Stimmt nicht! – Kerstin Griese [SPD]: Jedes Jahr 350 Millionen!)

Wenn die Jobcenter wirklich nur die Hälfte des Geldes bekommen würden, das Sie angekündigt haben, dann könnten sie froh sein. Ich nehme es Ihnen persönlich übel, dass Sie in diesem Bereich schon jetzt mit Taschenspielertricks arbeiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen sie doch überall! – Dr. Martin Rosemann [SPD]: Wo ist der Trick?)

(B)

Den Gipfel finde ich aber wirklich, dass Sie den Anteil, den Ihr Ministerium erbringen muss, damit das unsägliche Betreuungsgeld gezahlt werden kann, den Arbeitslosen aufdrücken. Die Arbeitslosen sollen die 500 Millionen Euro aufbringen, die das Betreuungsgeld kostet. Das mag nicht viel Geld sein, aber ich finde, das ist an Symbolkraft nicht mehr zu toppen.

Sie handeln nach dem Motto „Die Etats der Jobcenter reichen sowieso von vorne bis hinten nicht; da kommt es auf die 500 Millionen Euro auch nicht mehr an“. Ich halte das für eine ungeheure Unverschämtheit.

Aber ich rede nicht nur vom Geld. Ich rede auch von den Strukturen und den inhaltlichen Angeboten. Auch da ist von den großen Versprechen eigentlich nichts mehr übrig geblieben. Das ist schlecht für die Langzeitarbeitslosen.

Vielleicht erinnern Sie sich noch: Als Projektitis-Projekt haben Sie einst die Bürgerarbeit von Frau von der Leyen verspottet. Jetzt haben Sie auch ein Projektitis-Projekt. Das hat nur einen anderen Namen und ist in der Dimension viel kleiner.

Ihr Projektitis-Projekt heißt „Perspektiven in Betrieben“. Diejenigen, die sich auskennen, wissen, dass wir dieses Projekt bereits kennen: als Modellprojekt in verschiedenen Bundesländern. Die Ergebnisse sind mehr als ernüchternd. 2013 sind genau 33 Personen über dieses Projekt in Arbeit gekommen. Für 2014 haben Sie sich etwas Gigantisches vorgenommen: Es sollen tatsächlich 35 werden, die Sie darüber in Arbeit bringen. (C) Wollen Sie uns wirklich allen Ernstes erklären, Frau Nahles, dass das Ihr Angebot für Langzeitarbeitslose ist? Mit Verlaub, armseliger geht es nicht mehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht noch ein paar Fakten: Von 2010 bis 2013 sind 190 000 Plätze in der öffentlich geförderten Beschäftigung weggefallen und damit sechsmal mehr, als Sie schaffen wollen. Hinzu kommen noch die 26 000 Bürgerarbeitsplätze, die 2014 auslaufen. Zusammen sind das 216 000 Plätze, die für die Arbeitslosen fehlen.

Auf diese Förderlücke reagieren Sie jetzt mit einem Programm, das irgendwann – wann genau, weiß niemand – auf 30 000 Personen angewachsen sein soll. Das ist weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein. Jeder erkennt sofort, dass die Dimension des Problems und die Dimension der Lösung in keiner Weise zusammenpassen. Mehrere Hunderttausend Leute werden nach Hause geschickt und sind auf Angebote angewiesen, und Sie kommen mit diesem ganz, ganz kleinen Karo. Frau Nahles, ich finde, das ist beschämend.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte darauf gesetzt, dass Sie nach jahrelangen Debatten jetzt den verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt und den Passiv-Aktiv-Transfer auf den Weg bringen. Dafür haben wir doch gemeinsam gestritten. Auch die grün-roten und die rot-grünen Länder sind dafür in Vorleistung getreten. (D)

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Sie warten jetzt händeringend darauf, dass Sie ihnen die Möglichkeit des Passiv-Aktiv-Transfers eröffnen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Pothmer, achten Sie bitte auf die Zeit.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich danke Ihnen. Ich komme zum Schluss. – Sie lassen also nicht nur die Arbeitslosen im Stich; Sie lassen auch Ihre eigenen Länder im Stich.

Sie wissen genau wie ich: Die bisherige Politik für Langzeitarbeitslose ist gescheitert.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Die wollen Sie aber wiederholen!)

Wir brauchen einen richtigen Paradigmenwechsel. Dafür brauchen wir neue Strukturen.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Und ein Ende der Redezeit!)

Dafür brauchen wir genügend Geld, und wir brauchen eine Ministerin, die auch für die Belange von Arbeitslosen brennt. Alle drei Punkte sind leider nicht in Sicht.

Ich danke Ihnen.

Brigitte Pothmer

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ihr wolltet doch nicht regieren!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Katja Mast hat nun für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Katja Mast (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Pothmer, auch ich werde ausführen, welche Verbesserungen wir in der Koalition für Langzeitarbeitslose und für Jugendliche auf den Weg bringen. Wir sind verdammt stolz darauf. Ich sage Ihnen auch, warum. Unsere Arbeitsministerin trägt mit ihrer Politik dazu bei, dass ein ausgeglichener Haushalt keine einmalige Angelegenheit bleibt. Nein, unsere Politik sorgt dafür, dass es auch für künftige Generationen ausgeglichene Haushalte geben wird. Das ist der entscheidende Punkt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bitte?)

Wir freuen uns heute beispielsweise darüber, dass wir es in drei Schritten geschafft haben, dass die Kosten für die Grundsicherung im Alter zu 100 Prozent vom Bund übernommen werden.

(B) (Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das mit den Langzeitarbeitslosen zu tun?)

Früher mussten dafür die klammen Kommunen zahlen.

Wir können uns aber nicht nur darüber freuen, dass wir die Kommunen entlasten. Unsere Politik hat nämlich auch das Ziel, dass weniger Menschen in die Grundsicherung im Alter kommen und dass weniger Menschen vom Arbeitslosengeld II betroffen sind. Deshalb ist es uns so wichtig, Erwerbsarmut und Bildungsarmut auch im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik zu bekämpfen. Wir sagen der Arbeitslosigkeit den Kampf an, betreiben Fachkräftesicherung und sorgen – es ist schön, dass die CSU in Bayern dieses Thema auch schon für sich entdeckt hat – für gute Arbeitsplätze. Uns ist es nämlich nicht egal, um welche Arbeit es geht. Für uns geht es immer um gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Andrea Nahles sorgt mit dem Tarifpaket dafür, dass 4 Millionen Menschen künftig mehr verdienen als heute, nämlich 8,50 Euro in der Stunde, und zwar gleichermaßen in Ost und in West. Das ist ein Beitrag zum Schutz der Würde der Arbeit. Es geht um Gerechtigkeit bei der Entlohnung. Es geht aber auch darum, dass man mit einem Stundenlohn von 8,50 Euro einerseits mehr Geld ausgeben kann, was die Wirtschaft ankurbelt, andererseits mehr Steuern und Abgabe zahlen muss. Auch das ist für die zukünftige Haushaltspolitik ein wichtiger Punkt. (C)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Karl Schiewerling [CDU/CSU])

Wir haben uns vorgenommen, Leiharbeit und Werkverträge stärker zu regulieren. Auch das ist ein Beitrag für gute Arbeit und für den Schutz der Würde der Arbeit sowie für Zukunftsinvestitionen. Die Erhöhung des Eingliederungstitels um 350 Millionen Euro ist eine Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik. Die letzten vier Jahre wurde nur gekürzt. Wir sind jetzt diejenigen, die dafür sorgen, dass für langzeitarbeitslose Menschen in dieser Republik wieder mehr Geld ausgegeben werden kann. Auch das ist notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Bundesarbeitsministerin sagt, dass das Geld auch dazu verwendet werden kann, um Fachkräfte auszubilden und ein ESF-Programm aufzulegen. Damit organisieren wir Teilhabe und schaffen gute Arbeit für Menschen, die heute in Langzeitarbeitslosigkeit sind. Ich kann daran nichts Verwerfliches finden, Frau Pothmer.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen mit unserem Koalitionspartner darüber diskutieren, ob nicht auch der Eintritt in den sozialen Arbeitsmarkt möglich ist. Dann wären wir noch ein Stück weiter. Ich bin sicher, dass wir zusammen gute Gespräche führen werden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Karl Schiewerling [CDU/CSU]) (D)

Unsere Arbeitsministerin will den Gedanken der Jugendberufsagenturen in ganz Deutschland verbreiten. Mit diesen Agenturen helfen wir vielen Jugendlichen, besser einen Job zu finden. Außerdem wollen wir, dass es die Chance auf eine zweite Ausbildung gibt.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Mast, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Pothmer?

Katja Mast (SPD):

Lassen Sie mich bitte diesen Gedanken noch zu Ende bringen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Dann ist Ihre Redezeit um. Dann haben Sie keine Chance auf eine Verlängerung mehr.

Katja Mast (SPD):

Dann muss die Kollegin eine Kurzintervention nach meiner Rede machen.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wollte Ihnen eine Chance geben!)

Jugendberufsagenturen und eine zweite Chance auf Ausbildung für junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren sowie assistierte Ausbildung und die Förde-

Katja Mast

(A) rung der Teilzeitausbildung, das sind unsere Vorhaben. Es ist wichtig, dass junge Menschen eine Berufsausbildung haben, damit sie zukünftig nicht arbeitslos und arbeitsuchend werden. Damit leisten wir unseren Beitrag für einen Haushalt der Zukunft und vor allen Dingen einen Beitrag für die Zukunft der Menschen.

Uns geht es um Investitionen in Menschen und in einen vorsorgenden Sozialstaat, der ein Garant dafür ist, dass wir in dieser Republik zukünftig keine Schulden mehr machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Mark Helfrich das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mark Helfrich (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsentwurf bildet konsequent die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages ab, ohne dabei von den Grundsätzen des ersten Regierungsentwurfes aus dem Sommer 2013 abzuweichen. Das war uns an dieser Stelle sehr wichtig.

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Das glaube ich!)

(B) Wir bewegen uns mit dem Bundeshaushalt auf einem nachhaltigen Konsolidierungspfad. Auf diesem Weg stellt der strukturell ausgeglichene Haushalt 2014 eine wichtige Wegmarke dar. Beginnend mit dem Jahr 2015 legen wir erstmalig seit 1969 einen Haushalt ohne neue Schulden vor.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gibt Anlass zur Freude und ist zugleich ein eindrucksvoller Beleg von erfolgreicher Wachstums- und Finanzpolitik verschiedener Regierungen unter Angela Merkel.

Kommen wir zum Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes. Der Einzelplan 11 hat mit seinen geplanten Ausgaben von 122,3 Milliarden Euro einen Anteil am Gesamthaushalt von annähernd 41 Prozent. Ich finde das sehr beeindruckend. Damit ist der Einzelplan 11 der mit Abstand höchstdotierte Einzelplan des Bundeshaushaltes. Er ist untergliedert in zwei wesentliche Aufgabenbereiche, zum einen in die Rentenversicherung einschließlich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – das sind round about 88,5 Milliarden Euro –, zum anderen in den Bereich der Arbeitsförderung nach dem SGB II in Höhe von 31,5 Milliarden Euro. Damit liegt allein schon der Bereich der Arbeitsförderung auf Augenhöhe mit dem Verteidigungsetat, dem zweitgrößten Einzelplan im Bundeshaushalt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Wir alle wissen: Ein Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Die Zahlen des Einzelplans 11 belegen, was uns an Politik wichtig ist. Das ist zum einen eine auskömmliche und leistungsgerechte Altersversorgung. Zum anderen ist es, Menschen in Arbeit zu bringen und dafür auch die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu setzen. Insofern habe ich auch vorhin die Tiraden nicht so wirklich nachvollziehen können, die zu diesem Punkt gekommen sind.

Wir haben schon viel erreicht. Es gibt 42 Millionen erwerbstätige Menschen. Das ist Rekord. 29,4 Millionen Menschen üben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus. Wir haben 3 Millionen Arbeitslose. Das sind immer noch zu viele. Aber dahinter verbirgt sich eine Arbeitslosenquote, die wir uns vor einigen Jahren nicht hätten träumen lassen. Das ist auch eine Arbeitslosenquote, um die uns viele andere Länder in der Europäischen Union beneiden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit steht Deutschland hervorragend da. Auch das ist ein gutes Zeichen. Die Arbeitsmarktzahlen und -prognosen sind uns Ansporn, diejenigen, die derzeit nicht in Arbeit sind, nicht zu vergessen und die Eingliederungsleistungen auf einem hohen Niveau zu belassen. Deshalb haben wir auch den Eingliederungstitel im Bereich des SGB II, also den Teil, der sich aus den Verwaltungskosten und den Eingliederungsleistungen zusammensetzt, auf dem Niveau von 2013 gelassen, nämlich bei 7,95 Milliarden Euro. Zusätzlich gibt es in diesem Jahr dann, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, weitere 350 Millionen Euro, die als Haushaltsreste für diese Aufgaben in Anspruch genommen werden können. (D)

Ich möchte an dieser Stelle auch etwas zu der Diskussion um die gegenseitige Deckungsfähigkeit sagen; denn diese 350 Millionen Euro können sowohl für das eine als auch für das andere verwendet werden. Das ist auch richtig so. Die reflexartige Verteufelung, die mitunter in der politischen Diskussion stattfindet, ist einfach nicht sachgerecht; denn eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt setzt eben auch eine hohe Betreuungsintensität und aktive Vermittlung durch qualifizierte Fallmanager voraus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es schwingt an dieser Stelle auch immer eine gehörige Portion Misstrauen mit, was unsere Arbeitsverwaltung betrifft. Ich glaube, wir sollten es den Spezialisten in der Arbeitsverwaltung überlassen, zu entscheiden, wie die Mittel am effektivsten und effizientesten eingesetzt werden können. Wichtig ist dabei natürlich, dass das Ganze zielorientiert geschieht und dass Eingliederungsmaßnahmen passgenau vergeben werden. Auch hier gilt wie so häufig im Leben: Qualität geht vor Quantität.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Fortschritt ist insoweit auch die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2015. Dadurch wird die Handlungsfähigkeit der Jobcenter gestärkt und

Mark Helfrich

(A) werden jahresübergreifende Fördermaßnahmen ermöglicht. Ich glaube, dass das für die Menschen ein großes Plus ist. Es nutzt nichts, die soundsovielte 08/15-Maßnahme durchzuführen, die innerhalb eines Haushaltsjahres abgebildet werden kann. Nein, das ist nicht sinnvoll. Insofern sind wir auch hier auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen nicht nur einen Blick auf die sinkende bzw. stagnierende Arbeitslosigkeit werfen, sondern auch ein anderes wichtiges Problem im Fokus behalten. Das ist die Fachkräftesicherung. Der Rückgang bei den Arbeitskräften bzw. den Fachkräften wird in manchen Branchen dieses Landes zu einem wirtschaftlichen Risiko. Schon jetzt reißen sich die Betriebe in bestimmten Branchen um Nachwuchskräfte, zum Beispiel im Pflegebereich oder bei den technischen Berufsbildern. Dieses Phänomen wird uns in den nächsten Jahren noch viel stärker begleiten. Demografiebedingt werden wir massiv unter Druck geraten.

Den Fachkräftemangel in Deutschland lindern und Jugendlichen aus dem europäischen Ausland eine Chance geben, das ist das Ziel von MobiPro-EU, einem Sonderprogramm, das wir für sehr sinnvoll halten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es geht um ausbildungsinteressierte Jugendliche und arbeitslose junge Fachkräfte aus Europa. Egal ob sie am Ende ihrer Ausbildung in ihre Heimatländer zurückkehren oder hierbleiben, es ist für alle Beteiligten eine große Bereicherung und ein Gewinn. Die Mittel für dieses er- (B) folgreiche Programm sind gegenüber dem Regierungsentwurf 2014 um 15 Millionen Euro auf 48 Millionen Euro aufgestockt worden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Helfrich, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Pothmer?

Mark Helfrich (CDU/CSU):

Ja.

Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass das Projekt MobiPro gerade in allergrößten Schwierigkeiten steckt? Wie wir inzwischen wissen, sind die Anträge, die in den unterschiedlichen Ländern gestellt wurden, nicht bewilligt. Die betroffenen Jugendlichen sitzen auf gepackten Koffern. Sie haben sich sozusagen auf das deutsche Wort verlassen und sind nun verlassen. Aber das ist nur ein Teil des Problems. Ist Ihnen bekannt, dass die zugesagten Mittel für eine ganze Reihe von Jugendlichen, die bereits in Deutschland sind und die Zusage erhalten haben, hier einen Ausbildungsplatz oder Unterstützung beim Praktikum zu bekommen, nicht fließen?

(Ewald Schurer [SPD]: Das ist so nicht richtig!)

– Das ist so.

Mark Helfrich (CDU/CSU): (C)

Zum einen ist das so nicht richtig. Zum anderen kann Erfolg manchmal zum Verhängnis werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass diese immense Nachfrage tatsächlich befriedigt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir alle wissen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht auskömmlich sind. Es ist eine unangenehme Fügung, dass der Erfolg im Jahr einer Bundestagswahl einsetzt, in dem traditionell noch kein Haushalt aufgestellt ist. Das spricht aber nicht gegen dieses Projekt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine erfolgreiche Fachkräfte- und Nachwuchssicherung trägt dazu bei, unser umlagebasiertes gesetzliches Rentenversicherungssystem zukunftsfähig zu machen und damit auch zukünftigen Rentnergenerationen eine auskömmliche Altersversorgung zu erhalten. Damit komme ich zum zweiten großen Ausgabenbereich im Einzelplan 11, zur Rentenversicherung sowie zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Hier sind zwei wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahreshaushalt 2013 zu nennen. Zum einen tritt die letzte Stufe der Entlastung der Kommunen im Bereich der Grundsicherung in Kraft. Allein das sind 1,1 Milliarden Euro – diese Zahl kann man gar nicht häufig genug nennen –, die den Kommunen bundesweit zugutekommen. Zum anderen lassen sich die Auswirkungen des Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetzes, des sogenannten Rentenpakets, wiederfinden. Wir legen heute (D) und im weiteren Beratungsverlauf die finanziellen Grundlagen für die Mütterrente, für die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren sowie für die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und bei Rehaleistungen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Helfrich, achten Sie bitte auf die Zeit.

Mark Helfrich (CDU/CSU):

Ja, selbstverständlich. – Ich komme zum Schluss. Es werden von den genannten Verbesserungen Millionen Menschen profitieren. 88,5 Milliarden Euro gibt unser Staat für die heutige Rentnergeneration aus. Das sind annähernd 30 Prozent des Bundeshaushalts. Damit setzen wir trotz allen notwendigen Sparens ein klares Zeichen dafür, dass Rente kein Almosen ist, sondern ein verdienter Lohn für Lebensleistung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich möchte vorsorglich daran erinnern, dass wir die Vereinbarung haben, dass überzogene Redezeiten einfach den nächsten Rednern der Fraktion in Rechnung gestellt werden, um in der Wortwahl der Haushaltsdebatte zu bleiben.

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Manfred Grund [CDU/CSU]: Eine gute Vereinbarung!)

Das Wort hat die Kollegin Gabriele Schmidt für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gabriele Schmidt (Ühlingen) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Besucher auf den Tribünen! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! In meinem langen Berufsleben habe ich schon viele Haushaltspläne gesehen, aber wirklich noch nie einen, der allein in dem Bereich, den ich hier politisch vertrete, Arbeit und Soziales, die sagenhafte Summe von 122 Milliarden Euro umfasst. Ich muss ganz ehrlich sagen: Das jagt mir ein bisschen Respekt ein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Zu Recht!)

Das ist eigentlich unvorstellbar viel Geld, und es sind noch einmal 3 Milliarden Euro mehr als im Jahr zuvor. Mit der Höhe des Etats wächst unsere Verantwortung, die Mittel da einzusetzen, wo es sinnvoll und notwendig ist. Ich bin erst einmal froh, dass der Arbeits- und Sozialhaushalt nicht gekürzt, sondern noch erweitert wurde. Auch wir Sozialpolitiker wissen, dass jeder Euro, den wir ausgeben, erst einmal erwirtschaftet werden muss. Es gibt aber Bereiche, in denen man besser sparen
(B) kann als im Sozialetat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wofür geben wir das Geld aus? Es ist schon über viele Einzelheiten gesprochen worden. Den weitaus größten Teil umfassen die Leistungen an die Rentenversicherung. Das große Rentenpaket, über das wir seit Monaten diskutieren, ist geschnürt. Ich wiederhole es gerne: 88 Milliarden Euro Steuermittel geben wir für Renten aus, für die Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung. Dadurch entlastet der Bund die Kommunen erheblich von den Sozialausgaben, ab 2014 durch eine 100-prozentige Erstattung der Nettoausgaben für die Ausführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Wenn es auch umstritten sein mag: Die Leute warten auf das Rentenpaket.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Menschen warten auf die Mütterrente, und ich gebe ganz ehrlich zu: Auch ich profitiere von dieser Mütterrentenregelung. Meine Töchter sind 1982 und 1984 auf die Welt gekommen. Ich habe sie als Witwe allein erziehen müssen, habe 100 D-Mark Kindergeld bekommen, und es gab keine Kitas und keine Ganztagsbetreuung in der Schule. Aber es geht nicht um mich, sondern es geht um Millionen Mütter, die auf diese Rente warten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Verkäuferin im Einzelhandel oder der Schreiner (C)
im Küchenbau, der 45 Jahre lang Kisten und Kasten geschleppt hat, sie und andere warten auf die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren. Dafür sind anteilig Mittel im Haushalt bereitgestellt. Das haben wir versprochen, und das halten wir auch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Mit den Schwerpunkten des Einzelplans im Haushalt schaffen wir eine solide Grundlage, um den Bedürfnissen von Menschen in einem leistungsfähigen und zuverlässigen Sozialstaat so gut wie möglich gerecht zu werden. Nun stellt der Bund für arbeitsmarktpolitische Leistungen Finanzmittel in Höhe von 31,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Ich finde, das ist ganz schön viel. Diese fließen fast ausschließlich in die Ausgaben für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch. Auch hier sollen die Kommunen entlastet werden. Der Bund beispielsweise beteiligt sich an den Kosten der Unterkunft und Heizung in den Jahren 2011 bis 2017, was zu Entlastungen von 8,7 Milliarden Euro führen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass möglichst viele Menschen für ein menschenwürdiges Leben einer Erwerbstätigkeit in einer Arbeitswelt mit fairen Bedingungen nachgehen können. Die dauerhafte Eingliederung in Arbeit ist daher ein wichtiges Ziel. Wir haben ein Gesamtbudget von rund 8 Milliarden Euro für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Daraus werden mit Sonderprogrammen wie „Perspektive 50plus“ derzeit 78 regionale Beschäftigungspakte für Ältere bei der
Eingliederung erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser über (D)
50 unterstützt. Der Erfolg gibt diesem Programm recht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Von den betroffenen 530 000 Langzeitarbeitslosen über 50 haben mehr als 63 000 Männer und Frauen allein im Jahr 2012 den Einstieg in die Wiederbeschäftigung geschafft.

Ein weiteres Sonderprogramm ist vorhin schlechtgeredet worden. Ich weiß nicht, warum. Es ist das „Modellprojekt Bürgerarbeit“. Mit Bundesmitteln in Höhe von 150 Millionen Euro wird dieser Ansatz zur Integration arbeitsloser erwerbsfähiger Leistungsberechtigter erprobt. Allein in meinem Wahlkreis Waldshut gab es Mittel für 50 solcher Arbeitsplätze. Der Geschäftsführer der AWO in Waldshut, mit dem ich gestern telefoniert habe, hat mir erklärt, dass er das Modell aus seiner Sicht für erfolgreich hält, weil es für Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen in einem eher geschützten Bereich die Möglichkeit zu regelmäßiger Arbeit bietet. Dieses Beispiel aus der Praxis zeigt doch, dass das Geld genau da ankommt, wo es hingehört. Die AWO bedauert übrigens tatsächlich, dass dieses Projekt Ende des Jahres ausläuft.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Kritik an Frau Nahles! – Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider hört Frau Nahles nicht zu!)

Gabriele Schmidt (Ühlingen)

(A) Wir kommen darauf noch zu sprechen. Ein neues Projekt ist auch in Arbeit.

In dem vorliegenden Haushalt werden 3,5 Millionen Euro für den „Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ und für den „Teilhabebericht“ bereitgestellt. Gerade letzte Woche haben wir über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hier in diesem Haus diskutiert.

Rund 261 Millionen Euro umfasst das finanzielle Volumen zur Stärkung der Gleichbehandlung und Förderung von Chancengleichheit und Inklusion. Der größte Teil geht an Verkehrsunternehmen für die Erstattung von Fahrgeldausfällen. Gut die Hälfte der schwerbehinderten Menschen ist freifahrtberechtigt. Sie können ihren Alltag mit dieser Mobilität selbstbestimmter und unabhängiger gestalten. Wenn ein Sehbehinderter kostenlos den ÖPNV benutzt, ist das ein kleiner, aber wichtiger Baustein zur Verwirklichung von Inklusion, für den Mittel im Haushalt eingestellt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aus unserer Sicht ist der Einzelplan 11 die konsequente und verlässliche Umsetzung des Wahlprogramms und des Koalitionsvertrags und damit der erklärte Wille der CDU/CSU-Fraktion. Der Etat Arbeit und Soziales ist, wie häufiger hier erwähnt, der größte Einzeletat im Haushalt der Bundesrepublik. Er ist aber auch der Etat, der bei den Menschen direkt ankommt, und genau deswegen ist er gut und richtig so.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Katja Mast [SPD])

Ich hatte gehofft, noch ein paar Sekunden Redezeit zu haben; nun habe ich sie nicht mehr. Ich wollte eigentlich Abgeordneten meiner eigenen Fraktion eben einmal widersprechen. Kollege Stracke, der Erfolg spricht nicht nur bayerisch, sondern auch alemannisch und schwäbisch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Katja Mast [SPD]: Sehr gut! Sehr gut! – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Sehr gut! Endlich sagt das mal jemand!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ebenfalls für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Axel E. Fischer das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte über den Entwurf des Einzelplans 11, Arbeit und Soziales, der Großen Koalition zeigt ganz deutlich: Die christlich-liberale Koalition hat in den vergangenen vier Jahren eine erfolgreiche Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Wir haben mit einer vorausschauenden, zukunftsorientierten Wachstumspolitik, mit vielen ordnungspolitischen, notwendigen und sinnvollen Maßnahmen die Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgreich gemeistert. Wir haben viele Menschen wieder, andere neu in Arbeit gebracht. Wir haben den Bundeshaushalt konsolidiert. Wir haben gerade im Bereich der Arbeitsvermittlung bei der Aktivierung von Langzeitarbeitslosen und bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten Erfolg gehabt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dank einer auf Wachstum orientierten, auf sparsames Haushalten und weniger auf Umverteilung ausgerichteten Politik haben wir heute eine solide finanzielle Basis für eine zukunftsfähige Arbeits- und Sozialpolitik. Dank der großen Leistungen von Arbeitnehmern und Unternehmern floriert die Wirtschaft, die Steuer- und Abgabenquellen sprudeln, und auch Löhne, Gehälter und Renten sind gestiegen.

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die Sonne scheint! Alles ist gut! – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Honig fließt!)

Die weiteren Aussichten sind gut: Die Bundesregierung rechnet im kommenden Jahr mit 2 Prozent realem Wirtschaftswachstum, und die Lage am Arbeitsmarkt ist bei steigender Erwerbstätigkeit mit unter 3 Millionen Arbeitslosen stabil.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Ewald Schurer [SPD])

– Ich finde es bedauerlich, dass das bei den Grünen keine Freude auslöst. Ich finde es schön, wenn die Wirtschaft so funktioniert, dass wir mit unter 3 Millionen Arbeitslosen sehr gut dastehen. Davon haben Sie in der rotgrünen Regierungszeit geträumt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir freuen uns über das Schlaraffenland! – Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihnen gehen die Argumente aus, wenn Sie auf Rot-Grün zurückgreifen!)

Die Bundesagentur für Arbeit wird 2014 und in den kommenden Jahren – das mag Ihnen auch nicht gefallen, aber zum Glück ist es so – voraussichtlich Überschüsse erzielen können.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird alles noch schöner!)

Ein ausgeglichener Bundeshaushalt mit schwarzer Null ist greifbar nahe. Auch das hätten Sie sich in Ihrer Regierungszeit nie vorstellen können.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, weil wir Schulden abbauen mussten!)

Liebe Frau Ministerin Nahles, Ihre Vorgängerin, Frau Ministerin von der Leyen, und unser Kollege Staatssekretär Fuchtel haben ein Haus hinterlassen, das ordent-

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)

(A) lich aufgeräumt ist. Ich glaube, es liegt jetzt an uns, was wir, was Sie, was wir gemeinsam daraus machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deutschland ist gut durch die Krise gekommen. Der Wachstumspakt hat gewirkt.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie nicht das Superman-Kostüm angezogen?)

Damit treten verstärkt neue politische Herausforderungen in den Vordergrund.

Meine Damen und Herren, dem trägt die neue Bundesregierung in ihrem ersten Haushaltsentwurf schon Rechnung. Die im Entwurf des Bundeshaushaltes 2014 für den Einzelplan 11 geplanten Ausgaben von 122,3 Milliarden Euro – das wurde schon mehrfach angesprochen – liegen um knapp 4 Milliarden Euro über den Ansätzen des vergangenen Jahres. Dieser erste Anstieg nach Jahren konsequenter Einsparung ist beileibe keine politische Kehrtwende; denn mit der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Verhältnisse und Prioritäten entsprechend geändert.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dafür war der Kollege Brauksiepe noch zuständig! Den sollten Sie an der Stelle auch erwähnen!)

– Lieber Herr Kollege Kampeter, dann erwähne ich gern auch Sie mit, da Sie als Staatssekretär im Finanzministerium Ihren Anteil daran gehabt haben.

(B) (Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, nachdem jetzt auch der Kollege Kampeter im Protokoll entsprechend gewürdigt wurde – den Kollegen Brauksiepe möchte ich natürlich nicht vergessen –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

möchte ich fortfahren.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie war das mit der anzurechnenden Redezeit?)

– Ich habe noch über zwei Minuten. Also keine Sorge! Was ich transportieren will, kriege ich schon noch rüber.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wenn keine Zwischenfrage gestellt wird!)

– Wenn Sie eine Frage stellen wollen, gern! Dann habe ich noch mehr Zeit.

Ich möchte feststellen, dass mit dieser Politik, die die neue Regierung jetzt macht, im Wesentlichen das fortgesetzt wird, was die frühere Regierung vorangetrieben hat.

(Zurufe von der SPD)

Das heißt: Kontinuität ist angesagt.

Das Ziel der erfolgreichen Vermittlung langfristig Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt bleibt bestehen: Trotz gesunkener Arbeitslosenzahlen will die Bundesregierung nicht nur an der Höhe der Eingliederungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II festhalten; nein, sie will zusätzlich jährlich weitere 350 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Sie wird auch deshalb mehr Mittel bereitstellen, weil mit der Steigerung des Anteils schwer zu vermittelnder Arbeitsloser zwangsläufig auch der individuelle Vermittlungsaufwand steigt. (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

Das weiß auch mein Freund und Kollege Ewald Schurer von der SPD-Fraktion. Wir arbeiten übrigens ganz fantastisch zusammen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Echt?)

Die Vermittler in der Bundesagentur für Arbeit, denen ich an dieser Stelle für ihren Einsatz sehr herzlich danken möchte, müssen jetzt zunehmend dickere Bretter bohren, um Arbeitsuchende in Arbeit zu bringen. Das ist deutlich schwerer geworden.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die zielgerichteten Sonderprogramme des Bundes – auch diese waren schon Thema in der heutigen Debatte – wie die „Perspektive 50plus“, das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ und das Bundesprogramm für arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose.

Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft besteht aber auch aus jungen Menschen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!) (D)

Gerade auch diese sollten für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben unterstützt werden.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das machen Sie aber nicht!)

– Doch, das machen wir sehr wohl; denn die Bundesregierung führt das erfolgreiche 12-Milliarden-Euro-Programm für Bildung und Forschung aus der letzten Legislaturperiode fort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb sind im Regierungsentwurf 107 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung und vor allem für das Sonderprogram MobiPro-EU vorgesehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Daran hat Frau Hagedorn sehr gearbeitet!)

Dieses Programm, lieber Kollege Kampeter, war schon mehrfach Thema heute. Ich möchte Ihnen noch einmal dafür danken, dass Sie sehr schnell dafür gesorgt haben, dass wir nicht in eine Lücke geraten sind. Das Entscheidende wird sein, dass wir Mittel und Wege finden – sogar dazu gab es heute eine Zwischenfrage –, dass wir dieses Programm fortführen können und dass es nicht austrocknet. Wir müssen schauen, wie wir im Einzelplan 11 ein bisschen drauflegen können, Frau Ministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)

(A) Ich hoffe, Sie können uns Vorschläge unterbreiten, woher wir das eine oder andere nehmen sollen.

Meine Damen und Herren, es blinkt das Licht des Präsidenten. Ich möchte mich für Ihre Aufmerksamkeit herzlich bedanken. Ich glaube, wir werden gute Beratungen zum Einzelplan 11 führen können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass auch die Opposition konstruktiv an dieser Etatberatung mitwirken wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:
Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen schließlich zum **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Einzelplan 16.**

Ich bitte, die notwendigen Umgruppierungen in den Fraktionen möglichst zügig vorzunehmen und die entsprechende Aufmerksamkeit herzustellen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Kein Interesse an der Umwelt!)

Nachdem auch die Zugangswege zum Rednerpult wieder frei sind, hat die Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks das Wort.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(B)

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Umwelt- und Naturschutz, Stadtentwicklung und Bauen, gebündelt in einem Bundesministerium – das gab es noch nie. Es gab also noch nie einen Haushaltsentwurf für ein solches Haus. Deshalb freue ich mich, Ihnen heute Abend einige interessante Neuigkeiten vorstellen zu können.

In der vergangenen Woche wurde in Japan der zweite Teil des neuen Sachstandsberichtes des Weltklimarates IPCC verabschiedet. Der Bericht bestätigt, dass bei unverändertem Wachstum der Emissionen mit einem globalen Temperaturanstieg von 4 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau gerechnet werden muss und dass daraus sehr hohe Risiken für Mensch, Gesellschaft und Ökosysteme resultieren – eine Welt, die wir uns gar nicht mehr vorstellen können. In dieser Woche tagt der IPCC in Berlin, um den dritten Teil des Berichts zu verabschieden, der sich mit den Handlungsmöglichkeiten im Klimaschutz befasst, also auch mit den Anpassungsmöglichkeiten beim Klimawandel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Klimaschutz steht bei mir ganz oben auf der umweltpolitischen Agenda. Die Bundesregierung steht zur Umsetzung der Kopenhagen-Zusage. Im Hinblick auf den BMUB-Haushalt schlägt sich das unter anderem darin nieder, dass wir die internationale Klimaschutzinitiative auf erhöhtem Niveau von rund 309 Millionen Euro fortführen,

(C)

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Insgesamt sinkt es aber! Insgesamt wird alles gekürzt!)

um weltweit Klima- und Biodiversitätsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern. Ein schönes Beispiel ist ein deutsch-britisches Programm, das mehrere Partnerländer dabei unterstützt, den Übergang zu einer emissionsarmen Entwicklung zu meistern. Internationale Klimaschutzfinanzierung ist ein entscheidender Hebel im Hinblick auf ein ambitioniertes, neues Klimaabkommen 2015 in Paris.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Darüber hinaus sind die bisher im Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ für den internationalen Klimaschutz vorgesehenen Mittel jetzt in den Haushalten des BMUB und des BMZ veranschlagt. Der BMUB-Anteil beträgt fast 190 Millionen Euro.

Wir müssen verstärkt daran arbeiten, dass wir auch unsere ehrgeizigen nationalen Klimaschutzziele erreichen. Ich werde in den nächsten Wochen erste Eckpunkte des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 an meine Ressortkollegen versenden. In einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe werden wir auf der Basis dieser Eckpunkte die konkreten Maßnahmen verabreden und sie im Herbst im Kabinett verabschieden. Ich glaube, dass wir uns da alle gemeinsam noch viele Gedanken machen müssen und das nicht ohne Widerstände gehen wird.

(D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Ambition: Der Klimawandel ist im Gange, und er wird auch hier in Deutschland verstärkte Auswirkungen haben. Wir haben deshalb die Mittel des noch recht jungen Programms zur Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel noch einmal um 1 Million Euro auf nunmehr 4 Millionen Euro erhöht. Damit werden insbesondere innovative und modellhafte Projekte auf regionaler und kommunaler Ebene gefördert.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Zuständigkeit für die Energiewende ist, wie Sie wissen, auf den Bundeswirtschaftsminister übergegangen. Die bisher im BMUB-Haushalt veranschlagten Programmmittel für erneuerbare Energien sowie der Beitrag für die Internationale Organisation für Erneuerbare Energien, IRENA, sind deshalb in einem Umfang von rund 425 Millionen Euro in den Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums umgesetzt worden. Die geänderte Veranschlagung ist der wesentliche Grund dafür, dass die insgesamt veranschlagten Programmmittel für die Bereiche Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz sowie Reaktorsicherheit und Strahlenschutz gegenüber 2013 um rund ein Viertel auf nunmehr gut 605 Millionen Euro sinken.

Selbstverständlich bleibt die Energiewende für mein Haus weiterhin ein wichtiges Thema.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben da nichts zu sagen!)

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks

(A) Die Energiewende kann nur erfolgreich sein, wenn wir dabei auch die vielfältigen Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes berücksichtigen und sie umweltverträglich gestalten. Die ökologische Begleitforschung war insoweit schon bisher eine Aufgabe des BMUB, die allerdings aus den Programmmitteln für erneuerbare Energien finanziert wurde. Deshalb sind von den zum Bundeswirtschaftsministerium umgesetzten Mitteln für die erneuerbaren Energien dennoch 8 Millionen Euro im BMUB-Haushalt verblieben und nunmehr im Umweltforschungsplan veranschlagt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesen Kontext sind auch die Leistungen des neuen Kompetenzzentrums „Naturschutz und Energiewende“ einzuordnen, dessen Einrichtung im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Hier geht es insbesondere darum, bei Interessenkonflikten zwischen dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Naturschutz unter Bereitstellung besonderer fachlicher Expertise zu einer Versachlichung beizutragen und Konfliktvermeidung zu betreiben.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Thema kerntechnische Entsorgung sind wir mittlerweile auf einem guten Weg. Ich freue mich, dass wir uns hier und heute mit der Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ befasst und uns auf eine Doppelspitze verständigt haben. Ich denke, dies ist für alle Beteiligten durchaus eine nicht nur tragfähige, sondern gute Lösung, die die Chance einer fairen und zielführenden Kommis-
(B) sionsarbeit eröffnet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für die wichtige Aufgabe als Brückenbauer wünsche ich Frau Kollegin Heinen-Esser und Herrn Kollegen Michael Müller eine glückliche Hand.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde in diesem Jahr das neue Bundesamt für kerntechnische Entsorgung errichten. Mit dem BMUB-Haushalt 2014 sind die Voraussetzungen für den Beginn der Arbeit geschaffen worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Endlagern können wir die Ausgaben um etwas mehr als 56 Millionen Euro absenken. Der Ansatz für das Projekt Gorleben wird um 36 Millionen Euro auf nunmehr 40 Millionen Euro abgesenkt. Dies entspricht der Schätzung des in 2014 anfallenden Aufwandes für die verbleibenden Rest- und Übergangsarbeiten.

Für die Schachtanlage Asse veranschlagen wir etwas mehr als 121 Millionen Euro, das sind rund 20 Millionen Euro weniger als 2013. Die Absenkung trägt einerseits den bestehenden Unwägbarkeiten und andererseits der Möglichkeit Rechnung, den gegebenenfalls entstehenden Mehrbedarf zu decken. Die Ansätze für die Projekte Konrad und Morsleben werden unverändert fortge- (C)
schrieben: Schacht Konrad mit 200 Millionen Euro und Morsleben mit 50 Millionen Euro. Das sind die aktuellen Kosten der Hinterlassenschaft der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Lassen Sie mich nun zum Bereich Bauen und Stadtentwicklung kommen. Wir wollen diesen Bereich wieder stärker in den Fokus der Bundespolitik stellen. Ein Schwerpunkt meines Hauses wird darin bestehen, die Städte zukunftsfähiger zu machen und sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Wir wollen lebenswerte Städte, in denen auch in Zukunft Menschen aller Einkommensgruppen, jeden Alters und auch jeder Herkunft nicht nur nebeneinander, sondern miteinander leben können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ab sofort wird es auch darum gehen, den Bereich Bau und Stadtentwicklung sehr viel stärker als bisher mit dem Umwelt- und Naturschutz zu verbinden. Dazu bietet die jetzt bestehende Bündelung der Aufgaben unter einem Dach eine gute Chance. Städte sind die zentralen Orte der ökologischen Modernisierung unserer Gesellschaft und des sozialen Ausgleichs.

Die Mittel für Wohnungswesen und Städtebau sowie Hochbau und Fördermaßnahmen in Berlin und Bonn stellen mit insgesamt knapp 2,2 Milliarden Euro rund 60 Prozent des neuen gesamten BMUB-Haushaltes dar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bauleute haben zwar relativ viel Geld mitgebracht, aber außer bei der (D)
Städtebauförderung, für die uns in der Tat neue Mittel zur Verfügung stehen, ist natürlich alles andere in Projekten verplant:

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und da noch gekürzt!)

Bundesnachrichtendienst, Botschaft in Washington, Deutsche Schule in Spanien usw. Diese Projekte sind im Gange, und wir können nicht frei über das frische Geld verfügen. Es hört sich nach mehr an, als es ist. Die Aufgaben sind natürlich trotzdem schön und herausfordernd.

Also: Die Mittel für die Städtebauförderung werden deutlich aufgestockt. Gegenüber dem ersten Regierungsentwurf sehen wir bereits in diesem Jahr eine Erhöhung um über 12 Millionen Euro auf nunmehr 399 Millionen Euro vor. Das Gesamtvolumen 2014 wird auf 700 Millionen Euro erhöht, eine, wie ich finde, sehr richtige und weitsichtige Entscheidung der Koalition.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wissen, dass die Anzahl haushaltsschwacher Kommunen in den letzten Jahren zugenommen hat. Unser Ziel ist es, Kommunen und Regionen wieder handlungsfähig zu machen. Das können wir durch die Aufstockung der Bundesmittel für die Städtebauförderung jetzt deutlich besser tun. Das Geld wird in Städte und Gemeinden aller Größenordnungen fließen, in Metropolen ebenso wie in kleinere Gemeinden im ländlichen Raum.

(A) Für den Programmtitel „Soziale Stadt“ stehen Mittel in Höhe von 150 Millionen Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit den Ländern fördern wir damit benachteiligte Stadtquartiere. Sie sollen städtebaulich aufgewertet werden, indem zum Beispiel Begegnungsorte oder Anlaufstellen geschaffen oder ausgebaut werden. Auch öffentliche Plätze sollen sicher und lebenswert gestaltet werden. Ich halte es für eine zentrale Zukunftsaufgabe ganz allgemein, aber insbesondere auch für mein Ressort, lebenswerte Wohnquartiere zu schaffen und das soziale Miteinander zu gestalten.

Wie Sie sehen: Es tut sich etwas in der Städtebauförderung. Wir wollen nicht, dass Kommunen hinten runterfallen. Wir wollen Chancengerechtigkeit, und wir wollen eine soziale Stadtentwicklung in Deutschland vorantreiben. Dazu gehören auch die im BMUB-Haushalt veranschlagten Mittel zur nationalen Kofinanzierung des neuen ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ mit einem Gesamtvolumen von fast 65 Millionen Euro.

Wir werden das Wohngeld überarbeiten. – Ich will es jetzt etwas kürzen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es auch gekürzt! – Ute Vogt [SPD]: Nicht das Wohngeld, sondern die Rede!)

– Nein, ich will nicht das Wohngeld kürzen, sondern den Redefluss kürzen.

(B) (Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben uns das vorgenommen. Wir müssen dies mit den Ländern verabreden. Die Änderung sehen wir für 2015 vor. Auch die Wohnungsbauprämie wird angepasst.

Ich würde es außerdem sehr begrüßen, wenn die erneute Auflage eines Programms für altersgerechtes Umbauen möglich gemacht werden könnte. Neben der Novellierung des Wohngeldes wird dieses Programm ein wichtiger Punkt sein,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE])

der spätestens bei der Aufstellung des Haushalts 2015 zu erörtern sein wird.

Der Ihnen heute vorliegende Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ist mit den Haushalten der Vorjahre natürlich nicht mehr vergleichbar. Dies liegt nicht nur daran, dass er erstmals und vollständig in der vom Haushaltsausschuss initiierten neuen Struktur erstellt worden ist. Prägend sind vielmehr der neue Zuschnitt meines Hauses und die Übertragung umfangreicher neuer Zuständigkeiten. Das Gesamtvolumen liegt jetzt insgesamt bei über 3,6 Milliarden Euro und hat sich im Vergleich zum Haushalt 2013 mehr als verdoppelt. Das spiegelt den gewachsenen Aufgabenbereich wider.

Umweltschutz und sozialen Ausgleich, die Belange der Städte und der schutzbedürftigen Landschaft und der Natur zusammenzudenken und danach zu handeln, das bedeutet, nachhaltige Entwicklung ernst zu nehmen, nachhaltige Entwicklung im besten Sinne. Dafür ist mein Haus jetzt gut aufgestellt. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:
Das Wort hat der Kollege Ralph Lenkert für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ralph Lenkert (DIE LINKE):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geehrte Damen und Herren! Frau Umweltministerin Hendricks, ehrlich: Wir hatten Hoffnungen in Ihre Umwelt- und Klimapolitik gesetzt. Ich befasse mich in meiner Rede mit dem Klima- und Umweltteil. Dazu muss ich sagen: Ich höre Ihre Worte wohl; allein, mir fehlt der Glaube. Zwei Beispiele:

Erstens: Klimaschutz. Der weltweite Kohlendioxidausstoß stieg auf Rekordniveau. Deutschland hat 1 Prozent der Weltbevölkerung, verursacht aber fast 3 Prozent des Kohlendioxidausstoßes. Und was planen Sie im Haushalt? Kürzung der Mittel für die Nationale Klimaschutzinitiative um ein Drittel, Kürzung der Mittel für den Waldklimafonds um die Hälfte, Kürzung des Energieeffizienzfonds um 43 Prozent. Im Haushalt sind 400 Millionen Euro weniger für den Schutz des Klimas (D) und für den Schutz von Menschen vor den Folgen des Klimawandels vorgesehen. Sorry, aber wenn Sie angesichts dessen mit einer Erhöhung des CO_2-Gebäudesanierungsprogramms um 33 Millionen Euro daherkommen, ist das einfach nur noch peinlich.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu Ihrem Lieblingskind, zur stromintensiven Großindustrie. Sie stellt dank Ihres Haushaltsentwurfs und der Energiepläne von Herrn Gabriel schon mal den Sekt kalt. Statt 6,24 Cent je Kilowattstunde zahlt die stromintensive Großindustrie nur 0,05 Cent EEG-Umlage.

(Karsten Möring [CDU/CSU]: Und sichert Arbeitsplätze!)

Ein Tusch auf Union und SPD! Netzentgelte von durchschnittlich 5 Cent je Kilowattstunde zahlen alle, außer der Großindustrie. Ein Tusch auf Union und SPD! Strompreise von unter 4,5 Cent je Kilowattstunde für die stromintensive Großindustrie. Darauf einen Tusch!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Bäcker, die Rentnerin, der Arbeitslose, die Studentin, die kleinen und mittleren Firmen hingegen stöhnen über einen Strompreis von 30 Cent je Kilowattstunde. Die müssen für die stromintensive Industrie mitbezahlen. Eine Zugabe haben Sie noch: Für die energieinten-

Ralph Lenkert

(A) sive Großindustrie, die derzeit unter einem Strompreis von unter 4,5 Cent leidet, planen Sie weitere 350 Millionen Euro Zuschuss aus dem Klimafonds;

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

klar, zum Ausgleich für Wettbewerbsnachteile. Als diese Unternehmen noch 6 Cent je Kilowattstunde bezahlten, als für 1 Tonne CO_2 bei der fossilen Stromerzeugung noch jeweils 14 Euro in den Strompreis eingepreist wurden, da gab es diesen Zuschuss nicht. Heute, wo Vattenfall, RWE, Eon und EnBW nur noch 3,60 Euro je Zertifikat, je Tonne CO_2 bezahlen müssen, wo der Strompreis für Ihre Lieblinge bei unter 4,5 Cent liegt, zahlen Sie 350 Millionen Euro für Wettbewerbsnachteile? Das ist Irrsinn. Stecken Sie diese Millionen besser in den Klimaschutz!

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens: Hochwasser. 2002 war das Jahrhunderthochwasser im Elbe-Gebiet – mit Rekordpegeln. 2013 war das Jahrhunderthochwasser im Elbe-Gebiet – mit neuen Rekordpegeln. Häufigere Jahrhunderthochwasser zeugen vom Klimawandel.

Beim Hochwasserschutz wird viel zu wenig getan. Im Juni 2013 kämpften die Menschen in Greiz, Gera und anderen Orten mit der Jahrhundertflut. Die Rundfunkanstalten meldeten: Hochwasserwarnstufe 3 in Thüringen ausgerufen. – Das ist die höchste Stufe in Thüringen. Die Menschen in Sachsen-Anhalt, die flussabwärts wohnten, hörten: „Stufe 3“, und dachten sich: Kein Problem, erst ab
(B) Hochwasserstufe 4 wird es in Sachsen-Anhalt kritisch. – Dann stand das Wasser bereits in der Stube. Deshalb fordert die Linke eine Koordinierung des Hochwasserschutzes und eine Vereinheitlichung der Hochwasserwarnstufen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Saale-Orla-Kreis in Thüringen lebt vom Tourismus an den Saaletalsperren. Die Touristen finden Talsperren mit hohem Wasserstand schöner. Beim Hochwasser 2013 fehlte dann dringend benötigter Stauraum. Dumm für Weißenfels und Halle an der Saale; die soffen ab. Stecken Sie die 350 Millionen Euro in die Einrichtung von Überschwemmungsflächen, die Renaturierung von Feuchtgebieten – das ist übrigens gleichzeitig Naturschutz –, abgestimmte technische Hochwasserschutzmaßnahmen und in eine gemeinsame Koordinierungsstelle Hochwasserschutz.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, wir beide kennen die kritische Situation in der Asse. Wir beide waren nach der Besichtigung erschüttert. Aber wieso kämpfen Sie nicht für die notwendige Aufstockung der Gelder, um den Atommüll aus der Asse zu holen?

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst 2033 soll nach Ihrer Aussage die Bergung beginnen – viel zu spät. Bei Ihrem Tempo sehe ich bei der Asse-Sanierung schwarz. Die Chancen für eine komplette Bergung des Atommülls sinken auf null. (C)

Nach Ihrem Haushaltsentwurf sehe ich beim vorbeugenden Hochwasserschutz schwarz. Denn für die notwendigen Maßnahmen gibt es null Euro. Die Nullnummer beim Klimaschutz sorgt beim Temperaturanstieg für schwarze Aussichten. Ihre Götzenanbetung, die schwarze Null, verhindert Umweltschutz und muss aufhören. Investieren Sie in die Umwelt! Davon haben auch Ihre Kinder etwas. Die Linke will beim Hochwasserschutz vorbeugen, den Klimaschutz vorantreiben und die Asse rechtzeitig sanieren. Sie können unsere Vorschläge gerne einarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:
Für die CDU/CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Christian Haase.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Christian Haase (CDU/CSU):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Hendricks! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor uns liegt nicht nur der Entwurf des Haushalts 2014, sondern auch die Leistungsbilanz von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble. Der Bundeshaushalt für das laufende Jahr weist erstmals seit Jahrzehnten kein strukturelles Defizit auf. Im Gegenteil: Strukturell erwirtschaften wir einen Überschuss von 1,8 Milliarden Euro. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie plündern die Sozialkassen!)

Wolfgang Schäuble legt damit einen Meilenstein, von dem aus wir im nächsten Jahr in die Nullverschuldung gehen. Wir haben finanzielle Spielräume freigeschaufelt und sind wieder in der Lage, uns auf langfristige Prioritäten in der Zukunft zu konzentrieren. Wir übernehmen damit Verantwortung über die zeitlichen und geografischen Grenzen hinweg. Das ist Politik im Zeichen der Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

„Nachhaltigkeit“ ist ein Begriff, der ursprünglich aus der Umweltpolitik kommt. Damit wird auch ein ganz wichtiger Zusammenhang deutlich: Je solider wir unsere Finanzpolitik gestalten, desto mehr können wir die Umweltpolitik zu einem zentralen Gestaltungsfeld der Politik entwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das erreichen wir auch mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das laufende Jahr. Die Programmausgaben für den Umweltschutz und den Endlagerbereich steigen leicht auf 1 050 Millionen Euro.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Christian Haase

(A) Hinzu kommen 6,6 Milliarden Euro für den Umweltschutz in anderen Einzelplänen. Wenn man den Energie- und Klimafonds mit 1,6 Milliarden Euro dazu nimmt, ist deutlich, welche Summe wir in diesem Bereich in die Hand nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE]: Das ist ja ein Tschingderassabum, was Sie da machen!)

Wir nehmen die Zukunft in den Blick: Insbesondere die Forschungsausgaben für den Naturschutz steigen um 78 Prozent, die Mittel für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel werden um 33 Prozent erhöht. Die Endlagersuchkommission kommt. Der Asse-Fonds wird erstmals aufgelegt, und das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung wird auf den Weg gebracht.

Für die CDU/CSU in der Bundesregierung ist klar: Deutschland trägt für eine sichere und saubere Zukunft Verantwortung über die geografischen Grenzen hinaus.

(Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE]: Auf dem Papier!)

Deshalb nehmen wir im Einzelplan des Umweltministeriums fast 8 Millionen Euro zusätzlich für die internationale Klimaschutzinitiative in die Hand.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber woanders kürzen Sie das weg! Das sind doch alles Tricksereien!)

(B) Der IPCC-Bericht zu den Auswirkungen des Klimawandels bekräftigt unmissverständlich, dass die Welt handeln muss, um der nächsten Generation eine saubere und sichere Welt zu hinterlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann macht es! Nicht nur reden! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ihr kürzt alles im Bereich Klimaschutz!)

Dabei handeln wir glaubwürdig. Deutschland setzt unter der Führung von Angela Merkel die Energiewende konsequent um und leitet damit auch international ein Umdenken ein.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war mal! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lange her!)

Deutschland geht mit der CDU-geführten Bundesregierung als Vorreiter im Klimaschutz voran, auch wenn das einige hier im Hause wurmt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Insbesondere den Kindler!)

Wir werden nun schauen, wie die Verhandlungen zur Anfinanzierung des Green Climate Fund im Mai dieses Jahres ausgehen. Diesen Prozess werden wir aktiv begleiten. Aber da blicken wir vorwiegend auf den Haushaltsplanentwurf 2015.

(C) (Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach ja? – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Der wird noch besser!)

Ich will daran erinnern: Im letzten Jahr haben wir 1,8 Milliarden Euro für die Finanzierung internationaler Klimaschutzprojekte bereitgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun erwarte ich natürlich auch ein klares Bekenntnis der anderen Staaten, spätestens 2015 in Paris.

Neben allen Finanzierungsrunden müssen und wollen wir auch konkret werden; das Klima wartet nicht auf uns. Ich messe deshalb dem Waldschutz eine besondere Bedeutung für den Klimaschutz zu.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wälder sind wichtige Klimaschützer, weil sie CO_2 binden und speichern. Zugleich sind sie von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen. Nur durch einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Wald können wir die Wiege der Nachhaltigkeit erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Der nationale Waldklimafonds als Teil des Energie- und Klimafonds ist erfolgreich angelaufen, könnte aber noch ausgebaut werden. Waldschutz ist aber insbesondere international von Bedeutung. Wir müssen daher gezielt weiterhin Maßnahmen zum Schutz der Tropenwälder fördern.

(D) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dafür hat sich Caesar ja besonders eingesetzt!)

Mit der Aufstockung der Mittel für Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland um knapp 8 Millionen Euro leisten wir auch einen signifikanten Beitrag zur Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Auch hier sind wir erfolgreich und glaubwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, sehr konkret wird der Umwelt- und Naturschutz für die Bürger vor Ort immer, wenn es um Hochwasserkatastrophen wie im letzten Jahr geht. Im Juni 2013 traf Deutschland die zweite sogenannte Jahrhundertflut. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Ländern müssen wir dafür sorgen, dass die Schäden bei zukünftigen Ereignissen geringer werden. Ich hoffe, dass in den Beratungen der Umweltministerkonferenz im August dieses Jahres eine Einigung über eine endgültige Projektliste erfolgt und wir aufsteigend ab 2015 konkrete Maßnahmen umsetzen. Wir dürfen die Bürgerinnen und Bürger – ich glaube, da sind wir uns hier im Hause einig – hierbei nicht im Stich lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Überhaupt ist die Förderung von Bürgerbeteiligung und Transparenz insbesondere bei umweltrelevanten Großvorhaben ein neuer Schwerpunkt der Umweltpolitik.

Christian Haase

(A) (Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE]: Na, da bin ich aber gespannt!)

Die massiven Proteste, zum Beispiel gegen den Bau der erforderlichen großen Stromtrassen in unserem Land, zeigen die Notwendigkeit. Die Umsetzung dieser Vorhaben kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Daher muss ein neues Grundverständnis von Bürgerbeteiligung in der Umweltpolitik entwickelt werden.

Meine Damen und Herren, die CDU/CSU hat vor der Wahl und in den Koalitionsverhandlungen unmissverständlich klargemacht, dass Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Städtebau Vorrang genießen. Wir haben Wort gehalten und geben ein klares Bekenntnis zur Städtebauförderung ab: Die Programmmittel werden von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro erhöht.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr habt doch im Baubereich nur gekürzt!)

Wie in der letzten Legislaturperiode unterstützt der Bund damit, wie auch an anderen Stellen, die Kommunen.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU] – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Denn die deutliche Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung hilft, den demografischen, sozialen und ökonomischen Wandel zu meistern. Davon profitieren die Menschen, aber auch die örtlichen Handwerker und (B) der Mittelstand im ganzen Land, von liebevollen Kurorten wie Bad Liebenstein bis Gelsenkirchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da habt ihr doch in der letzten Legislaturperiode noch zusammengestrichen!)

Wir haben dabei die besonderen Herausforderungen in unseren größeren Städten im Blick. Wir wissen aber auch, dass der Großteil der 82 Millionen Menschen nicht in Großstädten, sondern in regionalen Mittelzentren und im ländlichen Raum lebt.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wie in Ostwestfalen-Lippe!)

Den Schwerpunkt der Städtebauförderung bilden deshalb die Mittel für den Stadtumbau Ost und West mit zusammen 220 Millionen Euro. Zur Wahrung unseres kulturellen Erbes erhöhen wir die Mittel für den Denkmalschutzbereich um 29 Millionen Euro auf 125 Millionen Euro.

Im Mittelpunkt steht aber auch das Programm „Soziale Stadt“ mit 150 Millionen Euro. Mit einem kleineren Teil der Mittel werden wir auf die besonderen Problemlagen in einigen Großstädten reagieren. Aber insgesamt ist mir auch hier eine breite Verteilung der Mittel im ganzen Land wichtig. Neben den investiven Städtebaumitteln in besonderen Problemlagen müssen weitere Mittel aus anderen Programmen und anderen Ministerien zusammenkommen, um einen integrierten Ansatz zu ermöglichen.

Ich setze da voll auf das Ergebnis der Staatssekretärrunde zur Armutsmigration. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen aber auch: Die Zahl der Menschen ab 65 Jahre wird in den nächsten 30 Jahren von heute 17 auf 24 Millionen anwachsen. Dieser Entwicklung müssen wir auch im Wohnungsbau begegnen, damit ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Sozialpolitisch sind hier Investitionen richtig; denn eine altersgerechte Infrastruktur mindert den Bedarf an teuren Pflegeeinrichtungen. Deshalb wünsche ich mir, dass wir nach Auslaufen des aktuellen Programms erneut initiativ werden können.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf konstruktive Gespräche.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Sven-Christian Kindler für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin Hendricks! Ich will am Anfang kurz betonen, dass ich mich freue, dass die Endlagerkommission kommt. Ich hoffe, dass die Umweltverbände sich daran beteiligen werden, weil ihre große Sachkenntnis für den Erfolg dieser Kommission sehr wichtig ist. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Auf alles Weitere zu der Kommission wird meine Kollegin Sylvia Kotting-Uhl später in ihrer Rede vertieft eingehen. Ich will dazu als Haushälter nur einen Punkt ansprechen, und zwar die Errichtung des Bundesamts für kerntechnische Entsorgung. Da frage ich mich schon, Frau Ministerin, warum jetzt im Haushalt 40 Stellen – zum Teil sehr hoch dotierte Stellen – vorgesehen sind, obwohl viele Aufgaben und Kompetenzen noch im Nebel liegen. Wir werden das im Haushaltsausschuss sehr kritisch überprüfen und da nachfragen, weil wir nicht wollen, dass es nachher zu Geldverschwendung und zu unnötiger Bürokratie kommt oder dass es Vorfestlegungen für den Endlagersuchprozess gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE])

Der Atomausstieg ist ein zentraler Teil der Energiewende; aber das zweite wichtige Motiv für die Energiewende war immer der Klimaschutz. Die Frage ist jetzt: Wie ist es bei der Großen Koalition eigentlich um den Klimaschutz bestellt? Ich habe Ihre schönen Worte, Frau Ministerin, wohl gehört. Nur, mit der Realität im Haushalt hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sven-Christian Kindler

(A) Wie viel Macht die Umweltministerin beim Thema Klimaschutz hat, steht symbolisch dafür, wie es in der Bundesregierung um den Klimaschutz steht. Die zentralen Kompetenzen sind jetzt bei Energiewendeminister Gabriel. Bei den wenigen Themen, wo Sie etwas machen könnten, Frau Hendricks, wollen oder dürfen Sie nicht. Das ist nicht nur eine Blamage für das Umweltministerium, das ist auch eine Katastrophe für den Klimaschutz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen im Haushalt belegen, warum wir das so sehen. Sie haben selber den IPCC-Bericht angesprochen. Der UN-Klimarat tagt gerade hier in Berlin. Auch dazu hören wir wieder schöne Worte; aber das passt eben nicht zum Haushalt. Wenn man sich die entsprechenden Haushaltsansätze anschaut – Umweltministerium, Entwicklungsministerium, Energie- und Klimafonds –, dann sieht man, dass beim internationalen Klimaschutz 2014 mindestens 350 Millionen Euro weggekürzt wurden. Für die darauffolgenden Jahre wurden die Verpflichtungsermächtigungen, also die Gelder für die nächsten Jahre, um 1,2 Milliarden Euro zusammengekürzt. Damit senden Sie das verheerende Signal an die Welt, dass die Bundesregierung jetzt den internationalen Klimaschutz, die globale Gerechtigkeit endgültig beerdigt. Ich finde, das ist verantwortungslos, das ist zukunftsvergessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

(B) Zu Deutschland. Bei dem zentralen Klimaschutzprojekt, Frau Hendricks, der Energiewende, haben Sie nichts zu melden. Die Zuständigkeit für die Energiewende liegt jetzt beim Wirtschaftsminister. Das ist schlecht für Klima und Gerechtigkeit; das ist nur gut für die alten Wirtschaftsstrukturen. Das kann man auch an dem Kompromiss in Brüssel sehen. Da hat Sigmar Gabriel bis zu 2,5 Milliarden Euro zusätzliche Subventionen für die Großindustrie herausgeholt. Wer zahlt die Zeche für diese Subventionspolitik? Die Zeche zahlen die Verbraucher, die Kleinunternehmen, das Handwerk. Das ist nicht nur schlecht für das Klima, das ist vor allen Dingen auch ungerecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Caren Lay [DIE LINKE])

Wir Grüne setzen in diesen Haushaltsverhandlungen auf das Motto: Investieren statt Subventionieren. Gerade im Bereich Klimaschutz, im Bereich Naturschutz, bei der Energiewende müssen wir viel Geld in die Hand nehmen und in die Zukunft investieren. Wir sagen auch klar: Das muss man solide gegenfinanzieren, und zwar über den Abbau von klimaschädlichen Subventionen. Kollege Lenkert hat es schon angesprochen: Mit den 350 Millionen Euro, die Sie neu in den Haushalt einstellen, schaffen Sie eine neue klimaschädliche Subvention für die Großindustrie. Dabei hat Ihnen Ihr eigenes Haus, Frau Hendricks, das Umweltbundesamt, bestätigt, dass pro Jahr 50 Milliarden Euro an klimaschädlichen Subventionen gezahlt werden. Ich frage mich: Wann gehen Sie das eigentlich an? Sie müssen natürlich kämpfen; das ist klar. Sie müssen gegen Herrn Schäuble und auch gegen den Wirtschaftsminister, Herrn Gabriel, kämpfen. (C) Ich fordere Sie aber auf: Kämpfen Sie doch einmal! Machen Sie etwas für den Klimaschutz, und bauen Sie Subventionen ab!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich komme zum Baubereich. In Bezug auf die Städtebauförderung wurde gesagt, dass die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ erhöht werden. Dafür haben wir Grüne in der letzten Legislaturperiode zusammen mit der SPD gekämpft. Ich finde es gut, dass die Mittel für die Städtebauförderung, insbesondere für das Programm „Soziale Stadt“, erhöht werden; denn Schwarz-Gelb hatte sie gekürzt. Das will ich einmal loben. Wir brauchen das Programm „Die soziale Stadt“ in Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Frage ist aber, wie Sie das gegenfinanzieren. Der Bauetat ist insgesamt nicht gestiegen. Das heißt, für die Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung werden über den Haushalt hinweg viele Bauprogramme nach der Rasenmähermethode gekürzt. Zum Beispiel können jetzt die beim Investitionsprogramm „Nationale UNESCO-Welterbestätten“ gekürzten Mittel für die Städtebauförderung verwendet werden. Das bedeutet aber eben nur: linke Tasche, rechte Tasche. Angesichts des großen Bedarfs an Investitionen im Baubereich ist das verheerend und nicht sachgerecht. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Gebiete Klimaschutz und Energieeffizienz anbetrifft, sind Sie im Baubereich einfach blank. So haben Sie zum Beispiel die Mittel für Maßnahmen zur energetischen Stadtsanierung auf fast die Hälfte zusammengestrichen. Das ist schlecht für das Klima, schlecht für die Mieterinnen und Mieter und auch wieder schlecht für das Handwerk. Frau Hendricks, gerade da, wo Sie für den Klimaschutz etwas im Baubereich tun könnten, haben Sie nichts getan, und das finde ich besonders peinlich für eine Umweltministerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß aber, Frau Hendricks: Es ist nicht allein Ihre Schuld, dass Sie beim Klimaschutz so wenig machen können. Das Problem ist der Subventionsminister und Ihr Chef, Herr Gabriel. Frau Hendricks, wenn Sie sich einmal entschließen sollten, ernsthaft etwas für den Klimaschutz zu tun, und sich einen Ruck geben, dann können Sie sich sicher sein, dass wir Grüne Sie gegen Sigmar Gabriel unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE] – Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Keine Drohung hier zu vorgerückter Stunde!)

(A)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Steffen-Claudio Lemme hat nun für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Steffen-Claudio Lemme (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst als Haushälter noch einmal darauf verweisen, dass Frau Dr. Barbara Hendricks ein völlig neu zusammengestelltes Haus übernommen hat. Herr Kindler, die Zuständigkeit für die Energiewende wurde abgegeben, und wir haben Verantwortung für den Bereich „Städtebau und Wohnungswesen“ übernommen. Durch diesen neuen Zuschnitt hat das Haus natürlich eine starke Aufwertung erfahren. Gegenüber dem Haushalt des Jahres 2013 hat sich der Etat mehr als verdoppelt.

Die Zusammenführung von Umwelt- und Baupolitik ist meiner Einschätzung nach äußerst sinnvoll; denn die Städtebauentwicklung und der Baubereich sind wichtige Stellgrößen für den Klimaschutz. Es liegt in unserer sozialen Verantwortung, dass das Wohnen trotz der Energiewende für alle bezahlbar bleibt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen Sie dann nichts?)

– Wir machen etwas.

(B)

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn?)

Es geht darum, Soziales und Ökologie zukünftig stärker miteinander zu denken.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht quatschen, sondern tun!)

– Sie quatschen. – In dieser Verantwortung stehen wir alle.

Ich möchte auf drei Punkte des Haushaltsentwurfs zu sprechen kommen: erstens Stadtentwicklung, zweitens Naturschutz und drittens Klimaschutz.

Erstens. Die Aufstockung der Städtebaufördermittel von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro ist ein großer Erfolg, mit dem endlich eine jahrelange sozialdemokratische Forderung umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Besonders hervorheben möchte ich das Programm „Soziale Stadt“, das wir zum Leitprogramm innerhalb der Städtebauförderung machen. Mit diesem Programm werden Städte und Gemeinden unterstützt, in denen Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut, vernachlässigte öffentliche Räume und soziale Konflikte gebündelt auftreten und die somit der Gefahr einer sozialen Spaltung ausgesetzt sind. Anstatt wie zuletzt nur noch 40 Millionen Euro dafür zur Verfügung zu stellen, werden wir dem Programm mit diesem Haushalt endlich wieder einen höheren Stellenwert einräumen. Wir investieren 150 Millionen Euro in die „Soziale Stadt“. Neu ist auch: Bleiben bei anderen Programmen der Städtebauförderung Gelder übrig, können diese künftig ebenfalls in die „Soziale Stadt“ fließen. (C)

(Christian Haase [CDU/CSU]: Oder andersrum!)

Diese Möglichkeit blieb jahrelang verwehrt. Die Neuerungen der Städtebauförderung sind ein großer Erfolg; denn damit unterstützen wir konkret die Menschen, Familien und Kinder in unserem Land, die Unterstützung brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Im Bereich des Naturschutzes werden die wichtigen Ansätze fortgeführt. Hervorzuheben sind das Bundesprogramm Biologische Vielfalt und die Ausgaben für Naturschutzgroßprojekte. Erst kürzlich waren Sie, Frau Ministerin, in meinem Wahlkreis zu Gast, um einen Fördermittelbescheid in Höhe von circa 10 Millionen Euro für das Naturschutzgroßprojekt „Hohe Schrecke“ in Thüringen zu überreichen.

Drittens, zum Klimaschutz. Der neueste Sachstandsbericht des Weltklimarates hat uns wiederholt die gravierenden Folgen des Klimawandels vor Augen geführt. Um unser Ziel zu erreichen, den CO_2-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu senken, müssen wir daher starke Anstrengungen unternehmen. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen aber nichts im Haushalt!) (D)

Der Umwelt- und Klimaschutz ist, wie wir alle wissen, eine Querschnittsaufgabe, die nicht alleine beim Umweltministerium liegt. Welche Bedeutung der Klimaschutz für die Koalition hat, zeigt sich beim Umweltetat in der Ausgabenerhöhung um 189 Millionen Euro für die Internationale Klimaschutzinitiative.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie sonst bei Energie und Klima alles weggekürzt haben! Ein Verschiebebahnhof!)

Man kann beim Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit also wahrlich nicht von Einbußen beim Klimaschutz sprechen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte unserer Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks meine Anerkennung dafür aussprechen, dass sie die umweltpolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, zügig angeht und die richtigen Schwerpunkte zum Schutz von Klima und Natur und zur Schaffung guten und bezahlbaren Wohnraums setzt. Dennoch: Wir Berichterstatter der Koalition werden im parlamentarischen Verfahren an der einen oder anderen Stelle versuchen, nachzusteuern. Zu nennen ist insbesondere die Neuauf-

Steffen-Claudio Lemme

(A) lage eines Zuschussprogramms für den altersgerechten Umbau.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen wieder eine zusätzliche, direkte Förderung von altersgerechten Umbaumaßnahmen. Vielen, insbesondere einkommensschwächeren, älteren Menschen, bringen Kredite, wie es das bestehende Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau vorsieht, nichts. Denn viele ältere Menschen wollen keine Kredite mehr aufnehmen, oder ihnen werden keine mehr gewährt. Bislang sind nur circa 600 000 Wohnungen in unserem Land altersgerecht. Das entspricht gerade einmal 1,2 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes. Dabei wird sich die Zahl der Menschen im Alter über 80 Jahre in unserem Land bis 2030 auf über 8 Millionen verdoppeln. Allein bis 2020 werden zusätzlich etwa 2,5 Millionen barrierearme Wohnungen benötigt. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden bleiben können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies führt im Übrigen auch zur Vermeidung oder Verzögerung von Heimaufenthalten. Die Sozial- und Pflegekassen könnten so um 5 Milliarden Euro jährlich bzw. im Jahr 2030 sogar um bis zu 7,5 Milliarden Euro jährlich entlastet werden. Dies belegt eine aktuelle Studie der Prognos AG.

Über die Notwendigkeit eines solchen Programms
(B) bereits ab diesem Jahr besteht auch über Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit. Daher werden wir uns in den weiteren Haushaltsberatungen für entsprechende Mittel starkmachen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich ziehe ein Fazit: Im Haushalt 2014 wurden die richtigen Schwerpunkte bei Umwelt, Klima, Naturschutz und Wohnen gesetzt. Das Haus ist aus meiner Sicht gut aufgestellt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Roland Claus für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Bundesministerin, ich will über das Neuland in Ihrem Etat, also über den neuen Sektor für Bauen und Wohnen, reden. Sie haben mitgeteilt, dass Ihr Haus zusätzlich mehr als 2 Milliarden Euro bekommen wird. Sie sagten, die Bauleute hätten Ihnen das Geld mitgebracht, aber Ihnen gesagt, dass alles schon verplant ist. Wenn ich Ihnen einen Tipp geben darf, Frau Bundesministerin: Wenn Sie denen das glauben, dann haben Sie schon verloren.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei der SPD) (C)

Wie ich Sie von unserer früheren Zusammenarbeit her kenne, sind Sie nicht so naiv, das zu glauben.

„Bauen und Umwelt" hat einen gewissen Charme; denn was wir bauen, bauen wir auch für unsere Enkel. Wir sollten uns in der Politik allgemein, aber speziell in der Bau- und Raumordnungspolitik immer fragen, ob das, was wir gerade tun, wirklich enkeltauglich ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will mit etwas Positivem anfangen. Ich habe mich gefreut, dass Mitte der 90er-Jahre die Entscheidung gefallen ist, das Umweltbundesamt in die neuen Bundesländer nach Dessau, jetzt Dessau-Roßlau, zu geben. Ich habe feststellen können, dass sich in den letzten Jahren eine sehr intensive Ausstrahlung in die Region und von der Region zurück entwickelt hat. Es gibt die großen Chemiestandorte und die Bauhaustradition. Ich habe mich natürlich darüber geärgert, dass dieses wunderbare Beispiel nicht Schule gemacht hat und dass wir es mit einer ungeheuren Anhäufung von Bundesämtern in Bonn zu tun haben. Dieses Beispiel, das zeigt, dass man auch in den neuen Bundesländern etwas erfolgreich etablieren kann, blieb einzigartig.

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Schade!)

Bei der Städtebauförderung und beim Wohnungsbau muss man ganz nüchtern sagen, dass die FDP bleibende
Schäden angerichtet hat. So wenig Konstruktives diese Fraktion in diesem Hause geleistet hat, so intensiv hat sie bleibende Schäden angerichtet. Das sieht man vor allem daran, wie die zukunftsfähige Wirkung der Maßnahmen in dem Einzelplan für Wohnungswesen und Städtebau zerstört wurde. Vieles lässt sich nicht so einfach zurückholen. (D)

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren aber auch dabei!)

Sie von der Koalition haben selbst gesagt, es gehe um eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Wir sind natürlich gern dabei. Aber bevor man etwas wiederbeleben kann, muss man sich zunächst eingestehen, dass eine Sache nahezu tot ist. Hier müssen wirklich große Anstrengungen unternommen werden. Wir wollen Sie da mit einem Antrag unterstützen oder behelligen, wie immer Sie es bewerten wollen.

(Christian Haase [CDU/CSU]: Behelligen!)

Wir haben in Ballungsräumen gegenwärtig in der Tat eine besorgniserregende Mietenexplosion. Ich möchte ein Beispiel nennen. Ich wohne in Berlin, im Wedding in der Nähe der Bernauer Straße. Dort ist nach 1961 in hervorragender Weise ein sozialer Wohnungsbau mit historischem Bezug betrieben worden. Jetzt, 25 Jahre nach dem Mauerfall, besteht die Gefahr, dass diese Errungenschaften des sozialen Wohnungsbaus – welch ein historischer Zynismus – wieder zunichte gemacht werden. So etwas wollen wir und, so glaube ich, wir alle nicht.

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie wissen selbst, dass etliche Ihrer Förderprogramme in einer Art Treibsand gefangen sind. Es gibt Förderprogramme, die abgewickelt werden; es gibt Förderprogramme, deren Mittel aufgestockt werden, und es gibt welche, deren Mittel reduziert werden. Deshalb werden wir Ihnen im Haushaltsausschuss helfen – das kann ich Ihnen versprechen; ich bitte, dies nicht als Drohung zu verstehen –, den Treibsand zu sortieren und in die Förderprogramme ein gewisse Richtung zu bringen.

Das betrifft insbesondere so erfolgreiche Projekte wie das Programm „Soziale Stadt“, für das es in Ost und in West hervorragende Beispiele gibt. Im Westen gibt es Bremen-Tenever und im Osten Eisenhüttenstadt. Die Freidemokraten, die das Heil immer nur in der Betonkomponente gesehen haben, haben die vernünftige Logik bekämpft, das Bauliche und das Gesellschaftlich-Soziale zusammenzubringen. Wie es läuft, wenn dieser Grundsatz nicht beachtet wird, kann man an den Favelas in Brasilien und an den Townships in Südafrika erkennen. Jetzt kommt es darauf an, diese Kompetenz zu reaktivieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Programm „Altersgerecht Umbauen“ im Bestand wurde schon angesprochen. Lieber Kollege Lemme, ich hoffe, dass dies nicht nur eine Absicht der Koalition ist. Dieses Programm kommt aus der Mitte des Parlaments. (B) Es ist damals so schnell im Bundesetat zustande gekommen, weil sich alle Fraktionen im Bundestag einig waren, dass wir hier etwas Zukunftsfähiges, der demografischen Entwicklung Angepasstes leisten können. Das muss verdammt noch mal wieder implementiert werden, allerspätestens 2015.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch sagen, dass mich nach wie vor ärgert, dass wir uns in ostdeutschen Wohnungsunternehmen immer noch mit den Altschulden, also eigentlich fiktiven Altschulden, herumplagen müssen. Ich war 1990 in der Volkskammer und habe damals gute Gründe gehabt, gegen diese Altschuldenbelastung zu sprechen. Aber ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass ich im Jahre 2014 im Deutschen Bundestag darüber immer noch reden muss. Auch hier werden wir mit einem Antrag helfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind, Frau Ministerin, Inhaberin einer Schlossbaustelle geworden. Dazu kann man Ihnen, glaube ich, nicht wirklich gratulieren. Sie tragen jetzt auch die politische Verantwortung für das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn, schonend formuliert: ein Bundesamt in einer sehr schwierigen Situation. Nun haben Sie trotzdem am Anfang gesagt, dass Sie sich freuen, Ihren Job zu machen. Ich kann Ihnen dazu nur eines anbieten: diese Freude auszufüllen. Ich glaube, gegen oder ohne die Opposition kann das nichts werden. Bei einem vernünftigen Umgang mit der Opposition könnte es geradezu klappen. Alles Gute! (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Anja Weisgerber für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Anja Weisgerber (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan für das Umwelt- und Bauministerium ist an diesem langen Beratungstag leider der letzte Tagesordnungspunkt.

(Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär: Das Beste kommt zum Schluss!)

Wir sollten diese Debatte aber dennoch sehr konzentriert führen; denn auch hier geht es um wichtige Themen für die Menschen in unserem Land.

Das Umweltressort hat in dieser Legislaturperiode ein neues Gesicht bekommen: Zur Umweltpolitik ist die Baupolitik hinzugekommen. Damit gibt es auch neue Herausforderungen. Diesen Herausforderungen trägt der vorliegende Haushaltsentwurf Rechnung. Damit nehmen wir unsere Verantwortung für die Bürger, für die Umwelt und für den Klimaschutz in der Welt wahr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Der Schutz unseres Klimas ist eine grenzüberschreitende Herausforderung, die wir nur gemeinsam meistern können. So ambitioniert wir in Europa und in der Welt in puncto erneuerbare Energien und Energieeffizienz voranschreiten: Wir Deutsche alleine können das Weltklima nicht retten. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Länder in der Welt, die es selbst nicht schaffen, beim Klimaschutz mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt unterstützen. Der Haushalt sieht deshalb rund 309 Millionen Euro für die Internationale Klimaschutzinitiative vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist in unserem Haushalt mehr als doppelt so viel wie bislang, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

2015 ist für den Klimaschutz ein wichtiges Jahr. Im Dezember des nächsten Jahres findet die UN-Klimakonferenz in Paris statt. Dort wird es darum gehen, ob die Welt das schafft, was in Kopenhagen nicht gelungen ist, nämlich ein verbindliches Abkommen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu beschließen, ein Abkommen, das die Chance wahrt, den globalen Temperaturanstieg auf 2 Grad zu beschränken. Das, muss man wohl hinzufügen, ist vielleicht die letzte Chance. Deshalb brauchen wir dafür alle Länder der Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Anja Weisgerber

(A) Meine Damen und Herren, rund 309 Millionen Euro für den internationalen Klimaschutz sind viel Geld. Aber sie sind nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie sind ein sehr wirksamer Hebel, eine Hilfe für die, die bereit sind, zum Klimaschutz etwas beizutragen und diesen Weg mit uns zu gehen; denn auf diese Weise gewinnen wir vielleicht auch wichtige Verbündete in der Welt beim Klimaschutz. Mit den Mitteln der Internationalen Klimaschutzinitiative können wir den Schwellen- und Entwicklungsländern dabei helfen, dass auch sie ihre Wirtschaft klimafreundlich aufbauen und die Treibhausgasemissionen bereits an der Quelle reduzieren.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Genau!)

Wir können den Ländern auch dabei helfen, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen und die nachhaltige Nutzung von Wäldern und anderen Ökosystemen zu fördern. Ein Beispiel dafür ist Kolumbien. Dort hat sich die Regierung zum Ziel gesetzt, die Entwaldung bis 2020 vollständig zu stoppen. Das ist ein effektiver Schlüssel im Kampf gegen den Klimawandel. Deshalb ist unser Geld dort gut angelegt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

– Ich hätte mich gefreut, wenn zumindest in diesem Punkt auch die Fraktion der Grünen geklatscht hätte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ein Problem, mit dem die Städte insbesondere in den Ballungsgebieten zu kämpfen haben, ist die hohe Feinstaubbelastung. Im Europaparlament habe ich die Revision der Feinstaubrichtlinie mit verhandelt und weiß (B) daher, dass Feinstaub eine ernstzunehmende umweltbedingte Gesundheitsgefahr ist, die die Atemwege schädigt; das hat die Weltgesundheitsorganisation jüngst wieder festgestellt. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Luftqualität nachhaltig verbessern und den Feinstaub an der Quelle bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben daher im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir die Umrüstung mit Rußpartikelfiltern für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge weiter fördern wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist das im Haushalt?)

Doch leider habe ich keinen entsprechenden Posten im Haushalt gefunden. Liebe Ministerin Hendricks, wir von der CDU/CSU fordern dies jedoch mit Nachdruck und gehen davon aus, dass die Förderung dennoch mit freien Mitteln aus dem Umwelthaushalt fortgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wollen Sie das denn finanzieren? Sagen Sie das doch mal!)

Aktuell wird die öffentliche Debatte sehr stark durch die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geprägt, so auch die Haushaltsdebatte der Wirtschaftspolitiker heute Morgen. Ausbautempo der erneuerbaren Energien, Fördersätze und Belastungen sind für Industrie und Verbraucher die vorherrschenden Themen. Über die andere (C) Seite der Medaille wird viel zu wenig gesprochen: die Energieeffizienz. Darin steckt aber viel Einsparpotenzial gerade im Gebäudebereich. Lassen Sie mich das an einigen Zahlen belegen: Rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und etwa ein Drittel CO_2-Emissionen in Deutschland fallen im Gebäudebereich an. Etwa Dreiviertel des Altbaubestands wurden vor 1979 errichtet, also bevor die erste Wärmeschutzverordnung in Kraft trat. Rund 70 Prozent dieser Gebäude haben gar keine Dämmung. Bei 20 Prozent ist sie unzureichend. 80 Prozent der Heizungen sind heute nicht auf dem Stand der Technik. Dieses Einsparpotenzial müssen wir nutzen.

Mit Förderprogrammen alleine – so wichtig sie sind – wird es uns aber nicht gelingen, die Sanierungsquote zu verdoppeln. Deshalb fordere ich heute – genauso wie bereits in der Klimadebatte in der letzten Woche –: Es ist unumgänglich, dass wir in Deutschland das Thema steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen bei der Gebäudesanierung angehen. Dafür sollten wir als Umweltpolitiker gemeinsam kämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schäuble schließt das aus!)

– Darauf gehe ich gleich ein. – Ich möchte an die Bundesländer appellieren, an denen die steuerliche Förderung in der letzten Legislaturperiode gescheitert ist: Bitte bewegt euch! Das ist meine Botschaft an die Bundesländer.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch! Das kann man doch nicht auf Pump machen!)

Schiebt den Schwarzen Peter nicht immer zum Bundesfinanzminister!

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber da ist er richtig!)

Jeder investierte Euro, der circa 7 Euro an Folgeinvestitionen auslöst, kommt über die Steuereinnahmen wieder zurück. Deshalb ist die Energieeffizienz für uns alle ein Gewinnerthema.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wissen das ja!)

Das sollten sich die Länder vor Augen führen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie denn unserem Antrag in der letzten Legislaturperiode nicht zugestimmt!)

Auch die Städtebauförderung kann einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz leisten. Die Erhöhung der Mittel auf das Rekordniveau von 700 Millionen Euro ist daher ausdrücklich zu begrüßen. Das ist ein starkes und wichtiges Signal an die Städte und Gemeinden in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Anja Weisgerber

(A) Mit dem Programm „Soziale Stadt“ nehmen wir die Herausforderungen ernst, denen einige Städte durch Armutszuwanderung gegenüberstehen. Allerdings müssen wir dabei, wie wir es in der Koalitionsvereinbarung festgehalten haben, endlich den ressortübergreifenden Ansatz anwenden. Städtebauförderung ist vor allem ein investives Element mit hoher Hebelwirkung. Deshalb hat sich meine Fraktion ausdrücklich dafür eingesetzt, dass die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ weiterhin den Schwerpunkt bilden.

Als Abgeordnete aus dem ländlichen Raum möchte ich ganz deutlich betonen: Wir dürfen den Fokus nicht nur auf die Städte legen, sondern wir brauchen auch die Förderung im ländlichen Raum. Dort ist sie ganz besonders wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Städtebauförderung und die Förderung des ländlichen Raumes sind auch im Hinblick auf die Flächen, die durch die Bundeswehrreform und den Abzug von Gaststreitkräften frei werden, wichtig. Der Abzug von mehreren Tausend Gastsoldaten stellt für die Kommunen einen enormen Einschnitt dar, und zwar für den Wohnungsmarkt, für die Wirtschaft, das Handwerk und den Handel. Wenn große Kasernenanlagen plötzlich leer stehen, stellt das die Kommunen auch vor riesige städtebauliche Herausforderungen, Herausforderungen, die die Kommunen auch als Chance nutzen können. Deshalb sollte der Staat die Städte in Zukunft noch stärker durch Städtebauförderungsmittel unterstützen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zum Abschluss möchte ich noch das Thema Hochwasserschutz ansprechen. Vor einem knappen Jahr haben uns verheerende Hochwasser in Teilen Deutschlands heimgesucht. Wir haben schnell reagiert und uns darauf verständigt, ein nationales Hochwasserschutzprogramm zu erarbeiten. Hier aber mein Appell: Die Finanzierung dieses nationalen Hochwasserschutzprogramms darf nicht zulasten der Förderung der ländlichen Räume im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gehen. Die Dramatik der Ereignisse vor einem Jahr zeigt, dass wir beides brauchen: ein Hochwasserschutzprogramm und die Gemeinschaftsaufgabe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächster Rednerin erteile ich Kollegin Sylvia Kotting-Uhl, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute Abend auch über das Schlimmste, was wir allen nachfolgenden Generationen hinterlassen, den Atommüll, den Müll einer zukunftsvergessenen technologischen Fehlentscheidung, der Ignoranz von Risiken und Unwissen. Ja, so ist es: unverantwortlich.

Von daher ist es vielleicht sogar verständlich, dass bisher keiner Verantwortung übernehmen wollte: hin- und hergeschoben, in der Asse und in Morsleben versenkt, nach Frankreich zur Vermehrung verschickt und für den radioaktiven Teil als Endlager Gorleben ausgeguckt, das so schön weit weg am ehemaligen Rand der ehemaligen Republik lag. Dass der Müll dort nicht längst versenkt wurde, ist Bürgerinitiativen zu verdanken, die 30 Jahre lang darauf hingewiesen haben, dass ein solches Verfahren niemals Akzeptanz finden wird. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Um politisch endlich eine Verantwortungsübernahme zu organisieren, brauchte es diejenigen, die sich im Kampf gegen die Atomkraft als Partei gegründet haben, die Grünen, es brauchte einen grünen Ministerpräsidenten und einen Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg, der den Anstoß zur vergleichenden Endlagersuche festschrieb.

Es brauchte aber auch eine Neuausrichtung in der Union, die kurz vorher in ihrem Abschlussbericht zum Untersuchungsausschuss Gorleben dessen Auswahlverfahren noch als zielführend und beispielhaft festschrieb. Diese Fähigkeit zur Neuausrichtung verdient Respekt. Es war kein Selbstläufer, ausreichend politische Kräfte in Bund und Ländern hinter dem Willen zum Neustart in der Endlagersuche zu versammeln. Den breiten politischen Konsens zu erreichen, war ein langer Verhandlungsweg, bei dem – das ist richtig – die Zivilgesellschaft wenig eingebunden war.

Deshalb gibt es jetzt eine Kommission aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, in deren Hände der Bundestag die nächsten Entscheidungen legt. Da geht es um die Auswahl der Kriterien, neue Entwicklungen von Partizipation und die Evaluation des Standortauswahlgesetzes. Nun gibt es die Kritik, dass die Kommission nur empfiehlt. Ja, am Ende entscheidet der Deutsche Bundestag über die Empfehlungen der Kommission. Das sieht unsere Verfassung so vor. Aber den Empfehlungen einer heterogenen, repräsentativ zusammengesetzten Kommission wird sich der Bundestag nicht entziehen können. Deshalb, um den Bundestag auf die Ergebnisse und die Empfehlungen der Kommission zu verpflichten, sind auch die Wissenschaftler so heterogen zusammengesetzt, wie sie es eben sind. (D)

Wir haben die Kommission heute eingesetzt. Leider war das der Großen Koalition keine eigene Debatte wert. Deswegen behandeln wir das jetzt hier etwas unwürdig. Es fehlen in der Kommission für uns Grüne zwei elementar wichtige Namen: die Vertreter der Umweltverbände und Initiativen. Es fehlen die Namen derjenigen, ohne deren jahrzehntelange Proteste gegen Atomkraft, Atommülltransporte und falsche Endlager wir diese Debatte heute nicht führen würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese wichtigen Akteure mit ihrer hohen Kompetenz sind für die Kommission nicht verzichtbar. Ich hoffe und ich baue darauf, dass sie ihre Plätze in der Kommission einnehmen.

(A)

Vizepräsident Peter Hintze:
Frau Kollegin?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Bitte schön.

Vizepräsident Peter Hintze:
Eine Zwischenfrage des Kollege Zdebel ist angemeldet. Mögen Sie sie hören?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gerne.

Vizepräsident Peter Hintze:
Bitte schön.

Hubertus Zdebel (DIE LINKE):
Herzlichen Dank, Sylvia Kotting-Uhl, dass du die Zwischenfrage zugelassen hast. – Ich frage mich, warum du bzw. ihr der Einsetzung der Kommission jetzt schon zugestimmt habt und den Umweltverbänden nicht mehr Zeit gegeben habt, um tatsächlich mehr Vertrauensbildung zu ermöglichen. Es wäre durchaus möglich gewesen – auch ich habe an den Gesprächen teilgenommen –, die Einsetzung der Kommission zum Beispiel um einige Monate zu verzögern. Eure Zustimmung hat mich sehr befremdet, ehrlich gesagt. Deswegen meine Frage an dieser Stelle.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
(B) Vielen Dank für deine Frage. – Wir haben darüber ja geredet. Ich meine, ich habe deutlich gemacht, dass ich glaube, dass wir uns nicht leisten können, diese Kommission vor der Sommerpause nicht mehr ans Arbeiten zu bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Das wäre natürlich der Fall, wenn wir fünf Wochen abwarteten, bis wieder der Bundesrat beschließen kann; denn der Einsetzung der Kommission muss der Bundesrat als zweites Gremium genauso wie der Bundestag zustimmen.

Die Umweltverbände haben nicht gefordert, nur diese fünf Wochen zu warten, sondern sie wollten eigentlich jetzt in einen Debattenprozess eintreten, den ich durchaus positiv bewerten würde, was aber hieße, dass wir gar nicht wissen, ob wir selbst in dieser Legislatur überhaupt noch dazu kommen, diese Kommission einzusetzen. Weitere fünf Wochen Wartezeit hätten tatsächlich bedeutet, dass wir durch all die sich anschließenden Phasen vor der Sommerpause vielleicht die konstituierende Sitzung, wahrscheinlich aber nicht mehr eine Arbeitssitzung hätten durchführen können. Das heißt, es hätten auch über die Sommerpause keine Arbeitsaufträge vergeben werden können, und es wäre wieder ein halbes Jahr verloren gewesen. Das empfinde ich als zu lang.

Ich habe die Umweltverbände bei unseren letzten Debatten nicht mehr so verstanden, dass es für sie ein extrem wichtiger Punkt sei, dass wir noch warteten. Vielmehr habe ich sie so verstanden, dass sie bereit sind, sich jenseits davon jetzt zu verständigen, ob die Bedingungen in der Kommission so sind, dass sie teilnehmen wollen oder nicht. Diese Entscheidung können wir ihnen auch nicht abnehmen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Aus den Umweltverbänden kam viel Kritik am Gesetz, am Verfahren, an der Zusammensetzung der Kommission. Als eine, die wie manche meiner Parteifreundinnen und -freunde länger Mitglied in einem Umweltverband als Mitglied der Grünen ist, kann ich einiges an dieser Kritik durchaus nachvollziehen. Auch als Politikerin sage ich: Ja, man hätte manches in den letzten beiden Jahren besser machen können – das BMU, wir Parlamentarierinnen, ich. Auch die Umweltverbände hätten einiges besser machen können: früher diskutieren, früher manch guten Vorschlag einbringen.

Aber ich sage auch, dass die Zeit des Wartens, der Verhandlungen und der Vordebatten jetzt vorbei ist. Es ist ein falscher Denkansatz, dass es bei einer Aufgabe, deren Auswirkungen sich über 1 Million Jahre erstrecken, egal ist, wann man damit anfängt. Politische Mehrheiten und Regierungen wechseln. Ich möchte nicht der Möglichkeit Raum geben, dass sich in den Ländern mehrheitlich wieder die Meinung breitmacht, dass die Lösung Gorleben doch eigentlich ganz praktisch war. Ich möchte auch nicht, dass die Ergebnisse der Kommission im nächsten Bundestagswahlkampf zerrieben werden. (D)

Die Kommission muss jetzt anfangen, zu arbeiten. Sie ist mindestens für die nächsten zwei Jahre der Ort der Auseinandersetzung und der Entscheidungen. Sie bekommt vom Bundestag eine hohe Legitimation und eine hohe Kompetenz, ihre Entscheidungen eigenständig zu treffen, ohne Rücksicht auf Interessen. Was sie erarbeitet und vor allem wie sie arbeitet, wird entscheidend dafür sein, ob in der Gesellschaft Vertrauen in das Verfahren der Endlagersuche entsteht. In dieser Metaaufgabe der Kommission liegt die nicht geringe Gefahr ihres Scheiterns. Atommüll und Vertrauen sind kein Begriffspaar, das sich aufdrängt.

Deshalb sind auch außerhalb der Kommission weitere vertrauensbildende Maßnahmen notwendig. Die Bereitschaft zum Neuanfang muss erkennbar sein. Da geht es um den alten Planfeststellungsantrag für Gorleben, den Ministerin Hendricks zurückziehen muss. Es geht um die neue kerntechnische Behörde, in der keine Abteilungen aufgebaut werden dürfen, die vor der Evaluierung des Gesetzes Fakten schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um die 26 Castoren, die nicht mehr ins Zwischenlager Gorleben transportiert werden dürfen. Für den Vertrauensaufbau reicht es eben nicht, wenn sich bei der Lastenverteilung immer nur grüne Umweltminister melden. Da muss auch mal ein schwarzer dabei sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sylvia Kotting-Uhl

(A) Ich warte auf das Signal aus Bayern, sich an dieser politischen Aufgabe des Vertrauensaufbaus zu beteiligen.

Wir Grüne werden den Deutschen Bundestag erneut auffordern, die Rückstellungen der AKW-Konzerne in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen. Die gründliche Endlagersuche darf nicht unter Kostendruck geraten, falls die Konzerne dank eines falschen Wirtschaftsmodells in den nächsten Jahren zahlungsunfähig werden. Die Rückstellungen für die Entsorgung müssen rechtzeitig gesichert werden.

Die Materie Atommüll trägt allerdings den Zweifel und das Misstrauen in sich.

Vizepräsident Peter Hintze:

Frau Kollegin, Sie gucken ab und zu auf die Uhr?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zu meiner letzten Aussage, wenn Sie mir die noch erlauben, Herr Präsident. – Sowenig wir einen Endlagerstandort finden werden, in dessen Sicherheit wir alle zweifelsfrei vertrauen, sowenig werden wir ein Verfahren finden, das alles Misstrauen überwindet. Das entledigt uns nicht der Aufgabe, uns um den Müll zu kümmern. Es ist gut, dass Bundestag und Bundesrat mit dem Standortauswahlgesetz und dem Einsetzen der Kommission die ersten Schritte gemeinsam unternommen haben. Es ist der Anfang auf einem langen, nicht leichten Weg, und das ist mehr, als wir alle in diesem Haus noch vor zwei Jahren gedacht hätten.

(B) Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Matthias Miersch, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dieser späten Stunde auch ein herzliches Willkommen den Besucherinnen und Besuchern! Ich sehe, es sind vor allen Dingen jüngere. Schön, dass ihr hier ausharrt!

(Beifall)

Ich will heute ganz bewusst einmal anders anfangen, weil ich glaube, dass diese Debatte, in der es eigentlich darum geht, wie viel Geld wir in die Umweltpolitik, in die Baupolitik dieses Landes stecken, ein schönes Beispiel – „schön“ in Anführungsstrichen! – dafür gibt, dass die Grundsätze der Haushaltspolitik – man kann immer nur das ausgeben, was man eingenommen hat – gerade im Bereich der Umweltpolitik jedenfalls nicht immer gelten.

Am Beispiel Atomenergie können wir etwas erkennen. Es ist viele Jahrzehnte den Menschen versprochen worden: Hier handelt es sich um eine ganz billige Energie. – Wir sehen heute, dass wir es sein werden, dass ihr es sein werdet, dass es zukünftige Generationen sein werden, die viele Milliarden dafür aufbringen müssen, dass der Müll aus der Energie, von der viele keinen Nutzen mehr haben, einigermaßen sicher verwahrt werden kann. Es ist alles andere als eine billige Energie. Es ist alles andere als nachhaltig gewesen, was viele Jahrzehnte praktiziert worden ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man muss sagen, dass das, was hier heute beschlossen worden ist, zumindest ein erster wichtiger Schritt ist, nämlich auf die Suche zu gehen nach einer Lösung für ein, wie ich es nenne, Menschheitsproblem.

Es gibt derzeit weltweit kein Beispiel eines funktionierenden Endlagers. Wir haben etwas begonnen, was es in der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben hat. Wir haben ein Gesetz beschlossen, das ein Element enthält, in dem der Gesetzgeber selbst sagt: Wir wollen lernen. Wir wollen eine Kommission aus Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen einsetzen, die uns sagt, ob wir hier auf dem richtigen oder auf dem falschen Weg sind. – Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für mich jedenfalls ein wichtiger Schritt und gibt Anlass, den Umweltverbänden, die damit jetzt noch hadern, zu sagen: Bitte gebt uns einen Vertrauensvorschuss! Macht mit bei dieser wichtigen Arbeit!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Natürlich ist es in einer Haushaltsdebatte so, dass man als Opposition die Regierung angreift. Aber ich will an dieser Stelle schon sagen: Es ist kein selbstverständlicher Schritt gewesen, den Barbara Hendricks als zuständige Umweltministerin gemacht hat, indem sie die Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans in Gorleben zurückgenommen hat. Das war ein ganz wichtiger vertrauensbildender Schritt, und dafür gebührt ihr auch unser Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die Fragen sind offen. Ob es uns gelingt, das Misstrauen der letzten Jahrzehnte in Vertrauen umzuwandeln – davon bin ich überzeugt –, wird uns nur durch aktives Handeln gelingen. Wir werden das nicht versprechen können, sondern wir werden beweisen müssen, wie wir als Gesetzgeber mit den ersten Ergebnissen der Kommission umgehen, wenn sie vorliegen. Ich wünsche mir sehr, dass nicht zwei Jahre gewartet wird, sondern dass es unter Umständen auch in Form von Zwischenberichten möglich ist, dass sich der Deutsche Bundestag frühzeitig mit den Dingen auseinandersetzt, um weitere vertrauensbildende Signale zu setzen. Ich glaube, für diese Arbeit wäre es ein ganz wichtiger Schritt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Matthias Miersch

(A) Da man nur eine begrenzte Redezeit hat, sage ich abschließend, dass ich von den letzten Wochen sehr beeindruckt gewesen bin, weil es uns gelungen ist, das, was Maria Flachsbart und Ute Vogt als zuständige Berichterstatterinnen im letzten Jahr mit Sylvia Kotting-Uhl begonnen haben, auch im 18. Deutschen Bundestag fortzusetzen. Ich bedanke mich bei meinen Berichterstatterkollegen Steffen Kanitz, Sylvia Kotting-Uhl, aber auch Hubertus Zdebel, der konstruktiv mitgearbeitet hat. Am Ende konnten wir nicht zusammenkommen. Ich bin mir aber sehr sicher, dass es uns gelingt, bei dieser großen Frage zusammenzubleiben; denn es lohnt sich kein parteipolitischer Streit. Wenn uns das bei den nächsten großen Schritten, die skizziert worden sind, zum Beispiel im Bereich des Klimaschutzes – Frau Weisgerber, ich nehme es gerne auf –, gelingen soll, dann werden wir Barbara Hendricks gegenüber dem Finanzminister den Rücken stärken müssen und deutlich machen, dass auch hier möglicherweise die schwarze Null nicht alles ist, sondern dass manche Investition für die Zukunft besser ist. Gerade beim Klimaschutz gilt, dass jeder Euro wichtig ist. Insofern lassen Sie uns bei dieser Frage zusammenbleiben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Carsten Müller, CDU/CSU-Fraktion.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man hier vorne steht, dann ist es insbesondere für jemanden, der aus dem östlichen Niedersachsen kommt, zunächst verlockend, einige Worte zum Thema Asse und Asse-Fonds zu verlieren. Ich habe die Bundesumweltministerin gehört und darf meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass der um 20 Millionen Euro gekürzte Ansatz bei der Asse nicht zu Verzögerungen führt. Ich hoffe auch, dass sich in Sachen Asse-Fonds noch etwas tut. Ich finde es prima, dass der Vorgänger Peter Altmaier diesen Haushaltstitel aufgenommen hat. Das, meine Damen und Herren, waren nur einleitende Bemerkungen.

Ich will heute ein Thema ansprechen, das bisher leider nur in der Rede meiner Kollegin Anja Weisgerber angerissen wurde. Das ist das Thema Mobilität, Verkehr.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diskutieren wir morgen!)

– Herr Kindler, seien Sie ganz beruhigt. Ich habe nicht vor, auf Sie im Besonderen einzugehen, obwohl es sich wahrscheinlich lohnen würde.

Meine Damen und Herren, Mobilität und Verkehr sind eine wichtige Voraussetzung für persönliche Freiheit, für gesellschaftliche Teilhabe und natürlich auch für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Aber wenn wir dieses Thema behandeln, dann müssen wir im Blick behalten, dass wir Mobilität so gestalten müssen, dass wir Ressourcen schonen und dass Mobilität nachhaltig bleibt. (C)

Im Energiekonzept 2010 wurde der Auftrag für den Verkehrsbereich sehr präzise formuliert: Der Endenergieverbrauch muss reduziert werden, und zwar bis zum Jahr 2020 um rund 10 Prozent. Bis zum Jahr 2050 haben wir uns eine Absenkung um 40 Prozent im Vergleich zu den Zahlen von 2005 vorgenommen. Meine Damen und Herren, wir sind auf dem richtigen Weg. Erste Erfolge zeichnen sich ab. Bisher ist es uns gelungen, den Endenergieverbrauch im Vergleich zum Wert von vor 15 Jahren um 7,5 Prozent zu reduzieren. Aber das reicht noch nicht. Die Geschwindigkeit muss erhöht werden. Das ist natürlich auch dem Umstand geschuldet, dass der Personen- und auch der Güterverkehr in der Vergangenheit quantitativ zugenommen haben.

Meine Damen und Herren, Pkw haben heute einen um 9 Prozent geringeren Schadstoffausstoß als im Jahr 1995. Bei Lkw ist uns ein noch größerer Schritt gelungen. Wir sind hier bei einer Minderung um rund 28 Prozent des Treibhausgasausstoßes und der Luftschadstoffe angekommen. Ich habe es, glaube ich, in der letzten Woche schon einmal gesagt – die Zahl finde ich persönlich sehr eindrucksvoll –: Gegenüber 2006 konnten der CO_2-Ausstoß neu zugelassener Pkw deutscher Marken um 22 Prozent reduziert werden, und zwar von durchschnittlich 175 auf 136 Gramm pro Kilometer. Auch dieses Haus geht mit gutem Beispiel voran.

Diese Ergebnisse können sich sehen lassen. Die Anstrengungen müssen fortgesetzt werden. Ich begrüße sehr, dass das Ministerium im Verkehrsbereich sozusagen einen Dreiklang aus Forschen, Prüfen und Weiterentwickeln auf den Weg gebracht hat: Forschen zu Mobilitätskonzepten und zum Mobilitätsverhalten, Prüfen und Messen von Emissionen, Weiterentwickeln von Kraftstoffen und insbesondere Antriebssystemen. (D)

Hierbei wird Elektromobilität eine ganz besondere Rolle spielen. Sie ist der Schlüssel zu einer klimafreundlichen Mobilität und zu einem nachhaltigen Wandel in diesem Bereich. Wir haben dort noch einiges zu tun. Eines ist ziemlich klar und liegt auf der Hand: Wir werden das ursprünglich gesteckte Ziel von 1 Million elektrisch angetriebenen Kraftfahrzeugen im Jahre 2020 nicht erreichen können. Wir haben heute leider erst 13 000 elektrisch angetriebene Fahrzeuge auf den Straßen. Wir haben aber immerhin im Jahr 2013 eine Verdopplung der Neuzulassungen zu verzeichnen gehabt.

Ich finde es im Übrigen gut, dass die deutschen Kraftfahrzeughersteller bis Ende dieses Jahres 16 Serienmodelle mit Elektroantrieb auf den Markt gebracht haben werden. Das zeigt uns, dass wir insbesondere für diesen Bereich stabile Rahmenbedingungen brauchen.

Aus einem Gespräch vor gar nicht allzu langer Zeit habe ich eine in diesem Haushalt gleichwohl noch nicht abgebildete, aber für die Zukunft durchaus überlegenswerte Idee mitgenommen, nämlich tatsächlich darüber nachzudenken, ob es gegebenenfalls Sinn macht, dass wir bei der Besteuerung von Dienstwagen auch zur

Carsten Müller (Braunschweig)

(A) privaten Nutzung die Bemessungsgrundlage bei Elektrofahrzeugen halbieren. Das würde der derzeitigen Situation durchaus Rechnung tragen, dass man für ein elektrisch angetriebenes Fahrzeug heute einen etwa doppelt so hohen Kaufpreis aufwenden muss wie für ein vergleichbares konventionell angetriebenes Fahrzeug. Denn das, meine Damen und Herren, macht es jetzt für den steuerpflichtigen Endnutzer erst einmal unattraktiv, sich für ein solches Fahrzeug zu entscheiden. Ich halte diese Idee jedenfalls für verfolgenswert. Wir sollten gemeinsam Überlegungen dazu anstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich will einen zweiten Punkt konkret ansprechen – Anja Weisgerber hat ihn schon angesprochen –: Partikelfilter. Auch dieser Punkt war hier in der letzten Woche Gegenstand einer Debatte. Ich hatte da gesagt: Sehr geehrte Frau Ministerin, da muss Ihrem Haus einfach ein bedauerlicher Fehler unterlaufen sein. – Denn der Ansatz für die Förderung des Einbaus von Partikelfiltern wurde auf null reduziert, und das kann eigentlich nicht sein, und zwar, weil wir mit dem Nachrüstprogramm eigentlich hervorragende Ergebnisse erzielt haben: Wir haben in den letzten zwei Jahren hierfür 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und 186 000 Fahrzeuge konnten nachgerüstet werden. Das führt im Übrigen zu einer Wertschöpfung, die im örtlichen Handwerk verbleibt und damit unseren Regionen zugutekommt. Der relativ schwere Fehler, diese Mittel zu streichen – wahrscheinlich nur ein redaktioneller Fehler –,

(B) (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

muss meines Erachtens behoben werden. Ich habe einmal genauer nachgeschaut: Es kann tatsächlich nur ein Irrtum sein, weil wir eine entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag festgehalten haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insofern glaube ich, meine Damen und Herren – da war Herr Kollege Kindler etwas zu kleinmütig –, dass es dort ganz bestimmt eine Entwicklung geben wird. Das wäre im Sinne des Klimaschutzes gut angelegtes Geld.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Haushalt stehen reale Zahlen! Das ist die Realität!)

– Immer schön sachte.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ihr Motto!)

Ich will abschließend vier Leitlinien unserer Mobilitätspolitik im Umweltbereich aufzählen:

Erstens. Nachhaltige Mobilität darf weder die Unternehmen noch die Bürgerinnen und Bürger überfordern.

Zweitens. Nachhaltige Mobilität benötigt klare, verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu habe ich eben etwas ausgeführt.

Drittens. Nachhaltige Mobilität muss allerdings auch bezahlbar bleiben.

(C) Viertens. Nachhaltige Mobilität muss die Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft stärken.

Ich glaube, wir sind mit dem Haushaltsansatz insgesamt auf einem guten Weg.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit zur späten Stunde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächster Rednerin erteile ich das Wort der Kollegin Ute Vogt, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ute Vogt (SPD):

Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bisherige Debatte hat gezeigt, dass dieses Parlament in der nachfolgenden Haushaltsberatung in den Ausschüssen noch einiges zu tun hat. Viele Bereiche wurde angesprochen, in denen wir Parlamentarier gefragt sind, mit dem Finanzminister um die Stärkung des einen oder anderen Bereichs oder um eine Aufstockung zu ringen. Ich freue mich über die Unterstützung des ganzen Hauses, beispielhaft will ich die Aufstockung des Waldklimafonds und das Thema Hochwasserschutz nennen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) Wir befinden uns in der wunderbaren Situation, dass der Finanzminister gleich zwei Häuser glücklich machen kann; denn sowohl in Bezug auf den Waldklimafonds als auch in Bezug auf den Hochwasserschutz sind das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft involviert. Sie haben dort sozusagen Aktien, sie müssen Gelder investieren. Deshalb ist es wichtig – es wäre besonders ertragreich –, dass wir alle daran arbeiten, dass der Finanzminister in diesen Bereichen noch einmal deutlich nachlegt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Das neu geschaffene Umweltministerium, das sich um die Themen Umwelt und Bau kümmert, ist ein gutes Umfeld für sozialdemokratische Politik. Ich freue mich, dass die Christdemokraten diesen Weg mitgegangen sind; denn für uns geht es in der Umweltpolitik nicht nur um gesunde Umwelt für einige wenige, sondern in der Umweltpolitik geht es immer auch um die soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, dass wir ein gutes Leben ermöglichen: in guten Wohnungen, in Städten, in denen es Lebensräume gibt, wo sich Menschen entfalten können. Gutes Leben bedeutet aber auch: saubere Luft, geschützt vor Lärm und vor umweltschädigenden Einflüssen. In diesem Sinne war es gut, dass uns die Zusammenführung

Ute Vogt

(A) des Hauses gelungen ist. Für uns stellt sich auch die Frage, wie wir das gute Leben mit konkreten Projekten ausfüllen.

Ich möchte ein Projekt ansprechen, das in den letzten Jahren ein etwas stiefmütterliches Dasein gefristet hat: die Energieeffizienz.

(Beifall des Abg. Marco Bülow [SPD])

Sie ist der unterschätzte Sektor, wenn es darum geht, tatsächlich mehr Reserven zu mobilisieren, vor allen Dingen jetzt, wo es darum geht, Unabhängigkeit zum Beispiel von Gasimporten zu erlangen. Deshalb freue ich mich, dass in dem vorliegenden Haushaltsentwurf auch für diesen Bereich Ansätze vorhanden sind. Ich hoffe, dass wir stärker in das Thema einsteigen werden und dass zum Beispiel der EU-Gipfel im Juni ein Effizienzgipfel sein wird und nicht etwa ein Fracking- oder gar ein Atomgipfel auf EU-Ebene.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Eine hervorragende Idee!)

Ich darf zum Abschluss ergänzen, dass ich als früheres Mitglied des Untersuchungsausschusses Gorleben die Freude der Kolleginnen und Kollegen teile, dass wir jetzt den ersten Schritt gemacht haben, Schlussfolgerungen aus dem Ausschuss zu ziehen und eine neue Endlagersuche zu beginnen. Die Kommission steht. Ich darf mich den Wünschen anschließen und hoffe, dass wir in diesem Hohen Hause, wie in der vergangenen Legis-
(B) laturperiode begonnen, trotz aller Schwierigkeit, die dieses Thema mit sich bringt, möglichst sachlich und Schulter an Schulter vorgehen. Nur so können wir der Verantwortung, dieses schwierige Problem zu lösen, gerecht werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als letztem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Christian Hirte, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Christian Hirte (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Einige meiner Vorredner, auch die Ministerin, hatten bereits darauf hingewiesen, dass der Etat in diesem Jahr erheblich von den Vorjahresetats abweicht, was an der Übernahme des Baubereichs, aber auch der Übertragung des Kapitels der erneuerbaren Energien in das Wirtschaftsressort, also im Wesentlichen am neuen Zuschnitt liegt. Damit hat sich der politische Fokus natürlich deutlich verschoben.

Wir haben einen Mittelaufwuchs von 1,6 Milliarden auf 3,6 Milliarden Euro zu verzeichnen. Das ist eine so gewaltige Steigerung, immerhin um über 100 Prozent, dass wir Haushälter in der CDU/CSU-Fraktion uns darauf verständigt haben, diesen Etat künftig doppelt zu betreuen. Ich bin für den Bereich Umwelt zuständig, mein Kollege Dr. Berghegger, der im Anschluss reden wird, ist für den Bereich Bau zuständig. (C)

In den letzten Reden zur Einbringung des Einzelplans 16 haben wir hauptsächlich über die Energiewende und viel weniger über Klima- und Umweltschutz gesprochen, weil wir anscheinend gemeinsam der Auffassung waren, das sei irgendwie dasselbe. Bei allen Differenzen und bei allem politischen Streit über den richtigen Weg in der Energiepolitik sollten wir eines nicht vergessen: Die Energiewende selbst ist nicht das eigentliche Ziel. Sie ist nur Mittel zum Zweck. Nicht etwa, weil Kohlestrom altmodisch ist, haben wir mit dem Energiekonzept eine Neuorganisation unserer Energieversorgung initiiert. Der eigentliche Grund war, Ressourcenschonung zu betreiben und vor allem den CO_2-Ausstoß zu vermindern, um den Treibhauseffekt zu begrenzen.

Die Oppositionsparteien, allen voran die Kollegen von den Grünen, werden nicht müde, immer wieder zu betonen, dass sich die Bundesregierung bei der Finanzierung von internationalen Klimaschutzprojekten aus der Verantwortung stehlen wolle.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist richtig!)

Dem ist mitnichten so.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, doch! Sie haben das dieses Jahr doch gekürzt! Die Verpflichtungsermächtigung ist weg!) (D)

Die Industrieländer haben zugesagt, die Entwicklungsländer bei ihren notwendigen Reformen und Transformationsprozessen hin zu einer kohlenstoffarmen und klimaangepassten Entwicklung finanziell zu unterstützen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist aber nicht im Haushalt!)

So haben sich die Industrieländer 2009 im Copenhagen Accord dazu bekannt, langfristig, ab 2020, 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr aus unterschiedlichen Finanzierungsquellen bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die in Kopenhagen ebenfalls gemachte Fast-Start-Zusage, im Zeitraum 2010 bis 2012 zusätzliche öffentliche Mittel in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar bereitzustellen, haben die Industrieländer eingelöst. Dabei sind die Zusagen der EU, auch diejenigen der Bundesrepublik Deutschland, übererfüllt worden.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird alles drei- bis viermal angerechnet von der Bundesregierung!)

Blicken wir zurück: Im Jahr 2013 hat Deutschland 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt nach 1,66 Milliarden Euro im Vorjahr.

Damit der Green Climate Fund bald seine Arbeit aufnehmen kann, haben Umwelt- und Entwicklungshil-

Christian Hirte

(A) feministerium bereits jetzt je 1 Million Euro für den Verwaltungshaushalt zugesagt. Die Bundesregierung geht derzeit auf der Grundlage des Arbeitsplans des Green Climate Fund Boards für 2014 davon aus, dass die erste Auffüllung noch in diesem Jahr erfolgt. Gegebenenfalls ist daher noch im anstehenden parlamentarischen Verfahren über eine Anpassung der Verpflichtungsermächtigungen zu entscheiden. Wir werden sicherlich noch gemeinsam darüber zu beraten haben.

Bislang sind im Bundesetat – auch das ist schon mehrfach angeklungen – für die Internationale Klimaschutzinitiative 309 Millionen Euro veranschlagt. Das sind 189 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, weil Sie es woanders gekürzt haben!)

Das ist positiv, darf aber nicht den Blick auf ein drängendes Problem verstellen, nämlich auf die Finanzausstattung des Energie- und Klimafonds. Für 2014 stehen 1,58 Milliarden Euro an geplanten Ausgaben an. Der Bund will sich mit 655 Millionen Euro am EKF beteiligen. Wir werden sehen, wie sich die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel tatsächlich entwickeln. Ich sage an dieser Stelle ganz offen: Es bleibt abzuwarten, wie sich das im Januar beschlossene Backloading, das zu einer Verbesserung der Einnahmesituation führen sollte, tatsächlich entwickelt, wie sich dann die Zertifikatepreise entwickeln und damit natürlich auch die Finanzausstattung des EKF.

(B) (Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da muss man noch mehr machen!)

Sollte sich die Finanzausstattung des EKF dauerhaft problematisch gestalten und sich die chronische Unterfinanzierung zu einem permanenten Zustand entwickeln,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist schon drei Jahre so!)

sollten wir, so meine ich, auch über die Finanzierung des Fonds und über den Fonds als Ganzes nachdenken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gestern Abend war ich auf einer Veranstaltung der KfW mit den Umweltverbänden. Ich denke, wir Deutschen haben zum Klimaschutz mehr beizutragen als nur Geld. Aber ganz ohne Geld geht es nicht. Daher könnte ich mir, gerade vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen mit den Förderbanken, vorstellen, eine Diskussion über moderne Finanzierungsmöglichkeiten, über Drittmittelfinanzierung, über privates oder Stiftungs- und auch über Fondskapital zu führen und uns darüber zu verständigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für den Naturschutz kann der Bund in diesem Jahr mehr ausgeben als in den Vorjahren. Für Maßnahmen zur Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege waren 2013 49 Millionen Euro veranschlagt. Für dieses Jahr sieht der Haushaltsentwurf einen Ausgabenanstieg um 8 Millionen Euro auf jetzt 57 Millionen Euro

(C) vor. Die Erhöhung der Ausgaben wird vor allem Forschungsprojekten in Deutschland zugutekommen, die sich mit der naturnahen Begleitforschung der Energiewende befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ebenso soll das neue Bundesprogramm Biologische Vielfalt mit einem Ansatz von 15 Millionen Euro auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Gefördert werden dabei Maßnahmen, denen im Rahmen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt eine gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung zukommt. Nur weil der Feuersalamander, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit seiner schwarz-gelben Färbung quasi Inbegriff für dieses Programm und seine Initiatoren ist, muss es ja nicht gleich schlecht sein.

Zuletzt komme ich zu einem wichtigen Bereich. Finanziell ist er mit den höchsten Risiken behaftet. Es geht um den Bereich der Endlagerung. 2013 waren hier etwa 500 Millionen Euro etatisiert. Tatsächlich verausgabt wurden dann aber etwa 333 Millionen Euro. Das heißt, etwa 170 Millionen Euro sind als Haushaltsreste stehen geblieben. Wolfgang Schäuble wird es gefreut haben.

Der Haushaltsentwurf für 2014 sieht nun weniger vor: 445 Millionen Euro. Die Absenkung erfolgte wegen der gesunkenen Ausgaben bei den Projekten Gorleben und Asse. Bei Gorleben vor allem deswegen, weil mit dem Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes die Arbeiten eingestellt wurden, bei der Asse, weil die Bedarfsschätzung auch für die Zukunft problematisch ist und wir nicht genau einschätzen können, wie sich die Situation entwickelt.

(D) Einen abschließenden Punkt möchte ich noch nennen, Herr Präsident. Ich hoffe, dass wir, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, jetzt in den parlamentarischen Haushaltsberatungen noch einmal über das Thema Rußpartikelfilter sprechen. In Kürze kommt es zur Scharfstellung der Umweltzonen, vor allem an Rhein und Ruhr. Ich denke, gerade für die Inhaber von Altdieselfahrzeugen wird das eine problematische Situation. Deswegen werden wir uns als Union auch in den Haushaltsberatungen dafür einsetzen und dafür kämpfen, die Förderung von Rußpartikelfiltern, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, noch in den Haushalt aufzunehmen.

(Ulli Nissen [SPD]: Herrn Schäuble fragen, bitte!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. André Berghegger, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. André Berghegger (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Debatte neigt sich allmählich dem Ende zu, aber als Haushälter

Dr. André Berghegger

(A) möchte ich noch einige grundsätzliche Erwägungen zu diesem Einzelplan anstellen. Wir verfolgen ein übergeordnetes Ziel, und zwar 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu beschließen und natürlich 2015 einen Haushalt ohne neue Schulden. Das ist eine historische Chance. Dieser waren wir noch nie so nahe wie jetzt. Ich denke, diese Aussage sollte man öfter wiederholen, damit sie sich wirklich festigt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Daher sage ich vielen Dank an das Finanzministerium für die große Leistung zur Vorlage dieses Haushaltsentwurfes.

Der Einzelplan 16 erfährt einen deutlichen Zuwachs; wir haben es schon mehrfach gehört. Der wesentliche Grund liegt natürlich in dem veränderten Ressortzuschnitt. Ich glaube, dieser Ressortzuschnitt ist auch sinnvoll. Denn im Baubereich geht es eben nicht nur um Eisen und Beton, sondern wichtig sind auch der Klima- und Umweltschutz. Das wird uns immer wieder bewusst, wenn wir darüber nachdenken, dass rund 40 Prozent der Energie, die in Deutschland verbraucht wird, in den Gebäuden verbraucht wird. Da haben wir auch die Schnittstelle zur Energiewende, dem wahrscheinlich größten Projekt in dieser laufenden Legislaturperiode.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau da machen Sie nichts! – Gegenruf des Abg. Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Ihr habt das blockiert in der letzten Legislaturperiode!)

(B)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden. – Ich denke, auch in diesem Ressort haben wir unter dem Stichwort „Energetische Sanierung im Quartier“ gute Ansatzpunkte, um dieses Thema weiterzuverfolgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Im Rahmen der Haushaltsplanungen verfolgen wir ein Leitmotiv, und zwar die wachstumsorientierte Konsolidierung. Ansätze werden also teilweise gekürzt, aber wir setzen trotzdem Impulse für Wachstum. Das sind auch keine Gegensätze; denn Konsolidierung und Wachstum gehören zusammen. Sie sind zwei Seiten einer Medaille und sichern am Ende unseren Wohlstand. Das möchte ich am Beispiel der Städtebauförderung verdeutlichen.

Jeder, der kommunalpolitisch tätig ist, weiß das: Die Städtebauförderung ist städtebaulich, sozialpolitisch und kommunalpolitisch von großer Bedeutung. Hier werden Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastruktur und in die Qualität des Wohnens getätigt. Wir können auf den demografischen Wandel reagieren, und wir können auch dazu beitragen, energie- und klimapolitische Ziele des Bundes zu verfolgen. Insgesamt – darauf möchte ich Wert legen – erreichen wir hier aufgrund der sehr großen Hebelwirkung einen hohen Wirtschaftsfaktor. Denn 1 Euro Städtebaufördermittel stößt rund 8,50 Euro an Folgeinvestitionen im Baubereich an.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Weiterhin ist es so, dass 5 000 Euro Städtebaufördermittel im Jahr einen Arbeitsplatz in der Baubranche und im vorgelagerten Bereich für ein Jahr sichern. Ich denke, das sind zwei Zahlen, die belegen, dass sich die Städtebauförderung auch rechnet, dass sie sich rentiert. Ich denke, deswegen ist es jede Anstrengung wert, vernünftige Programme auf den Weg zu bringen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Klaus Mindrup [SPD]: Deshalb ist die FDP auch nicht mehr da, weil sie es nicht verstanden hat!)

Der letzte Punkt in diesem Bereich. Natürlich gibt es auch Rückflüsse in die öffentlichen Kassen: über erhöhte Steuer- und Abgabeaufkommen, über die angekurbelte Konsumentennachfrage usw. usf. Insgesamt kann ich aus kommunalpolitischer Sicht sagen: Städtebauförderprogramme sind segensreich; denn sie bewirken jede Menge vor Ort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum habt ihr das denn zusammengestrichen in der letzten Legislaturperiode?)

Vor allen Dingen: Die unterschiedlichen Schwerpunkte kann man einzeln benennen. Wir haben das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“; es dient der Förderung der Innenentwicklung. Wir haben die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“; hier erfolgt die Anpassung an den demografischen und an den strukturellen Wandel. Wir haben das Programm „Soziale Stadt“; hier werden Investitionen im Quartier gemäß den Leitmotiven Integration und gesellschaftliche Teilhabe getätigt. Mein Kollege Steffen-Claudio Lemme hat das schon angesprochen. Nur: Ob dieses Programm das Leitprogramm im Bereich der Städtebauförderung ist, darüber kann man diskutieren. Ich denke, jedes Programm in diesem Bereich hat einen eigenen Schwerpunkt, und alle sind gleich viel wert. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo haben Sie den Klimaschutz?)

Wir haben des Weiteren das Denkmalschutzprogramm zum Erhalt historischer Stadtkerne. Auch die kleineren Städte und Gemeinden werden berücksichtigt, und zwar im Rahmen der Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Die Maßnahmen sind alle bekannt und bewährt. Sie bilden alle wichtigen Zukunftsthemen ab. Wir erfinden das Rad in diesem Sinne nicht neu, aber wir stellen mehr Geld bereit und halten Wort. Das schafft Vertrauen.

Die Städtebauförderung ist eine prioritäre Maßnahme im Koalitionsvertrag; das heißt, es gibt keinen Finanzierungsvorbehalt. Wir stellen in der gesamten Legislaturperiode 600 Millionen Euro mehr bereit. Insgesamt verfolgen wir das Ziel, rund 700 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Ich denke, das ist für unsere Handlungsweise eine sehr gute Basis.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. André Berghegger

(A) Frau Ministerin Hendricks, bei dem Thema „Altersgerechtes Umbauen“ bin ich ganz dicht bei Ihnen. Wir alle wissen doch, dass wir in diesem Bereich schon mit wenig Geld sehr viel erreichen können. Durch kleinste bauliche Veränderungen an einer Wohnung erleichtern wir den Menschen die Alltagssituation. Ich glaube, wir kämen damit auch dem Wunsch vieler älterer Menschen nach mehr Eigenständigkeit und dem dauerhaften Verbleib in der gewohnten Umgebung nach.

Aber als Haushälter muss ich sagen: Wir haben einen vorliegenden Haushaltsentwurf. Wenn wir daran Veränderungen vornehmen wollen, müssen wir sie unmittelbar, nachhaltig und im eigenen Politikbereich gegenfinanzieren. Ich freue mich auf die kommenden Beratungen. Ich bin gespannt, ob wir dieses Projekt hinbekommen.

(Karsten Möring [CDU/CSU]: Na klar!)

Wir müssen sehen, ob wir das schaffen. Ich glaube aber, angesichts dieser Voraussetzungen ist es einen Versuch wert, in gemeinsamen Gesprächen nach einer Lösung zu suchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zum Abschluss möchte ich die Zahl des Tages nennen: 3 062. Was hat die Zahl 3 062 mit diesem Einzelplan zu tun?

(Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Merkels Regierungstage!)

(B) Nichts. 3 062 Tage ist unsere Bundeskanzlerin heute im Amt. Sie hat damit einen ihrer Amtsvorgänger, und zwar Helmut Schmidt, überholt. Nur zwei Kanzler in dieser Republik waren länger im Amt: Helmut Kohl und Konrad Adenauer. An dieser Stelle von den meisten hier im Saal – ich denke, das müsste so richtig formuliert sein – einen herzlichen Glückwunsch und noch viele weitere Tage im Amt!

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Matthias Miersch [SPD]: Das mit den meisten stimmt aber wohl nicht ganz! – Klaus Mindrup [SPD]: Ich hätte ja gern geklatscht!)

Mit einem Augenzwinkern möchte ich dann wirklich schließen: Wie viel Tage noch zur Amtszeit von Helmut Kohl und Konrad Adenauer fehlen, erzähle ich Ihnen beim nächsten Mal.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Schlussredner in dieser Debatte erteile ich dem Kollegen Steffen Kanitz, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU/CSU-Fraktion strotzt vor Selbstbewusstsein!)

Steffen Kanitz (CDU/CSU):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute nicht nur über den Haushalt der Ministerien gesprochen, sondern – das ist ja auch deutlich geworden – eine wegweisende Entscheidung in Sachen Endlagersuche getroffen. Deswegen freut es mich, sagen zu können: Das ist ein guter Tag für alle, die ernsthaft an einer Lösung für die Hinterlassenschaften des Atomzeitalters interessiert sind. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben heute Mittag die Kommission eingesetzt, die die Vorarbeit für ein Standortauswahlverfahren leisten soll. Damit ist ein wichtiger Meilenstein erreicht.

Ich danke meinen Koberichterstattern für die konstruktive Zusammenarbeit. Matthias Miersch hat das angesprochen. Ich habe diese Zusammenarbeit ebenfalls als extrem konstruktiv empfunden. Ich bedanke mich ebenso bei denjenigen, die sozusagen für die Vorarbeit verantwortlich waren, bei Ute Vogt natürlich und bei Maria Flachsbarth: Vielen, vielen Dank! Insbesondere aber möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich bei Frau Kotting-Uhl zu bedanken, die wirklich keinen ganz einfachen Stand hat in diesem Verfahren, aber das ganz hervorragend macht. Sie ist ab und zu Vorwürfen ausgesetzt, die nicht fair sind und nichts mit respektablem Umgang miteinander zu tun haben. Insofern vielen, vielen Dank, dass Sie in diesem Verfahren sozusagen moderieren!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kommission wird in den kommenden Monaten einen umfassenden Bericht erarbeiten, der sämtliche entscheidungsrelevanten Kriterien für ein späteres Auswahlverfahren entwickelt. Die Arbeit der Kommission stellt also eine Vorstufe zum eigentlichen Suchverfahren dar. (D)

Der kurzfristig eingebrachte Antrag der Linken enthält daher leider wenig Konstruktives. Im Gegenteil: Sie scheinen die Absicht zu verfolgen, den angestoßenen Prozess zu torpedieren.

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Kommt auf den Standpunkt an!)

Vor dem Hintergrund der guten Gespräche, Herr Kollege Zdebel, die wir gemeinsam geführt haben – Sie haben ja als Berichterstatter bis zum Schluss mitverhandelt –, ist das mehr als bedauerlich. Sie behaupten, die Ergebnisse der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse seien nicht zur Kenntnis genommen worden. Das entspricht schlichtweg nicht den Fakten.

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Doch!)

Das Standortauswahlgesetz ist doch gerade aus den Ergebnissen des Gorleben-Untersuchungsausschusses und der Lex Asse hervorgegangen. Erst die Aufarbeitung dieser Themen durch die Politik hat dem Prozess einen ganz neuen Impuls gegeben.

(Zurufe von der LINKEN)

Sie betreiben insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, genau den einseitigen Lobbyismus, den Sie andernorts häufig kritisieren, indem sie sich zum ein-

(A) seitigen Sprachrohr einiger beteiligter Umweltverbände machen. Zielorientierte Konsenssuche sieht leider anders aus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir verstehen es als unser Ziel, das gesamte Meinungsspektrum abzubilden und alle Argumente auszutauschen. Daher haben wir uns auf zwei gleichberechtigte Vorsitzende geeinigt, ohne dafür das Gesetz zu ändern. Beide Vorsitzende genießen ein hohes Maß an Erfahrung, an Unabhängigkeit und an Akzeptanz. Zudem haben alle gesellschaftlichen Akteure die Möglichkeit, den Prozess mitzugestalten, wobei die politischen Vertreter ausdrücklich kein Stimmrecht haben. Das ist ein Novum in der Geschichte, liebe Kolleginnen und Kollegen; das muss man auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um auch die Umweltvertreter für eine Mitarbeit zu gewinnen, haben wir in den vergangenen Wochen gemeinsam viele vertrauensbildende Maßnahmen ergriffen: Wir haben im Rahmen vieler Gespräche deutlich gemacht, dass wir auf ihre Expertise nicht verzichten möchten. Wir haben einen fraktionsübergreifenden Antrag erarbeitet, der dies deutlich zum Ausdruck bringt – vielleicht einmal kurz zusammengefasst –: Wir bekräftigen in diesem Antrag die Möglichkeit, dass das Gesetz
(B) frühzeitig evaluiert wird; wir stärken das Konsensprinzip über Regelungen in der Geschäftsordnung, die wir noch gemeinsam verabreden wollen; wir benennen schon jetzt den zeitlichen Aspekt, den wir durchaus sehen; wir betonen die Rechte von Minderheiten, auch externe Gutachten zu bestellen; wir stellen die Finanzierung der Kommission sicher. Wir als Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind also in Vorleistung getreten. Ich meine, jetzt sind die Umweltverbände dran.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Einsetzung der Kommission um einen Monat verschoben, obwohl das Zeitfenster sehr eng bemessen ist. Wir haben monatelang über die Personalie Ursula Heinen-Esser diskutiert, obwohl sie durch ihre konstruktive Begleitung des Lex-Asse-Prozesses parteiübergreifend Akzeptanz genießt; das ist auch immer wieder deutlich geworden. Wir haben ein starkes Signal (C)
an die Umweltverbände gesendet, indem wir uns innerhalb weniger Tage auf Michael Müller, den Bundesvorsitzenden der NaturFreunde Deutschlands, als Kovorsitzenden geeinigt haben. Auch an dieser Stelle einmal herzlichen Dank an die Länder, die das ermöglicht haben!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter dem Strich ist das Entgegenkommen unsererseits aus unserer Sicht ein faires Angebot. Das darf jetzt aber nicht dazu führen, dass politische Verantwortung verlagert wird. „Weniger Paranoia, mehr Pragmatismus“, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Heiterkeit der Abg. Ute Vogt [SPD])

steht morgen in der *Neuen Osnabrücker Zeitung.* In diesem Sinne erwarte ich von den Umweltverbänden, dass sie ihre Verantwortung jetzt auch durch konstruktive Mitarbeit wahrnehmen.

Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Wir haben im letzten Sommer fraktionsübergreifend unter Beteiligung aller Akteure ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Weg für ein neues Standortauswahlverfahren ermöglicht. Wir haben uns darauf geeinigt, dass es keine Vorfestlegung geben soll – auch nicht auf Standorte. Stattdessen wollen wir das Prinzip der weißen Landkarte anwenden. Das heißt aber eben auch, dass keine Standorte a priori ausgeschlossen werden.

Insofern hoffe ich, dass wir jetzt angesichts des engen (D)
Zeitplans endlich in die Arbeit einsteigen können, und freue mich auf die konstruktive Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Peter Hintze:

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Freitag, den 11. April 2014, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21.51 Uhr)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Alpers, Agnes	DIE LINKE	10.04.2014
Amtsberg, Luise	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	10.04.2014
Bareiß, Thomas	CDU/CSU	10.04.2014
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine	SPD	10.04.2014
Ehrmann, Siegmund	SPD	10.04.2014
Ernstberger, Petra	SPD	10.04.2014
Dr. Fabritius, Bernd	CDU/CSU	10.04.2014
Fograscher, Gabriele	SPD	10.04.2014
Gohlke, Nicole	DIE LINKE	10.04.2014
Groß, Michael	SPD	10.04.2014
Held, Marcus	SPD	10.04.2014
Hellmuth, Jörg	CDU/CSU	10.04.2014
Keul, Katja	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	10.04.2014
Dr. Lengsfeld, Philipp	CDU/CSU	10.04.2014
Dr. Lindner, Tobias	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	10.04.2014
Maisch, Nicole	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	10.04.2014
Poschmann, Sabine	SPD	10.04.2014
Post (Minden), Achim	SPD	10.04.2014
Dr. Priesmeier, Wilhelm	SPD	10.04.2014
Rawert, Mechthild	SPD	10.04.2014
Rüthrich, Susann	SPD	10.04.2014
Schlecht, Michael	DIE LINKE	10.04.2014
Schwabe, Frank	SPD	10.04.2014
Thönnes, Franz	SPD	10.04.2014
de Vries, Kees	CDU/CSU	10.04.2014
Dr. Wagenknecht, Sahra	DIE LINKE	10.04.2014
Werner, Katrin	DIE LINKE	10.04.2014
Wunderlich, Jörn	DIE LINKE	10.04.2014
Zech, Tobias	CDU/CSU	10.04.2014
Ziegler, Dagmar	SPD	10.04.2014

(B)

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Julia Verlinden, Peter Meiwald und Corinna Rüffer (alle BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) zu:

– **Wahl der Mitglieder der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 2, Satz 3 des Standortauswahlgesetzes**

(D)

– **Wahl der Mitglieder der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3, Satz 4 und 5 des Standortauswahlgesetzes**

(Tagesordnungspunkte 5 a und 5 b)

Die Aufsetzung des Tagesordnungspunktes „Wahl der Mitglieder der Kommission" zum jetzigen Zeitpunkt halten wir für verfrüht. Die Einsetzung der Kommission ohne benannte Vertreterinnen der Umweltverbände und Initiativen finden wir problematisch und stimmen deswegen bei Tagesordnungspunkt 5 a und 5 b mit Enthaltung.

Die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" soll laut § 3 Standortauswahlgesetz – StandAG – das Standortauswahlverfahren für Atommüll vorbereiten. Sie soll aus 33 Mitgliedern bestehen, davon zwei Vertreterinnen von Umweltverbänden. Die heute dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegte Drucksache zur Einsetzung der Kommission und Wahl der Mitglieder enthält keine Namen von Vertreterinnen der Umweltverbände.

Ziel der Kommission sollte es sein, einen gesellschaftlichen Dialogprozess zur Atommüllendlagerfrage zu begleiten, das StandAG zu evaluieren sowie Entscheidungsgrundlagen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Verfahren der Endlagersuche zu erarbeiten. Ohne Vertreterinnen der Umweltverbände ist die Kommission

(A) für diese Aufgaben nicht ausreichend legitimiert und die gesellschaftliche Akzeptanz für die Ergebnisse der Kommission nicht zu erwarten.

In den letzten Wochen und Monaten hat – sehr spät – ein konstruktiver Kommunikationsprozess zwischen Umweltverbänden, Initiativen, Bundestagsfraktionen, Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer und dem Bundesumweltministerium begonnen. Dieser Prozess hatte zum Ziel, gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und Rahmenbedingungen für eine aktive Mitarbeit der Umweltverbände in der Kommission zu schaffen. In diesem Zusammenhang haben die Umweltverbände und Initiativen – zum Beispiel auf der Tagung „Atommüll ohne Ende – Auf der Suche nach einem besseren Umgang“ am 28./29. März 2014 in Berlin – Anforderungen formuliert, wie ein transparentes und offenes Verfahren zur Endlagersuche und wie ein sinnvoller Arbeitsprozess der Kommission (C) aussehen könnte. Diese Hinweise sind relevant für die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz, für die Schaffung von Vertrauen in einen Neustart der Endlagersuche.

Der Dialogprozess zwischen Politik und Umweltbewegung hat in der Zwischenzeit einiges bewirkt, ist jedoch noch nicht abgeschlossen und hat bisher nicht dazu geführt, dass die für die Umweltverbände und Initiativen reservierten Sitze in der Kommission von diesen mit Personalvorschlägen besetzt wurden. Der Dialogprozess ist also leider noch nicht als erfolgreich beendet zu bewerten und sollte demnach fortgesetzt werden, bis mit den Umweltverbänden und Initiativen deren Form der Mitarbeit geklärt werden konnte. Erst dann kann eine Einsetzung der Kommission unter weitestgehender gesellschaftlicher Legitimation sinnvoll erfolgen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-7980